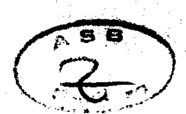


M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nr. 157 Mai 1989 DM 5,00



Impressum



Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Fulvia Farinelli, Konrad Fisch, Niko Georgi, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Teresa Löbbert, Mechtild Maurer, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Ulrike Stamm, Norbert Stamm, Detlev Vogel, Erik Weckel, Jürgen Wengler, Angela Wittkamp, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: 45,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 158:
30.5.1989

Anzeigenschluß für Nr. 158:
6.6.1989

Inhaltsverzeichnis

El Salvador: Das Ergebnis der Wahlen verschärft die Kämpfe .... Seite 3
Venezuela: Volkszorn gegen IWF .... Seite 7

Internationale Gewerkschaften

Vorbemerkung .... Seite 11
Vamos a luta! - Der 'neue Syndikalismus' in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung .... Seite 12
Mexikanische Gewerkschaften unter dem Druck der Regierung .... Seite 17
Arbeiterinteressen und Gewerkschaftspolitik in Nicaragua .... Seite 22
Arbeitskämpfe bei Bayer Peru .... Seite 26
Probleme gewerkschaftlicher Basisarbeit in der BRD .... Seite 28
Schwarze Gewerkschaften und Multis in Südafrika .... Seite 30
Entwicklung der Gewerkschaften in Südostasien .... Seite 37
Kein Zuckerschlecken für die philippinischen Gewerkschaften .... Seite 40
Regenwaldzerstörung und globale Lösungsansätze .... Seite 43
Entwicklungstheorie-Diskussion .... Seite 46
Wer Shell tankt, tankt Apartheid .... Seite 51
Philippinische Prostituierte brauchen unsere Unterstützung .... Seite 54

Filmrezension

Klischees über Indien .... Seite 55

Buchrezension

Leben im namibischen Township .... Seite 58
Die chilenische Gewerkschaftsbewegung .... Seite 59

Repression in der BRD .... Seite 61

Kurz belichtet .... Seite 62

Service .... Seite 66



Graffiti in Madrid '89 Foto: u.h.

Das Ergebnis der Wahlen verschärft die Kämpfe

Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador am 19. März 1989 waren anders als frühere Wahlen. Wie vorhergehende Wahlgänge sollten sie ein Bestandteil des „Krieges niedriger Intensität" sein, daher war klar, daß sie kein Beitrag zu einer politischen Lösung des Bürgerkrieges sein werden. Verschiedene Faktoren trugen jedoch dazu bei, daß die jüngsten Wahlen kein demokratisches Deckmäntelchen für die Aufstandsbekämpfung abgaben, sondern ihre Krise offenbarten.

Die Wahlen vom 19.3.1989 fielen in eine Konjunktur destabilisierender Momente:

- Der stockende Reformprozeß, die Zunahme der Menschenrechtsverletzungen, die anhaltende Wirtschaftskrise, die explosive soziale Situation und die Unfähigkeit der Christdemokratie brachten die in Washington geplante Kriegsführung niedriger Intensität zum Scheitern.
- Die Kämpfe nahmen zu. Auf der einen Seite befindet sich die FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti) seit etwa einem halben Jahr in der Offensive. Auf der anderen Seite verschärfte die salvadorianische Armee den Terror gegen die Zivilbevölkerung.
- Zur strukturellen ist eine konjunkturelle Wirtschaftskrise gekommen: die letzte Kaffeernte fiel schlecht aus, die Baumwollanbaufläche geht weiter zurück und der Zukkerpreis auf dem Weltmarkt ist im Keller.
- Der Regierungswechsel in den USA hat für die innere Lage in El Salvador ein erhebliches Gewicht. Weil die Bushadministration noch keine eigene Mittelamerikapolitik definiert hat, weiß die salvadorianische Regierung nicht, woran sie ist.
- Auch die Wahlen selbst wirkten sich destabilisierend aus. Die extreme Rechte stört das Kalkül der US-Regierung und mit der „Demokratischen Konvergenz" (Convergencia Democrática = CD) trat ein neuer Akteur auf die politische Bühne, der die Spielregeln nicht einhält, der die Armee kritisiert und sich nicht von der Guerilla distanziert.

Diese krisenhafte Entwicklung wurde durch den Vorschlag der FMLN vom 24.1.1989 verstärkt, die Wahlen in einen Beitrag zum Frieden zu verwandeln (vgl. Kasten). Er prägte den Wahlkampf, wurde zum zentralen Thema, auf das alle politischen Kräfte El Salvadors und ihre ausländischen Verbündeten eingehen mußten. Die faschistische ARENA-Partei (Alianza Revolucionaria Nacionalista) beispielsweise wollte ursprünglich die wirtschaftliche Wiederbelebung zum Hauptthema ihres Wahlkampfes machen, aber die Guerilla hat ihr mit dem Vorschlag ihr Thema aufgezwungen.

Auch die CD wurde vor eine neue Situation gestellt: Die Gründung der CD, die aufgrund der Rückkehr der FDR-Politiker nach El Salvador (FDR = Frente Democrático Revolucionario)[1] möglich wurde, und ihre Entscheidung, an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen, brachte erhebliche Unsicherheit in die Wahlinszenierung Washingtons. Beides führte aber auch zu „konjunkturellen Widersprüchen" mit dem Bündnispartner FMLN — wie es die Kommandantin Ana Guadalupe Martinez, Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der FMLN/FDR, beschreibt. Die CD wollte das „katastrophale Gleichgewicht" der Kräfte, wie es Ruben Zamora nennt, durchbrechen, um neue Sektoren für das Befreiungsmodell zu gewinnen. Der Kern ihrer Strategie impliziert, daß sie sich um einen eigenen Charakter bemühen, sich von der FMLN abgrenzen muß. Die Entscheidung, an den Wahlen teilzunehmen, war eine solche Abgrenzung, da die FMLN frühzeitig angekündigt hatte, die Wahlen zu boykottieren. Sich abzugrenzen heißt aber nicht sich abzusetzen, das strategische Bündnis mit der FMLN aufzukündigen. Der politischen Geschicklichkeit beider Partner muß es immer wieder gelingen, den

eigenen Charakter zu betonen, die selbständige Linie mit dem Bündnis in Einklang zu bringen. Die CD konnte den Vorschlag der FMLN nicht einfach übernehmen, denn das hätte sie zu deren Sprachrohr gemacht. Sie mußte ihn aber auf der politischen Bühne vertreten und propagieren. Die CD unterstützte den Vorschlag der FMLN offensiv und nach Kräften.

Als der Vorschlag dann kurz vor den Wahlen von der Regierung, den Streitkräften und Rechtsparteien endgültig abgelehnt wurde, stellte sich der CD die Frage: Sollte sie sich jetzt von den Wahlen zurückziehen?

Sie hätte ihre strategische Rolle aufs Spiel gesetzt, wenn sie sich dem Boykott angeschlossen hätte. Der Vorschlag der FMLN wäre im Nachhinein zu einem taktischen Winkelzug verfälscht worden, denn mensch hätte ihn als Mittel, die CD aus dem Wahlprozeß herauszubrechen, angesehen. Das Wählerpotential, das sich die CD vor den Wahlen zuschrieb (etwa 10%) hätte sich der Christdemokratie zugewandt.

Nach Aussagen von CD-Vertretern hat die FMLN bei Gesprächen unmittelbar vor den Wahlen die Gründe, weshalb die CD an den Wahlen teilnahm, verstanden und akzeptiert. Aber beide Seiten mußten einen Preis bezahlen. Der „konjunkturelle Widerspruch" zwischen den Bündnispartnern stiftete in den eigenen Reihen Verwirrung. Die Verkehrsstillegung („paro") durch die FMLN vom 16. bis 20.3.1989 schadete der CD mehr als der Wahlboykott. Der „paro" war nicht der einzige Grund für das bescheidene Abschneiden der CD (s.u.), aber er behinderte ihre Wähler- und HelferInnen, die eher auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind als die der ARENA, die über eigene Mittel zur Mobilisierung verfügt.

Der Großangriff blieb aus

Die Regierung verzichtete von vornherein darauf, in den von der FMLN befreiten Gebieten Wahlen durchzuführen. Der „paro", der fast vollständig befolgt wurde, bröckelte in der Stadt ab, da er nicht genügend militärische Unterstützung bekam. Dennoch wurde er in San Salvador stärker befolgt als alle vorhergehenden.

Es gab nur drei größere militärische Operationen der Guerilla. Am Abend des 15.3.1989 wurde der Präsidentenpalast mit Katapulten angegriffen. Der Angriff auf die Departementshauptstadt Chalatenango in der Nacht vom 14. auf den 15.3.1989 war offensichtlich verraten worden. Kaum hatte er begonnen, war schon die Luftwaffe da. Trotzdem drangen einige FMLN-KämpferInnen bis in die Kaserne der Militärabteilung Nr. 1 vor. Auch der Angriff auf die Zivilverteidigung von San Ramón, einem Vorort der Hauptstadt San Salvador am Fuß des gleichnamigen Vulkans, war weniger erfolgreich als geplant. Stadtkommandos der FMLN leiteten den Angriff in den frühen Morgenstunden des Wahlsonntags ein, aber die KämpferInnen, die am Vulkan operierten, konnten nicht dazustoßen, weil

Vorschlag der FMLN zur Umwandlung der Wahlen für einen Beitrag für den Frieden

Die Generalkommandantur der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti beurteilt die Situation wie folgt:
1. Die Durchführung der letzten fünf Wahlen hat die grundlegenden Probleme des Landes nicht gelöst.
2. Das Volk hat seinen Glauben an die Wahlen verloren, weil es sie für Betrug hält und weil es der Meinung ist, daß der Konflikt nicht aufgehalten werden kann und die schwere ökonomische Krise, die den sozialen Kampf vertieft, durch Wahlen nicht zu lösen ist.
3. Die absolute Abhängigkeit des Landes von den Vereinigten Staaten zwingt die traditionellen Parteien, Christdemokraten und ARENA, dazu, die Gunst der nordamerikanischen Regierung statt die der Salvadorianer zu erringen.
4. Es gibt eine Tendenz zum Wahlbetrug und eine Tendenz zu Spannungen zwischen Legislative, Exekutive, Judikative und Militär. Die Debatte über das Wahlgesetz wird zu einem unlösbaren Problem, die nächsten Wahlen werden daher zum Zündstoff für eine schwere politische Krise werden, die zu einem endgültigen Machtvakuum führen wird.
5. Die zunehmende Gewalt durch eine verstärkte Repression gegen das Volk, das Lösungen für seine Probleme verlangt, stellt die Streitkräfte vor das Dilemma, entweder Völkermord zu begehen und damit einen Aufstand zu provozieren oder das Machtvakuum und den Aufstand aus Hunger abzuwarten.
6. International gesehen werden zur Zeit die meisten Kriege auf dem Verhandlungsweg beendet.

Die FMLN unternimmt letzte Anstrengungen, die soziale Explosion aufzuhalten, indem sie den Wahlen einen höheren Zweck verleiht, damit diese zu einem dauerhaften Frieden beitragen können. Sie unterbreitet daher folgenden politischen Vorschlag:

Aufschiebung der Wahlen am 19. März um ungefähr sechs Monate oder konkret den 15. September, den Tag der Unabhängigkeit, zur Durchführung der Wahlen unter den folgenden Bedingungen:
1. Sofortige Einstellung der Morde, Festnahmen und der Repression gegen Demonstrationen, Streiks und jede Aktivität der Volksbewegung. Vollständige Respektierung der Wahlkampfaktivitäten aller Parteien durch die Streitkräfte.
2. Ausnahmslose Einkasernierung der Streitkräfte, der paramilitärischen Kräfte und der Sicherheitskräfte am Tag der Wahl und keine Übernahme von Aufgaben bei den Wahlen.
3. Einbeziehung der Convergencia Democratica in den zentralen Wahlrat und Bildung eines Gremiums zur Kontrolle der Wahlen, bestehend aus Vertretern religiöser, humanitärer und ziviler Organisationen. Es wird Aufgabe dieses Gremiums sein, die Ordnung am Tag der Wahl zu sichern und internationale Beobachter zu ernennen und zu koordinieren.
4. Erstellung eines Wahlkodex auf der Grundlage eines Konsens aller Parteien.
5. Festsetzung eines Wahlrechts für alle Salvadorianer, die sich im Ausland befinden und Organisierung der nötigen Voraussetzungen mit internationaler Unterstützung, damit dieses Wahlrecht wahrgenommen werden kann.
6. Die Regierung der Vereinigten Staaten muß sich abseits des Wahlprozesses halten und darf keine der Parteien unterstützen.

Die FMLN würde ihrerseits folgende Verpflichtungen eingehen:
1. Sie würde die Aktivitäten der Parteien und Wahlorgane im ganzen Land respektieren.
2. Sie würde die Bürgermeister respektieren, sofern sich diese von den Plänen der Streitkräfte lösen.
3. Sie würde eine Waffenruhe für den Zeitraum von zwei Tagen vor der Wahl bis zu zwei Tagen nach der Wahl anordnen und jedwede Kräftepräsenz aus den Ortschaften und Wahlorten zurückziehen.
4. Sie würde ihre soziale Basis dazu aufrufen, sich an den Wahlaktivitäten zu beteiligen, sie würde das ganze Volk zur Wahl aufrufen und die Plattform und die Kandidaten der Convergencia Democratica unterstützen.
5. Sie würde die Legitimität des Wahlergebnisses anerkennen.
6. Um eine Realisierung dieses Vorschlags zu erleichtern, würde die FMLN akzeptieren, daß die gegenwärtige Regierung für die gesamte Übergangszeit im Amt bleibt.

Ein Wahlprozeß, der unter den von uns vorgeschlagenen Bedingungen durchgeführt wird, würde eine nicht mehr rückgängig zu machende politische Lösung ermöglichen, die zu einem sehr bedeutenden Beitrag zum Frieden werden könnte.

Dieser Vorschlag beinhaltet Elemente, die sichtlich von der gegenwärtigen legalen Ordnung abweichen, einer Ordnung, die von den Kräften des Regimes, wie sie sich gegenseitig vorwerfen, immer wieder verletzt wird. Wir rufen dazu auf, den Frieden über das geltende Gesetz zu stellen und veranlassen die Kräfte zu erkennen, daß sie entscheiden können, daß eine Fortführung des Krieges ihre ökonomischen und politischen Interessen zum Zusammenbruch bringen wird.

Die Bedingungen, unter denen die aktuellen Wahlen durchgeführt werden, machen sie illegitim. Aus diesem Grund hat die FMLN sie abgelehnt, und solange sich diese Situation nicht ändert, wird die FMLN diese Position beibehalten und sich dem Volk in seiner Ablehnung der aktuellen Wahlen anschließen. Der aktuelle Wahlprozeß verschärft den Krieg. Unser Vorschlag trägt zum Frieden bei.

Die FMLN ruft alle sozialen Kräfte des Landes dazu auf, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen und ist bereit, ihn sofort mit der Regierung, dem Parlament, und den Streitkräften und allen politischen Parteien zu diskutieren.

Der Erzbischof von San Salvador, Monsenor Rivera y Damas, könnte zu einem Zustandekommen dieser Gespräche beitragen, die die von der Kirche unternommenen Bemühungen um einen nationalen Konsens ergänzen würden.

Kommandant Roberto Roca
Kommandant Schafik Handal
Kommandant Joaquin Villalobos
Kommandant Leonel Gonzalez
Kommandant Ferman Cienfuegos
San Salvador, El Salvador
24. Januar 1989

die Regierungsarmee den Vulkan rechtzeitig abgeriegelt hatte. Beide Operationen zeigten, daß die von der US-Regierung hochgerüstete Armee in der Lage war, größere Kontingente präventiv zu konzentrieren, obwohl sie aufgrund des „paro" gezwungen war, einen erheblichen Teil der Truppen zum Transport von Zivilisten, zum Schutz von Konvois und zum Objektschutz abzustellen.

Offensichtlich hatte die Guerilla zu den Wahlen keinen Großangriff geplant. Vielmehr beschränkte sie sich auf eine weitere Eskalierung ihrer seit Monaten andauernden Offensive und auf den Wahlboykott. Freilich war die Erwartung bei Teilen der Bevölkerung und im Ausland erheblich höher, zumal bekannt war, daß in den vorangegangenen Monaten umfangreiche Vorkehrungen für größere Angriffe getroffen worden waren. Es ist schwer einzuschätzen, ob und in welchem Umfang der Kontrast zwischen Aufstandspropaganda und militärischen Vorbereitungen und den tatsächlichen Ereignissen für Verwirrung in den eigenen Reihen und bei den SympathisantInnen sorgte.

Der große Tag der ARENA

In El Salvador dienten die Wahlen seit Beginn der Einmischung der USA zur Aufstandsbekämpfung und sollten nicht zur politischen Beilegung des Konfliktes beitragen. Im Gegenteil: sie sollten den Krieg verschärfen, indem er hinter einer „demokratischen" Fassade versteckt wird. Wenn mensch den Wahlvorgang und die damit verbundenen Ereignisse betrachtet, wird deutlich, daß sie völlig sinn- und nutzlos waren.

Die Wahlen fanden mitten in dem Krieg statt, der sich in den letzten Monaten und Jahren verschärft und auf das ganze Land ausgedehnt hatte. Die etwa 1,5 Mio. Kriegsvertriebenen und Auslandsflüchtlinge, wovon ca. 40% im wahlfähigen Alter sind, durften nicht wählen. In der Nacht zum Wahltag und am 19.3.1989 selbst wurden drei Journalisten von Armeeangehörigen ermordet, Roberto Navas von der Nachrichtenagentur Reuter nahe der Hauptstadt von Einheiten der Luftwaffe erschossen, sein Kollege Luis Galdámez dabei schwer verletzt. Einheiten des Elitebatallons „Arce" töteten an der Straße zwischen den Departments San Miguel und La Unión den Tontechniker des salvadorianischen Fernsehkanals 12. Der holländische Fersehjournalist Cornel Lagrouw wurde in San Francisco Javier von Soldaten ermordet. Er und Roberto Navas hatten im Mordfall Jürg Weis recherchiert.

Das allgemeine Klima der Unsicherheit, Einschüchterung und Bedrohung konzentrierte sich an neuralgischen Punkten zu offenem Terror. Vor, während und nach den Wahlen riegelten Soldaten die Büros von Volksorganisationen ab, und in den Konfliktgebieten fanden vor den Wahlen Militäroperationen statt. Trotz der einseitigen Feuerpause bombardierten Regierungsstreitkräfte am 8.3.1989 Torola im Department Morazán, wobei fünf Menschen ums Leben kamen.



In San Jose de la Flores im Dez. '88

Die Wahlbeteiligung nahm gegenüber den Wahlen vom März 1988 ab. Nach den amtlichen Zahlen des Zentralen Wahlrats (CCE), für die es freilich keine Gewähr gibt, sollen 946.686 SalvadorianerInnen gültige Stimmen abgegeben haben. Das ist weniger als die Hälfte der 1,95 Millionen Wahlberechtigen.[2] Der CCE schätzt die nach der Verfassung Wahlberechtigten auf 2,45 Mill. Zählt man die Wahlberechtigten unter den Kriegsvertriebenen und Flüchtlingen dazu, dürfte die Zahl bei drei Millionen liegen. Damit wäre dann die Wahlbeteiligung bei etwa 30% und der Anteil der faschistischen ARENA-Partei (510.126 Stimmen = 53,8%) bei ca 16% aller Wahlbeteiligten gelegen.

Der Sieg der ARENA im ersten Wahlgang hat überrascht, aber gegenüber den Wahlen von 1988 legte die ARENA nicht spektakulär zu. Ihr festes Wählerpotential wurde vor den Wahlen auf ca. 400.000 Personen geschätzt. Die große Zahl der Enthaltungen, die Stimmen für die CD (ca. 36.000) und die ungültigen Stimmen (ca. 60.000) waren in der Hauptsache Ausdruck eines Bewußtseins, das in den Wahlen keinen Weg zu einem Frieden mit sozialer Gerechtigkeit erkennt. Insofern sind diese Wahlen für die überwiegende Mehrheit der SalvadorianerInnen nutz- und wertlos gewesen.

Die Voraussetzungen im Wahlkampf und bei den Wahlen waren völlig ungleich. Während die ARENA über einen Etat von über fünf Mio. Dollar verfügte, der in US-amerikanischem Stil gemanagt wurde,[3] stand die junge CD mittelos da.[4]

Die Wahlen waren weder frei noch geheim. Obwohl die Guerilla angekündigt hatte, weder Wahllokale noch WählerInnen auf dem Weg dorthin anzugreifen, waren die Wahlorte militarisiert. In San Juan Opico hatte die Armee Maschinengewehre in der Schule, die als Wahllokal diente, aufgestellt und sie auf die WählerInnen gerichtet. Der Kommandant der dort stationierten Artillerie „überwachte" die Wahlen vor Ort. Auch in anderen Wahlorten (Die Wahltische standen oft auf der Straße) kontrollierte die Armee nicht nur die Zugänge, sondern mischte sich schwerbewaffnet unters Wahlvolk.

Die „viligantes"[5] der CD wurden behindert, eingeschüchtert. An einigen Wahlorten erschienen sie zwar pünktlich um 6.00 Uhr morgens, wurden aber am Zugang gehindert und später mit dem Argument ausgeschlossen, sie seien zu spät gekommen.

Es gab keine richtigen Wahlkabinen, sondern eine Art Stehpult. In der Schreib-

platte war der Schlitz, darunter hing ein durchsichtiger Plastiksack, in den die Stimmzettel fielen. Mensch konnte den WählerInnen über die Schultern schauen. Viele Stimmzettel entfalteten sich beim Einwurf bzw. auf der Rückseite war der Durchdruck des Kreuzes sichtbar. Die ARENA hatte ihre Leute so postiert, daß sie verfolgen konnte, wer welchen Kandidaten wählte. Per Handzeichen wurde die Stimmabgabe für ARENA an die Leute weitergegeben, die Protokoll führten und ihre Informationen von da über Walkie-Talkie an die mit Computer ausgestattete Parteizentrale weiterleiteten. Daher konnte ARENA schon am Abend des Wahltages ihren Sieg verkünden.

Nach der öffentlichen Auszählung, bei der kaum gemogelt werden konnte, wurden die Wahlunterlagen in versiegelten Kartons mit Armee-Lastwagen abtransportiert. Bei diesen Wahlen war es nicht nötig, die Ergebnisse der Spitzenreiter zu manipulieren, aber die Armee hatte die Möglichkeit, die gesamten Unterlagen auszutauschen. Es existierte zwischen der Auszählung durch die „Juntas Receptoras" (Wahlpersonal vor Ort) und der Endauszählung im Zentralen Wahlrat[6] keine Kontrolle mehr. So wurde die CD offensichtlich durch Manipulation auf den vierten Platz hinter die traditionelle Oligarchen- und Militärpartei PCN (Partei der nationalen Versöhnung) gedrängt: PCN hatte angeblich 38.800 Stimmen, CD angeblich 35.800 Stimmen. Die CD-Stimmen wurden durch Manipulation der Stimmzettel in ungültige Stimmen verwandelt. In entlegenen Orten tauchten plötzlich überdurchschnittlich viele Nullstimmen auf. Während landesweit der Stimmenanteil der PCN zurückging, verdreifachte sie im Department San Vicente ihren Stimmenanteil. Mensch wollte verhindern, daß die CD im ersten Anlauf zur drittstärksten Partei wird und als solche im Zentralen Wahlrat einen Sitz bekommt. Kein Problem in El Salvador. Oder wie es ein Gewerkschafter ausdrückte: Wer Tausende von Menschen verschwinden ließ, wird auch noch ein paar Wählerstimmen verschwinden lassen können.

Nach dem Honigmond wird aufgeräumt

Die faschistische ARENA-Partei wird also die nächste Regierung in El Salvador stellen. Während die Volksorganisationen in El Salvador mit einer Verschärfung der Repression rechnen, gehen die CD und etliche Beobachter davon aus, daß die Cristiani-Regierung zunächst versuchen wird, mit ihrer gemäßigten Rhetorik internationale Unterstützung für sich zu gewinnen. Früher oder später werden aber die Großgrundbesitzer ihre Ländereien und die ganze Macht im Land zurückfordern, werden die Hardliner in den Streitkräften freie Hand haben wollen, wird die Parteibasis, die den Demagogen d'Abuisson umjubelt und auf den sich feinsinnig gebenden Kaffeebaron



Christiani eher gelangweilt reagiert, die Macht spüren wollen, die sie erobert hat. Repräsentativ für die Basis sind die Soldaten, die in den letzten Wochen bei Überfällen auf Rücksiedlungen von Kriegsvertriebenen in Konfliktgebieten und bei Razzien in den Büros der Volksorganisationen allenthalben gedroht haben: Wenn ARENA die Wahlen gewinnt, wird hier aufgeräumt. Wenn dann also demnächst diese Basis und die Drahtzieher der ARENA durchgreifen wollen, wird der Widerspruch zwischen der Mentalität der Todesschwadrone, die nach wie vor die Partei beherrscht, und dem gemäßigt regierenden Christani aufbrechen. „Nach den ersten Monaten des Honigmondes wird es zu einer brutalen Krise kommen", sagte Ruben Zamora.

Natürlich sind auch andere Entwicklungen denkbar, etwa wenn die Guerilla demnächst die militärische Offensive weiter verstärkt oder neue diplomatisch-politische Initiativen ergreift.

Die ARENA-Regierung wird sich über kurz oder lang als schwieriger Partner der Bushadministration erweisen. Im Kongreß wird ARENA mit dem „pathologischen Killer" d'Abuisson (Robert White, ehemaliger US-Botschafter in El Salvador) identifiziert. Deshalb und weil die nicaraguanische Contra bald kein Thema mehr sein wird, wird die enorme Militär- und Wirtschaftshilfe für den Krieg niedriger Intensität in El Salvador im Kongreß diskutiert werden. Da der Regierung an einem Konsens mit dem Parlament gelegen ist, wird sie sich in der Salvador-Politik bewegen müssen.

Die europäischen Bündnispartner der USA scheinen auf die Vorgaben aus Washington zu warten. Die großen Parteien der Christ- und Sozialdemokratie hatten den Vorschlag der FMLN nicht zur Kenntnis genommen. Bei den Wahlen waren sie kaum präsent.[7] Auf den Sieg der ARENA reagierten sie zurückhaltend. Erinnert mensch sich daran, daß die SPD Christiani vorsichtig akzeptiert hat,[8] dann scheint die plötzliche Forderung des SPD-MdB Uwe Holtz, „alle Pläne für neue Entwicklungsprojekte für El Salvador ein(zu)frieren", Effekthascherei zu sein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ließ durch ihre außenpolitische Sprecherin Michaela Geiger die Wahlbeteiligung auf „60% der Wahlberechtigten" aufblasen. Ansonsten ist ihr nichts besseres eingefallen, als ihre Klamotte von dem armen Duarte, der an zwei Fronten kämpfen mußte, gegen links und rechts, wiederzukäuen und den Großen Bruder nachzuäffen, der die Weiterführung der Hilfe für El Salvador von Menschenrechten und Reformen abhängig machen wolle. Hätte diese Bedingung in der Vergangenheit existiert, wäre die Entwicklungshilfe für salvadorianische Aufstandsbekämpfung nicht wieder aufgenommen worden.

ub

Anmerkungen

1. Ihre führenden Parteien sind die sozialdemokratische MNR = Nationale Revolutionäre Bewegung unter Guillermo Ungo und die MPSC = Sozialchristliche Volksbewegung, eine linke Abspaltung der Christdemokratie unter Ruben Zamora.
2. Während sich seit den letzten Wahlen mehr BürgerInnen einschreiben ließen, nahm die Wahlbeteiligung ab.
3. Ihr Slogan war „La alegria ya viene — Die Freude kommt schon." Sie hatten ihn von der Nein-Kampagne der chilenischen Opposition abgekupfert, was wiederum nicht verwundert, wenn Politik durch Werbung ersetzt wird.
4. Die im Wortsinn sparsame Unterstützung der „Sozialistischen Internationalen" für ihre Bruderpartei MNR wäre eine eigene Geschichte wert. Belassen wir es bei dem trefflichen Bild, das ein führendes Mitglied der CD dafür fand: „Wie wenn unser Haus brannte, und sie daherkommen und uns einen Badezimmervorhang anbieten."
5. Die „vigilantes" sind Vertreter der kandidierenden Parteien, die nach dem Wahlgesetz den Wahlvorgang in den Lokalen überwachen.
6. Der Weg geht über die Wahlinstanzen der Gemeinden und Departments; bis zur Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse verstrichen drei Tage.
7. Eine zweitrangige Delegation der „Sozialistischen Internationalen" unterstützte die CD vor Ort; die mächtige SPD war zu Hause geblieben. Sie erwartete einen zweiten Wahlgang und glaubte, sich die Reise zum ersten sparen zu können.
8. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wischnewski hält Christiani für nach allen Seiten gesprächsbereit; sein Kollege Bindig meinte im vergangenen November, bei einem ARENA-Sieg sollte „die bundesdeutsche Position zur Entwicklungszusammenarbeit mit diesem Land neu diskutiert werden"; die SPD-Abgeordnete Luuk erklärte während einer Bundestagsdebatte am 9. März 1989, daß „die Entwicklungszusammenarbeit mit El Salvador zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eingestellt werden sollte" und orakelte zur Begründung: „... wir denken auch, daß El Salvador bei der Lösung der inneren Probleme auf einem guten Weg sein kann."



In der Nacht vom 27. Februar erhoben sich die Bewohner der Elendsviertel von Caracas und begannen, sich aus den Geschäften selbst zu bedienen und Busse abzufackeln. Ausgelöst wurden diese spontanen Wutausbrüche durch die vom IWF erzwungenen Preiserhöhungen für Benzin und Transporte.
Die Heftigkeit der sozialen Explosion war unerwartet groß, die Aufstände weiteten sich in kürzester Zeit auf das ganze Land aus. Mit militärischen Mitteln wurde der Aufstand schließlich gestoppt, dabei bezahlten zwischen 500 und 1000 Menschen mit ihrem Leben. Die sofortige Kreditzusage der USA halfen dem wegen seines Erdöls strategisch wichtigen Schuldnerland vorläufig aus dem Liquiditätsengpaß.
Aber die wiederhergestellte Ruhe ist trügerisch: Frieden ohne Gerechtigkeit läßt sich nicht erkaufen.
Der folgende Artikel versucht die IWF-orientierte Wirtschaftspolitik Venezuelas und den Verlauf der Aufstände aufzuzeigen.

Volkszorn gegen IWF

Bis Ende 1988 wurden Venezuela zwei Charakteristika zugeschrieben: die durch Erdöleinnahmen dominierte Wirtschaft Venezuelas ermöglichte dem Land einen Verteilungsspielraum und ein demokratisches System, das neben Costa Rica als das stabilste Lateinamerikas gilt. Zweitens hielt Venezuela auch nach 1982 — dem Ausbruch der internationalen Schuldenkrise — seine Zins- und Tilgungszahlungen uneingeschränkt aufrecht und konnte als einziges Land Lateinamerikas sogar zeitweise seinen Schuldenstand reduzieren. Seit den Unruhen vom 27./28. Februar und den ersten Märztagen 1989 ist endgültig deutlich geworden, daß das bisherige Akkumulationsmodell schon länger auf tönernen Füßen stand und der Gegensatz zwischen der Erwirtschaftung und der Verteilung von Einkommen zusehends größer wird. Die Ankündigung des früheren Präsidenten Jaime Lusinchi (1984-89) in seiner Neujahrsansprache 1988/89 bezüglich der Aufnahme offizieller Umschuldungsverhandlungen ab Ende Januar 1989 war der Auftakt für eine IWF-orientierte Anpassung unter dem neuen Präsidenten Carlos Andres Pérez, vom Volk CAP genannt, der am 2. Februar 1989 offiziell sein Amt antrat.

Das schwarze Gold bestimmt die Wirtschaft...

Die bisherige Stabilität der venezolanischen Demokratie beruhte seit 1958, dem Sturz der Diktatur unter Peréz Jiménez, auf einem politischen Stabilisierungspakt („Pacto de Punto Fijo"), der starken Stellung des Erdölsektors in der Wirtschaft und einem System politischer Artikulation und „Interessenvertretung" über Staat und Parteien[1].

Im „Pacto de Punto Fijo" wurde die Politik einer importsubstituierenden Industrialisierung, Modernisierung und Diversifizierung von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt. Dieses „hegemoniale Modell" war Ergebnis der Konzertierung zwischen fünf politischen Akteuren: den politischen Parteien (insbesondere die sozialdemokratisch orientierte AD und die christlich-soziale COPEI), dem Unternehmerdachverband FEDECAMARAS, dem Gewerk-

schaftsdachverand CTV, den Streitkräften und der Kirche[2].

Die Verteilung der Öleinnahmen lief über den Staat und führte — begleitet durch den Ausbau des Staatsapparates — zu einem weitverzweigten System von Subventionen und Vergünstigungen. Politisch fand dies seinen Ausdruck in der faktischen Zweiparteienherrschaft der staatstragenden Parteien AD und COPEI und einer relativ unselbständigen, stark vom Staat abhängigen Gewerkschaftsbewegung[3]. Neben einem etablierten politischen Klientelismus und Patronagesystem entstand so ein soziales und ökonomisches System, das in bedenklicher Weise von staatlichen Subventionen abhängig war und ist.

Die Krise des venezolanischen Entwicklungsmodells setzte bereits in den 60er Jahren ein, wurde allerdings durch den Ölboom 1974-78 überdeckt. Seit 1978 standen im venezolanischen Rentenkapitalismus relativ hohe Öleinnahmen einem abnehmenden Wirtschaftswachstum gegenüber. Erst nach dem Verfall der Ölpreise auf dem Weltmarkt, besonders 1983 und 1986, wurden die Folgen der Abhängigkeit vom Öl spürbar. Diese strukturellen Probleme und insbesondere die damit verbundenen sozialen Auswirkungen wurden aber nach wie vor kaum zur Kenntnis genommen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre macht deutlich, daß sich Verelendungstendenzen schon länger abzeichnen. Von den Öleinnahmen profitieren nur wenige.

— Die Abhängigkeit vom Erdölsektor blieb weiterhin unverändert hoch (1986: 25% des gesamten BIP, 90-95% der gesamten Exporterlöse und 60-65% der laufenden Staatseinnahmen).

— Die Außenverschuldung wuchs bis Dez. 1988 auf 30,5 Mrd. US$ (Schuldendienstquote lag bei ca. 45%).

— Dieser Außenschuld von 30,5 Mrd. US$ steht eine Kapitalflucht der letzten zehn Jahre von über 50 Mrd. $ gegenüber.

— Die verfügbaren internationalen Währungsreserven sanken bis Ende 1988 auf ca. 2,5 Mrd. US$ zusammen (ca. 2 Importmonate).

— Das wirtschaftliche Wachstum ging seit 1978 zurück und stieg erst ab 1986 kurzfristig wieder an.

— Die Inflationsrate stieg von 7,2% im Jahre 1978 auf 35,5% im Jahre 1988.

— Seit 1978 sinken die Reallöhne der Beschäftigten, steigt die Zahl der Einkommensempfänger unter dem Existenzminimum, wächst der informelle Sektor.

— Die Sozialausgaben des Staates (sowieso stark konzentriert auf Gesundheits- und Bildungsbereich) haben 1985 den gleichen Anteil wie 1978 (Ausnahme: Wohnungsbau). Dies geht einher mit einer sozialen Diskriminierung in der Verteilung sozialer Dienstleistungen wie Transport, Wasser, Strom, Sicherheit, Sozialversorgung etc., aus der ein hoher Anteil der unteren Einkommensschichten herausfällt.

— Die Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten und die kritische und extreme Armut nehmen zu (erstere heißt, daß ein Haushalt die Kosten für den „Standardwarenkorb" nicht aufbringen kann; letztere, daß die Kosten für den „Ernährungskorb" nicht aufgebracht werden können): zwischen 1984 und 1988 verdoppelte sich die kritische Armut und verdreifachte sich die extreme Armut. Zunehmende Mangel-, Fehl- und Unterernährung ist die Folge. Ca. zwei Mio. Haushalte bei einer Gesamtbevölkerung von 14 Mio. Menschen können den „Standardwarenkorb" nicht bezahlen.

... und der IWF das Regierungsprogramm

Die immer wieder verschobene Lösung struktureller Probleme schlägt sich indirekt in den Wahlen vom 4.12.1988 nieder, in der Pérez als eindeutiger Sieger hervorgegangen war[4]. Die Zweitparteienherrschaft (incl. die Interessensvertretung durch den Gewerkschaftsdachverband CTV) wird zunehmend in Frage gestellt: zum ersten Mal erhält die 'Bewegung zum Sozialismus' (MAS) über 10%, kleinere Parteien ziehen gestärkt ins Parlament ein, trotz formal bestehender Wahlpflicht liegt die Wahlenthaltung bei ca. 20%[5].

Langsam wird sichtbar, daß endgültig ein neuer Verteilungsmodus der Ölrente gefunden werden muß[6]. Dies findet in drei wesentlichen Dokumenten seinen Ausdruck: dem Regierungsprogramm vom Oktober 1988, den wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen der Regierung (verkündet am 16.2.1988) und der am 28.2. gegenüber dem IWF unterzeichneten Absichtserklärung.

Schon die allgemeine Äußerung in der Ankündigung seines Regierungsprogramms weist die Richtung der im Kapitel 'Restrukturierung der venezolanischen Wirtschaft' genauer ausgeführter Zielsetzungen: „Unser Ziel ist die Schaffung eines anderen Wirtschaftsmodells, das sich im Rahmen der Konzertation an Produktivität, Konkurrenz und Gerechtigkeit orientiert"[7]. Die angestrebte Transformation der ökonomischen und institutionellen Struk-

Die wesentlichsten Maßnahmen aus dem Wirtschaftsprogramm der Péres-Regierung und der Absichtserklärung gegenüber dem IWF sind:

Außenwirtschaftspolitik

1) Schaffung eines einheitlichen und flexiblen Wechselkurses
(Ausnahmen: private Auslandsschuld bis 28/2/89 (250 Mio $) und 50% der gewährten Importkredite fürs Privatunternehmen bis 1988 (ca. 3 Mrd. $) bei Refinanzierung der restlichen 50% bis 1992)
2) Aussetzung der Tilgungs- und Zinszahlungen der öffentlichen und privaten Außenschuld bis zum 30/9/89 und Eintritt in Umschuldungsverhandlungen
3) Abwicklung aller Transaktionen mit dem Ausland zum freien Wechselkurs; Förderung nicht-traditioneller Exporte, Abschaffung aller Importkontingente (bis Dez. 1989), Abschaffung aller Zollbefreiungen (im März '89), Vereinfachung des bisherigen Zollsystems

Monetäre Politik

1) Freigabe der Zinssätze
2) Vorzugsbedingungen für Agrar- und Hypothekarkredite

Fiskalpolitik

1) Reduzierung des Haushaltsdefizits
2) Einstellungsstop in der öffentlichen Verwaltung;
3) Einführung einer Umsatzsteuer (1990);
4) Ausweitung der Befreiung von der persönlichen Einkommenssteuer;
5) Ausweitung der Abschreibungsmodalitäten für Privatunternehmen;
6) allgemeine Erhöhungen der Transport- (zunächst 30%) und Elektrizitätspreise sowie Telefongebühren (zunächst 50%); Erhöhung der Öl- und Benzinpreise in den folgenden drei Jahren (zunächst 100%); die Preise für Güter und Dienstleistungen öffentlicher Unternehmen sollen innerhalb von zwei Jahren auf das internationale Preisniveau angehoben werden.

Einkommens- und Preispolitik, Maßnahmen zur „Abfederung" der sozialen Folgen

1) Erhöhung des Mindesteinkommens um gut 50%;
2) Erhöhung von Löhnen und Gehältern
   a) in der öffentlichen Verwaltung: 30% für die ersten 5000 Bolivares (Bs.); 10% für Gehälter zwischen 5001 und 10000 Bs. und 5% für die Gehälter über 10000 Bs. (1989 keine Erhöhung mehr vorgesehen);
   b) im Privatsektor: 2000 Bs. für alle Arbeitnehmer und Angestellten
3) Anhebung der Beitragspflichtgrenze der staatlichen Sozialversicherung;
4) Erhöhung von Zuschüssen zu Transport- und Verpflegungskosten;
5) Abschaffung der Ex-ante-Preiskontrolle; Preiskontrolle für einen „Basiswarenkorb" (bis zu 25 Waren) und grundlegende Dienstleistungen;
6) Nahrungsmittelprogramme für Kinder bis zu 14 Jahren sowie Schwangere und stillende Mütter;
7) Schaffung von 42000 Kindertagesstätten.

tur soll in vier Aktionsfeldern verwirklicht werden: der Umstrukturierung des Produktionsapparates, einer Umdefinierung der ökonomischen Rolle des Staates, der Überwindung finanzieller Restriktionen sowie einer Demokratisierung des Kapitals und einer gerechten Verteilung der „Früchte" des Wachstums.

Das Konzept ist deutlich: stärkere Einführung marktwirtschaftlicher Komponenten, stärkere Wettbewerbsfähigkeit und Öffnung hin zum Weltmarkt und überwiegend externe Finanzierung dieses Modells. Einzelne im Regierungsprogramm genannte Maßnahmen dieses 'neostrukturalistischen' Modells finden sich in dem Mitte Februar verkündeten Maßnahmenpaket und in der gegenüber dem IWF unterzeichneten Absichtserklärung wieder[8]. In dieser Absichtserklärung erläutert Venezuela sein Anpassungsprogramm und bittet um Zugriff auf die „erweiterte Fondsfazilität". Für 1989 wird ein externer Finanzierungbedarf von ca. 6 Mrd. US$ vorgesehen (7,1 Mrd. US$, wenn die vorgesehenen 1,3 Mrd. US$ der Rückführung nationalen Kapitals hinzukommen), die durch Kredite von IWF, Weltbank, Interamerikanischer Entwicklungsbank und kommerziellen Banken (incl. Schuldenswaps) aufgebracht werden sollen. Die wichtigsten Einzelmaßnahmen, die im Maßnahmepaket und in der Absichtserklärung genannt werden, sind im nebenstehenden Kasten zusammengefaßt.

Die Wirtschaft hatte schon seit August '88 abwartend auf die Wahlen reagiert. Die Versorgung des Binnenmarktes war größeren Schwankungen unterworfen, zahlreiche Lebensmittel verschwanden wochenlang aus den Regalen. Eine von Unternehmern beschworene Produktionskrise (wegen angeblich fehlender Devisen für Importe) führte im Januar 1989 zu nervösen Hamsterkäufen. Mit dem offiziellen Amtsantritt von CAP am 2.2.1989, der einer „Königskrönung" ('El País') gleichkam, wurden deshalb große Hoffnungen auf die Beendigung der Ungewißheit durch Ankündigung konkreter Maßnahmen verbunden. Diese Ankündigung wurde mehrere Male verschoben, CAP verkündete am 16.2. ein relativ allgemein gehaltenes Paket, womit deutlich wurde, daß sowohl Schuldenverhandlungen als auch „Konzertierungsgespräche" mit dem Unternehmens- und Gewerkschaftssektor schwieriger liefen als erwartet. Was also brachte Ende Februar das Faß zum Überlaufen, obwohl die konkreten und umfassenden Auswirkungen des Maßnahmenpakets noch gar nicht voll spürbar wurden?

Die Wut der Bevölkerung führt zur Eskalation

Als Auftakt der Anpassung war nach einer 100%igen Benzinpreiserhöhung eine 30%ige Erhöhung der Transporttarife vereinbart worden, die am 27.2. in Kraft treten sollte — obwohl Lohnerhöhungen erst ab 1.3. gelten und am 15.3. ausgezahlt werden sollten. Die Mehrheit der Transportunternehmer verlangte aber statt der vereinbarten 30% bis zu 100% mehr. Mit der Unfähigkeit des Transportunternehmer-Verbandes und der Regierung, die Einhaltung getroffener Absprachen zu garantieren bzw. zu kontrollieren, begann der Ausbruch sozialer Unruhen, deren Verlauf sich in vier Phasen unterschiedlicher Länge einteilen läßt:[9]

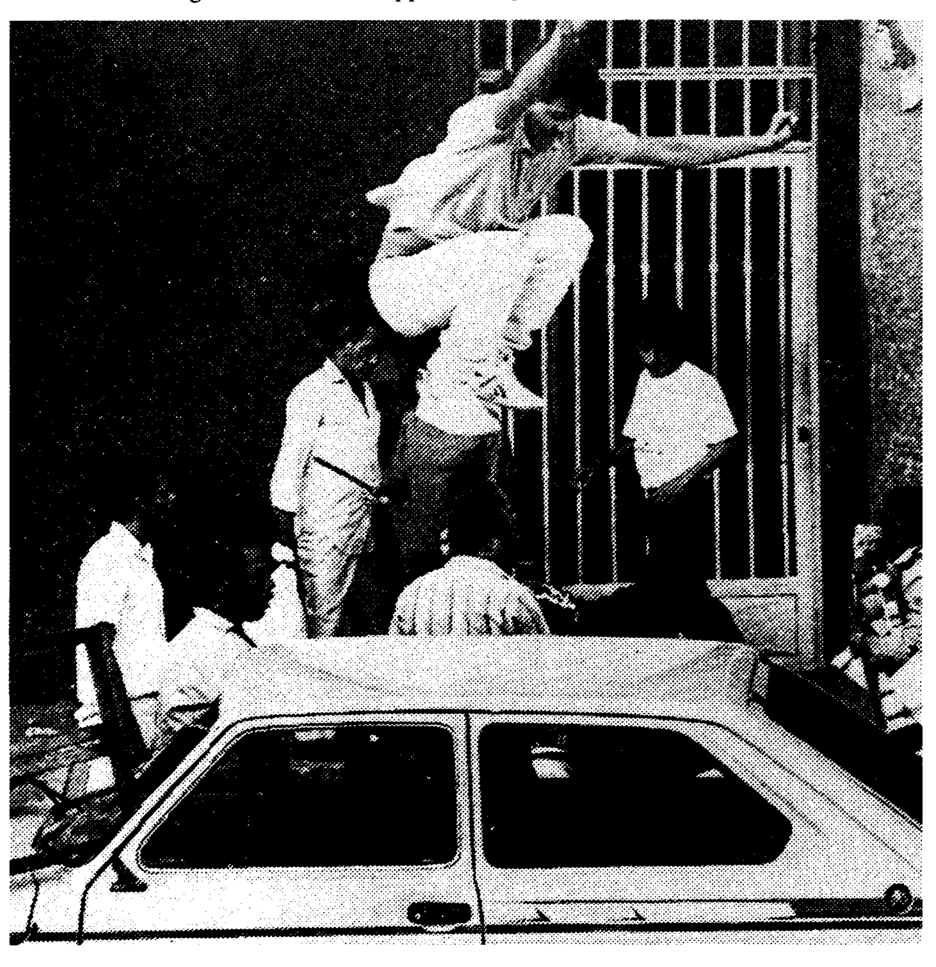
Die **erste Phase** war eine spontane Explosion der Unterschicht und der unteren Mittelschicht in den Elendsvierteln, die gegen die soziale und politische Marginalisierung ankämpften. Diese Explosion fand ihren Ausdruck zunächst in Demonstrationen, Straßenblockaden, Verbrennen von Autoreifen und einzelnen Transportmitteln. Im Laufe des Nachmittags und Abends des 27.2. wurden zahlreiche Lebensmittelläden, Supermärkte und Lagerräume geplündert, nachts auch Kleiderläden und Elektrogeschäfte.

Die Nacht vom 27./28.2. entsprach ganz der Dynamik der „Protagonisten": in allen Teilen des Landes war es zu einer massiven Explosion gekommen. Die Zufriedenheit darüber, daß man sich geholt hatte, was seit Monaten in Lagern zurückgehalten worden war und was man sich nach einer Preiserhöhung nicht mehr hätte leisten können, wurde in Feiern umgesetzt.

In dieser ersten Phase wurde die Bevölkerung von der Polizei, insbesondere der 'Policía Metropolitana', aktiv unterstützt: zum einen, weil deutlich war, daß diese massive Erhebung nicht mehr zu stoppen war; zum anderen, weil die Polizei seit über einem Monat keine Gehälter mehr bekommen hatte. Die Regierung hatte diese Explosion nicht vorausgesehen und war unfähig, darauf zu reagieren. Parteien und Gewerkschaften bzw. deren Führungen fielen durch Abwesenheit auf; der Vorsitzende der CTV, José Delpino, befand sich bei Ausbruch der Unruhen im Ausland und kehrte auch nicht früher als vorgesehen zurück.

In der **zweiten Phase** schlug der spontane Protest in Zerstörung, Mißbrauch und unkontrollierten Bandenkrieg um. Es kam zur Zerstörung und Verbrennung von Läden (insbesondere kleiner und mittlerer Ladenbesitzer). Die Akteure der ersten Phase fühlten sich zunehmend unsicher und hatten sich bereits zurückgezogen. Die Polizei wurde durch Streitkräfte und Nationalgarde ersetzt, die in Caracas und einigen größeren Städten eingesetzt wurden (allein 10.000 Soldaten in Caracas).

In der **dritten Phase** versuchte CAP, seinen Aktionsradius zurückzugewinnen, und verhängte am 28.2. — dem Tag der Unterzeichnung der Absichtserklärung beim IWF — einen Ausnahmezustand sowie eine Ausgangssperre[10]. Nach dieser Entscheidung suchte CAP die Unterstützung verschiedener Parteien. Nur die 'Neue demokratische Generation' und 'Formula Uno' waren dazu bereit. Die Repräsentanten von COPEI, MAS und 'Causa R' forderten die Rücknahme des wirtschaftlichen Maßnahmepakets und den Abbruch der IWF-Ver-



handlungen. CAP sah nach wie vor die Notwendigkeit der Durchführung der geplanten Maßnahmen und betonte erneut, daß der IWF die einzige Option für das Land darstellen würde.

Hauptakteure der dritten Phase waren nun die Streitkräfte und die Polizei. Doch einzelne Konfliktherde bestanden weiter und nahmen die bekannte Dynamik einer „Gewaltspirale" an, in der alles beschossen wurde, was sich bewegte. Die Polizei kehrte zu ihren bisherigen Aufgaben zurück, was durch den Ausnahmezustand erleichtert wurde — Mißbrauch und Repression eingeschlossen. Auf der Suche nach „subversiven Elementen" kam es zu zahlreichen willkürlichen Verhaftungen (vor allem von Studenten, Universitätsangehörigen und den in Elendsvierteln tätigen Jesuiten), Hausdurchsuchungen, Personenüberprüfungen und „versehentlich Erschossenen", die den Soldaten zum Opfer fielen. Streitkräfte und Polizei wurden zur „Beschlagnahmung" geplünderter Waren eingesetzt. Dabei nahm der Mißbrauch durch die Polizei solche Extreme an, daß die Anweisung zur „massiven Beschlagnahmung" wieder zurückgenommen werden mußte. Die Bevölkerung lebte in dieser Zeit in Angst und Unsicherheit. In dieser dritten Phase einigten sich FEDECAMARAS UND CTV — unter dem Druck der Ereignisse — nach einer längeren Auseinandersetzung um Lohnerhöhrungen auf einen Kompromiß.

Die **vierte Phase** beginnt mit der Zeit nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes, einer Zeit überwiegender Desorientierung der meisten politischen Akteure und erneuter Versuche eines noch offenen Kräftemessens.

Wer trägt die Verantwortung für die blutige Bilanz von vermutlich über 1000 Toten (die offizielle Zahl von 246 Toten wird von fast allen Seiten bezweifelt), Tausenden von Verletzten und vorübergehend Verhafteten, zahlreichen Verschwundenen etc.?
In der dritten Phase war schon deutlich geworden, daß ein Teil der parlamentarischen Opposition die Ursachen in den IWF-orientierten Anpassungsmaßnahmen sieht. Die Analyse des Präsidenten selbst, daß die Unruhen auf die Gegensätze zwischen Armen und Reichen zurückzuführen seien (was von FEDECAMARAS energisch zurückgewiesen wurde), deckt sich mit „Osteraktivitäten" in verschiedenen Elendsvierteln: der Verbrennung des 'ökonomischen Judas'. Traditionsgemäß wird die 'Verbrennung des Judas' am Ostersonntag oder Tag der Auferstehung „gefeiert": Stoffpuppen, die an Judas und seinen Verrat an Jesus erinnern, werden durch die Straßen getragen und an Bäumen, Kreuzen oder Stöcken aufgehängt. Vor der Verbrennung wird dann ein „Testament" mit den unangenehmsten Namen oder Ereignissen des Jahres verlesen. Dieses Jahr wurde in den meisten Fällen der ökonomische Judas verbrannt: die ökonomischen Maßnahmen; die Spekulanten und die, die für die Kapitalflucht verantwortlich sind: die korrupten Politiker und Unternehmer; die Ladenbesitzer, die Waren zurückbehalten bzw. nur an Reiche verkaufen etc.

Genaugenommen zeigt sich in Venezuela das bereits bekannte Phänomen: die Probleme, die zur Anwendung des Anpassungsprogramms geführt haben, wurden nicht vom IWF geschaffen, sondern von den bisherigen Regierungen Venezuelas verursacht. Als die Anpassung „unausweichlich" schien, wiederholten CAP und seine Regierung — die sich der strukturellen Probleme Venezuelas durchaus bewußt sind — den „alten" Fehler des IWF: denn jedes Programm ist zum Scheitern verurteilt, wenn die soziopolitischen Strukturen und die sogenannten sozialen Kosten unberücksichtigt bleiben! Im Fall Venezuelas kommt hinzu, daß die Regierung von dem Trugschluß ausging, in wenigen Monaten umsetzen und nachholen zu können, was vor zehn Jahren hätte begonnen werden sollen...

Der Trend zur „Lateinamerikanisierung" Venezuelas wurde schon in der Entwicklung seit 1978, spätestens seit 1983 deutlich. Dieser wurde durch das IWF-orientierte Anpassungsprogramm beschleunigt. Wie erfolgreich das Manövrieren zwischen außenwirtschaftlichen Zwängen und gesellschaftlichem „Management" verläuft, wird sich auch mit der Entwicklung der venezolanischen „Besonderheiten" entscheiden: Die sozialen Unruhen sind kein Ausdruck von Klassenbewußtsein, aber sie geben Anlaß zur Hoffnung, daß die Unterschichten erkannt haben, daß sie auch in Zukunft ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen. Es ist unklar, ob vereinzelt erkennbare Ansätze zur Solidarität und gemeinsamen Aktionen ausreichen, um bisher fehlende Basisbewegungen (und dies wurde während der Ereignisse ganz deutlich!) zu bilden, eine 'strukturierte' Form der Artikulation und Partizipation zu schaffen, die ein Gegengewicht zur herrschenden Machtstruktur bilden und damit zu deren Veränderung führen könnte. Ende Februar/Anfang März wurden Läden nich nur aus Hunger geplündert, sondern vor allem aus Wut. Die Zeit drängt an allen Fronten.

Die USA haben „spontane" Unterstützung angeboten: Venezuela soll zu den „privilegierten Ländern" des 'Plan Brady' zählen und von einer möglichen Reduzierung der Zinssätze profitieren (zum 'Brady Plan' siehe Artikel in diesem Heft). In Venezuela selbst wurden einige Anpassungsmaßnahmen bereits eingeleitet — und gleich danach mit Zugeständnissen, hauptsächlich an die Mittelschicht, abgeschwächt. Die bisherige Umverteilung läuft zugunsten des Bankensektors, zu Lasten von Teilen des Produktionssektors — und natürlich der breiten Bevölkerung. Trotz einer 25%igen Inflationsrate im ersten Quartal 1989 ist der Umfang für den subventionierten „Basiswarenkorb" noch immer nicht eindeutig festgelegt. Und die Preise steigen weiter...

Marion Hörmann

Anmerkungen

1 vgl. dazu: Werz, N. 1987: Regimewechsel und Konsolidierung der Demokratie in Venezuela; in: Vierteljahresberichte Nr. 107, März 1987, S. 65-80
2 ausführlich: Sonntag, H.-R., 1984: Estado y desarrollo sociopolítico en Venezuela; in: Cuadernos del CENDES No 4 (Set.-Dic. 1984), pp. 13-66; López Maya, M./Gómez Calcaño, L./Maingón, T. 1989: Del Pacto de Punto Fijo al Pacto Social. Desarrollo y Hegemonia en Venezuela (1958-1985). Caracas, Fondo Edit. Acta Científica Venezolana.
3 speziell zur Rolle der Gewerkschaften: Bernecker, W.L. 1982: Venezuela; in: Mielke, S. (Hrsg.) 1982: Internationales Gewerkschaftshandbuch, S. 1147-1156; Valecillos T., H. 1986: Rotador o garante del sistema? Los 50 años de la CTV de Venezuela; in: Nueva Sociedad No 85 (Sept.-Oct. 1986), pp. 14-29
4 Bei den Erststimmen (für die Präsidentschaftskandidaten) gewann Pérez 52.91% (Lusinchi 1983: 56,7%), Eduardo Fernandez von COPEI 40,41%, (Caldera 1983: 32.56%). Bei den Zweitstimmen (für die Parteien) sah es wie folgt aus: AD 43,76% gegenüber 49,9% von 1983; COPEI 31,43% gegenüber 28,68%, MAS/MIR 10,27% gegenüber 5,74% des MAS.
5 Sonntag, H.-R., 1989: Venezuela: la vuelta de Carlos Andrés Pérez; in: Nueva Sociedad No. 99 (Enero-Febr. 1989), pp. 18-23
6 Zum Problem Staat/Verschuldung und Unternehmenssektor s. Boeckh, A. 1988: Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4, S. 636-655
7 Regierungsprogramm „Acción de Gobierno para una Venezuela moderna", vorgestellt am 17.10.1988 in Maracaibo/Venezuela
8 Die Absichtserklärung — unterzeichnet am 28.2.89 vom Planungsminister Miguel Rodríguez, Finanzministerin Eglée Iturbe und Zentralbankpräsident Pedro Tinoco — enthält 35 Punkte, die unter drei Themenbereiche fallen: Ein Memorandum über Wirtschaftspolitik, in dem die Entwicklung der vergangenen Jahre und die Ausgangssituation Anfang 1989 analysiert wird (Punkte 1-5), eine mittelfristige wirtschaftliche Strategie (Punkte 6-14) und die konkreten makroökonomischen Maßnahmen für 1989 (Punkte 16-35), vgl. 'El Universal' vom 3.3.1989
9 Sofern nicht anders angegeben, bezieht sich die folgende Zusammenfassung auf Auswertungen der Zeitung 'El Universal', 'El Nacional', 'Reporte', 'El Diario' und 'The Daily Journal' seit dem 27.2.89 sowie Anregungen aus verschiedenen Artikeln der Zeitschrift 'SIC' No. 513, die das ganze Heft einer Analyse der Ereignisse widmete.
10 Folgende in der Verfassung garantierten Rechte wurden außer Kraft gesetzt: Unantastbarkeit persönlicher Freiheit und Sicherheit (Art. 60); Unantastbarkeit der Wohnung (Art. 62), Bewegungsfreiheit auf nationalem Territorium (Art. 64), Meinungsfreiheit (Art. 66), Versammlungsfreiheit (Art. 71) und Demonstrationsfreiheit (Art. 115).
Der Ausnahmezustand galt vom 28.2. bis 22.3., die am 28.2. verhängte Ausgangssperre wurde am 6.3. aufgehoben.

Vorbemerkung zum Themenblock

Es ist eigentlich erstaunlich, daß die Beschäftigung mit Gewerkschaften und der internationalen Gewerkschaftsarbeit unter Dritte-Welt-Interessierten vernachlässigt wird. Häufig handelt es sich um Solidaritätsaufrufe oder Berichte zu einem aktuellen Ereignis, selten hingegen um grundsätzlichere Betrachtungen.
An dieser Situation ist sicherlich nicht nur unsere „Blindheit" schuld, sondern auch die spärliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf internationaler Ebene, ihr widersprüchliches Verhalten (beispielsweise die Politik der westdeutschen Gewerkschaften während des britischen Bergarbeiterstreiks oder die Tatsache, daß es drei (!) weltweite Zusammenschlüsse von Gewerkschaften gibt), als auch die „Krise der Gewerkschaften" selbst.
Da es sich jedoch um Arbeitnehmerorganisationen handelt, die als solche im politischen Alltag eine bedeutende Rolle spielen bzw. spielen können, erscheint uns eine Auseinandersetzung mit dem Thema notwendig.
Im Gegensatz zu den „neuen sozialen Bewegungen" (s. blätter des iz3w Nr. 140 und 142/1987) können sie als Vertretung von Lohnabhängigen entscheidenden Druck auf die offizielle Politik ausüben. Historisch gesehen kommt hierbei der internationalen Zusammenarbeit eine wesentliche Rolle zu.
Die Beiträge zu diesem Schwerpunkt sollen anhand verschiedener Länder die geschichtliche Entwicklung, die Organisationsstrukturen und die politischen Inhalte der Gewerkschaftsbewegungen darstellen. Dabei handelt es sich um „relativ industrialisierte" Staaten. Nur dort kam es zu einer nennenswerten Organisierung der ArbeiterInnen. Die Philippinen bilden dabei als agrarisch geprägtes Land insofern eine Ausnahme, als dort die Gewerkschaftsbewegung auf eine längere Tradition als in anderen asiatischen Ländern zurückblicken kann. Ebenfalls ein Sonderfall ist Südafrika für den afrikanischen Kontinent. In Lateinamerika begann eine breitere Organisierung in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts, vor allem unter den höher qualifizierten Arbeitern im produzierenden Gewerbe und im Exportsektor. Als Richtungsgewerkschaften waren und sind sie häufig die einzige organisierte Opposition. Früh wurden in mehreren Staaten von den Regierenden die Arbeitsbeziehungen gesetzlich geregelt und die Gewerkschaften an eine populistische Regierung angegliedert.
Stefan Knaur beschreibt in seinem Beitrag am Beispiel Brasiliens die Organisationsprobleme der Gewerkschaften. Erst Ende der siebziger Jahre bahnte sich hier der Bruch mit dem „kooperativen Modell" an, und mit der Gründung der CUT 1983 entstand eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung.
In Mexiko sind die Gewerkschaften an den Staat angebunden, doch handelt es sich hier mit der regierenden „Partei der institutionalisierten Revolution" eher um eine traditionell sozialdemokratische Regierung. Und auch diese Regierung legt der Vertretung von Arbeiterinteressen Fesseln an, bzw. die Gewerkschaften werden von regierungstreuen (und davon profitierenden) Funktionären repräsentiert, wie Hans-Joachim Lauth in seinem Beitrag ausführt.
Der Artikel über die Ereignisse bei der bundesdeutschen BAYER-Niederlassung in Peru zeigt, daß das Lohn- und Sozialniveau nach wie vor zu den Gründen für die Standortwahl der Produktion zählt. Zwar hört man in offiziellen Verlautbarungen der bundesdeutschen Gewerkschaften immer wieder, daß es gilt, „menschengerechte Arbeitsverhältnisse" auch in den Entwicklungsländern zu fordern, doch IG Chemie Chef Rappe stellt sich an die Seite des BAYER-Konzerns.
In Nicaragua muß der sandinistische Gewerkschaftsverband einen Drahtseilakt vollziehen; denn die Interessen der von ihm vertretenden Arbeiter sind nicht unbedingt mit denen der sandinistischen Regierung identisch. Roland Keil beschreibt diesen Prozeß, in dem die desolate wirtschaftliche Situation des Landes die Schwierigkeiten noch verschärft.
In Asien begann die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, von einigen Ausnahmen abgesehen, erst im 20. Jahrhundert. Die politische und wirtschaftliche Situation ist heute sehr unterschiedlich, vergleicht man beispielsweise Singapur, die Philippinen und Vietnam. Meist kommt den Gewerkschaften eine feste Rolle in der Gesellschaft zu. In Malaysia z.B. ist den Gewerkschaften jegliche politische Aktivität verboten. In den sozialistischen Staaten haben sie nur noch bestimmte Aufgaben in der Betriebsorganisation, in der Bildungsarbeit und der Sozialverwaltung.
Peter Franke zeichnet in seinem Artikel die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Länder Südostasiens nach. An der historischen Entwicklung versuchte er die Bedingungen zu zeigen, die die Gewerkschaften heute weiter als antiimperialistische Kraft, als regierungstreue und rechtsgerichtete („gelbe"), aber auch als unabhängige Vertreter von Lohn- und Sozialforderungen erscheinen lassen.
In dem Interview mit Vertretern der philippinischen Zuckerrohrarbeitergewerkschaft geht es um die konkrete Arbeit und Repression gegen unabhängige Gewerkschaften.
Etwas überraschen mag der Bericht über die Arbeit einer „Basisinitiative" der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Oberbayern.
Trotz formaler Schwierigkeiten und inhaltlicher Differenzen mit der „offiziellen" internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit macht dieser Arbeitskreis die Arbeit, die er für wichtig hält. Es gibt mittlerweile einige solcher Initiativen. Mit den Möglichkeiten und Grenzen der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit und dem Trauerspiel des Internationalismus bundesdeutscher Gewerkschaften werden wir uns voraussichtlich u.a. im nächsten Heft noch einmal beschäftigen.
In diesem Zusammenhang steht auch die Auseinandersetzung mit dem Buch von Werner Puschra „Schwarze Gewerkschaften in Südafrika". Der Autor versucht, in seinem Buch die positive Rolle der multinationalen Unternehmen in Südafrika für den Emanzipationskampf der Schwarzen zu beweisen. Die Arbeit wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt, die für die internationale Zusammenarbeit bundesdeutscher Gewerkschaften gerade im Bildungsbereich von Bedeutung ist. Einerseits fordert die IG Bergbau (aus Eigeninteresse!) seit Jahren den Boykott südafrikanischer Kohle, und die Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel und Gaststätten schloß sich gemeinsam mit dem DGB dem Früchteboykott an. Andererseits warnen die IG Metall und die IG Chemie immer wieder vor einem Abzug bundesdeutscher Investitionen aus Südafrika, wo doch gerade in deren Branchen bundesdeutsche Unternehmen kräftig in Südafrika investiert haben und weiterhin investieren. Wo bleibt die Solidarität mit den Forderungen der schwarzen Gewerkschaften nach Sanktionen?

d. Red.

Vamos á luta!

Der 'neue Syndikalismus' in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung

Das Ziel gewerkschaftlicher Organisation muß die Überwindung der Konkurrenz unter den Lohnarbeitern und die Errichtung solidarischer Strukturen sein. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung, um ein Lohndiktat durch die Unternehmer zu verhindern und deren struktureller Macht eine eigene Verhandlungsmacht entgegenzusetzen.

So pauschal diese Aussage klingen mag, so weist sie doch auf ein grundlegendes Dilemma der brasilianischen Arbeiterbewegung hin. Die Konkurrenz unter den brasilianischen Lohnarbeitern ist nicht nur eine Folge individueller Interessenskonflikte, sondern nährt sich auch aus der strukturellen Heterogenität der brasilianischen Ökonomie und den verschiedenen Interessenslagen, welche diese produziert.

Der Versuch einer nachholenden Industrialisierung des Landes als Ausweg aus der peripher-kapitalistischen Einbindung in den Weltmarkt führte in Brasilien zu einer heterogenen Struktur der Ökonomie, des politischen Systems und der gesamten Lebensverhältnisse. Im Gegensatz zu den Industrialisierungsprozessen der heutigen Industrienationen kam es in Brasilien zu keiner Angleichung der Produktivität der verschiedenen Wirtschaftssektoren. Die Produktionsbereiche, die nicht unmittelbar in Verbindung mit dem Aufbau einer modernen Industrie standen, wie etwa die Landwirtschaft und die Herstellung einfacher Konsumgüter (z.B. Textilien), blieben in ihrer Produktivität weit hinter der hoch subventionierten Produktion von Kapital- und Luxuskonsumgütern (Autos, elektrische Haushaltsgeräte, etc.) zurück. Die brasilianische Industrialisierung führte zu keinem sozialen Ausgleich für die Gesellschaft. Die Auslandsverschuldung und andere Folgekosten eines Industrialisierungsmodells, das nicht auf der Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit, sondern gerade auf der Eingrenzung des Marktes und der „Umverteilung" des gesellschaftlichen Reichtums basiert[1], explodieren und verschärfen die bestehenden Diskrepanzen noch weiter.

Ein Großteil der Landbevölkerung scheint in einer Landwirtschaft, in welcher der Boden vorrangig zum extensiven Anbau der Exportkulturen oder schlichtweg als Spekulationsobjekt dient, überflüssig zu sein. Obwohl die Landnahme bereits weit über die Grenzen einer ökologisch vertretbaren Erschließung hinaus vorangetrieben wurde und die Flucht der Landbewohner aus der dortigen Misere in die Küstenstädte zu keiner Verbesserung der Lebensbedingungen führt, migrierten 1980 ein Drittel der brasilianischen Bevölkerung[2]. Die selbst im Interesse einer kapitalistischen Entwicklung überfällige Agrarreform, welche Arbeitsplätze auf dem Land schaffen, den Binnenmarkt erweitern und die Ernährungssituation verbessern könnte, scheitert sowohl an der nie entmachteten Landoligarchie als auch an den Spekulationsinteressen der städtischen Machtgruppen.

Brasilien spiegelt auf der nationalen Ebene sowohl das ökonomische Gefälle, die ungerechte Verteilung des Reichtums und die daraus erwachsenden sozialen Spannungen, als auch die funktionale „Arbeitsteilung" des globalen Nord-Süd Gefälles wieder.

Diese strukturellen und regionalen Verzerrungen der brasilianischen Ökonomie äußern sich auch in vielfältigen Arbeitsmärkten.[3]. Die Märkte unterscheiden sich in bezug auf die qualitativen Anforderungen an die Arbeitskräfte, auf das Verhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Arbeitskraft, den daraus resultierenden Einkommenschancen und der sozialen Absicherung der Arbeitskräfte. So sind die Arbeits- und Lebensbedingungen und auch die Organisationsformen der Arbeiter in den multinationalen Großunternehmen, der Saisonarbeiter auf dem Land, der Bediensteten in den Staatsunternehmen, der Hausangestellten, der Goldwäscher oder der Kautschuksammler nur auf einem sehr abstrakten Niveau vergleichbar.

Selbst der Grad der Durchsetzung des Lohnarbeitsverhältnisses, das sich historisch erst sehr spät entwickelt hat[4], ist regional sehr verschieden. Die Einbindung der Arbeitskräfte in die kapitalistische Lohnarbeit ist im Industriedreieck zwischen Sao Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte bereits weit fortgeschritten. 1980 betrug der Anteil der Lohnabhängigen an den Erwerbspersonen im Bundesstaat Sao Paulo 80%, wobei sich innerhalb dieser Kategorie immense Einkommensunterschiede feststellen lassen: der Lohn eines Geschäftsführers in einem mittleren bis großen Unternehmen und dem eines Hilfsarbeiters auf dem Bau stand in Rio und Sao Paulo 1975 im Verhältnis von 90:1.

Im Nordosten Brasiliens stehen die Erwerbstätigen zu einem großen Teil noch außerhalb der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse — der Anteil der Lohnabhängigen betrug hier 45% — und auch in den Lohnarbeitsverhältnissen spielt die persönliche Abhängigkeit von den Patronen oft eine große Rolle.

Ein schockierendes Beispiel für die unbegrenzte Macht der Großgrundbesitzer wurde im August 1988 bekannt: Mehr als 80 Arbeiter waren auf der Fazenda São Judas Tadeu im nördlichen Bundesstaat Pará in Sklaverei gehalten worden. Die Arbeiter waren durch eine Truppe von bezahlten „Pistoleiros" an der Flucht gehindert und nachts in einem einzigen Schlafsaal zusammengepfercht und an ihre Betten gebunden worden.

Die neuere Geschichte der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung ist überlagert von den gesetzlichen Bestimmungen, mit denen im „Estado Novo" von Getúlio Vargas der Rahmen gewerkschaftlichen Engagements drastisch eingegrenzt worden war.

Nach dem Vorbild der italo-faschistischen „Carta del Lavoro" entstand 1943 ein Gewerkschaftsgesetz, das CLT („Consoli-

dação das Leis do Trabalho"), das die gewerkschaftlichen Organisationen explizit zu einer Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat verpflichtete:

- Die Gewerkschaften verloren ihre Tarifautonomie, sowohl Löhne als auch die Preise wurden nun staatlich festgesetzt.
- Die Neugründung von Gewerkschaften bedurfte der staatlichen Zustimmung.
- Die Gewerkschaften wurden über eine vom Staat eingezogene Gewerkschaftssteuer finanziert, die von jedem Berufstätigen zu leisten war. Der Anteil, den die einzelne Gewerkschaft oder der einzelne Gewerkschaftsverband erhielt, richtete sich nicht nach der Zahl der eingetragenen Mitglieder, sondern nach der Gesamtzahl der in der betreffenden Sparte Beschäftigten.

den Industrialisierung nur über ein geringes Mobilisierungspotential. „Von 1.500.000 Arbeitern in Brasilien waren 1928 lediglich 100.000 in Berufsgewerkschaften und gemischten Arbeitervereinen organisiert, 40.000 davon allein im damaligen Industriezentrum Rio de Janeiro" (Rescher 1984). Die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht, die mit dem Wachstum der Industriearbeiterschaft in den industriellen Zentren und durch die guten Organisationsbedingungen in den großen Betrieben entstand, wurde vom Staat usurpiert, bevor sie sich ein eigenes gesellschaftliches und politisches Gewicht hatte verschaffen können. So wurde die Gewerkschaftsbewegung durch Gesetzgebung ihrer Verbindung zur eigenen Basis beraubt.

politischen Repressionen, die zusammenfiel mit dem ökonomischen Boom vor allem der modernen Wirtschaftssektoren[6], begann sich — wenn auch nur vereinzelt — eine gewerkschaftliche Opposition zu formieren. In verschiedenen Großbetrieben bildeten sich basisdemokratisch orientierte Fabrikkommissionen, die sich aus organisierten und nicht organisierten Arbeitern zusammensetzten und von allen Beschäftigten des Betriebes gewählt wurden. Sie verwendeten gezielte Widerstandsformen (außer aktiven Streiks) und erzielten durch die direkte, nicht über die staatliche „Patronage" vermittelte Konfrontation mit den Unternehmern durchaus Erfolge im Sinne von innerbetrieblichen Zugeständnissen.

Die unterschiedliche Entwicklung der



Kundgebung der „gelben" Gewerkschaften in Sao Paulo 1939, Foto aus „Mein Vaterland ist international", Asso Verlag 1986

- Die Bildung betriebsinterner Organisationsstrukturen wurde verboten.
- Die strikt hierarchische Einbindung der bestehenden Ortsgewerkschaften in regionale und nationale Verbände, deren direkte Unterstellung unter das Arbeitsministerium, sowie das Verbot spartenübergreifender Zusammenschlüsse auf allen Ebenen, machte den Gewerkschaftsapparat von oben nach unten kontrollierbar.
- „Der 'sozial schädliche Klassenkampf' sollte durch Klassenzusammenarbeit im Dienste der nationalen Entwicklungsziele ersetzt werden. Jede Form von Streik war damit automatisch zur Illegalität verdammt" (Würtele 1982).

Die Vertretungen der Arbeiterschaft wurden zu einer tragenden Säule des populistischen Staatswesens gemacht. Wenn die Gewerkschaften auch auf eine lange kämpferische Tradition zurückblicken können, die sozialistischen und anarcho-syndikalistischen gewerkschaftlichen Vorstellungen kamen bereits um die Jahrhundertwende hauptsächlich mit den italienischen Immigranten ins Land[7], so verfügten sie bis zu den 30er Jahren und der dann einsetzen-

Wie gut sich die geschaffene Struktur zur Kontrolle der Arbeiterbewegung einsetzen ließ, zeigte sich bereits in den 50er Jahren, als es kaum zu gewerkschaftlich organisiertem Protest gegen den erneuten Rückgang der Löhne kam und selbst der linkspopulistische Präsident Goulart, der von den Militärs vor allem wegen seiner liberalen Haltung gegenüber den Gewerkschaften attackiert worden war, es verstand, alle Streikversuche zu unterbinden. Noch deutlicher wurde die „Qualität" des CLT nach dem Putsch von 1964, als sich die regierenden Militärs der bestehenden Gesetze bedienen konnten. In den Städten intervenierten die Militärs in fast 500 Gewerkschaften und tauschten diejenigen Funktionäre aus, die sich nicht als willfährige Erfüllungsgehilfen erwiesen. Selbst gegen die rigide Lohnpolitik der Militärs — der Index des realen Mindestlohnes sank im Zeitraum von 10 Jahren um mehr als die Hälfte — erhob sich nicht der geringste Widerstand von Seiten der offiziellen Interessenvertretung der brasilianischen Arbeiterschaft.

Gerade in der Phase der schlimmsten

Wirtschaftszweige führte zu unterschiedlichen Lohn- und Organisationsbedingungen der Arbeiter. Die qualifizierten Arbeiter in den Schlüsselindustrien nutzten ihre bessere Stellung zur Durchsetzung höherer Lohnforderungen.

Trotz Streikverbotes entstand, getragen von der Opposition, Ende 1978 eine Streikbewegung. Die Streiks begannen im Industriegürtel São Paulos und umfaßten Mitte 1979 mehr als drei Millionen Arbeiter in zahlreichen Bundesstaaten. Die Streiks blieben nicht bei Lohnforderungen stehen. Gefordert wurden die Auflösung der „Pelego"-Gewerkschaften[7] und die Zulassung neuer, unabhängiger Gewerkschaften. Auch wenn diese politischen Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten, hatten die den Unternehmern abgewonnenen ökonomischen Zugeständnisse auch eine politische Wirkung. Allein die Tatsache, daß eine derart große Anzahl von Arbeitern trotz des Streikverbotes und der Repressionen des Staates in den Streik traten und bedeutende Sektoren der brasilianischen Wirtschaft lahmlegen konnten, war für die gewerkschaftliche Opposition ein



Metallgewerkschaftsführer 'Lula' bei einem Streik in Sao Paulo 1979

Signal des Aufbruches.

Bereits während der Streikbewegung begann eine Vernetzung der autonomen Interessenvertretungen, die über das ganze Land verteilt entstanden waren. Im August 1981 versammelten sich dann auf der ersten „nationalen Konferenz der Arbeiterklasse" (CONCLAT) Vertreter aus 1091 einzelnen Gewerkschaften in Praia Grande (Bundesstaat São Paulo), um die Gründung eines allgemeinen nationalen Gewerkschaftsdachverbandes zu diskutieren. Die soziale Basis der neuen Gewerkschaftsbewegung, die heute mit etwa 12 Millionen Mitgliedern knapp ein Viertel der abhängig Beschäftigten vertritt, beschränkte sich nicht länger auf die Industriearbeiter des modernen Sektors. Auch die Landarbeiter und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bildeten eine wesentliche Stütze der neuen Strukturen. Schon auf diesem ersten nationalen Treffen zeigte sich die Heterogenität der vertretenen Gewerkschaften. Vor allem die Gewerkschaften der Mittelschicht und der Angestellten des öffentlichen Dienstes trugen zu einer Polarisierung der Bewegung bei. Viele Arbeitskräfte mit mittleren Einkommen mußten mit dem Abklingen des „milagre econômico" empfindliche Lohneinbußen hinnehmen und wandten sich deshalb immer stärker gegen die politische Führung, die sie lange Zeit unterstützt oder zumindest toleriert hatten und die sie jetzt verantwortlich machten für die gescheiterte Wirtschaftspolitik. Die Industriearbeiter setzten weniger allgemeinpolitische Schwerpunkte, da sie sich, von den positiven Erfahrungen aus der Streikbewegung geleitet, stärker auf die Austragung der betrieblichen und lokalen Konflikte konzentrierten.

Die Landarbeiter werden in ihrer Gewerkschaftsarbeit mit der härtesten Repression konfrontiert. Die Zahl der Gewerkschafter, der Landbesetzer, der Anwälte und Pfarrer, die in den letzten Jahren von den Killerkommandos der Großgrundbesitzer getötet wurden, geht in die Hunderte, allein in den Jahren 1982-84 gab es 236 Tote. Obwohl 310 Landgewerkschaften auf dem Kongreß vertreten waren, gelang es nicht, zu einer einstimmigen Unterstützung einer Agrarreform zu kommen.

Die Bewegung polarisierte sich auf ihrem ersten nationalen Treffen an der Frage nach dem Weg, der von ihr einzuschlagen sei. Auf der einen Seite setzten sich die als „autênticos" bezeichneten Gewerkschafter für die möglichst umgehende Gründung eines Dachverbandes ein, um von den staatstreuen „Pelego"-Strukturen unabhängig zu werden und eine autonome Gewerkschaftspolitik verfolgen zu können. Auf der anderen Seite zeigte sich, daß mit der „unidade sindical" auch eine starke Strömung existierte, welche die direkte Konfrontation mit den traditionellen Strukturen vermeiden wollte. Sie kritisierte zwar auch die Abhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat, vertrat aber die Ansicht, daß die Politik der Gewerkschaften nicht darauf abzielen könne, sich völlig vom Staat abzukoppeln, solange diesem in den ökonomisch schwachen Branchen eine wichtige Kompensationsfunktion zukomme. Der Staat war gerade für die Gewerkschaften dieser Sektoren weiterhin der Hauptadressat ihrer Forderungen.

Auf dem zweiten nationalen Gewerkschaftertreffen, das 1983 erneut in Praia Grande abgehalten wurde, vollzog sich der endgültige Bruch zwischen den beiden Strömungen.[8] Die Gewerkschaften, die sich den „autênticos" zurechneten und die sowohl personell als auch inhaltlich stark mit der neu entstandenen Arbeiterpartei, der PT, verbunden waren, gründeten mit dem CUT (Central Unica dos Trabalhadores) einen eigenen Gewerkschaftsdachverband. Die Gewerkschaften der „unidade sindical" warfen dem CUT die Spaltung der Arbeiterbewegung vor und hielten vorerst an der Forderung nach einem Dachverband fest, der alle gewerkschaftlichen Organisationen, inklusive der „Pelego"-Gewerkschaften, repräsentiert. Doch 1986, auf dem dritten landesweiten Treffen, gründeten sie mit dem CGT (Central Geral dos Trabalhadores) einen konkurrierenden Verband.

Beide Dachverbände standen im Widerspruch zu den korporativen Gewerkschaftsgesetzen, da sie nicht vom Arbeitsministerium zugelassen wurden und es sich um branchenübergreifende Gewerkschaftszusammenschlüsse handelte, die klar der im Gewerkschaftsgesetz vorgesehenen vertikalen Gewerkschaftsstruktur zuwiderliefen. Noch 1980 war versucht worden, durch die Absetzung und Verhaftung der Gewerkschaftsführung den Streik der Metallarbeiter in São Bernardo und Diadema[10] zu beenden und die neue Gewerkschaftsbewegung zu enthaupten. Neben 12 anderen Gewerkschaftsfunktionären wurde mit Luis Inácio da Silva (genannt „Lula"), dem damaligen Präsidenten der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo und Diadema und heutigen Präsidentschaftskandidaten der PT, die zentrale Figur der Streikbewegung von 1978/79 und der gesamten autonomen Gewerkschaftsbewegung verhaftet. Durch zahlreiche Proteste (auch international) konnten sie einen Monat später wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Aufgrund der Stärke der Arbeiterbewegung, die sich in den nationalen Treffen manifestiert hatte, aber auch aufgrund des allgemeinen Klimas der politischen Öffnung, gab es danach keinen Versuch des Staates mehr, die neuen Strukturen offen zu bekämpfen und die Gewerkschaftszentralen aufzulösen.

Mit dem Versprechen der ersten zivilen Regierung seit 1964[10], der Demokratisierung des politischen Systems durch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung eine legale und beständige Grundlage zu schaffen, wurde von Seiten der CUT, aber auch zahlreicher CGT-Gewerkschafter, die Hoffnung auf eine grundlegende Reform der überkommenen Gewerkschaftsgesetze verknüpft.

Wenn auch die von den beiden Dachverbänden aufgestellten Forderungskataloge zu den Gesetzen, die sich auf die gewerkschaftliche Organisation beziehen, beinahe gleichlautend waren, unterschied sich ihre konkrete Aktivität während des Verfassungsgebungsprozesses in diesem Punkt doch grundlegend.[11]

Der CUT setzte sich ein für die sofortige Annullierung der bestehenden Gesetze und für eine volle Anerkennung der Kon-

vention '87 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation), die 1948 in San Fransicso verabschiedet und 1949 von Brasilien unterzeichnet worden war, bislang von Brasilien aber noch nicht ratifiziert wurde. Diese Konvention, die von mehr als 100 Staaten anerkannt wurde, legt fest, daß den Gewerkschaften die volle Tarifautonomie zu gewähren ist und sie sowohl in bezug auf ihre Gründung als auch bezüglich ihres nationalen und internationalen Zusammenschlusses keinerlei staatlichen Auflagen unterliegen dürfen[17]. Der CUT ging davon aus, daß auch in einer zerrütteten brasilianischen Ökonomie die Stärke der Arbeiterbewegung vom Grad der Organisationsfreiheit und der Mobilisierungskraft ihrer Gewerkschaften abhängt und daß jedwede staatliche Einmischung nur zu einer Schwächung ihrer Position führen kann.

Der CGT argumentierte, daß gerade die zu schnelle Abschaffung der traditionellen Strukturen zu einer nicht verkraftbaren Schwächung der Arbeiterbewegung führen müsse, allein das Wegfallen der Gewerkschaftssteuer würde nach Meinung des CGT für zahlreiche Gewerkschaften, die sich aufgrund des geringen Organisationsgrades und der fehlenden Finanzkraft ihrer Mitglieder nicht sofort und auch langfristig nicht aus eigenen Mitgliedsbeiträgen finanzieren könnten, das Ende bedeuten. Weiterhin sprachen sich die Vertreter der CGT gemeinsam mit den Parteien der traditionellen Linken gegen die Zulassung von konkurrierenden Gewerkschaften in der selben Tarifregion aus, da diese nur zu einer „Pulverisierung" der Gewerkschaften führen könne.

Die Kontroverse zwischen den beiden Dachverbänden erhält aufgrund deren starker Verflechtung mit den politischen Parteien immer mehr den Charakter einer ideologischen Auseinandersetzung und überdeckt so die konkreten politischen Implikationen, die aus ihrer unterschiedlichen sozialen Basis resultieren.

Die „unidade sindical" wurden von Anfang an von ganzen Sparten des traditionellen Systems unterstützt, und der CGT setzt sich neben Einzelgewerkschaften zu einem großen Teil aus „Föderationen" und „Konföderationen"[13] zusammen. So trat mit dem CONTAG der Nationalverband der Landarbeitergewerkschaften geschlossen dem CGT bei[14].

Da die Gewerkschaften dem CUT nur einzeln beitraten und sich seine Basis zu Anfang hauptsächlich in den modernen Industriesektoren und der „politisierten Mittelschicht" fand, war der CGT lange Zeit stärker in der brasilianischen Arbeiterschaft repräsentiert. Da die Gewerkschaftsbewegung sich, bedingt durch die ökonomische Krise und das Versagen der demokratischen Regierungen, zunehmend politisierte, gelang es dem CUT, immer stärker in den Gewerkschaften der traditionellen Sektoren und vor allem auch auf dem Land Fuß zu fassen. Die zahlenmäßige Unterstützung des CUT entspricht inzwischen derjenigen des CGT, die Kampfbereitschaft und die Mobilisierbarkeit des CUT wird jedoch höher eingeschätzt.

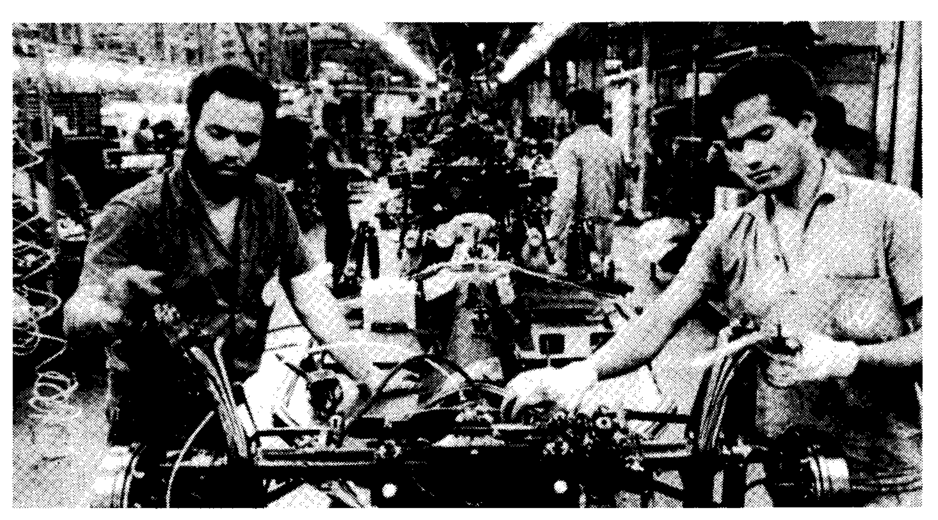
Die Positionen des CGT zur Gewerkschaftsorganisation setzten sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Verfassungsgebung weitgehend durch. Die Gewerkschaften dürfen sich frei gründen und zusammenschließen, die Dachverbände sind somit legalisiert. Die alten bürokratischen Strukturen bleiben jedoch bestehen, und ein Artikel der Verfassung legt fest, daß das System der „Federações" und „Confederações" weiterhin durch die Gewerkschaftsbeiträge zu finanzieren ist. Die Beiträge werden zwar nicht mehr in Form einer

Streik bei VW do Brasil



Gewerkschaftssteuer durch den Staat eingetrieben, dennoch haben alle Beschäftigten einer Kategorie, ob Mitglieder oder nicht, einen Beitrag an die betreffende Gewerkschaft zu entrichten. Auch die Forderung des CGT, pro Kategorie nur eine Gewerkschaft zuzulassen, fand die Zustimmung einer Mehrheit in der „Constituinte".

Der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung ist nur teilweise gelungen, sich von der populistischen Einbindung in den Staatsapparat zu befreien, und so werden das paternalistische Erbe der Gewerkschaften und mit ihm die alten Formen des Klientelismus und der Vetternwirtschaft gerade in den peripheren Wirtschaftssektoren weiterhin wirksam bleiben.



Arbeiter in der Automobilproduktion

Aus der unterschiedlichen Arbeits- und Lebenssituation der brasilianischen Arbeiterschaft resultieren verschiedene Bedingungen zu gewerkschaftlicher Interessenvertretung und verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit den betreffenden Konfliktlagen.

Die autonome Gewerkschaftsbewegung hat sich in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft entwickelt. Die autonomen, kämpferischen Gewerkschaften haben ihre Basis weiterhin vor allem in den modernen Sektoren der Ökonomie, und die „Pele go"-Gewerkschaften konzentrieren sich eher auf die ökonomisch schwachen Branchen. Eine Ausnahme bilden auf der einen Seite die zunehmende Zahl der Landarbeitergewerkschaften, die in ihrer Forderung nach einer gerechten Besitzstruktur auf dem Land nicht auf klientelistische Konfliktregelungen bauen können. Auf der anderen Seite setzen auch die Gewerkschaften der Mittelschicht ihre Interessen vorwiegend direkt gegen den Staat, den sie für die ökonomische Misere verantwortlich machen und der in vielen Fällen als ihr Arbeitgeber auftritt, durch.

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich formalrechtlich von der staatlichen „Schutzherrschaft" befreien können, die ihr im Rahmen des populistischen Zwangsbündnisses mit der nationalen Bourgeoisie aufgezwungen worden war. Faktisch verhält sich jedoch noch ein Großteil der Ortsgewerkschaften und der Gewerkschaftsverbände staatstreu.

Die Heterogenität der brasilianischen Gewerkschaften läßt sich nicht auf das Gegensatzpaar der modernen und der traditionellen Sektoren reduzieren. Auch innerhalb der neu entstandenen Gewerkschaftsstrukturen reflektiert das unterschiedliche Verhältnis zu Problemen wie dem Grad der Autonomie der Gewerkschaftsbewegung oder zur Frage nach der Zulassung konkurrierender Gewerkschaften neben ideologisch bedingten Diskrepanzen auch unterschiedliche Erfahrungen mit einer kämpferisch orientierten Gewerkschaftspolitik.

Stefan Knaur

Anmerkungen

1 Das erklärte Ziel des Wirtschaftsprogrammes, das in der Militärhochschule ESG (Escola Superior de Guerra) bereits vor dem Putsch von 1964 erarbeitet und dann umgesetzt worden war, war das Einkommen der untersten Bevölkerungsschichten zugunsten einer kaufkräftigen Mittelschicht zu reduzieren.

2 Migranten sind nach dieser Definition alle, die nicht mehr im Landkreis ihrer Geburt leben.

3 Zur Entstehung und Funktion der segmentierten Arbeitsmärkte vgl. Stanger 1984

4 Als letztem Land der Erde wurde in Brasilien erst 1888 die Sklaverei offiziell abgeschafft.

5 Doleschal gibt die Zahl der europäischen Arbeitsimmigranten, die zwischen 1870 und 1900 nach Brasilien gekommen waren, mit 800.000 (darunter 600.000 Italiener) an (Doleschal 1984:132).

6 1969 bis 1973 erlebte die brasilianische Ökonomie eine Boomphase mit bis zu diesem Zeitpunkt für ein Entwicklungsland nicht für möglich gehaltenen Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes. Das BIP wuchs während des „milagre econômico" jährlich zwischen 8,8 und 14,0% (Alves 1984:145), der Industriesektor wies Zuwachsraten von 10,4 bis 15,8% auf (Alves 1984:334).

7 „Pelego" ist die Bezeichnung für die Pferdedecke der südbrasilianischen Gauchos und ein Sinnbild für die korporativistischen Gewerkschaften, die sich — auf dem Rücken der Arbeiterklasse reitend — nicht wundscheuern wollen.

8 Die PT (Partido dos Trabalhadores) macht diesen Anspruch einer Zusammenführung der verschiedenen gesellschaftlichen Kämpfe zu ihrem Programm. Nach Füllgraf hatte sich bei der Gründung der 1979 entstandenen Partei gezeigt, daß „ein politischer Durchbruch der sozialen Massenbewegung nur zu erwarten war, wenn die voneinander getrennt und teilweise aneinander vorbei arbeitenden 'Instanzen' des sozialen Kampfes zur stärkeren Interaktion bereit wären" (Füllgraf 1981:160). Mit „Instanzen" waren hierbei die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen und die intellektuellen Zirkel der Linken gemeint.

9 Die beiden Städte liegen im Industriegürtel von São Paulo und bilden mit zahlreichen multinationalen Betrieben vor allem des Automobilbaus das Zentrum der modernen Industrie in Brasilien.

10 Der noch bis nach den Präsidentschaftswahlen im November 1989 amtierende Präsident José Sarney wurde 1985 ins Amt eingeführt.

11 Die Verfassungsgebende Versammlung arbeitete vom Februar 1987 bis zum September 1988. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verlauf und den Ergebnissen der „Constituinte" findet sich in einer Schwerpunktausgabe der Brasilien Nachrichten (Nr. 99/1988).

12 Daß allerdings die formelle Anerkennung dieser Regelungen noch nichts über deren praktische Relevanz für die gewerkschaftliche Arbeit aussagt, zeigt sich am Beispiel Chiles.

13 Als „Federações" und „Confederações" werden die im CLT vorgesehenen, bundesstaatlichen bzw. nationalen Zwangsverbindungen der Gewerkschaften in den einzelnen Berufssparten bezeichnet.

14 Die „Confederação dos Trabalhadores Agricolas" hat über 10 Millionen Mitglieder (Brasilien Nachrichten 1988:21).

Literatur

Alves, Maria Helena Moreira (1984) Estado e Oposição no Brasil — 1964-1984, Petropólis

Berndt, Joachim (1985) Die Gewerkschaften Brasiliens heute: Abschied von korporativistischen Arbeiterbeziehungen oder probt die Arbeiteraristokratie den Aufstand?, in: Ramalho, Luiz (Hrsg.) Lateinamerikanische Gewerkschaften zwischen Gängelung und Autonomie, Saarbrücken, Fort Lauerdale

Boschi, Renato Raul (1987) A Arte da Associação — Politica de Base e Democracia no Brasil, Rio de Janeiro

Brasilien Nachrichten (1988) „Eine Republik verfaßt sich", Heft 99, Osnabrück

CEM — Centro de Estudos Migratórios (1986) Migraçóes no Brasil — o Peregrinar de um Povo sem Terra, São Paulo

Doleschal, Reinhard (1984) Neue Gewerkschaften in Brasilien — eine Hoffnung?, in: PROKLA 55, Jg. 15, Berlin (West)

Hurtienne, Thomas (1985) Wirtschaftskrise, internationale Verschuldung und Entwicklungspotentiale in Lateinamerika, in: PROKLA 59, Jg. 15, Berlin (West)

Ramalho, Luiz (1986) Zwischen Repression, Paternalismus und Emanzipation. Die Probleme der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung, in: Ila-Info, Nr. 106, Bonn

Rescher, Hubertus (1984) Geschichte der brasilianischen Arbeiterbewegung, in: Brasilien Nachrichten, Heft 85, Osnabrück

Schilling, Paulo R. (1986) Breve Informe sobre a Exploração do Homen pelo Homen no Brasil, Nucleo de Educação Popular, São Paulo

Silva, Roque Aparecido da (1984) Representatividade, Democracia e Unidade no Sindicalismo Brasileiro, in: Sindicatos em uma Época de Crise, Centro de Estudos de Cultura Contemporânea (CEDEC), São Paulo

Stanger, Michael (1984) Kapitalakkumulation und Arbeitsmarktsegmentation — Zur Dynamik von Arbeitsmarktstrukturen, in: PROKLA 57, Jg. 14, Berlin (West)

Tavares de Almeida, Maria Hermínia (1988) Dificil Caminho: Sindicatos e Política na Construção da Democracia, in: Wanderley Reis, Fábio/O'Donnel, Guillermo (Hg.) A Democracia no Brasil — Dilemas e Perspectivas, São Paulo

Würtele, Werner (1982) Auf dem Weg zu einer 'authentischen' Gewerkschaftsbewegung in Brasilien, Heidelberg.

Mexikanische Gewerkschaften unter dem Druck der Regierung

Zum ersten Mal seit dem Eisenbahnerkonflikt 1958/59 wurde in Mexiko mit der Verhaftung der Führung der Erdölarbeitergewerkschaft die Spitze einer mächtigen nationalen Gewerkschaft in dieser Art und Weise entmachtet. Wenn in Lateinamerika Gewerkschaftsführer verhaftet werden, ist dies oft ein Ausdruck der Unterdrückungen und Repressionen eines autoritären und reaktionären Staates gegenüber den Vertretern einer sozial benachteiligten Gruppe, die in Opposition zur Regierung steht. Die Verhaftung der Führungsspitze der Erdölarbeitergewerkschaft SRTPRM, der mächtigsten Einzelgewerkschaft Mexikos, läßt sich jedoch nicht auf diese Weise verstehen. Verschiedene Faktoren sperren sich gegen solch eine Interpretation und geben diesem Ereignis eine andere Bedeutung.

Am 10.1.1989 wurden die wichtigsten Funktionäre der SRTPRM verhaftet, unter ihnen Hernández Galicia, genannt La Quina, der eigentliche Chef der Gewerkschaft und Barragán Camacho, Generalsekretär der SRTPRM und Senator unter Miguel de la Madrid. Hernández Galicia wurde in seinem Haus in Tampico nach einem Feuergefecht zwischen Soldaten und seinen Leibwächtern, bei dem ein Sicherheitsbeamter getötet wurde, festgenommen. Barragán Camacho konnte sich der Festnahme in Mexikostadt kurzfristig durch Flucht in die Zentrale der CTM (Confederación de Trabajadores de Mexico) entziehen. Dort wurde er jedoch nach einem Herzanfall kurze Zeit später festgenommen. Der Zugriff des Generalstaatsanwaltes war damit umfassend. Den Festgenommenen liegen Anklagen wegen Steuerhinterziehung (in Höhe von 300 Millionen DM), Mordes, Waffenschmuggels u.a. vor. Das Vermögen der Gewerkschaftsführer in Höhe von 80 Millionen DM wurde beschlagnahmt und die Einfrierung von 3,2 Mrd. US$, die auf amerikanischen Konten deponiert sind, beantragt.[1] Die genannten Zahlen verdeutlichen das Ausmaß der Macht und des Einflusses der SRTPRM, die mittels legaler und illegaler Methoden erreicht worden waren. Große Teile der Golfstaaten Tamaulipas und Veracruz wurden von der Gewerkschaftsführung kontrolliert.

In der Öffentlichkeit wurde dieses Ereignis begrüßt, da die Korruption — und besonders deren Ausmaß — der Gewerkschaftsfunktionäre vielen Mexikanern schon lange ein Dorn im Auge war. Die Gewerkschaftsmitglieder selbst traten zunächst in Streik, wobei in einigen Teilen der Petróleos Mexicanos (PEMEX) das Militär intervenierte, um die Produktion zu sichern. Doch schon nach einigen Tagen bröckelte der Streik ab, und der Betrieb wurde wieder aufgenommen. Auch der Protest der CTM verebbte rasch, und ihr Chef Velázquez erklärte: „Hier zählt keine Freundschaft".[2] Gleichfalls fanden zwei Tage nach der Festnahme Gewerkschaftswahlen statt, wo ein neues Nationalkomitee der SRTPRM mit Sebastián Guzmán Cabrera als Generalsekretär gewählt wurde. Damit war die Entmachtung der alten Gewerkschaftsgarde endgültig vollzogen.

Um diese Ereignisse richtig verstehen zu können, ist es notwendig, kurz das mexikanische Gewerkschaftssystem zu erläutern.

Grundlegende Strukturen des mexikanischen Gewerkschaftssystems

Die Geschichte der mexikanischen Gewerkschaften hat ihren Ursprung im 19ten Jahrhundert. Doch erst nach der Revolution 1910 begann ihr gesellschaftlicher Aufstieg. 1929 wurde die bis heute regierende Partei PRI (Partido Revolucionario Institucionalisado) gegründet, um eine Institutionalisierung der politischen Machtstrukturen zu erreichen. Die Gewerkschaften bildeten spätestens seit ihrer Eingliederung in den PRI unter der Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas (1934-1940) einen wesentlichen Bestandteil der staatlichen Herrschaftsstruktur. L. Cárdenas gab dem PRI mit seiner Parteireform eine Struktur, die ihn heute noch prägt. Mit der Parteimitgliedschaft ist die Eingliederung in unterschiedliche Organisationen verbunden, die den drei großen Sektoren der Partei angehören: sector campesino (Bauernverbände), sector popular (Mittelschichtsgruppierungen und städtische Organisationen) und sector obrero (Gewerkschaften).

Formal höchstes Gremium ist der 1966 gegründete Congreso del Trabajo (CdT), der circa 90% aller mexikanischen Gewerkschaften integriert und sehr eng an die Regierung und den PRI angelehnt ist. Man kann ihn als Zusammenschluß verschiedener Dachverbände, nationaler Einzelgewerkschaften und Ausschüsse bezeichnen. Er kann nicht in die einzelnen Mitgliedsverbände intervenieren oder verbindliche Beschlüsse fassen. Er ist somit eher formelles Koordinierungsorgan offizieller Gewerkschaftspolitik. Die eigentliche Macht liegt bei den Konföderationen und nationalen Industriegewerkschaften. Die einflußreichste Konföderation ist die seit 1936 bestehende CTM mit ihrem lang-

jährigen und inzwischen 89jährigen Vorsitzenden Fidel Velázquez. Sie repräsentiert auch den Arbeitersektor (sector obrero) des PRI.

Die andern Dachverbände — wie CROC, CROM oder COR — sind nicht ohne Einfluß, fallen jedoch gegenüber der CTM deutlich ab. Dies wird durch den Tatbestand unterstrichen, daß die Gewerkschaft der Erdölarbeiter gleichfalls Mitglied der CTM ist, auch wenn sie über erhebliche Autonomie verfügt. Die größte nationale Elektrizitätsgewerkschaft SUTERM, wie der größte regionale Verband FTDF, die Föderation der Arbeiter in der Hauptstadt, gehören ebenfalls der CTM an. Andere bedeutende nationale Gewerkschaften, die jedoch keinem Dachverband angehören, sind: Gewerkschaft der Minen- und Stahlarbeiter (SNTMMSRM), die Eisenbahnarbeitergewerkschaft, die Telefonarbeitergewerkschaft und die Elektrizitätsarbeitergewerkschaft im Zentrum. Die beiden letztgenannten Organisationen spielen in der politischen Strategiediskussion der Gewerkschaften eine erhebliche Rolle, besonders bei Bündnisfragen, die auch die unabhängigen Gewerkschaften betreffen. Zahlenmäßig ragt schließlich die Gewerkschaft der Staatsbediensteten (FSTSE) hervor, der auch die große nationale Lehrergewerkschaft (SNTE) angeschlossen ist. Die FSTSE weist jedoch nicht die gleiche Kohärenz auf wie die anderen wichtigen Gewerkschaften und ist zudem in ihren gewerkschaftlichen Rechten begrenzter als die Industriegewerkschaften.[3]

Organisationsstärke der mexikanischen Gewerkschaften

CdT	ca. 6.500.000
Mitglieder des CdT*	
CTM	3.000.000
CROC	700.000
CROM	350.000
COR	150.000
FSTSE	2.000.000
FTDF	600.000
SNTE	700.000
SNTMMSRM	140.000
SRTPRM	150.000
STRM	38.000
STFRM	65.000
SME	36.000
SUTERM	100.000**
Unabhängige Gewerkschaften	
FAT	40.000
UOI	50.000

*Ein Teil der 34 Mitglieder des CdT gehört den großen Dachverbänden an. Die Gesamtmitgliedszahl des CdT ist daher nicht die Summe aller Mitglieder, da damit eine Doppelzählung verbunden wäre.

**Ist nur indirekt über die CTM im CdT vertreten.

CROC = Confederación Revolucionaria de Obreros y Campesinos

CROM = Confederación Regional Obrera Mexicana

COR = Confederación Obrera Revolucionaria

In Mexiko wird zwischen offiziellen und unabhängigen Gewerkschaften unterschieden. Als unabhängig werden diejenigen bezeichnet, die nicht in engen Kontakten zur Regierungspartei stehen und auch nicht von den Unternehmern abhängig sind. Außerdem kennzeichnet sie der Versuch der Entwicklung einer eigenen, progressiven Programmatik und die Forderung nach gewerkschaftlicher Demokratie. Demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten sind hier weiter verbreitet als im offiziellen Spektrum, das aber auch demokratische Organisationen kennt. Nichtsdestoweniger unterliegen dort viele Gewerkschaften einer strikten Kontrolle durch die jeweilige Führung, die sich auch mittels Repression und Korruption an der Macht hält. Entsprechend schwierig gestaltet sich der Aufbau unabhängiger Gewerkschaften, zu denen circa 5-10% aller mexikanischen Gewerkschaften gehören. Zu den wichtigsten übergreifenden Organisationen zählen FAT, welcher der Befreiungstheologie nahesteht, und die UOI. Letztere hatte in den 70er Jahren beachtlichen Einfluß in den Gewerkschaften der Automobil- und Reifenindustrie. Unter der Führung des Rechtsanwalts Juan Ortega Arenas vertritt die UOI eine verbal klassenkämpferische und antiimperialistische Position, lehnt jedoch eine Zusammenarbeit mit anderen linken Gewerkschaften oder Parteien strikt ab. Zu den bedeutenderen Einzelgewerkschaften gehören die Gewerkschaften der Näherinnen und die Betriebsgewerkschaft von Volkswagen.[4]

Wenn alle Gewerkschaften berücksichtigt werden, dürfte ihr Organisationsgrad bei etwa 30% liegen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß besonders in den staatlichen Unternehmen eine Zwangsmitgliedschaft (closed shop) besteht. Die gewerkschaftliche Organisation schwankt stark je nach Sektoren und Regionen, was den Aufbau einer starken gewerkschaftlichen Gegenmacht genauso erschwert wie ihre eigene innergewerkschaftliche Heterogenität. Neben den organisatorischen Diskrepanzen sind auch die Einkommensunterschiede gravierend. Die Erdölarbeiter gehören hierbei zu den Spitzenverdienern.

Die Gewerkschaften in der Regierungszeit Miguel de la Madrid 1982-88.

Der Amtsantritt von Miguel de la Madrid im Dezember 1982 erfolgte kurz nach Ausbruch der wirtschaftlichen Krise, die seine Regierungsperiode prägen sollte. Die Strategie der mexikanischen Regierung, die in Übereinstimmung mit dem IWF erfolgte, basierte auf einer Austeritätspolitik, die zu einer knapp bemessenen Haushaltsführung zwang. Diese Haushaltskürzungen führten jedoch nur begrenzt zu einer Reduktion der Inflation und verstärkten im Gegenzug die Wirtschaftsrezession. Nach Ablauf der sechs Jahre bewegte sich das Bruttoinlandsprodukt auf demselben Niveau wie bei Amtsantritt. Ein anderer Schwerpunkt lag in der Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen, die 1986 mit dem Beitritt zum GATT gefestigt wurden. Damit sollten die Exporte gefördert und gesteigert werden, die zur Schuldenzahlung dringend benötigt wurden. Seit 1982 überwies Mexiko mehr als 60 Mrd. US$ an seine Gläubiger und hatte am Ende trotzdem eine höhere Schuldenlast als zuvor.

Die Gewerkschaften sahen sich in dieser Lage seit Beginn der Krise in die Defensive gedrängt. Inflation, Reallohnverfall, Arbeitsplatzverlust und Reduzierung staatlicher Leistungen bilden die Kehrseite der verfolgten Wirtschaftsstrategie. Diese wurde von der Regierung mit dem Hinweis verteidigt, daß ohne sie die sozialen Folgen noch gravierender seien und eine wirtschaftliche Gesundung nicht möglich wäre. Trotz anfänglicher Proteste schienen die Gewerkschaften, der CdT und die CTM diese Regierungslogik zu akzeptieren. Trotz starker Lohneinbußen in den ersten Jahren, verteidigten sie die moderate Lohnpolitik. Durch Lohnsonderzahlungen, staatliche Sozialprojekte wie Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung und andere, durch den verstärkten Ausbau der Gemeinwirtschaft, die sich noch im Aufbau befindet, sollten diese Folgen abgefangen werden. Außerdem gaben sie der Sicherung der Arbeitsplätze Vorrang vor den Lohnfragen, sie akzeptierten Kurzarbeit, und teilweise willigten sie sogar in Verschlechterungen ihres Tarifvertrages ein, wenn mit Betriebsstillegungen gedroht wurde.

Doch auch nach Halbzeit der Regierung von De la Madrid war eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation nicht in Sicht. Die aufkeimenden Proteste blieben jedoch zunächst angesichts des Erdbebens 1985 und des anhaltenden Erdölpreisverfalls gering. Doch schrittweise ist nun eine Verschärfung der Arbeitskonflikte zu beobachten. Besonders der Streik der Elektrizitätsgewerkschaft (SME) in der Hauptstadt und der Telefonarbeiter (STRM) 1987, beide Mitglieder des CdT, sind als ein Indiz dafür zu werten.[5]

Die Streikzahlen waren bislang niedrig geblieben. Dies lag zum einen sicherlich in der Kooperationsbereitschaft des CdT begründet. Zum anderen hatte die Regierung von Anfang an gezeigt, daß sie nicht gewillt war, von ihrer Linie abzuweichen. Diese Erfahrungen mußten in erster Linie unabhängige Gewerkschaften machen, die versuchten, durch Streiks ihre Forderungen durchzusetzen. Zunehmend sahen sich



Angriff auf die unabhängigen Gewerkschaften in Mexiko City 1985, Foto aus „Mein Vaterland ist international", Asso Verlag 1986

streikende Arbeiter mit dem Verlust ihrer Arbeitsstellen bedroht, da der Betrieb stillgelegt wurde. Herausragende Beispiele bildeten die Schließung von Renault und die Auflösung des Stahlwerks in Monterrey (Fundidora), wo über 7.000 Arbeiter entlassen wurden.[6]

Die zuletzt genannten Fälle werden oft im Zusammenhang mit dem Begriff der reconversión industrial diskutiert, was die Modernisierung und Rationalisierung der staatlichen wie auch der privaten Wirtschaft meint. Die Regierung versucht auf diesem Wege, eng an die Exportstrategie geknüpft, internationale Wettbewerbsfähigkeiten zu erreichen. Neben dem Bestreben, Kosten zu sparen, was die Senkung der Löhne miteinbezieht, ist damit die Umstrukturierung der konkreten Arbeitsprozesse geplant. Die Arbeit wird intensiviert. Neue Betriebe — vor allem in der Maquiladoraindustrie[7] — integrieren schon in der Entstehung diese Faktoren. Aber auch schon länger etablierte Unternehmen versuchen entsprechende Transformationsmaßnahmen. Vor allem in der Stahl- und Automobilindustrie gelang es Unternehmen, die bestehenden Tarifverträge zu kündigen und den Betrieb mit der gleichen aber reduzierten Belegschaft und wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen fortzuführen. Die Gewerkschaften stehen diesem Prozeß teils ratlos gegenüber, aber teils begünstigen sie ihn sogar, wenn sie sich dadurch persönliche Vorteile verschaffen können. In diesem Falle verkauften die Gewerkschaftsführer den Tarifvertrag an die Unternehmer und beendeten damit dessen Gültigkeit.

Diese vielfältigen Bedrohungen und Einbrüche in soziale und gewerkschaftliche Bestände führten zunehmend zu einer programmatischen Kongruenz zwischen offiziellen und unabhängigen Gewerkschaften. Die CTM und der CdT kritisierten in schärfer werdenden Tönen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Dabei nahmen sie wieder verstärkt Bezug auf ihr Alternativkonzept, das sie bereits Mitte der 70er Jahre vorgestellt hatten. Diese Konzeption beruht auf einer auf den Binnenmarkt konzentrierten Wirtschaft, die nach außen begrenzt geschützt wird und in sozialen Sektoren vom Staat auch subventioniert wird. Neben einer allgemeinen Anhebung der Löhne und einer Aktivierung der Landwirtschaft fordert es den Ausbau der Gemeinwirtschaft.[8]

Doch weder in programmatischen Fragen noch in ihren lohnpolitischen Forderungen konnten sich die Gewerkschaften unter der Regierung De la Madrid behaupten. Der im letzten Regierungsjahr auf Betreiben der Regierung abgeschlossene Solidaritätspakt konnte zwar die Inflation stark reduzieren, brachte aber letztlich weitere Reallohneinbußen, da die Lohnerhöhungen unter der Preissteigerungsrate lagen. Nach sechs Jahren der Krise ist ein Reallohnrückgang von über 50% zu verzeichnen. Das Scheitern der wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der CTM verdeutlicht auch ihr sinkendes politisches Gewicht, was in der Präsidentschaftswahl 1988 zum Ausdruck kam.[9] Innerhalb des Gewerkschaftsspektrums, dessen politische Bedeutung insgesamt geschwächt wurde, bleibt die CTM jedoch die bestimmende Kraft.

Gewerkschaften im Modernisierungsprojekt des neuen Präsidenten Salinas de Gortari

Schon die Festlegung des offiziellen PRI-Präsidentschaftskandidaten bedeutete für die Gewerkschaften eine Niederlage. Zum einen konnten sie ihren Favoriten nicht durchsetzen, und zum anderen wurde mit dem Haushalts- und Planungsminister Salinas de Gortari ausgerechnet der Bewerber gewählt, der maßgeblich für die kritisierte Wirtschaftspolitik verantwortlich zeichnete. Entsprechend deutlich waren die Reaktionen. Kurz und prägnant kommentiert der alte CTM-Boß Velázquez den neuen Präsidenten: „Die alte Regierungsperiode war nicht die meine, und die neue ist es noch viel weniger."[10] Trotzdem unterstützten sie den Wahlkampf des PRI, dies gilt mit Ein-

schränkungen auch für die SRTPRM.[11]

Eine Reihe von Niederlagen der CTM innerhalb des letzten Jahres verdeutlichen die Auffassung von Velázquez. In der Präsidentschaftswahl 1988 konnten sich einige wichtige Bewerber der CTM gegenüber der Opposition nicht durchsetzen; beispielsweise wurde der CTM-Chef im Bundesdistrikt Gamboa Pascoe nicht in den Senat gewählt. Die CTM-Spitze kritisierte daraufhin ihre eigene Parteiführung um Camacho Solís, der inzwischen Bürgermeister der Hauptstadt ist. Sie warf ihr eine zu lasche Auseinandersetzung mit der Opposition vor, der außerdem viel zu viel Spielraum gelassen würde. Aber auch in diesem Disput mußte die Gewerkschaft klein beigeben. Konflikte mit anderen Gewerkschaften wie der CROC und der schrittweise Niedergang der alten Garde von Gewerkschaftsführern lassen den allmählichen Machtverfall der CTM-Führung deutlich werden. Venus Ray, Boß der Musikergewerkschaft, und die Verhaftung der petroleros sind Zeichen dieses Prozesses. So häufen sich die Stimmen, die vom Ende der Ära Velázquez sprechen.

Die alten und verkrusteten Gewerkschaftsstrukturen stehen dem neuen Präsidenten in seinem Modernisierungsprojekt entgegen. Dies gilt weniger im wirtschaftlichen Bereich, wo sich die Gewerkschaften bislang mit der reconversión industrial arrangiert haben und keinen starken Widerstand entwickelten.[12] Dagegen stehen die Partizipationsmuster innerhalb der CTM. Vage mit demokratischem Zentralismus umschrieben, erschweren sie die geplanten Demokratisierungsbestrebungen Salinas. Die enge Verbindung von Regierung, Partei und korrupten Gewerkschaftsführern belastet die moralische Autorität der Regierung. Lange Zeit schienen die traditionellen Gewerkschaftsstrukturen zur Erhaltung der Macht unverzichtbar. Salinas setzte nun mit der Verhaftung der Führer der Erdölgewerkschaft ein Zeichen, welches das Ende jener Periode ankündigt.

Dies bedeutet keinen Verzicht auf ein Gewerkschaftssystem, beinhaltet aber eine deutliche Veränderung in dessen Struktur und politischer Bedeutung. Der Austausch von korrupten Gewerkschaftsbossen durch weniger korrupte, die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeit der Basis, die Dezentralisierung gewerkschaftlicher Macht bilden in diesem Prozeß ebenso Bestandteile wie die Beschneidung der programmatischen gewerkschaftlichen Forderungen auf betriebliche Belange. Die alte Führungsspitze der CTM erscheint für diesen Wechsel nicht mehr geeignet. Nach Meinung verschiedener Kommentatoren soll diese neue Rolle von Arturo Romo, dem Bildungssekretär und Chefideologen der CTM, übernommen werden. Als Verhandlungspartner werden die wichtigsten Mitglieder der CdT verstärkt in Erscheinung treten. Unter ihnen hat sich Herández Juárez, der Generalsekretär der Telefonarbeitergewerkschaft, bislang am stärksten profiliert. Welche Rolle dagegen die unabhängigen Gewerkschaften in dem veränderten Gewerkschaftswesen einnehmen werden, ist zur Zeit fraglich. Die Regierung wird aufgrund ihres Widerstandes gegen die wirtschaftliche Modernisierungsstrategie wenig Interesse haben, sie zu fördern.

Wenn wir die Verhaftung der Erdölgewerkschaftsführer in diesem Kontext betrachten, können folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

- Die Verhaftung betraf nicht authentische Arbeitervertreter, sondern reiche und korrupte Gewerkschaftsfunktionäre.
- Entsprechend kurz waren die Arbeiterproteste, da ihre Belange von der Verhaftung nicht betroffen waren.
- Trotz der Kritik an der Wirtschaftspolitik des neuen Präsidenten gehörte die Gewerkschaftsführung zum politischen Establishment und war kein Vertreter der Opposition. Ihre Verhaftung stand schon länger auf der Tagesordnung.
- Der Streit um eine mögliche (Teil)privatisierung von PEMEX ist ein vorgeschobener Grund, der tieferliegende Divergenzen zwischen Regierung, PEMEX und Erdölarbeitergewerkschaft verbirgt. Eine umfassende Privatisierung von PEMEX steht für die mexikanische Regierung nicht zur Debatte.
- Die Verhaftung durch den Staat ist nicht Ausdruck autoritärer Tendenzen, sondern eher ein Anzeichen von Demokratisierungsbestrebungen. Gleichzeitig werden die Grenzen gewerkschaftlicher Macht deutlich.

Der Schlag gegen die Erdölarbeitergewerkschaft ist damit ein Schlag gegen die traditionelle mexikanische Politikauffassung, die sich in vielen Bereichen auf Korruption, Kooption und informelle Beziehungen stützt, und stellt damit den Versuch dar, das politische System insgesamt neu zu ordnen. Er folgt der Linie, das politische System weiter zu öffnen, zu demokratisieren und dabei auch die eigene Partei nicht zu schonen, was z.B. das Eingeständnis der letzten Wahlverluste beweist. Das eingeschlagene Tempo und die Tiefe und Entschlossenheit der Eingriffe lassen erwarten, daß es dem neuen Präsidenten mit diesem Vorhaben ernst ist und daß weitere Einschnitte im traditionellen System zu erwarten sind.[13] Mit der gleichen wenn nicht sogar größeren Entschlossenheit wird die Regierung auch die wirtschaftliche Modernisierung fortsetzen, die zumindest kurzfristig weitere soziale Kosten fordern wird. Die Gewerkschaften müssen sich dieser Strategie unterordnen. Weitere Konflikte und Spannungen sind damit angelegt.

Hans-Joachim Lauth

Anmerkungen:

1 vgl. El Pais 18.1.89
2 Proceso 6.3.1989 (mexikanische Wochenzeitung)
3 Das mexikanische Arbeitsrecht kennt zwei prinzipielle Kategorien der gewerkschaftlichen Organisation (Art. 127 der Verfassung). Während die erste Kategorie die normalen Gewerkschaftsrechte gewährt, sind die der anderen Gruppe (welche die Staatsbediensteten umfaßt) eingeschränkt (Ähnlichkeiten mit dem deutschen Beamtenstatus).
4 Zu beiden Gewerkschaften: vgl. Barbara Kernbach: Gesellschaftliche Folgen einer Naturkatastrophe. Die Gewerkschaft der mexikanischen Näherinnen — eine Organisation entsteht aus den Trümmern des Erdbebens. In: Kernbach/Lauth: Zur Situation der mexikanischen Gewerkschaften am Ende des sexenio Miguel de la Madrid, Mainz 87 (= Institut für Politikwissenschaft. Dokumente und Materialien 10), 63-80; Antje Wiener: Gewerkschaftliche Organisation im Bereich der mexikanischen Bekleidungsindustrie. In: Peripherie 30/31 (1988), 118-131; Pries, Ludger: Die unabhängige Betriebsgewerkschaft von Volkswagen de México. „Nuevo Sindicalismo" oder „Nuevo Charrismo"?, in: Lateinamerika: Analysen-Daten-Dokumente Nr. 5 1985, 5-21
5 vgl. Hans-Joachim Lauth: Konflikt- und Bündnisstrategien innerhalb des offiziellen Gewerkschaftsblocks — eine Chronologie 1986/87, in: Kernbach/Lauth 87, 7-62.
6 Ausführlich zum Arbeitskonflikt und Schließung der Fundidora vgl. El Cotidiano 12 (julio-agosto) 1986 (Zeitschrift der Universidad Autónoma Metropolitana)
7 Die 'Maquiladoras' sind für den Export produzierende Lohnveredelungsbetriebe, die sich im Norden Mexikos nahe der Grenze befinden. Sie sind überwiegend in ausländischer Hand. „In einer 'Maquiladora' werden einzelne Etappen des Produktionsprozesses von Gütern durchgeführt, die als Vorprodukte importiert und nach der Weiterverarbeitung vollständig wieder exportiert werden." Bertram Reddig: Zahlungsbilanzwirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Mexiko. Frankfurt/Main 1989, 301.
8 Das Projekt der Gemeinschaft wird auch in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt.
9 ausführlich dazu: Hans-Joachim Lauth, Christoph Wagner: Die mexikanischen Präsidentschaftswahlen 1988. Eine Analyse der Ereignisse, ihre Bedeutung für das politische System und Perspektiven des Modernisierungsprojektes von Carlos Salinas de Gortari. Mainz 1989 (= Institut für Politikwissenschaft. Dokumente und Materialien 12)
10 Proceso 6.3.1989
11 Zwar wurde der SRTPRM immer wieder in Verbindung mit der Opposition um Cuauhtémoc Cárdenas gebracht, doch letztlich fügte auch er sich der Parteidisziplin. Die CTM als ganzes hatte sich schärfstens von Cárdenas distanziert, obwohl dessen wirtschaftliche Vorstellungen sehr denen der CTM ähneln. Die Unterschiede liegen klar in den Demokratisierungsforderungen von Cárdenas begründet, die die Gewerkschaften mit einschließen.
12 Bislang haben die Gewerkschaften in Mexiko stets die Modernisierung verteidigt und ihre Strategie dem Wirtschaftswachstum untergeordnet.
13 Daß damit alle gesellschaftlichen Gruppen betroffen sind, belegt die Verhaftung von einflußreichen Unternehmern im Februar. (Vgl. Latin American Weekly Report 2.3.1989)

Ansätze gewerkschaftlicher Solidaritätsarbeit in der BRD

Eine konkrete und gleichzeitig partizipative Form von internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Deutschland stellen die IGM-Aktivitäten bei Volkswagen dar. Hier werden nicht nur „diplomatische Beziehungen" auf den höheren Ebenen praktiziert, sondern es wird versucht, auch die Belegschaft in die internationale Zusammenarbeit mit einzubeziehen. Dies geschieht über Betriebsversammlungen, öffentliche Aktionen, Publikationen und nicht zuletzt über die Internationalen Arbeitskreise. Vertrauensleute, Betriebsräte und andere aktive Gewerkschaftsmitglieder diskutieren in den internationalen Arbeitskreisen über die Situation in den verschiedenen VW-Zweigwerken und die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Kollegen und suchen eine direkte Kooperation. Einer dieser Arbeitskreise bei Volkswagen ist mit der Situation in Mexiko befaßt.

Diese „direkte" Einbindung der Belegschaft begünstigte auch die Solidaritätsmaßnahmen anläßlich der Streikauseinandersetzungen bei VW in Mexiko im Sommer 1987.

So wurden Sonderschichten verweigert, die den Produktionsausfall in Mexiko wettmachen sollten. Dank dieser Unterstützung der deutschen Kollegen konnte in Mexiko ein Stellenabbau verhindert und wesentliche Lohnforderungen der Belegschaft verwirklicht werden. Außerdem wurde für die mexikanische wie für die deutsche Belegschaft erfahrbar, daß über die internationale Solidarität durchaus konkrete Forderungen durchgesetzt werden können. Gleichzeitig galt es ein nachahmenswertes Beispiel zu schaffen, für ähnliche Aktivitäten künftiger internationaler Gewerkschaftspolitik.

Leider muß angemerkt werden, daß die mexikanischen Gewerkschaftsvertreter von VW in Puebla die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit nicht sehen wollen. Für sie ist es wichtig, als unabhängige, selbständige Betriebsgewerkschaft tätig zu sein. Um ihre Ziele zu erreichen, ziehen sie es eher vor mit anderen nationalen Organisationen zusammenzuarbeiten , als sich einem Dachverband unterzuordnen. So möchten sie ihre Probleme lösen, ohne die internationale Kooperation auf Konzernebene in Anspruch zu nehmen.

Ausdruck gewerkschaftlicher Solidaritätsarbeit sind die internationalen Arbeitskreise in den DGB-Untergliederungen, die gleichsam als Nebeneffekt, die DGB-Arbeit belebt haben. Anläßlich des Militärputsches in Chile gründeten sie diese Solidaritätsarbeitskreise. Heute unterstützen sie unter anderem Nicaragua und bekämpfen die südafrikanische Apartheidspolitik.

Wichtige Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit brachten die Gewerkschaftsmitglieder von den Solidaritätsbrigaden in Nicaragua mit. Sie verwirklichten Verbindung der theoretischen Auseinandersetzung mit dem konkreten Erleben von internationaler Solidarität. Die Teilnehmer vermitteln heute anhand ihrer eigenen Erfahrung in den Betrieben, wie in der örtlichen Arbeit die Probleme und Erlebnisse aus einem Entwicklungsland.

Gruppen und Einzelpersonen des DGB, freie Initiativen und kirchliche Organisationen unterstützen die Arbeit der Costurera-Gewerkschaften in Mexiko. Costurera sind die Näherinnen. Sie schlossen sich zu einer Selbsthilfeinitiative zusammen. Das war nach dem Erdbeben vom September 1985. Die Näherinnen kommen aus Klein- und Kleinstbetrieben. Anstoß war, wie fast immer, ein offensichtlicher Mißstand. Verschiedene Betriebe verstießen gegen den gesetzlichen Arbeitsschutz, die Arbeitsbedingungen und die Lohnbestimmungen. Aus dieser Situation heraus entstanden die Costurera-Gewerkschaften.

Offen bleibt, ob diese Aktivitäten zu touristischen Ausflügen verkommen, ob die dortigen Kollegen dadurch bevormundet werden, oder die Näherinnengewerkschaft verherrlicht wird. Behindern sie damit die Arbeit der Costurera-Gewerkschaften eher, als daß sie sie fördern?

Die Aktivitäten des DGB sind, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, unzureichend. Ein Ausbau der Eigenaktivitäten des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, auch über die gewerkschaftsdiplomatische Ebene hinaus, ist sicherlich notwendig.

Harald Esser

Kontakte: Betriebsrat von VW Wolfsburg, Internationales Referat, oder IG Metall Frankfurt, Abt. Internationales

Arbeiterinteressen und Gewerkschaftspolitik in Nicaragua

„Die Arbeiter müssen diese Lasten tragen, denn es ist ihre Revolution. Wir können nicht von der Bourgeoisie erwarten, daß sie die Lasten dieses Projektes trägt. Wenn die Arbeiterklasse die volle Verantwortung übernimmt, hat sie auch die moralische Autorität, jederzeit die wirtschaftliche Aktivität des Landes zu beanspruchen, um in den verschiedenen Etappen der Entwicklung der Revolution voranzuschreiten. Wir haben die jetzige Etappe als die Etappe des wirtschaftlichen Überlebens definiert. Da gibt es keine großen Überschüsse. Die Akkumulation reicht bestenfalls aus, die Verteidigung und die Revolution zu erhalten — das ist das wirklich Wichtige. Die Gewerkschaften müssen dahinter sein, daß das technische Niveau der Produktion nicht fällt. Denn neue technische Niveaus sind derzeit nicht denkbar. Eine andere Aufgabe ist die Eingliederung in Wirtschaftsbrigaden, die nach Feierabend und am Wochenende unbezahlte Mehrarbeit leisten.“

(Comandante Victor Tirado, aus Barricada vom 15.5.1988)

Die USA und der Weltmarkt diktieren den Preis der Revolution. Was bleibt, ist eine ruinierte Wirtschaft. Nach zehn Jahren Revolution muß eingeschätzt werden, daß der Versuch, über den Aufbau von alternativen Produktionslinien die Abhängigkeit vom Weltmarkt abzuschwächen, gescheitert ist. Neben einer in der technischen Ausstattung von kapitalistischen Industrieländern abhängigen, schwach entwickelten Industrie, ist der größte Teil der produktiv arbeitenden Bevölkerung Nicaraguas in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft tätig. Die Preise für Nicaraguas Hauptexportprodukte wie z.B. Kaffee werden nicht von der sandinistischen Regierung bestimmt, sondern auf den Warenterminbörsen in Chicago und London. Neben dem Krieg und dem Hurrikan trifft sie die Wirtschafts- und Finanzblockade der westlichen Welt. Die Menschen in Nicaragua bekommen die Folgen schmerzhaft zu spüren.

Wie kann unter solchen Bedingungen die Vertretung von Arbeiterinteressen aussehen, und auf welche Schwierigkeiten stoßen nicaraguanische Gewerkschaften in ihrer täglichen Arbeit? An zwei Fällen soll dies illustriert werden.

Zuckermühle San Antonio verstaatlicht

Am 13. Juli 1988 wurde die Zuckermühle San Antonio, der größte Privatbetrieb des Landes mit 800 fest angestellten und ca. 5.000 Saisonarbeitern, verstaatlicht. Die Zuckerfabrik mit ihren zehntausend Hektar Land gehörte seit 98 Jahren der Großgrundbesitzer-Familie Pellas, die inzwischen in den USA lebt.

Der Hauptgrund der Verstaatlichung war die seit drei Jahren rückläufige Produktion. 1988 wurde nur noch die Hälfte der vorgesehenen Zuckermenge produziert, wodurch San Antonio zum nationalen Zukkerdefizit beitrug. Die Pellas investierten wenig in die Fabrik und ließen die Maschinen, den Fuhrpark und die Pflanzungen verwahrlosen, da sie nur geringe ökonomische Interessen an der Zuckerfabrik hatten. San Antonio wurde nur noch betrieben, um genügend Grundsubstanz für die profitträchtige Rumproduktion zu gewinnen. Diese wird von einem separaten Unternehmenszweig durchgeführt, der nicht von der Verstaatlichung betroffen ist. Dazu reichte



die niedrige Produktion der schlecht geführten Fabrik aus.

Um der Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten, sah sich die sandinistische Regierung dazu gezwungen, die Fabrik in die Hand des Staates zu übernehmen.

Die verwahrloste Zuckermühle muß vor dem Verfall bewahrt und mit dem Elan der Belegschaft wieder aufgebaut werden.

Die FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) ist unter den San Antonio-Arbeitern nur schwach vertreten. Obwohl die Betriebsgewerkschaft der sandinistischen Gewerkschaftszentrale CST angeschlossen ist, begreift ein Großteil der Belegschaft die CUS (Confederación de Unicación Sindical) als ihre Gewerkschaft. Die CUS hat enge Verbindungen zum Gewerkschaftsverband AFL-CIO und arbeitet in einem Bündnis anti-sandinistischer Parteien mit.

Die Geschäftsleitung des Pellas-Clans hat sich die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit der CUS was kosten lassen: sandinistische Gewerkschafter der CST wurden benachteiligt, u.a. indem man ihnen Beförderungen verweigerte, rechte CUS-Gewerkschafter privilegierte. Ein Drittel der Arbeiter lebte seit einigen Jahren kostenlos in firmeneigenen Wohnungen und bezog kostenlos Strom und Wasser.

Weiter gab es eigene Schulen, eine Krankenstation, ein Kino und ein Baseballstadion. San Antonio-Arbeiter bekamen traditionell zu ihrem Lohn zusätzlich Zucker ausgehändigt, der sich auf dem Markt weiterverkaufen ließ.[1] Der Effekt dieser Sozialpartnerschaft: eine Belegschaft, die sich in eine privilegierte „Arbeiteraristokratie“ und in benachteiligte, mit den Sandinisten symphatisierenden Arbeitern spaltete. Die Privilegien waren für den Pellas-Clan eine wichtige Grundlage für antisandinistische Strömungen innerhalb der Belegschaft.

Gleich nach der Verstaatlichung führte die CST im Betrieb mehrere Versammlungen durch, um für den Wiederaufbau der Zuckermühle zu werben. Dabei wurde deutlich, daß sich der heruntergewirtschaftete Betrieb einige der Vergünstigungen nicht mehr leisten könne. Wenn nicht in gemeinsamer Anstrengung alles für den Wiederaufbau unternommen werde, sei der Verfall unaufhaltsam. Die CST rief zur Bildung von Arbeitsbrigaden für freiwillige Überstunden, Sonder- und Sonntagsschichten auf. Dabei wurde sie von Belegschaften aus dem ganzen Land unterstützt, während sie auf den Betriebsversammlungen in der San Antonio-Mühle teilweise wüste Proteste erntete. Ein CUS-Aktivist: „Die Regierung hat San Antonio übernommen, und wir arbeiten jetzt für sie. Soll doch die Regierung dafür sorgen, daß wir den Zucker bekommen und andere Vergünstigungen, die wir brauchen.“ Nur 16 Freiwillige meldeten sich für eine unbezahlte Sonderschicht am Wochenende.

Ein typischer Konflikt: mehr arbeiten und weniger konsumieren — mit solchen und ähnlichen Losungen muß die CST in den Betrieben Mehrheiten unter den Beschäftigten bekommen. In der San Antonio Zuckermühle werden im Augenblick unbezahlte Sonderschichten geleistet. Freiwillige Brigaden und Fachkräfte aus vielen Betrieben Nicaraguas bauen die Fabrik wieder auf und bemühen sich, die Stimmung in der Belegschaft zugunsten der CST zu verändern. Es ist allein die moralische Überlegenheit und ihr Vorbild, das die sandinistischen Gewerkschafter in die Waagschale werfen.

Bauarbeiterstreik: ein Arbeitskonflikt wird politisch hochgeschaukelt

Am 13. Februar 1988 zieht die sandinistische Regierung mit der Währungsreform und einer Reihe gekoppelter wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen die Notbremse gegen den drohenden Zusammenbruch der Wirtschaft. Spekulanten, Schieber und der illegale Dollarschwarzmarkt werden schwer getroffen. Die Contra verliert ihr ganzes Geld, denn die alten Banknoten sind plötzlich wertlos. 20.000 Familien werden die Kredite erlassen, und dem kleinen Sparer wird sein Vertrauen in das nationale Bankwesen durch eine großzügige Aufwertung seiner Guthaben belohnt. Gleichzeitig wird eine Lohn- und Preisreform eingeleitet. Die Löhne werden insgesamt stark angehoben, das Verhältnis zwischen unteren und oberen Lohngruppen wird auf 1:15 erhöht, um besonders den qualifizierten Fachkräften einen Anreiz zu geben, im Land zu bleiben. Betriebliche Zulagen und Prämien werden fast völlig gestrichen.

Ende Februar 1988 kommt es in Nicaragua seit längerer Zeit wieder zu einem größeren Arbeitskampf. Die in der Bauarbeitergewerkschaft SCAAS organisierten Arbeiter treten in den Streik. Die CST spricht davon, daß von den 3.000 Bauarbeitern, die bei großen, von der Regierung finanzierten Projekten beschäftigt sind, nur 600 die Arbeit niedergelegt hätten. Die der oppositionellen Sozialistischen Partei (PSN) nahestehende Gewerkschaftszentrale CGT-i (Confederación General de Trabajadores independiente), zu der auch die SCAAS gehört, behauptet, im ganzen Land seien tausende Bauarbeiter am Streik beteiligt. Sie fordern: Abschaffung des nationalen Lohnsystems SNOTS, eine Lohnerhöhung von 200%, später 300%, und die Wiedereinführung der mit der Währungsreform abgeschafften Zulagen wie Überstunden-, Leistungs- und Essensgeld. Im SNOTS sind die Lohnhöhen der einzelnen Berufsgruppen festgeschrieben.

Es ist kein Zufall, daß die Unzufriedenheit gerade hier zum Ausdruck kommt, gehören doch die Bauarbeiter und die ebenfalls streikenden Automechaniker zu den von der Währungsreform am stärksten betroffenen Arbeitergruppen. Die Automechaniker sind ebenfalls in der CGT-i organisiert. Die Bauarbeiter, bis dahin Spitzenverdiener, kamen mit den Zulagen vor allem bei Terminarbeiten auf ein Vielfaches ihres Grundlohnes. Durch die Neueinstufung in die nationale SNOTS-Tabelle und höhere Preise beträgt die Kaufkraft ihres Lohns jetzt ein Zehntel des ursprünglichen Wertes, obwohl die Löhne mit der Währungsreform im Schnitt verfünffacht wurden. Ihre Löhne wurden auf das für vergleichbare Arbeitergruppen übliche Niveau nach unten angepaßt.

Den SCAAS-Bauarbeitern steht die im Bausektor stark vertretene CST gegenüber, die die Regierungsmaßnahmen verteidigt.

Der Streik wurde von der Regierung für illegal erklärt, da die gesetzlich vorgeschriebenen Verhandlungen nicht geführt wurden. Arbeiter aus anderen Betrieben ersetzen die Streikenden, die kurzerhand entlassen wurden. Die Regierung versucht, durch eine unnachgiebige Haltung den Streik auszutrocknen, um nicht durch ein Nachgeben gegenüber den Streikenden die Schleusen für Lohnforderungen zu öffnen, die sie aufgrund der wirtschaftlichen Lage nicht erfüllen kann. Der Streik wird als gegen die Revolution gerichtete Maßnahme beurteilt und die Streikenden als Sympathisanten der Contra bezeichnet. Dieser Vorwurf ist auch so leicht nicht von der Hand zu weisen, arbeiten doch PSN und CGT-i schon seit längerer Zeit offen und verdeckt im rechten Oppositionsbündnis Coordinadora Democratica mit.

Die Fronten im bereits abbröckelnden Streik verhärten sich, als La Prensa sich des Streiks annimmt und mit Schlagzeilen wie „Hunger des Volkes“, „Die Sandinisten haben das Land ruiniert“ und „Repression gegen die Arbeiter“ Stimmung macht. Die US-amerikanische Botschaft füllt die Streikkasse auf und läßt sich mit ihren Autos auf Kundgebungen der Streikenden sehen. Am 25.4.88 beginnen 37 Bauarbeiter mit einem Hungerstreik. Die Oppositionsparteien nehmen den Streik zum Anlaß, den Nationalen Dialog zu beenden. Die Contra-Führung, die vom 28. bis zum 30.4. zur 2. Gesprächsrunde in Managua eintrifft, erklärt sich mit den Streikenden solidarisch und nutzt dafür La Prensa als Sprachrohr. Angesichts der politischen Zuspitzung des Konflikts bleibt die Regierung erst recht unnachgiebig. Am 5.5. endet der Konflikt ohne wesentliche Zugeständnisse der sandinistischen Regierung, abgesehen von der Freilassung aller während des Streiks Verhafteten.

Man mag den Sandinisten ein übermäßig hartes Vorgehen gegen den Streik vorwerfen. Das Eingehen auf die Forderungen hätte allerdings den Verzicht auf das mit der Notbremse Währungsreform angestrebte wirtschaftliche Konzept bedeutet.

Warum sprang der Streik der Bauarbeiter und Automechaniker nicht auf andere Sektoren über? Die Antwort ist darin zu suchen, daß es der CST in den Betrieben immer wieder gelingt, durch Verhandlungen

mit den Betriebsleitungen und dem Arbeitsministerium soziale Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen.

Die sandinistischen Gewerkschaften als Motor der Opferbereitschaft

Die sandinistischen Gewerkschaften stehen schon seit Jahren in einem ständigen Spannungsverhältnis zwischen betrieblicher Interessenvertretung und Verteidigung der Revolution als dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse.

Die Betriebe mußten militärisch geschützt und freiwillige Nachtwachen aus den Belegschaften gebildet werden; die bewußten Kollegen mußten ersetzt werden, denn wenn sie sich freiwillig an die Front gemeldet hatten, mußte die übrige Belegschaft für sie mitarbeiten. Betriebsstillstandszeiten aufgrund von Energie-, Rohstoff- und Ersatzteilmangel mußten phantasievoll überbrückt werden und gegebenenfalls freiwillige, unbezahlte Sonderschichten gefahren werden, um wichtige Produktionsziele erreichen zu können.

Insbesondere die sandinistische Gewerkschaftszentrale CST und die Landarbeitergewerkschaft ATC (Asociación de Trabajadores del Campo) als die beiden größten nicaraguanischen Gewerkschaften, aber auch ANDEN (Lehrergewerkschaft), UNE (öffentlicher Dienst) und FETSALUD (Gewerkschaft im Gesundheitswesen) haben sich in der Vergangenheit als Motor der Opferbereitschaft der Belegschaften profiliert.

Dies ist nie ohne soziale Konflikte und Spannungen abgelaufen, auch nicht in der Zeit des Streikverbotes und nach der Ausrufung des Notstandes 1985. Es hat auch danach Streiks gegeben und nicht immer haben die oftmals jungen sandinistischen Gewerkschafter darauf mit genügend Flexibilität und Verständnis reagiert.

Sandinistische Staatsgewerkschaften?

In den Ruch realsozialistischer Staatsgewerkschaften kommen CST und ATC besonders dann, wenn sie unbequeme Maßnahmen der Regierung oder des Arbeitsministeriums vor ihren Belegschaften rechtfertigen. Die Position der CST zu Streiks und Lohnerhöhungen ist die gleiche geblieben: Reallohnerhöhungen nutzen nur bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion. Es muß mehr, besser, effektiver, billiger, energie- und rohstoffsparender produziert werden. Fehlende Devisen behindern den Import dringend benötigter Waren. Jeder Streik drückt die Produktion. Die nicht produzierten Waren fehlen auf dem Markt, was wiederum die Inflation weiter anheizt und letztlich der Gesamtbevölkerung schadet. Was nicht produziert wird, kann nicht verteilt werden.

Diese Gewerkschaftspolitik ordnet betriebsegoistische Forderungen dem nationalen Gesamtinteresse unter. Nach der durchaus verständlichen Meinung sandinistischer Gewerkschafter darf es nicht sein, daß sich Belegschaften einzelner Betriebe Sonderrechte oder besondere Zugeständnisse ertrotzen. Da aber für viele Familien die wirtschaftliche Lage erdrückend ist, gelingt es in einigen Fällen rivalisierenden rechten oder sich links gebenden Gewerkschaftern, mit populistischen, die unmittelbaren Belange der Belegschaft betreffenden Forderungen, Mehrheiten zu mobilisieren und die CST-Funktionäre aus dem Betriebsrat abzuwählen. So geschehen im Walzwerk Metasa bei Tipitapa oder im Betrieb von Sacos Macen, wo die Plastiksäcke für die Kaffeernte hergestellt werden.

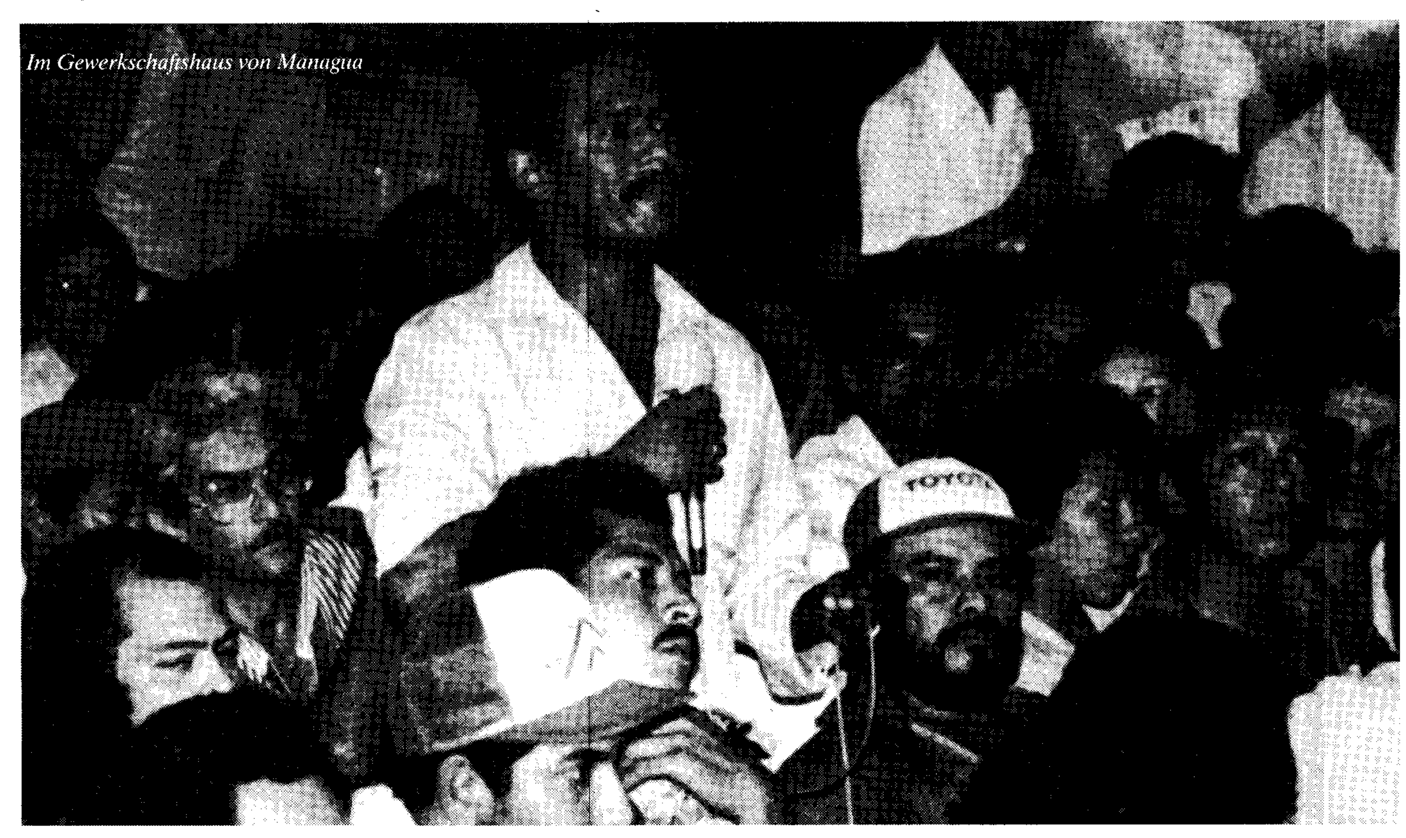
Da sich die wirtschaftliche Lage weiter zuspitzt, ist damit zu rechnen, daß es bei Lohnfragen, Lohnersatzleistungen des Betriebs, bei Betriebsratswahlen u.ä. auch in Zukunft zu sozialen Konflikten und Arbeitskämpfen kommen kann.

Die sandinistischen Gewerkschaften sind bei dieser Gratwanderung zwischen den an der unmittelbaren Existenzsicherung der Arbeiter orientierten Tagesforderungen und der Notwendigkeit, die erreichten Fortschritte der Revolution zu sichern, bestimmt nicht zu beneiden.

Die wirtschaftliche Realität wird härter für die nicaraguanischen Arbeiter. Wenn trotzdem die sandinistischen Gewerkschafter von den Arbeitern als ihre wichtigsten Interessenvertreter angesehen werden und bei betrieblichen Gewerkschaftswahlen sehr gut abschneiden, so ist das ein Indiz dafür, daß sie dazu beigetragen haben, das Bewußtsein der Arbeiter für das politisch Machbare zu festigen. Angesichts dieser harten wirtschaftlichen Realität stehen sie nicht mit leeren Parolen, unerfüllten Versprechungen und unrealistischen Lohnforderungen da.

Konkurrierende Gewerkschaftszentralen

Die sandinistischen Gewerkschaften stehen der FSLN nahe und haben die Mehrheit der ArbeiterInnen in ihren Reihen organisiert. Entstanden sind sie aus den schon vor dem Sturz Somozas illegal arbei-



Im Gewerkschaftshaus von Managua

tenden sandinistischen Betriebsgruppen. Nach der Befreiung von der Diktatur am 19. Juli 1979 erlebte die nicaraguanische Gewerkschaftsbewegung einen rapiden Aufschwung. In den Betrieben bildeten sich Betriebsgruppen, die sich in ihrer Mehrheit der CST und der ATC als Dachorganisationen anschlossen. In Nicaragua sind die Gewerkschaften nicht nach Branchen organisiert, sondern als Betriebsgewerkschaften, und die Entscheidung über den Anschluß an einen bestimmten Dachverband fällt auf einer Betriebsversammlung.

Die Gewerkschaftszentrale CGT-i, die sich auf den Bausektor konzentriert, die CAUS und die FO repräsentieren gewerkschaftliche Strömungen, die sich in ihrer Eigendefinition an marxistische Parteien wie PSN, PCN und PML (früher MAP-ML) anlehnen.

Der kleine christliche Gewerkschaftsverband CTN spielt nur in wenigen Betrieben eine Rolle.

Die CUS — eine Contra-„Gewerkschaft"

Eine besonders üble Rolle spielt die vom Unternehmerboß Robelo anfang der 60er Jahre mitgegründete CUS.

Sie wird von der Gründung an sehr stark von dem berüchtigten Institut zur Bildung freier Gewerkschaften AIFLD (American Institute for Free Labor Development) unterstützt. Das AIFLD wiederum wird von der Internationalen Abteilung des US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO geleitet und fast ausschließlich von Geldern der US-Regierung finanziert.

Die CUS entstand vor allem in den für die USA und die Somozafamilie strategisch wichtigen Sektoren Hotelgewerbe, Hafenbetriebe, Flughafen und Transportwesen.

Für ihre US-Hörigkeit und Staatstreue zu Somoza erhielten CUS-Leute bestimmte Vergünstigungen und wurden unter anderem dafür belohnt, Belegschaften zu spalten, linke Kollegen zu bespitzeln, zu denunzieren und für den Betriebsfrieden zu sorgen. Ein Teil der CUS-Führung hat sich nach der Befreiung von Somoza in die USA und Costa Rica abgesetzt, von wo aus sie antisandinistische Broschüren vertreiben. Leider landen diese mitunter auch auf den Schreibtischen von DGB-Gewerkschaftern und werden von ihnen für bare Münze genommen. Innerhalb Nicaraguas arbeitet die CUS legal und im Bündnis mit dem Unternehmerverband COSEP und anderen rechten Parteien zusammen.

Obwohl es in interessierten DGB-Funktionärskreisen mittlerweile allgemein bekannt ist, daß die CUS keine Gewerkschaft ist und mit Arbeiterinteressen schon gar nichts am Hut hat, verursacht ihre Erwähnung leider immer noch manchmal peinliche Eiertänze. Die CUS ist nämlich Mitglied im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und somit Schwestergewerkschaft des DGB und der US-amerikanischen AFL-CIO. Da man dem AFL-CIO und dem AIFLD in „ihrem" Hinterhof nicht in die Quere kommen will, drückt sich der DGB-Bundesvorstand um eine klare Aussage gegen die CUS. In einer Artikelserie über die Gewerkschaftsbewegung in Mittelamerika (Hefte 6-9/1986) fordert die Berliner Lehrerzeitung der GEW den Ausschluß der von ihrer Mitgliederzahl her unbedeutenden und für die Arbeiterbewegung Nicaraguas nicht repräsentativen „gelben" Gewerkschaft CUS aus dem IBFG und eine glaubwürdige Distanzierung von den Machenschaften gewisser US-angehöriger „Gewerkschafts"-Institute in Zentralamerika.

Aufnahme offizieller Kontakte zur CST durch den DGB längst überfällig

Es bleibt zu hoffen, daß sich diese Position bei den DGB-Gewerkschaften bald durchsetzt. Dazu gehört auch die Aufnahme offizieller Kontakte zur größten nicaraguanischen Gewerkschaft, der sandinistischen CST, die nicht Mitglied im IBFG ist. Sie ist dem „falschen" Dachverband, nämlich dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) angeschlossen. Die kontinuierliche Solidaritätsarbeit mit Nicaragua in den DGB-Gewerkschaften und die Rückwirkung der Brigadeeinsätze auf die Haltung der Gewerkschaften zu Nicaragua haben die Bedingungen dafür verbessert.

Was noch aussteht, ist eine intensive, politisch durchaus kontrovers zu führende Internationalismusdiskussion in den DGB-Gewerkschaften.

In ihrem Verlauf muß eine eigenständige Internationalismuspolitik zur Unterstützung sozialrevolutionärer Prozesse in der sogenannten „Dritten Welt" entwickelt werden.

Literatur:

Nicaragua-Info für die Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften. Hrsg: DGB-Jugend-Hessen, Ernst-Richter, Wilhelm-Leuschner Str. 69-77, 6000 Frankfurt 1, Telefon: 069-27 30 05-56.
Auf Wunsch schickt die DGB-Jugend-Hessen euch Exemplare zu. Die Nummern 30 und 31 enthalten längere Berichte zum Bauarbeiterstreik und zur Verstaatlichung der San-Antonio-Zuckermühle.

Die Gewerkschaftsbewegung in Mittelamerika, aus: Berliner Lehrerzeitung, Hefte 6-9/1986
La Cartonera. Ein Solidaritätsprojekt in Nicaragua, hg. von der DGB-Jugend, Kreis Frankfurt, Abt. Jugend, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 6000 Frankfurt, 42 S., zu erhalten gegen eine Soli-Spende von 6,- DM

Roland Keil

Interview mit Carlos Gallo / CST-Gewerkschaftssekretär:

Wie definierst Du das Verhältnis CST/FSLN?
C.G.: Die FSLN ist eine Partei, während die CST, obwohl sie die FSLN als Avantgarde anerkennt, eine Organisation ist, die sich aus verschiedenen ideologischen Strömungen zusammensetzt. Wir haben keine ideologischen Widersprüche und hinsichtlich der gesellschaftlichen Umwandlungen haben wir die gleichen Zielvorstellungen wie die FSLN. Es gilt jedoch jetzt, die Besonderheiten der Betriebe und Industriezweige stärker zu formulieren. Hierbei könnten sich aus deren Einzelinteressen Widersprüche zur FSLN ergeben.

Die Gewerkschaftsbewegung ist als Klasse innerhalb der Revolution organisiert und richtet sich nach der revolutionären Regierung aus. Es existieren jedoch abgegrenzte Verantwortlichkeiten, insbesondere was konkrete Probleme der Versorgung der ArbeiterInnen, Entlohnung, Produktionspläne etc. anbelangt. Sie richten sich nach den Möglichkeiten und Einzelinteressen der jeweiligen Betriebe und ArbeiterInnen. Die CST ist hier Vertretung der ArbeiterInnen. Sie ist Vermittlerin der FSLN, wo es um die Verteidigung der Revolutionsmacht geht.

Aus dieser Doppelrolle werden sich aber Widersprüche ergeben.

Sollte es zu einer Betriebsstillegung kommen, so werden wir den ArbeiterInnen die Gründe erklären müssen. Wir können jedoch nicht an einem unrentablen Betrieb festhalten. Die Vermittlerrolle hat aber noch einen anderen Aspekt. Die neue Betriebsautonomie hat bedeutende Lohnverschiebungen verursacht. Im Textilbereich etwa betragen die Schwankungen für die gleiche Arbeit bis zu 3,5 mal so viel. Dies hat schon jetzt zu beträchtlichen Belegschaftsabwanderungen geführt. Wir versuchen dort korrigierend einzuwirken und Lohnanreize in anderer Form auszuzahlen. Zuguterletzt hat sich die politische Rolle der CST in dem Sinne verändert, daß sie jetzt nicht nur für die Produktionssteigerung kämpft, sondern sich auch Gedanken um deren Kommerzialisierung machen muß. Wir müssen den Wettbewerb mitberücksichtigen und die Produktionsqualität verbessern. Es denken immer noch einige, daß Revolution und Markt widersprüchlich sein. Dem ist nicht so. Der Antagonismus wird vielmehr von der Revolution und der Ausbeutung gebildet.

Die Wirtschaftsreformen haben aber nun gezeigt, daß der Revolution Grenzen gesetzt sind. Sie muß sich den ihr diktierten Weltmarktgesetzen unterwerfen, ist einem Handelsembargo unterworfen und kann sich, anders wie früher in Kuba, nicht nur allein auf die sozialistischen Länder stützen. Sie ist auf Hilfe aus Westeuropa und von internationalen Finanzorganisationen wie der BID angewiesen. Die Wirtschaftskrise dagegen verschärft sich in Nicaragua und die Lage der Arbeiter verschlechtert sich rapide. Wie verhält sich die CST?

Die kurze Beschreibung ist korrekt. Wir setzen dem die politische Arbeit der Bewußtseinsbildung entgegen. Die ökonomischen Forderungen sind dem untergeordnet. Die Übersetzung, was Revolutionsmacht bedeutet bzw. die strategischen Ziele der Revolution sind, wird sehr schwierig sein. Wir werden ein Anwachsen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung in Kauf nehmen müssen. Von einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft kann nur sehr langfristig die Rede sein, und im Augenblick geht es um nichts anderes als um die Erhaltung der Souveränität und Selbstbestimmung Nicaraguas.

(Es gibt in der CST auch Stimmen, die eine Entwicklung zu einer klassischen Arbeitervertretung fordern. Sie sind jedoch in der Minderheit. d. Autor)

ides managua, 22. Nov. 88

Arbeitskämpfe bei Bayer-Peru

Die IG Chemie schweigt

Der BAYER-Konzern, mit 40 Mrd. DM Umsatz und fast vier Mrd. DM Gewinn vor Steuern für 1988 weltweit eines der größten Chemieunternehmen, hat frühzeitig die Lukrativität des lateinamerikanischen Marktes entdeckt. Bereits 1914 war BAYER mit Handelsniederlassungen in Peru vertreten. Im Zusammenschluß mit den IG-Farben wurden bei einigen Tochterunternehmen im Zweiten Weltkrieg gute Geschäfte getätigt (F. Hilbek Lima; Jorge Labrousse Lima; Indunal S:A: Lima; Cia. Peruana de Importaciones Ltda. Lima; W. Justus & Co.). Heute hat BAYER vier Niederlassungen in Peru. Drei unter dem Namen „Bayer Peru" zusammengeschlossene Produktionsstätten produzieren Pestizide und pharmazeutische Produkte. Das 1970 gegründete Werk der BAYER Industrial S.A. in Lima, über welches im folgenden berichtet wird, stellt mit 741 Beschäftigten die Kunstfaser DRALON her. Auf diese in Lateinamerika sehr beliebte Kunstfaser hat BAYER faktisch ein Monopol. Der Betrieb in Lima beliefert den gesamten Andenraum. Die Produktion war seit Beginn kontinuierlich steigend: 1970 lag sie bei 9.000 Jahrestonnen, 1981 bereits bei 18.000 t und 1987 bei 30.000 t. Gleichzeitig ging die Produktion von DRALON im BAYER-Werk in Dormagen (bei Köln) zurück. Mit der steigenden Vermarktung dieser Kunstfaser sank der Bedarf an einheimischer Wolle, einer ehemals wichtigen Einnahmequelle für Kleinbauern. In Peru ist das Geschäft mit der bei uns bereits veralteten Kunstfaser DRALON noch immer rentabel. Laut aktuellem BAYER-Geschäftsbericht für 1987 erzielte BAYER Industrial einen Gewinn nach Steuern von 177 Mio. Intis (ca. 500.000 US-$) bei einem Umsatz von 1.365 Mio. Intis (ca. 4 Mio. US-$).

Das rosige Bild, das sich für BAYER in dem oben erwähnten Geschäftsbericht bietet, wird lediglich durch einen Satz getrübt: „Durch einen Streik war die Jahresproduktion rückläufig." Die Hintergründe, Ursachen und Folgen dieses Streiks decken die aggressive und rigide Politik dieses Chemiekonzerns auf.

Seit Bestehen von BAYER Industrial mußte die Gewerkschaft zehnmal Streiks zur Verstärkung ihrer Forderungen einsetzen. *„Dieses Verhalten, verbunden mit vielen Opfern für die Arbeiter, wählten wir, nicht weil uns Arbeitsniederlegungen und Streiks gefallen, sondern weil wir von der Geschäftsleitung hierzu gezwungen wurden."* (Jesús Cabana Vargas, ehem. Generalsekretär der dortigen Gewerkschaft) Der letzte längere Streik fand im Frühjahr 1987 statt. Er dauerte 30 Tage. Da der dortigen Betriebsgewerkschaft keine finanziellen Mittel für Streikgelder zur Verfügung stehen, war dieser Arbeitskampf mit vielen Entbehrungen für die Belegschaft verbunden. Er war nur aufgrund der uneingeschränkten Solidarität unter den ArbeiterInnen durchzuführen. Der Organisationsgrad unter den ArbeiterInnen beträgt 100%. (In der Bundesrepublik innerhalb der Chemiebranche ca. 55%). Die Hauptforderung während des Streiks waren Lohnerhöhnungen. Aufgrund der extremen Inflationsrate in Peru von z. Zt. 3.000 bis 6.000% fordert die Gewerkschaft eine automatische Angleichung der Löhne an die Inflation („Indexierung"). Am Ende des Streiks folgte von BAYER eine gesetzeswidrige Aussperrung, eine lächerliche Lohnerhöhung weit unter der Inflationsrate und die illegale fristlose Kündigung von neun ehemaligen Gewerkschaftsführern. Ziel war die Einschüchterung der Gewerkschaft. Zahlreiche von den ArbeiterInnen erwirkte Gerichtsurteile entschieden gegen den Konzern. Ohne weiteren Kommentar wurden diese von der Geschäftsleitung mißachtet, bis die peruanische Generalstaatsanwaltschaft Haftbefehl gegen die drei Geschäftsführer erließ. Quasi vor den Toren der peruanischen Gefängnisse stehend stellten sie die widerrechtlich Entlassenen wieder ein.

Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren" hatte im Juni 1988 Jesús Cabana Vargas, den damaligen Generalsekretär der dortigen Betriebsgewerkschaft, in die Bundesrepublik eingeladen. In zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, Gesprächen mit Parteien, Organisationen und Belegschaftsmitgliedern der BAYER AG in der Bundesrepublik, und v.a. als „Kritischer BAYER Aktionär" auf der Hauptversammlung des Konzerns hat er auf die skandalöse Situation hingewiesen. Dabei erhielt er von vielen Gruppen Unterstützung (Die Grünen, DKP, Jusos, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, BuKo, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, ILA, etc.) Von der Konzernleitung selbst war lediglich zu hören: *„Im Konzern ist niemand zu einem Gespräch mit Herrn Vargas bereit."* Erschütternd für den peruanischen Kollegen war insbesondere die Reaktion des Konzern-Betriebsrates und der IG-Chemie-Papier-Keramik. Beide

Warenkorb vom 08.09.1988 für eine Familie mit drei Kindern, ermittelt vom NATIONALEN INSTITUT FÜR STATISTIK, LIMA (für einen Monat)

Große Ausgabenposten	Gewichtung	Nominal US-$
Nahrung, Getränke, Tabak	38,09	128
Kleidung, Schuhe	7,33	24,6
Miete, Brennstoff, Strom	15,57	52,3
Möbel, Geräte, Reparaturen	6,98	23,5
Gesundheitspflege, Arzt	2,64	8,9
Transport, Kommunikation	9,83	33,0
Ausbildung, Kultur	7,40	24,9
Sonst. Güter und Dienstleistungen	12,16	40,9
Summe	100,00	336,1

haben wortlos das Gespräch verweigert, obwohl sich die ICEF (Internationaler Dachverband der Chemiegewerkschaften) in Brüssel um ein Zustandekommen bemüht hat. Herrman Rappe, Vorsitzender der IG-Chemie, war als Aufsichtsratsmitglied des BAYER-Konzerns auf der oben genannten Hauptversammlung zugegen. Von ihm kam keine Geste und kein Wort der Solidarität. Bis heute haben die KollegInnen in Peru keine Antwort auf ihre Bitte um Unterstützung erhalten.

Die Situation in Peru hat sich aufgrund der starren Haltung der Unternehmensleitung keineswegs verändert. Weiterhin kämpft die Gewerkschaft um die Erhaltung der Reallöhne. Die Indexierung wird zunehmend zur Hauptforderung. Obwohl den Angestellten bereits seit langem gewährt, wird den ArbeiterInnen eine automatische Angleichung der Löhne an die Inflationsrate nicht zugestanden.

Ende Februar '89 konnte die Gewerkschaft allerdings durch einen 24stündigen Streik und unsere Unterstützung hier in der Bundesrepublik einen ersten Erfolg in der aktuellen Auseinandersetzung erzielen. Sie erreichte Lohnerhöhungen auf 120 US-$ im Monat. Die Indexierung wurde jedoch weiterhin verwehrt. Der BAYER-Konzern machte lediglich das Zugeständnis von vierteljährlich stattfindenden Tarifverhandlungen. Auch wenn hierdurch noch immer nicht das Lohnniveau von Mitte 1988 erreicht wurde, so sieht die Gewerkschaft gerade in den vierteljährlich stattfindenden Verhandlungen einen ersten Schritt in Richtung Indexierung. Folgende Daten verdeutlichen die Lohnentwicklung:

Entwicklung der Lohnsituation bei BAYER-Industrial in Lima (Lohn eines Arbeiters pro Monat)

Ende 1987	*170 US-$*
Juni 1988	*140 US-$*
Sept. 1988	*105 US-$*
Jan. 1989	*20 US-$ (!)*
März 1989	*120 US-$*

An dem beistehenden Warenkorb läßt sich ersehen, daß ein bei BAYER beschäftigter Industriearbeiter bei 48 Std. in der Woche mit 120 US-$ am Rande des Existenzminimums lebt. Der Warenkorb übersteigt den Lohn um das Dreifache.

Über die Fragen der Entlohnung sowie Achtung von Gesetzen hinaus, stellen sich bei einem chemischen Unternehmen stets auch Probleme des Umweltschutzes und der Arbeitssicherheit ein. Es läßt sich feststellen, daß „Doppelte Standards" (unterschiedliches Sicherheitsniveau in BAYER-Betrieben in der BRD und in „Dritte Welt Ländern") wesentlich höhere Zahlen von Betriebsunfällen und katastrophale Verseuchungen der Umwelt erzeugen. So sind z.B. im BAYER-Werk in Belford Roxo, Brasilien, 1988 allein vier Arbeiter aufgrund von Unfällen tödlich verunglückt.

Ein Blick hinter die Kulisse der Geschäftsführung der BAYER-Industrial ist äußerst interessant. An oberster Stelle sitzt dort der Rechtsanwalt Dr. Bernd Peukert. Bis 1982 war Peukert in der Rechtsabteilung bei BAYER in Leverkusen beschäftigt. Dann wurde er fristlos entlassen. Grund: In einer von Peukert für BAYER geführten Patentstreitigkeit mit einem Düsseldorfer Unternehmer verstrickte sich das Unternehmen in zahlreiche Falschaussagen. Konsequenz war u.a. ein Strafverfahren gegen den Vorstandsvorsitzenden Strenger. In diesem Verfahren wurde Peukert als Zeuge von der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft gesucht. Nur, er war nicht auffindbar. Erst einige Zeit später wurde bekannt, daß Peukert heute wieder für BAYER in Peru tätig ist. Auf die Bitte der Staatsanwaltschaft, diesen über den Vernehmungsbeschluß zu informieren, schreibt BAYER: *„... zu Ihrem oben genannten Schreiben möchten wir Ihnen mitteilen, daß Herr Dr. Peukert für uns bei unserer Vertretung BAYER Industrial S.A., Casilla 1888, Lima/Peru tätig ist. Eine Rückkehr von Herrn Dr. Peukert ist z.Zt. nicht abzusehen."* Wie sich zeigt, gibt es auch dort genúg zu tun.

Achim Schmottlach

Der Artikel ist in express 2/89 erschienen und vom Autor aktualisiert worden. Weitere Informationen bei: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Hofstr. 27 a, 5650 Solingen 11



Nachtrag

Am 20. April dieses Jahres ist die Belegschaft von Bayer Industrial erneut in einen 24-stündigen Streik getreten. In der aktuellen Tarifauseinandersetzung hat die Unternehmensleitung den Angestellten zwar einen Inflationsausgleich von 80 Prozent gewährt, den ArbeiterInnen will sie jedoch nur 50 Prozent zusichern. Neben der Gleichbehandlung der ArbeiterInnen und Angestellten fordert die Gewerkschaft die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Abschaffung von Sanktionen durch die Abteilungsleiter gegenüber den ArbeiterInnen, sowie die Indexierung (s.o) der Löhne.

Probleme gewerkschaftlicher Basisarbeit



**Wie sieht die internationale Solidaritätsarbeit innerhalb der Gewerkschaften aus?
Helmut Seifried, Mitbegründer des Arbeitskreises Internationalismus der GEW-Oberbayern, gewährt Einblick in diese Arbeit und zeigt mögliche Schwierigkeiten bei ihrer Durchführung auf.**

Für die Internationalismusarbeit haben sich die Gewerkschaften viele Gremien geschaffen:
— Den internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
— Weltweite Zusammenschlüsse von Einzelgewerkschaften
— Eine Abteilung für Internationalismus beim DGB
— Den Weltgewerkschaftsbund (WGB).
So unterschiedlich ihre Gründungsmotive gewesen sein mögen, eines ist ihnen gemeinsam: Innerhalb der aktiven Gewerkschaftsarbeit führen sie ein politisches Schattendasein. Informationen über ihre Arbeit dringen selten an die Basis oder an die Öffentlichkeit. Diese Institutionen stellen eine nicht kontrollierbare Größe dar und geben Anlaß, erst einmal kritisch beäugt zu werden.
Außerdem wird die Entscheidung über Solidarität davon abhängig gemacht, ob die Initiative vom IBFG oder vom Weltgewerkschaftsbund ausgeht. Die Mitgliedsgewerkschaften des WGB werden von DGB-Solidaritätsbezeugungen ausgegrenzt, weil der WGB innerhalb des DGB als kommunistisch gilt.

Die multinationalen Konzerne haben die ökonomische und produktionstechnische Arbeitsteilung bereits weltweit durchgesetzt. Die Gewerkschaften finden nur langsam in den Diskussionsprozeß, um eine gleichwertige Antwort zu formulieren. Fortschritte hierfür müssen über die internationale Solidaritätsarbeit geleistet werden. Solidaritätsstreik, Konzernstreik etc. sind einige Stichworte dafür. Ansätze zu dieser Arbeit gibt es zumindest an der Basis, vor allem, seit die DGB-Jugend in der Nicaraguasolidarität engagiert ist. Zum verstärkten Bewußtsein hat sicherlich die bundesweite IWF-Kampagne beigetragen. Die grundsätzliche Position des DGB hat sich dadurch nicht geändert. Verändert hat sich jedoch die Haltung einzelner KollegInnen. Sie hegen noch immer die Hoffnung, daß „Internationale Solidarität" innerhalb der Gewerkschaftsbewegung als das verstanden wird, was der Begriff beinhaltet: Solidarität mit allen fortschrittlichen KollegInnen und GenossInnen.

Gründungsmotivation des AK Internationalismus

Welche/-r aktive GewerkschafterIn kennt diese Situation nicht? Der letzte Tagesordnungspunkt beinhaltet die Bitte nach einem Solidaritätsgruß oder einen Spendenaufruf für streikende oder verfolgte GewerkschafterInnen irgendwo im Trikont. Höflichkeitshalber, manchmal auch peinlich tangiert ob der eigenen Inaktivität, läßt man den/die KollegIn zehn Minuten agieren — erledigt.

Nach etlichen solchen Erfahrungen wurde es notwendig, diese Aktivitäten zu koordinieren. Als im Juni 1987 während der GEW Landesdelegiertenkonferenz Bayern Solidaritätsadressen von türkischen, chilenischen und salvadorianischen Lehrergewerkschaften verlesen und Projekte zu Salvador, Chile und Nicaragua vorgestellt wurden, war ein Großteil der KollegInnen sichtlich über die Existenz dieser Projektarbeit überrascht. Einige diskutierten über die Gründung eines Arbeitskreises, um diese Arbeit zusammenzufassen und stärker zu politisieren. Der Begriff „Internationalismus" sollte aufgenommen werden. Der Arbeitskreis „Internationalismus" war damit faktisch geboren. Bereits in der August-Ausgabe der bayerischen GEW-Monatspublikation „Demokratische Schule" lag der Schwerpunkt beim Thema „Internationalismus und Gewerkschaften". Gleichzeitig wurden einzelne Solidaritätsprojekte den LeserInnen vorgestellt. Die GEW-Zeitung Bayer gewährt dem „Internationalismus" monatlich eine Seite, um Menschenrechtsverletzungen,

IWF, Weltbank, Gewerkschaften im Trikont etc. anzusprechen.

Rekrutiert hat sich der AK aus den bereits Engagierten und weiteren Interessierten. Schwerpunktthema sind die Türkei, Nicaragua und El Salvador. In El Salvador unterstützt die GEW Oberbayern gemeinsam mit der GEW Köln den Bau und Unterhalt einer Schule für die Lehrergewerkschaft ANDES.

Ursprünglich sollte ein Fonds gegründet werden, um konkret und schnell zu helfen. Er sollte genutzt werden, wenn für den Lebensunterhalt oder die Bezahlung von Arzt- und Anwaltshonoraren inhaftierter KollegInnen Geld benötigt würde. Der Fonds konnte aber mangels Liquidität nicht eingerichtet werden.

Die Konzentration der Arbeit liegt zur Zeit bei der Finanzierung der Schule für die salvadorianische Lehrergewerkschaft ANDES in San José de las Flores (SJF). Dort, im Norden Chalatenango, inmitten des Konfliktgebietes, operiert sowohl das salvadorianische Heer als auch die salvadorianische Befreiungsbewegung Farabundo Marti de la Liberación National (FMLN). In SJF haben sich am 20.06.87 120 Kriegsflüchtlinge in ihrem alten Heimatort wiederangesiedelt, aus dem die salvadorianische Armee sie vier Jahre zuvor gewaltsam vertrieben hatte.

Ausgewählt wurde dieses Projekt der Lehrergewerkschaft ANDES deswegen, weil sich ANDES als Teil der Gewerkschafts- und oppositionellen Massenbewegung versteht. Durch den Ausbau der Schulen leisten sie einen wichtigen Beitrag alternativer Volkserziehung („proyecto alternativo de educación popular").

Die Schulprojekte finanzieren die Ausbildung und Anstellung von Volkslehrern (maestros populares), und stellt Bücher und andere Schulmaterialien bereit. Alle Projekte werden in den Konfliktgebieten durchgeführt, wo die Regierung seit 1980 ca. 2.000 Schulen aus politischen Gründen geschlossen oder ausbombardiert hat. In El Salvador führt die Regierung Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Auf Bildung legt sie keinen Wert. Im Gegenteil: Lesen und Schreiben zu können erscheint systemgefährdend. Dementsprechend liegt die Analphabetenquote bei 40% in der Stadt und bei ca. 70% auf dem Land. Klassen mit bis zu 60 Kindern sind nichts ungewöhnliches. Dieses Engagement erforderte von ANDES einen hohen Tribut: seit 1982 wurden 344 ANDES-Mitglieder ermordet, 94 sind verschwunden.

Die GEW Oberbayern und Köln unterstützen ANDES seit 1986 bei der Finanzierung dieser Projekte. Sie fördern damit die Demokratisierung El Salvadors und stärken die Opposition. Gleichzeitig soll die Projektarbeit die Diskussion zur Internationalismusarbeit innerhalb der GEW anregen.

Besuch in San José de las Flores

Nach etlichen bürokratischen Hindernissen und der Intervention der deutschen Botschaft erhielt unsere Delegation vom salvadorianischen Generaloberst Ponce ein sogenanntes Salvo Conducto (einen Passierschein) für die Konfliktzone Chalatenago. Am 24.12.88 erreichten wir San José de Las Flores, stets begleitet von Granatbeschuß der salvadorianischen Armee.

Ich besuchte dort die seit 1986 entstandenen Wiederansiedlungen, das von uns unterstützte Schulprojekt und informierte mich über das Ausmaß der von der Armee und der Regierung ausgeübten Repressionen.

Bereits während des Gewerkschaftskongresses der salvadorianischen Lehrergewerkschaft ANDES hatte ich viel über die der Arbeit der maestros populares (Volkslehrer) und über die Schulen in den Wiederansiedlungen gehört. Schulen entsprechen in keiner Weise bundesrepublikanischen Vorstellungen. Sie sind eher als Kommunikationszentren zu sehen. Die Einwohner wählen ihre Maestro (Lehrer) selbst. Acht Mitglieder aus ihrer Kommune sind ausgewählt, die die 230 Kinder und Jugendliche im Dorf unterrichten. Die Maestros lehren nicht nur Lesen und Schreiben, sondern ebenso in praktischen Lebensbereichen wie Feldarbeit, Gemüseanbau, Häuserbau etc. Als Schule fungiert im Moment noch das alte Rathaus, das zugleich als Lagerraum für die Maisernte genutzt wird. Das Grundproblem der Schulen ist aber der Mangel an Unterrichtsmaterial, Schulmöbel etc., da die Volksschulen keinerlei Hilfe staatlicherseits erhalten.

Überfällt die Armee SJF, wird die Schule demonstrativ als Kommandozentrale benutzt, der Unterricht verboten und beim Abzug das Mobiliar zerstört. Bildung gilt in El Salvador als staatsfeindlich. Bei Gesprächen mit der Dorfleitung und den Lehrern der Schule wurde die Notwendigkeit internationaler Solidarität und Unterstützung immer wieder betont, da die Armee und die Regierung Probleme bekommen, wenn sie eine Schule zerstören, die mit ausländischer Hilfe aufgebaut oder unterhalten wird. Dies wurde während unseres Aufenthaltes am 15.12.88 deutlich. Die Armee bombardierte und besetzte SJF. Aber zum ersten Male wurde die Schule nicht zerstört und keinerlei Repressionen gegen die Bevölkerung ausgeübt. Der Hauptvorstand der GEW hat inzwischen bei der salvadorianischen Botschaft in Bonn Protest gegen diesen Überfall der Armee an Weihnachten eingelegt, bislang aber noch ohne Resonanz.

Dieser Form der Solidaritätsarbeit bildet einen positiven Ansatz im „Internationalismus" der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Helmut Seifried

An dem Projekt Interessierte wenden sich bitte an:
GEW-Oberbayern, c/o Helmut Seifried,
Tel. 089/558021

Gewerkschaftsbewegung in El Salvador

Am 15. Februar '89 explodierte in den Büros des Gewerkschaftsbündnisses UNTS eine Bombe, die das Stockwerk und Teile des Hauses sowie die Archive der UNTS zerstörte. Den Anschlag verübte die Todesschwadron „Brigada Maximiliano Hernandez Martinez". Am selben Abend wurden die Büroräume der UNTS von Einheiten der 1. Infanteriebrigade belagert.
Dies war kein Einzelfall. Einschüchterungen, Repressionen und Morde sind für die Gewerkschaftsbewegung etwas Alltägliches.

Aktive GewerkschafterInnen in der BRD haben jetzt ein Informationsblatt erstellt, in dem sie darstellen, unter welchen Bedingungen die Gewerkschaften in El Salvador arbeiten.

Das Faltblatt kann über folgende Adresse bezogen werden:
Arbeitskreis Internationalismus, GEW Stadtverband Köln, c/o.: Ulla Theisling, Hans-Böckler-Platz 9, 5000 Köln 1, Stichwort: Gewerkschaftsbewegung in El Salvador, Kosten: 1,20 DM + Spende

Schwarze Gewerkschaften in Südafrika

Eine Auseinandersetzung mit W. Puschras Buch

Die unabhängigen[1] schwarzen Gewerkschaften Südafrikas sind heute zum wichtigsten Pfeiler des Widerstandes gegen die Apartheid geworden. Nach der Bannung der meisten relevanten Organisationen des Widerstandes im vergangenen Jahr sind sie praktisch die einzigen Organisationen, die noch über eine weitgehend intakte Infrastruktur verfügen. Darüber hinaus sind sie mit ihrer betrieblichen Verankerung ein nicht zu vernachlässigender Machtfaktor. Seit der offiziellen Zulassung unabhängiger schwarzer Gewerkschaften vor knapp zehn Jahren haben sie eine Entwicklung vollzogen, die in ihrer Dynamik wohl kaum Parallelen hat.

Diesen Prozeß zu schildern und zu analysieren versucht der Autor des 1988 veröffentlichten Buches:

Werner Puschra: Schwarze Gewerkschaften in Südafrika. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1988, 232 S., DM 40,-

Puschra versucht in seinem Buch die These zu belegen, die multinationalen Konzerne hätten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der unabhängigen Gewerkschaften Südafrikas geleistet. Diese These weckt natürlich Widerspruch und Neugier zugleich, da den multinationalen Konzernen von den Kritikern des Apartheidregimes bisher immer eine systemstabilisierende Funktion zugeschrieben wurde. Das Buch ist in zwei Hauptteile gegliedert, wobei im ersten die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen analysiert werden, vor deren Hintergrund die Entwicklung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaftsbewegung verständlich werden soll. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der eigentlichen Entwicklung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften.

Im ersten Teil konzentriert sich Puschra im wesentlichen auf die Rolle der multinationalen Konzerne im Industrialisierungsprozeß Südafrikas. Diese haben aufgrund der günstigen Bedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg in beträchtlichen Ausmaßen in Südafrika investiert, vor allem im verarbeitenden Sektor. Dennoch — so der Autor — hat das ausländische Kapital keine überragende Bedeutung in der südafrikanischen Industrie erlangen können. Da die multinationalen Unternehmen meist größer waren als nationale Unternehmen, boten sie für eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter jedoch eine bessere Basis.

Das für die südafrikanische Wirtschaft charakteristische System der Wanderarbeit wurde im Verlauf der industriellen Entwicklung dysfunktional, da mehr und mehr qualifizierte schwarze Arbeitskräfte benötigt wurden. Der Arbeitsmarkt für Schwarze spaltete sich daher in einen Teilarbeitsmarkt für städtische und qualifizierte Schwarze und einen Teilarbeitsmarkt für ungelernte Arbeitskräfte aus den Homelands. Die höhere Entlohnung für eine steigende Zahl qualifizierter Arbeitskräfte sowie verbesserte Aufstiegschancen für schwarze Arbeiter lösten unter den Schwarzen soziale Differenzierungsprozesse aus. Laut Puschra spielten die multinationalen Unternehmen in diesem Prozeß eine Vorreiterrolle, weil sie früher bereit waren, die neuen Arbeitsmarktbedingungen zu akzeptieren. Sie zahlten im Durchschnitt höhere Löhne, boten bessere Arbeitsbedingungen und schufen damit günstigere Voraussetzungen für die Gründung von Gewerkschaften. Erleichtert wurde diese Anpassung allerdings durch den Druck der öffentlichen Meinung in den Herkunftsländern (Sanktionsforderungen) sowie den Forderungen nach Einhaltung von Mindeststandards (Sullivan-Kodex, EG-Kodex).

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit der schwarzen Gewerkschaftsbewegung. Zunächst zeigt Puschra in einem knappen geschichtlichen Überblick auf, wie die vielfältigen Ansätze gewerkschaftlicher Organisationsversuche bis Ende der '60er Jahre an der staatlichen Unterdrükkungspolitik scheiterten. Erinnert sei hier vor allem an den Gewerkschaftsdachverband SACTU (South African Congress of Trade Unions), der in den '50er Jahren große Bedeutung erlangte, dann von der Regierung zerschlagen wurde und heute nur noch im Exil fortbesteht. Die Erfahrungen, die SACTU in dieser Zeit machen mußte, haben später die neu entstehenden unabhängigen schwarzen Gewerkschaften nachhaltig beeinflußt.

Aufgrund ihrer historischen Bedeutung für die Entwicklung der neuen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung schildert Puschra die spontanen Streiks, die Anfang 1973 in dem Industriezentrum Durban ausbrachen und sich in kurzer Zeit zu einer großen Streikbewegung entfalteten. Die Erfolge dieser Streiks verliehen prägewerkschaftlichen Organisationsansätzen und informellen Zirkeln die entscheidenden Impulse. Schon im Verlauf des gleichen Jahres gelang es, mehrere Gewerkschaften zu gründen. Aus einigen dieser neuen Gewerkschaften gingen später die beiden Dachverbände FOSATU (Federation of South African Trade Unions) und CUSA (Council of Unions of South Africa) hervor; die heutige Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in COSATU und NACTU war mithin schon damals keimhaft angelegt. FOSATU ging nämlich 1985 im Dachverband COSATU (Congress of South African Trade Unions) auf, während CUSA zusammen mit den Black Consciousness-Gewerkschaften NACTU (National Council of Trade Unions) bildete.

Die staatlichen Repressionen in den Anfangsjahren konnten diese Gewerkschaften nur überstehen, weil sie starke, demokratisch organisierte Basisstrukturen aufbauten, und weil es ihnen gelang, mit einzelnen Unternehmen privatrechtliche Abkommen zu schließen, die sogenannten Anerkennungsabkommen. Dieser Teil des Buches ist einer der interessantesten, weil Puschra hier einen guten Einblick in einen zentralen Bereich der gewerkschaftlichen Durchsetzungsstrategie gibt (im Anhang ist ein typisches Abkommen dieser Art dokumentiert, allerdings in englischer Sprache). Solche Abkommen wurden zuerst in multinationalen Unternehmen abgeschlossen, weil dort der gewerkschaftliche Organisationsgrad meist schon hoch war, und die

Gewerkschaften sich diese Unternehmen ganz bewußt zur Durchsetzung solcher Abkommen aussuchten. Bis 1981 hatten allerdings erst 2% der multinationalen Unternehmen Anerkennungsabkommen abgeschlossen.

In einem weiteren Teil untersucht Puschra die Reaktion des Apartheidstaates auf die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften. Schon nach den Durban-Streiks hatte der Staat vergeblich versucht, durch die Einführung eines begrenzten und daher wirkungslosen Streikrechts für schwarze Arbeiter sowie durch die Einrichtung diverser Ausschüsse auf betrieblicher Ebene, die Kampfesbereitschaft schwarzer Arbeiter zu kanalisieren. Die krisenhafte Zuspitzung der ökonomischen und politischen Verhältnisse, insbesondere nach dem Soweto-Aufstand von 1976, veranlaßte die Regierung schließlich 1979 zur offiziellen Anerkennung unabhängiger schwarzer Gewerkschaften. Sie folgte damit den Empfehlungen, die die 1977 eingesetzte Wiehahn-Kommission vorgelegt hatte. Die Anerkennung der Gewerkschaften war jedoch an eine offizielle Registrierung geknüpft, deren Bedingungen äußerst restriktiv waren (unter anderem mußten die Mitgliedskarteien offengelegt werden, gemischtrassige Gewerkschaften waren nicht zugelassen, und die Wanderarbeiter und Pendler durften nicht organisiert werden). Unter den Gewerkschaften brach daher eine heftige Debatte um die Frage der Registrierung aus. Die Strategie des Staates, die unabhängige schwarze Gewerkschaftsbewegung mit der Anerkennung in das System zu integrieren und damit zu kontrollieren, war deutlich sichtbar. Dennoch beschlossen viele Gewerkschaften, sich registrieren zu lassen. Bis 1981 hatte die Regierung allerdings die Gesetzgebung soweit angepaßt, daß es faktisch keinen Unterschied mehr gab zwischen registrierten und unregistrierten Gewerkschaften. Diese für das Selbstverständnis der unabhängigen Gewerkschaften zentrale Debatte handelt Puschra leider nur auf anderthalb Seiten ab.



Gewerkschaftsversammlung

Mit der offiziellen Anerkennung schwarzer unabhängiger Gewerkschaften beginnt auch die Phase der Konsolidierung, die Puschra im Anschluß schildert. 1979 wurde FOSATU gegründet und ein Jahr später CUSA. Während FOSATU für die Mitarbeit von Weißen offen war, bestand CUSA in Anlehnung an die Black Consciousness-Philosophie darauf, die Führungspositionen nur von Schwarzen zu besetzen. Auch in der Organisationsstruktur ergaben sich wesentliche Unterschiede. FOSATU war streng zentralistisch organisiert, während CUSA eher ein lockeres Bündnis darstellte und sich darauf beschränkte, Serviceleistungen für die Mitgliedsgewerkschaften bereitzustellen, ohne sich in deren innere Politik einzumischen. Beide Dachverbände konnten in der Folgezeit erhebliche Mitgliedszuwächse verzeichnen, wobei insbesondere CUSA erfolgreich war und Anfang der '80er Jahre zum bedeutendsten Gewerkschaftsbündnis wurde.

Während die '70er Jahre vor allem geprägt waren durch den Versuch der Gewerkschaften, ihre Position in Anerkennungsabkommen abzusichern, standen in den Folgejahren eher die klassischen gewerkschaftlichen Zielsetzungen im Vordergrund: die Durchsetzung höherer Löhne, Sicherheit am Arbeitsplatz etc.

Die politische Funktion der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften im Befreiungskampf streift Puschra nur am Rande, er begnügt sich dabei mit wenigen Hinweisen. Den Schluß des Buches bildet eine gleichfalls sehr knapp geratene Skizze der neueren Entwicklung, vor allem der Gründung von COSATU. Der Einigungsprozeß wird kurz geschildert, ohne jedoch die einzelnen Konflikte und Probleme zu verdeutlichen. Das Buch schließt mit einer Übersicht der Ziele von CUSA und erwähnt noch die Gründung von NACTU.

Die zentrale These des Buches kann der Autor nicht plausibel belegen. Hat er im ersten Teil seiner Arbeit immerhin die Bezüge hergestellt, verliert er im zweiten Teil seine These immer mehr aus dem Blick und beschränkt sich im wesentlichen auf eine reine Schilderung der Entwicklung. Das ist nicht zufällig, denn dem Autor mangelt es an einem analytischen Rahmen, der ihm ein tieferes Verständnis der sozio-ökonomischen Entwicklung Südafrikas und damit auch der Gewerkschaftsbewegung ermöglicht hätte. So begnügt er sich vor allem damit, Zahlen und Statistiken anzuhäufen, ohne jedoch großen Erkenntnisgewinn daraus zu ziehen. So ist es auch nicht verwunderlich, warum Puschra nicht begreift, daß es in Südafrika einen Arbeitsmarkt im klassischen Sinne für schwarze Arbeiter gar nicht gab. Die Ende der '60er Jahre einsetzende Bereitschaft des Kapitals, Veränderungen zuzulassen und auf die überflüssigen Formen des rassischen Kapitalismus zu verzichten, hatte aber vor allem das Ziel, einen funktionierenden Arbeitsmarkt zu schaffen. Am Beispiel der Arbeitsplatzreservierungen, die zum Schutz der weißen Arbeiter vor der Konkurrenz der Schwarzen eingeführt worden waren, ist das gut zu verdeutlichen. Die drei multinationalen Automobilhersteller Ford, GM und Volkswagen beantragten schon in den '60er Jahren Ausnahmegenehmigungen von diesem System. Puschra wertet dies als Beleg dafür, daß die Multis die Stellung der schwarzen Arbeiter gestärkt haben. Aber solche Ausnahmeregelungen, oft wurden sie nicht einmal beantragt, waren damals auch bei nationalen Unternehmen nicht unüblich und hatten ihren einfachen Grund in dem zu-

nehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Abgesehen davon waren bis 1975 ohnehin nur 2,5% der Arbeiter von den Arbeitsplatzreservierungen betroffen, worauf der Autor selbst hinweist. Aber die Beantragung der Ausnahmeregelung war nur eine mögliche Strategie, mit der das Kapital auf dieses Problem reagierte: gleichzeitig wurden Arbeitsplätze durch die Einführung neuer Technologien entqualifiziert und so unqualifizierten oder nur wenig qualifizierten schwarzen Arbeitskräften zugänglich gemacht. Die Komplexität dieses Prozesses wird von Puschra völlig übersehen, wenn er aus der Anwendung kapitalintensiver Technologien quasi linear eine steigende Verhandlungsmacht schwarzer Arbeiter ableitet. Selbst wenn das zuträfe, könnte es noch lange nicht den Unternehmern gutgeschrieben werden, da diese Prozesse dem Kapital aufgeherrscht wurden.

Insgesamt war der Anteil derjenigen Schwarzen, denen es tatsächlich gelang, sehr qualifizierte Positionen zu erreichen, zu gering, um daraus die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften abzuleiten.

Es ist sicher nicht zu bestreiten, daß die multinationalen Konzerne bessere Arbeitsbedingungen als der Durchschnitt der südafrikanischen Unternehmen boten (für die große Zahl mittelständischer Unternehmen aus dem Ausland dürfte das jedoch kaum gelten). Aber Puschra macht sich nicht die Mühe zu untersuchen, ob solche Unterschiede auch zu südafrikanischen Unternehmen gleicher Größe und ähnlicher Kapitalintensität feststellbar sind. Tatsächlich drängte auch das südafrikanische Großkapital auf eine Modernisierung der Apartheid. So forderte der südafrikanische Großkonzern Anglo-American 1980 alle Minengesellschaften auf, die Löhne um 60—120% zu erhöhen[2]. Der damalige Vorsitzende von Anglo-American, Oppenheimer, hat sich in den '70er Jahren häufig kritisch zur Regierungspolitik geäußert. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht der Sorge um die schwarzen Arbeiter geschuldet war, sondern daher rührt, daß die Apartheidstrukturen nach den Veränderungsprozessen in der südafrikanischen Wirtschaft für die Verwertung des Kapitals hinderlich geworden waren.

Der gleichen Fehleinschätzung unterliegt Puschra, wenn er die Haltung der multinationalen Konzerne gegenüber den unabhängigen Gewerkschaften beschreibt. Er reduziert dabei den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit bis zur Unkenntlichkeit. Für den Leser ist so kaum mehr begreifbar, daß Anerkennungsabkommen gegen die Unternehmen durchgesetzt werden mußten[3]. Interessanterweise analysiert Puschra auch nicht die Ursachen der Streikwelle, die 1973 von Durban ausging, obwohl zu jener Zeit die Bedingungen, die seiner Meinung nach die Bildung von Gewerkschaften begünstigt haben, noch gar nicht vollständig entfaltet waren. In der Literatur wird übereinstimmend als eine zentrale Ursache der Streiks die durch die ökonomische Krise bedingten massiven Reallohnverluste genannt, bei Löhnen, die ohnehin schon weit unter dem Existenzminimum lagen[4]. Die Erfahrungen, die die schwarzen Arbeiter in diesen Streiks gemacht hatten, waren jedoch von zentraler Bedeutung für die Entstehung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaftsbewegung. Denn in diesen Streiks erfuhren sie ihre eigene Stärke und ihre Fähigkeit, dem Kapital erfolgreich gegenüberzutreten. Nach den Durban-Streiks hatte sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit völlig verändert und legte damit die wesentliche Grundlage für die Entwicklung der unabhängigen Gewerkschaften.

Die kritischen Anmerkungen zu Puschra könnten endlos fortgesetzt werden. Zwei zentrale Punkte seien hier noch kurz benannt, weil sie in einem Buch, das die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung umfassend darzustellen behauptet, nicht fehlen dürften. Das ist einmal das dialektische Verhältnis von Gewerkschaftsbewegung und politischem Kampf. Dieses Thema wird von Puschra zwar kurz angeschnitten, aber in einer völlig unzureichenden Art. Ohne Verständnis dieser Auseinandersetzungen sind jedoch die Entwicklungen im Widerstand der letzten zehn Jahre überhaupt nicht begreifbar. Der zweite Punkt betrifft den langwierigen Einigungsprozeß zwischen den Gewerkschaften, der von Puschra abgehandelt wird, ohne die strategischen und ideologischen Differenzen herauszuarbeiten. Die Gründung von zwei gewerkschaftlichen Dachverbänden am vorläufigen Schluß[5] dieses Prozesses ist daher nicht mehr einsichtig. Die 1986 erfolgte Gründung einer Inkatha-Gewerkschaft erwähnt er überhaupt nicht.

Das Buch ist mit Ungenauigkeiten und Widersprüchen geradezu gespickt[6]. Selbst dann, wenn dem Autor dies bewußt ist, neigt er dazu, das von ihm vorgelegte Material im Sinne seiner Kernthese zu interpretieren. Wie ungenau Puschra gearbeitet hat, sei nur an einem Beispiel verdeutlicht. Auf Seite 68 seiner Arbeit behauptet er, „... daß das Phänomen schwarzer Arbeitslosigkeit trotz fehlender statistischer Grundlagen erst neueren Datums" sei (mit neuerem Datum meint er Anfang der '70er Jahre). Aber fehlende Statistiken belegen noch lange nicht, daß ein soziales Problem nicht existiert. Saul/Gelb weisen in ihrer Analyse der strukturellen Krise Südafrikas gerade auf das Problem einer wachsenden Arbeitslosigkeit unter schwarzen Arbeitern hin, das selbst durch die hohen Wachstumsraten in den '60er Jahren nicht vermieden werden konnte. Den damaligen Premierminister Vorster veranlaßte das sogar zu der Bemerkung, daß „die größte Bedrohung für Südafrika nicht der Terrorismus, sondern die Arbeitslosigkeit sei"[7]. Auffallend ist die an vielen Stellen des Buches durchschimmernde Distanzlosigkeit des Autors zum System der Apartheid. So schreibt Puschra zum Thema „Wanderungsbewegungen": „Insgesamt kam es zwischen 1960 und 1980 zu einem Weggang von 217.600 schwarzen Einwohnern aus den städtischen Gebieten."(S. 69) Dieser „Weggang" war aber hauptsächlich erzwungen und nicht freiwillig. Denn immerhin hat die südafrikanische Regierung in dieser Zeit fast 3,5 Millionen Menschen, in der Mehrheit Schwarze, zwangsweise umgesiedelt[8]. Von gleicher Qualität ist seine Behandlung der Homelandpolitik der südafrikanischen Regierung.

Insgesamt kann Puschra seine Kernthese nicht überzeugend belegen, da er übersieht, daß die Maßnahmen der multinationalen Konzerne, die die gewerkschaftliche Organisation möglicherweise erleichtert haben, der Dialektik kapitalistischer Entwicklung geschuldet waren und nicht der Sorge um das Los schwarzer Arbeiter. Auch kann sein Buch nicht als eine umfassende Darstellung der gewerkschaftlichen Entwicklung betrachtet werden, da wesentliche Aspekte dieser Entwicklung ausgeblendet bleiben.

Es ist kaum zu begreifen, daß Puschra in den letzten Jahren mit den Hauptakteuren dieser Entwicklungen in direktem Kontakt gestanden haben soll. In dem Buch ist davon zumindest nichts zu verspüren, da es die Lebendigkeit, die Stärke und den Mut der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften Südafrikas nicht widerspiegelt.

Besonders peinlich für Verlag und Autor ist ihre Behauptung, das vorliegende Buch sei die erste umfassende Darstellung der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung in deutscher Sprache. Bereits 1984 erschien bei issa das noch immer lesenswerte Buch *„Arbeiter gegen Apartheid. Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika"* von Luckhard/Wall, mit der Aktualisierung von S. Thomsen.

Walter Hättig

Anmerkungen

1 Unabhängige Gewerkschaften sind solche Gewerkschaften, die nicht von weißen Gewerkschaften als Parallelgewerkschaften organisiert werden und entweder nur oder überwiegend schwarze Arbeiter organisieren.
2 vgl. Saul/Gelb, The Crisis in South Africa. o.O. 1986, revised edition, Monthly Review; S. 80
3 vgl. hierzu Friedmans Darstellung der Auseinandersetzung um die Verlängerung des Anerkennungsabkommens in dem englischen Unternehmen Smith und Nephew (121 f) und die bei Puschra (152). Steven Friedman; Building Tomorrows Today. African Workers in Trade Unions 1970-1984, Johannesburg 1987.
4 vgl. hierzu Friedman, a.a.O., S. 37ff; Friedman benennt noch weitere Gründe, die eine Rolle gespielt haben; vgl. auch Saul/Gelb, a.a.O., S. 160.
5 Die neuesten Entwicklungen in der schwarzen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung deuten darauf hin, daß die alten ideologischen Frontstellungen sich aufzuweichen beginnen und eine Einheit möglich scheint.
6 Das Buch soll hier nicht an akademischen Kriterien gemessen werden, aber daß der Autor eine der wichtigsten linken Zeitschriften Südafrikas „Work in Progress", in der laufend gewerkschaftliche Entwicklungen dokumentiert und diskutiert werden, nicht zur Kenntnis nimmt, ist ziemlich skandalös.
7 Saul/Gelb; a.a.O., S. 71.
8 vgl. hierzu; The Surplus People, Forced Removal in South Africa hrsg. vom Surplus People Project; Johannesburg 1985, S. 10f.

13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

25.5. - 28.5.1989 in Hamburg



»Große wirtschaftliche und technologische Projekte müsssen in soziale und kulturelle Begleitprogramme eingebettet sein«

Lothar Späth

»Wenn du über die Erhaltung der Kultur sprichst, glauben sie immer, du redest von Nationalstolz, obwohl du tatsächlich über harte Nationalökonomie redest. Die teuerste Ware auf dem Weltmarkt ist nicht Gold oder Diamant, sondern Kultur.«

Obi Egbuna

Wenn bei uns von Afrika, Asien, Lateinamerika die Rede ist, dann meist im Zusammenhang von Verschuldung, Naturkatastrophen und Krieg. Dabei ist die wirtschaftliche und militärische Unterwerfung der Völker der drei Kontinente untrennbar verbunden mit einem Prozeß fortschreitender Zerstörung der jeweiligen Kulturen. An die Stelle ihrer Vielfalt rückt zunehmend die nivellierende Einheitskultur der westlichen kapitalistischen »Zivilisation«.

Und gerade in diesem Prozeß regt sich der Widerstand. Die Dekolonisierung der Köpfe und die Befreiung von politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung sind zwei Seiten einer Medaille.

Die für die Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas viel selbstverständlichere Einheit von Kultur und Widerstand wird auch für unsere politische Praxis eine Forderung von zunehmender Dringlichkeit.

Das Ziel des diesjährigen Kongresses ist es, Mechanismen zu thematisieren, wie Herrschaftskultur sich darstellt, sich durchsetzt hier und in der Dritten Welt. Es soll unsere kulturelle Identität hinterfragt und überlegt werden, wie wir dazu beitragen können, daß die Anteile des kulturellen Widerstands und der kulturellen Vielfalt gestärkt werden können.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56
Postgiroamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

Kultur und Widerstand

Arbeitsgruppen

1. Theorie-AG

In dieser AG sollen einige wichtige Thesen von Freire, Gramsci und Fanon im Kontext politikwissenschaftlicher Kategorien wie Staat und Nation (Herrschaft und Widerstand) erarbeitet werden. Dabei soll in einem zweiten Schritt versucht werden, eine Vorstellung von dem zu gewinnen, was theoriegeleitete Konzepte für den Befreiungskampf in der sogenannten Dritten Welt bewirken können.

2. Drittweltmusik und Weltunterhaltungsordnung

Nicht anders als ihm Rahmen der sog. Weltwirtschaftsordnung dient auch die Kultur der Dritten Welt primär der Versorgung westlicher Unterhaltungsmärkte. Der Handel mit Kulturprodukten unterscheidet sich damit nicht vom »Kolonialwarenhandel« mit sonstigen Genußmitteln. ArbeiterInnen und KünstlerInnen aus Niedriglohnländern liefern nicht nur die elektronische »Hardware«, sondern auch die kulturelle »Software« für den Weltunterhaltungsmarkt.

3. Sprache und Herrschaft

In dieser AG arbeiten wir mit einer Autorin aus Grenada, die sich selbst in die Afrikanische Tradition der PERFORMANCE POETRY stellt, über die Bedeutung der Kolonisierung von Sprache.

You use their words / to call
your sister / your brother
terrorist / learnt so well
the lesson of your conquerors
that now you, too
feel certain
you are too ignorant
to determine your destiny
so you wellcome their invasions
echoing their words
you call their rape
deliverance ...
(Merle Collins)

4. Reflexion von Sprache und Herrschaft hier

»Die Rechten sprechen betrügend, aber zu den Menschen;
die Linken sprechen wahr, aber nur von Sachen.«
(nach einem Gedanken von Ernst Bloch)

Durch Sprache üben die Herrschenden in unserer Gesellschaft Macht aus – sei es, indem Ereignisse unter den Teppich gekehrt oder verschleiert werden, sei es durch sprachliche Normierung und den Ausschluß von Menschen von der Kommunikation durch bestimmte Sprachformen.

Es werden jedoch auch von sozialen Bewegungen Sprachformen benutzt, die sich auf einem inhaltsleeren Abstraktionsniveau bewegen und in denen kein Funke emotionaler Betroffenheit mehr steckt. Außerdem wird der Gebrauch von Sprache dem Anspruch auf Herrschaftsfreiheit oft nicht gerecht.

Wie drücken wir in der internationalistischen Bewegung Inhalte aus? – Dies soll in dieser AG analysiert und Beispiele »positiver« Sprachanwendung erarbeitet werden.

5. Kultur und Widerstand im Alltag
Faschismus / Antifaschismus

Die AG wird sich mit den Fragestellungen eines aggressiven Gesellschaftssystems beschäftigen, das die Lebensperspektiven einer großen Anzahl von Menschen im Trikont wie in den Metropolen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Das Thema Faschismus / Antifaschismus soll sich im historischen Rahmen mit aktuellem Bezug im Spannungsfeld zwischen Kunst und Widerstand bewegen. Hierbei sollen Schwerpunkte auf Widerstandskunst und Widerstandskultur, die als gesamtheitliches Erfassen von Lebensperspektiven verstanden wird, liegen.

Eine Dreiphasen-Gliederung ist vorgesehen: vor '33, '33–'45 und nach '45 – mit besonderem Schwerpunkt zur aktuellen Entwicklung –. Insbesondere gemeinsame Handlungsmöglichkeiten, die Solidarität nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern als elementares Bedürfnis und gelebte Praxis beinhalten, sollten dabei im Vordergrund stehen.

6. Kultur und Widerstand in der BRD

In dieser AG sollen folgende Aspekte diskutiert werden:
- Widerstand in den Medien
- Widerstand in der kommunalen Kulturpolitik
- Kultur im Widerstand

(Diese AG findet Samstagvormittag statt)

7. Radios im Mediendschungel

Nachrichten sind eine Ware. Der Handel dieser »Waren« ist in den Händen der Medienmultis in den USA und Europa. Gegen diese Meinungsmonopole haben sich überall auf der Welt freie Radios gegründet, die legal oder illegal die Informationen verbreiten, die für die Mehrheit der Menschen tatsächlich wichtig sind, die emanzipatorische Prozesse, soziale und politische Kämpfe weiterbringen.

Die Freien Radios stehen auch für eine andere Weltinformationsordnung, eine »Ordnung«, die von uns bestimmt wird.

Analyse und Diskussion mit VertreterInnen verschiedener unabhängiger Radios aus vielen Ländern dieser Erde.

8. Indigene Völker und wir
Ethnozid: Kulturelle Selbstbestimmung ist Widerstand

In der AG soll versucht werden, Verbindungslinien, sowie wesentliche Unterschiede zwischen dem Widerstand indigener Völker gegen die Zerstörung ihrer Kultur (=Ethnozid) und dem Zusammenhang zwischen Kultur und Widerstand hier (z.B. Wyhl/Dreyeckland, Wendland etc.) zu erarbeiten. Dazu werden sowohl Vertreter eingeborener Völker als auch hiesige Gruppen eingeladen.

Die Arbeitsgruppe ist ein Versuch, erste Ansätze möglicher gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Aktion zu finden.

9. Kultur im südafrikanischen/azanischen Widerstand

Erst die Aufstände der unterdrückten schwarzen Bevölkerung in Südafrika/Azania in den vergangenen Jahren haben auch in Europa den mannigfaltigen kulturellen Ausdruck dieses Widerstands breiteren Schichten bekannt gemacht, obwohl Theater, Musik und Literatur im Widerstand der Schwarzen schon immer eine beherrschende Rolle gespielt haben. In dieser AG sollen an Beispielen ein Überblick und eine Einführung in die Kultur der Unterdrückten vermittelt werden. Es wird über die auch kommerziell bestimmte Rezeption dieses künstlerischen Schaffens unter weißen Liberalen in Südafrika wie in den USA und Europa diskutiert. An konkreten Beispielen der Arbeit der Solidaritätsbewegung mit südafrikanischer/azanischer Kultur sollen Handlungsperspektiven aufgezeigt werden.

10. Palästina

1) Kulturimperialismus am Beispiel Palästinas
   a) Archaische palästinensische Kultur
   b) Konfrontation mit Kolonialmacht England und dem Zionismus
2) Wege zur Intifada
   Ursachen und Perspektiven, Anknüpfungspunkte
3) Situation eines Künstlers im Exil (Burhan Karkurtli)

11. Feministische Ästhetik

Eine Annäherung an das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven:
- einige Beispiele von Arbeiten und Arbeitsbedingungen professioneller bildender Künstlerinnen
- Anmerkungen zum Diskurs über »feministische Ästhetik«
- Betrachtung von verschiedenen Bild-Beispielen (z.B. Plakate, ev. Film-Bilder) aus der Arbeit von und mit Frauengruppen der »Dritten Welt.«

12. Inländer / Ausländer

In dieser AG soll ein Beitrag dazu geleistet werden, wie wir hier mit »fremden Kulturen« alltäglich umgehen. Dazu soll sich v.a. mit folgenden Fragen beschäöftigt werden:
1. Widerstand gegen Faschismus und Rassismus
2. Politische und kulturelle Identität
   – Ausländerwahlrecht oder Einbürgerung?
   – Integration und/oder kulturelle Eigenständigkeit?
3. Wie würde sich die Veränderung des Asylrechts auswirken?

13. AG-Bewertungsmaßstäbe

In der AG soll folgenden Fragen nachgegangen werden:
- Existieren Maßstäbe, mit denen auch Gesellschaften anderer Erdregionen kritisch beurteilt werden können oder ist jede Bewertung solcher Gesellschaften durch uns Europäer kulturimperialistisch?
- Beschränkt sich die Reichweite linker Herrschaftskritik auf Europa oder schließt sie die Kulturen der sogenannten Dritten Welt mit ein?
- Wie wird mit Gesellschaften, in denen mythische Weltbilder vorherrschend sind, bei uns umgegangen? Projizieren wir nicht unsere unerfüllten Sehnsüchte nach einem Leben in Einklang mit der Natur auf diese Kulturen?

14. Kulturelle Invasion durch Entwicklungshilfe und Soliarbeit

- Eurozentrismus als Grundlage entwicklungspolitischer Arbeit
- Das Verhältnis von »3. und 4. Welt«
- Widerstand der Betroffenen in der 4. Welt und hier
- Gibt es Möglichkeiten einer alternativen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit?

15. Kulturaustausch – zwischen Außenpolitik und Exotismus

Staatlicher Kulturaustausch mit der »Dritten Welt« gilt als »drittes Standbein« der Außenpolitik. In der Solidaritätsbewegung gilt Kulturaustausch als »nettes Beiprogramm« für die 'eigentlich politische Arbeit'. Welche Auswirkungen hat der staatliche Kulturaustausch in der »Dritten Welt» und hier? Gibt es von unserer Seite mit einem »Netzwerk Kulturaustausch« Chancen dieses Monopol zu brechen?

16. Film / Video

Die Beschäftigung mit lateinamerikanischen Filmschaffenden wird Thema des Werkstattgesprächs sein; konzentriert auf die Ausbildungssituation:
- Das Konzept der »Film- und Fernsehschule der drei Welten«, welche Erwartungen und Erfahrungen knüpfen sich daran? neue Entwicklungen?
- Die Auseinandersetzung der jungen Filmemachergeneration mit dem Neuen in Lateinamerikas Kino.

17. AG Chile

Kulturarbeit im Exil ist für Chilenen ein Thema, das mit vielen Fragen, Hoffnungen und Problemen beladen ist und war. Nach einer Phase fortschrittlicher Kulturpolitik unter Allende mußten die Kulturschaffenden ins Exil flüchten und wurden hier bei uns gefeiert. Kaum ein anderes Land der 'Dritten Welt' hat soviel Einfluß auch auf unser kulturelles Denken und Wirken gehabt wie Chile. Doch die eigene Entwicklung einer Kultur im Exil, machte die Chilenen für die Solidaritätsbewegung uninteressant, die Klischees paßten nicht mehr. Heute überlegen viele Kulturschaffende wieder zurückzukehren in ihre Heimat, deren Kultur sich völlig geändert hat, mit Ideen, die vielleicht gar nicht mehr passen. Kulturelle Identität? Multikulturelle Identität? Vom gefeierten politischen GenossenIn zum/zur »KünstlerIn«? Trotz einer 'kulturellen Identität' heimatlos?

Die AG wird von chilenischen KünstlerInnen im Exil vorbereitet und ist auch eine Anfrage an den Umgang der Solidaritätsbewegung mit Kulturschaffenden aus der 'Dritten Welt'.

18. Philippinen:

Kunst und Kultur im Widerstand – als Widerstand
- Formen und Traditionen – wie können sie für die Soliarbeit genutzt werden?
- Kennenlernen von Methoden der PETA-Work-Shops

19. Cubanische Kultur in der Zwickmühle
Westtourismus und westlicher Kulturboykott

Seit Anfang der Achtziger Jahre hat sich Cuba massiv dem Westtourismus geöffnet. Mit jährlich an die 100.000 BRD-Touristen bleiben nicht nur dringend benötigte Devisen im Land, sondern auch die üblichen Spuren kapitalistischer Lebensform.

Behandelt werden soll in diesem Zusammenhang auch die Frage des Kulturboykotts der westlichen Industrienationen gegen Cuba einerseits, auf der anderen Seite wird am Cuba-Tourismus durch bundesdeutsche Reiseunternehmen nicht unerheblicher Profit gemacht.

20. Spielend leicht verändern?
Mit der Pharma-Bus Theatergruppe

Straßentheater als eine etwas andere Form der Vermittlung entw.-politischer Inhalte. Die Bus-Theatergruppe der BUKO-Pharma-Kampagne berichtet über ihre Erfahrungen und zeigt, wie politische Inhalte auch mit Spaß unter die Leute gebracht werden können.

21 Tourismus

Land und Leute kennenlernen, fremde Kulturen besuchen, – so lauten die Hauptreisemotive und so herrscht weiterhin die Auffassung, Tourismus erhalte Traditionen und ermögliche statt Eurozentrismus vielmehr eine neue Identifikation.

Touristen sind neugierig, voyeuristisch, eilig konsumierend, verfremdend. Traditionelle Zeremonien werden diesen Bedürfnisssen gehorchend showgerecht verfälscht, finden isoliert von Raum und Zeit zum visuellen Konsum Fremder statt und gleichermaßen werden Kulturgegenstände souveniergerecht und europäisiert zum Konsumgut der Touristen. Airport-Art großen Stils entstand. Was hat das mit unserem Tourismus zu tun? Widerstand gegen den Tourismus (dort)? Tourismusboykott, Tourismusverzicht hier?

22 Chicanos in den USA – Einwanderer oder Unterwanderer?

Das Festhalten der mexikanischen EmigrantInnen an ihren kulturellen Gepflogenheiten stellt eine permanente Bedrohung für das Konzept des integrierten US-Nationalstaates dar. Nicht nur der Kampf für das Recht auf die eigene Sprache ist hierbei von Bedeutung, sondern ihr Beharren auf dem Anderssein umfaßt sämtliche Lebensbereiche.

23 500 Jahre »Entdeckung« Amerikas

1992 jährt sich zum 500. Mal die »Entdeckung« Amerikas. Schon jetzt gibt es Überlegungen, was den offiziellen »Jubelfeiern« entgegengesetzt werden soll. In dieser AG sollen konkretere Vorschläge vorgestellt und weiterentwickelt werden.

Was es sonst noch gibt

Zum ersten Mal Yoga auf dem BUKO!!!

Macht mit, erholt Euch und Ihr habt mehr vom Kongreß!!!
Aufgrund der Erfahrung, daß viele durch die ausgedehnte Kongreßteilnahme nicht gerade frischer geworden und erschöpft sind von den AG's, Plena, Workshops etc., wollen wir denen, die sich aktiv erholen wollen, täglich ein paar Stunden Yoga anbieten. Dafür wird extra ein Raum in zentraler Lage zur Verfügung gestellt. Ihr braucht nur eine Decke und bequeme Kleidung mitzubringen.

Workshop »Dritte-Welt-Liederbuch«

Vor einigen Jahren entstand das Dritte-Welt-Liederbuch. In diesem workshop werden wir eine Auswahl dieser Lieder kritisch untersuchen. Zur Methode: In erster Linie werden wir in diesem workshop gemeinsam singen.

Medienbörse

Wie in jedem Jahr wird es auch in Hamburg eine Medienbörse geben. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen können dort Bücher und Arbeitsmaterialien ausstellen. Wegen des Platzmangels bitte unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt anmelden, Standgebühr für kommerzielle Stände: DM 50,-.

Filmwerkschau

Am Samstag werden Filme zum Thema Kultur und Widerstand gezeigt und zur Diskussion gestellt.

Ausstellungen

Während des gesamten Kongresses werden diverse Ausstellungen gezeigt. In einem Werkstattgespräch am Samstagvormittag werden einige der KünstlerInnen anwesend sein.

Hafenrundfahrt

Am Samstagvormittag wird für InteressentInnen eine »Dritte-Welt-Hafenrundfahrt« mit anschließender Diskussion angeboten.

Kampagnen

Auch auf diesem Kongreß wird für die Kampagnen, Arbeitsschwerpunkte, Länderzusammenschlüsse u.a. die Möglichkeit gegeben, sich zu treffen.

✂..

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen(wenn's geht bis zum 25. April 1989)

Anmeldung für den 13. Bundeskongreß in Hamburg, 25.5. - 28.5.1989

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

1) Name der Gruppe/Institution: ....

2) Anschrift: ....

3) Status ○ örtliche Basisgruppe

○ Institution/Bundesverband

○ sonstige/r Teilnehmer/in

4) Mitglied: ○ ja ○ nein

○ Interesse an der Mitgliedschaft

○ Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

Technisches

Koordinierungsausschuß

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich überlegen, ob sie für den neuen Koordinierungsausschuß kandidieren können.
Interessierte bitte melden bei:
BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 31 56.

Resolutionen

Resolutionen werden nur auf dem BUKO abgestimmt, wenn sie bis zum 20.3.89 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind, damit sie von den Gruppen noch diskutiert werden können, die sie zusammen mit den Vorbereitungsmaterialien zugesandt bekommen.

Vorbereitungsmaterialien

Vorbereitungsmaterialien und das Vorbereitungs-FORUM werden mit der Anmeldebestätigung verschickt.

Motto

Außerdem muß auch ein Motto für den 14. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.

Teilnahme

Teilnehmen am 13. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1989 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 150,- DM (plus FORUM-Abo 36,- DM). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 350,- DM, plus FORUM-Abo 36,- DM).

Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,- DM für Teilnehmer/innen aus BUKO-Mitgliedsgruppen; 90,- DM für Teilnehmer/innen aus Nicht-BUKO-Mitgliedsgruppen) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden:
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg,
Postgiroamt Hamburg , Kto.-Nr. 791 12-201.
Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an.
Anmeldeschluß ist der 25. April 1989.

Wichtig: Da wir gerade bei diesem Thema Kultur nicht zum Nulltarif anbieten können, müssen wir pro Person 10,- DM als Sonderbeitrag dafür kassieren. Dementsprechend müssen in diesem Jahr 80,- DM bzw. 100,- DM überwiesen werden.

Termin und Ort

Der 13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom Donnerstag, 25.5. bis Sonntag, 28.5.1989 im Hamburger Stadtteil Ottensen (Osterkirchengemeinde, Werkstatt 3 und anderen Stadtteilzentren) statt.

Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die TeilnehmerInnen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Teller) und Besteck mitzubringen.

Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses wird gesorgt.

Programm

Donnerstag, 25.5.89

12.00 bis 15.00	Anmeldung gleichzeitig: buntes Begrüßungstreiben (Straßentheater etc. vom Altonaer Bahnhof bis Werkstatt 3)
15.00	Plenum Begrüßung, anschließend Einführung in den Kongreß Vorträge zum Thema: »Kultur – Nation – Linke Identität«, Merle Collins, Grenada, z.Z. Exil in London (angefragt), Karl-Heinz Roth, Hamburg (angefragt)
16.30 - 19.00 Uhr	Diskussion der BUKO-Arbeit
19.00	Abendessen
20.30	Konzert-Lesung mit Mario Benedetti und Daniel Viglietti, Uruguay

Freitag, 26.5.89

9.00 - 13.00 Uhr	Arbeitsgruppen
13.00	Mittagessen
14.30 - 18.30	Fortsetzung der Arbeitsgruppen vom Vormittag
19.00	Abendessen
20.00	Palästinensische Theatergruppe »El Hakawati« spielt »The Birds«

Samstag, 27.5.89

9.00 - 12.30	phantasievolle Aktionen im Stadtgebiet Werkstattgespräche: Theater, Bildende Kunst workshop »Dritte-Welt-Liederbuch« Dritte-Welt-Hafenrundfahrt Treffen von BUKO-Kampagnen, Länderkoordinationen u.a.
12.30	Mittagessen
13.30	Plenum Rechenschaftsberichte des Koordinierungsausschusses, der Kampagnen, des FORUM und anderer BUKO-Bereiche, Planung der weiteren BUKO-Arbeit: Seminare, Kampagnen, BUKO 14, Wahl des Koordinierungsausschusses; Abstimmung von Resolutionen etc.
20.00	Abendessen
21.00 Uhr	Vorträge: Kultur als Mittel zur Wahrung der politischen Identität Mauricio Rosencof, Uruguay (angefragt) Ingrid Strobl (eingeladen) anschließend offener Abend, Disco, Hamburg bei Nacht

Sonntag, 28.5.89

9.00 - 11.00	Vortrag von Abadio Green (Koordinator der Gegenaktivitäten zu der offiziellen 500-Jahr-Feier der »Entdeckung« Amerikas) Diskussion
11.00 - 14.00	Plenum: Berichte aus den Arbeitsgruppen, Fortsetzung der Diskussion vom Samstag
14.00	Mittagessen, anschließend Abreise.

✂ ....

5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Tel.):

Schlafpätze nötig für:*

1. .... Do Fr Sa So

.... Interesse an AG: ....

2. .... Do Fr Sa So

.... Interesse an AG: ....

3. .... Do Fr Sa So

.... Interesse an AG: ....

*Zutreffendes ankreuzen

6) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften):

○ ich biete ○ ich suche Mitfahrgelegenheit für .... Personen.

7) ○ wir bringen Kinder mit

wieviele? .... Alter? .... Jahre an folgenden Tagen: ....

○ Wir möchten an der Medienbörse teilnehmen.

Teilnehmerpreis von 80,- DM/100,- DM pro Person am .... überwiesen.

Datum .... Unterschrift ....

Antiimperialismus oder Sozialpartnerschaft?

Entwicklung der Gewerkschaften in Südostasien

So unterschiedlich wie die Länder Südostasiens sind, so unterschiedlich sind natürlich auch die jeweiligen Erscheinungsformen der gewerkschaftlichen Bewegungen. Lediglich ihre Beschreibung führt jedoch nicht zu einem Verständnis der Probleme dieser Bewegungen. Ein Überblick über die jeweiligen Entwicklungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der politischen Rahmenbedingungen in den Ländern Südostasiens soll Anhaltspunkte für ein solches Verständnis liefern.

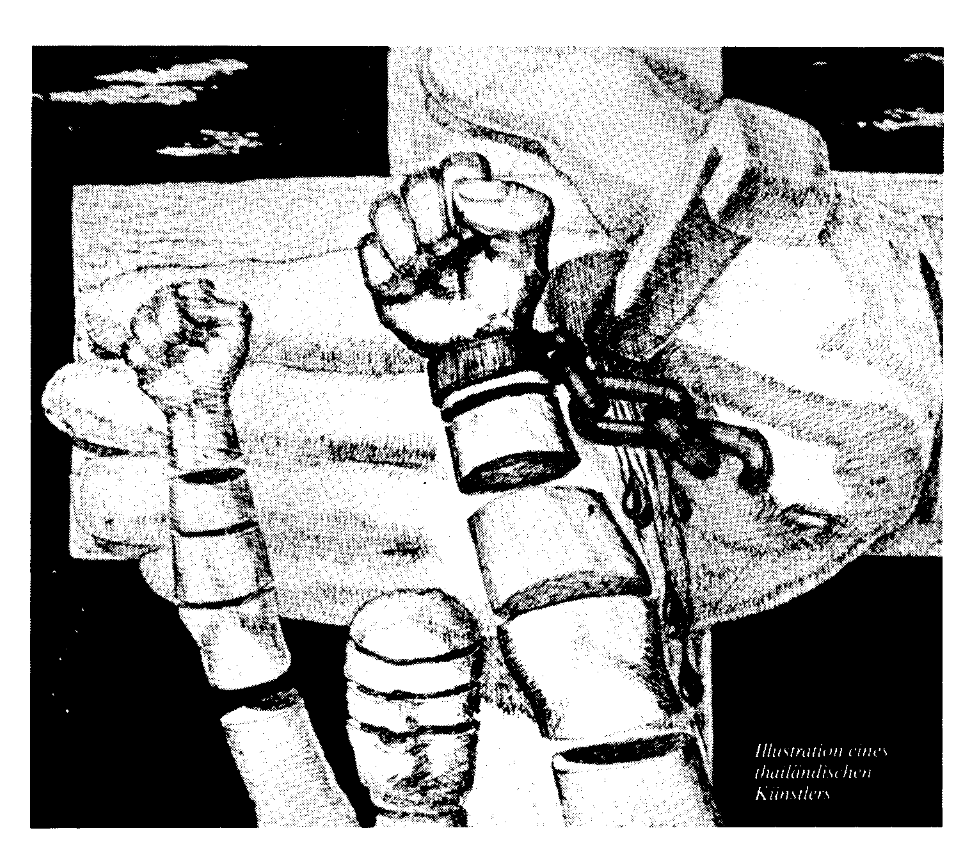


Illustration eines thailändischen Künstlers

Einerseits abhängig, apolitisch, staatstreu und unternehmerfreundlich, andererseits unabhängig, politisch, (links-) radikal und militant, so stellen sich uns die unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Gewerkschaftsbewegungen Südostasiens dar. Das heutige Bild entspricht wohl mehr dem „einerseits", betrachtet man Länder wie Indonesien, Singapur und mit einigen Abstrichen Malaysia und Thailand, aber auch Kambodscha, Laos und Vietnam. Lediglich aus den Philippinen hört man, daß bereits in den letzten Jahren unter Marcos die Mitgliederzahlen der unabhängigen und militanten Gewerkschaften wächst und somit auch ihr Einfluß unter den Lohnabhängigen gegenüber den staats- und unternehmerfreundlichen gewerkschaftlichen Verbänden. Die politischen Rahmenbedingungen, d.h. weitestgehende gesetzliche Einschränkungen des Koalitions- und Streikrechts und weiterer demokratischer Grundrechte, sind in all diesen Ländern verantwortlich für die heutige Schwäche der organisierten Gewerkschaftsbewegungen. Die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften waren zeitweilig Bündnispartner der z.T. noch heute regierenden Personen und Parteien im Kampf gegen die Kolonialherren für die Unabhängigkeit, mit Ausnahme des früher nicht kolonialisierten Thailand. Heute stehen sie mit den Forderungen nach weitestgehendem Schutz der Arbeitskraft und sozialer Absicherung den Bestrebungen der Regierungen der ASEAN-Staaten im Wege, eine (industrielle) Entwicklung ihres Landes im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft um (fast) jeden Preis voranzutreiben. In allen Staaten Südostasiens wurden im Verlauf ihrer kurzen Geschichte seit der Unabhängigkeit nach dem 2. Weltkrieg zu unterschiedlichen Zeitpunkten immer wieder unabhängige und militante Gewerkschaften und ihre Dachverbände verboten und zerschlagen. Diese Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung, die z.T. bis lange vor den 2. Weltkrieg zurückreicht und reich an Erfahrungen militanter Arbeitskämpfe und Auseinandersetzungen mit dem kolonialen Staatsapparat ist, wird heute gern verschwiegen. Diese Geschichte erklärt aber auch die Wurzeln der heutigen Strukturen der organisierten Gewerkschaftsbewegungen in Südostasien.

Die Kolonialzeit

Die Entstehung von Gewerkschaften in Südostasien in der Kolonialzeit hängt stark von der jeweils durch die Kolonialherren eingeführten Produktionsweise ab. Die Systeme zur Ausplünderung der Kolonien durch die verschiedenen europäischen Kolonialmächte waren unterschiedlich. Diese waren interessiert an den landwirtschaftlichen (den „Kolonialwaren") und mineralischen Rohstoffen, die in der frühen Phase der Kolonialisierung meist weiterhin in traditioneller Weise produziert und zu gün-

stigsten Bedingungen an die europäischen Händler verkauft oder als Abgaben den Kolonialherren überlassen werden mußten.

In allen Kolonien Südostasiens, bis auf die Philippinen, wurden somit einheimische traditionelle Produktionsweisen und Herrschaftsformen bis Anfang dieses Jahrhunderts kaum verändert. Die Kolonialverwaltung bildete sozusagen einen „Überbau" über die traditionellen Eliten, und die große Mehrheit der einheimischen Bevölkerung hatte meist nur indirekt Kontakt zu den Ausländern.

Entscheidend für die Entstehung von gewerkschaftlichen Bewegungen war die Einführung kapitalistischer Lohnarbeit. Dies war zu allererst in den Häfen und Handelszentren der Kolonialmächte wie Singapur (Großbritannien), Batavia (Niederlande), Saigon (Frankreich) und Manila (USA) der Fall, allerdings bis zur zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts nur in geringem Ausmaß. Mit der industriellen Revolution und dem Anwachsen der kapitalistischen Industrie in Europa veränderten sich allerdings auch die Formen kolonialer Ausbeutung. Mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe wurden nicht mehr allein durch begünstigten Handel und Abgaben von den einheimischen Produzenten angeeignet, sondern die Kapitalisten aus Europa und den USA begannen selbst, den Abbau bzw. die Produktion zu organisieren und auf eigene Rechnung durchzuführen.

Große Gebiete wurden erschlossen, um auf Plantagen landwirtschaftliche Produkte wie Zucker, Kaffee, Kakao, Tee und später auch Kautschuk und Palmöl für den Markt des kolonialen „Mutterlandes" wie auch den Weltmarkt anzubauen. Hierbei taten sich besonders die Engländer bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert erst auf Java und später auf der malaiischen Halbinsel hervor. Aber erst ab Ende des 19. Jahrhunderts investierte das Kapital der rasch heranwachsenden imperialistischen Industrieländer in großem Ausmaß in allen möglichen Bereichen der Rohstoffgewinnung für den Export sowie mit staatlicher Hilfe in die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur in den Ländern Südostasiens (z.B. Eisenbahnbau, Hafenanlagen, Straßen usw.). Große Mengen Kapital wurden z.B. in dieser Zeit in neue Techniken des Zinnabbaus auf der malaiischen Halbinsel investiert, der bis dahin völlig von Chinesen dominiert war.

„Gastarbeiter" zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs

Zur Arbeit auf den Plantagen und im Bergbau sowie zur Bewältigung des anwachsenden Handels und des Ausbaus sowie der Aufrechterhaltung der entsprechenden Infrastruktur (Hafenanlagen, Lagerhallen, Straßen, Eisenbahnen, Dienstleistungen usw.) wurden immer mehr Arbeitskräfte benötigt. Da die traditionellen Gesellschaften Südostasiens über feste, soziale und kulturelle Strukturen verfügten, die auf landwirtschaftlicher Produktion beruhten, und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in z.T. sehr dünn besiedelten Regionen lebten, standen freie Lohnarbeiter nur sehr begrenzt zur Verfügung. Dieser Arbeitskräftebedarf mußte deshalb mit „Gastarbeitern" oder Kontraktarbeitern aus jeweils benachbarten Ländern, in denen bestimmten Teilen der Bevölkerung die Existenzgrundlage aufgrund von Naturkatastrophen oder politischen Verhältnissen genommen war, gedeckt werden.

Mehrere 10 Millionen Chinesen wurden ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum 2. Weltkrieg — anfänglich als „Gastarbeiter" auf Zeit — in die Handelszentren der Kolonialmächte in Südostasien verschifft, um in den Kolonien unter z.T. unmenschlichsten Bedingungen zu arbeiten und häufig auch zu sterben. Wiederholte Hungersnöte in Südchina und eine syste-



matische Anwerbung seitens der Kolonialmächte machten diese „Völkerwanderung" von Chinesen nach Südostasien möglich. Viele von ihnen kehrten, wenn sie konnten, nach einigen Jahren in ihr Heimatland zurück, aber nicht wenige blieben. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn vor allem in diesen Städten auch heute noch eine große Anzahl der Bewohner, wenn nicht die Mehrheit, wie in Singapur, chinesischer Abstammung sind.

Die Briten, bereits seit Hunderten von Jahren Kolonialherrscher über Indien, führten insbesondere auch für die Plantagenarbeit in ihren Kolonien in Burma und Malaya „Gastarbeiter" aus Süd-Indien und dem heutigen Sri Lanka ein. In Burma war die große Mehrheit lohnabhängiger Bevölkerung indischer Abstammung. Auch setzten sie eine gewisse Anzahl von Indern in ihrer Kolonialverwaltung auf der malaiischen Halbinsel ein. Die Franzosen setzten vietnamesische Lohnarbeiter auf den Plantagen in „ihrem" Protektorat Kambodscha ein.

Die kapitalistische Produktionsweise in den oben erwähnten Bereichen mit dem Einsatz einer großen Anzahl Lohnabhängiger wurde somit von den Kolonialherren eingeführt und prägte von da an die Form der Ausbeutung der Kolonie.

Gewerkschaften — Organisationen der „Gastarbeiter"

Die Anfänge von gewerkschaftlichen Aktivitäten und Organisierung, wenn sie nicht von lohnabhängig beschäftigten Weißen bei europäischen Firmen mehr als Standesorganisationen gegründet wurden (Indonesien), waren somit vornehmlich unter chinesischstämmigen Arbeitern zu finden. Anfänglich suchten die chinesischen Kulis noch bei den Landsmannschaften und Geheimgesellschaften Schutz gegen die extremen Ausbeutungsmethoden. Jedoch steckten diese häufig mit den Anwerbern und den einstellenden Unternehmern unter einer Decke. Später kamen vor allem auch noch Arbeiter indischer Abstammung hinzu. Die Tatsache, daß es sich bei den Lohnarbeitern meist um Ausländer und kaum um altansässige Einheimische handelte, erschwerte es ihnen zusätzlich, von letzteren akzeptiert und in die traditionellen Gesellschaften integriert zu werden. Die Politik des „teile und herrsche" erleichterte es somit den Kolonialherren, die gewerkschaftliche Organisierung der vorwiegend ausländischen Lohnabhängigen erheblich zu behindern. Die kolonialen Handelszentren waren Ausgangspunkte gewerkschaftlicher Aktivitäten und Organisierung. Hierhin kamen leichter Informationen über gewerkschaftliche Aktivitäten in Europa und auch direkte Kontakte z.T. über junge, einheimische Intellektuelle, die Europa besucht und dort studiert hatten. Sie transportierten die Ideen der bürgerlichen Revolution, des Nationalismus und des Sozialismus als Herausforderungen an die alten traditionellen, „feudalen" Gesellschaften wie auch an die Kolonialherren nach Südostasien. Die Gründung der Kommunistischen Internationale nach der russischen Oktoberrevolution 1917 und die Ausweitung ihrer Aktivitäten nach Asien, vor allem Indien, Indonesien und China führte zu einer Reihe von Gründungen kommunistischer Parteien, die einen nicht unerheblichen Einfluß auf die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kleine Klasse von Lohnabhängigen in den Städten hatten. Gewerkschaftliche Organisationen waren häufig mit diesen politischen Organisationen in der einen oder andern Weise verbunden.

Die Besonderheiten der Philippinen und Thailands

Die Entwicklung auf den Philippinen ist strukturell etwas anders, da ihre Kolonialisierung seit dem 16. Jahrhundert durch Spanien — den Vorgänger der USA — die traditionellen sozialen, religiösen und wirtschaftlichen Strukturen in weiten Teilen des Landes völlig zerstört und eine den lateinamerikanischen Ländern ähnliche Struktur geschaffen hatte. Im Gegensatz zu den später nach Südostasien gekommenen europäischen Kolonialmächten hatten sie direkt mit Hilfe der katholischen Kirche die meisten Völker der heutigen philippinischen Inselwelt ihrem Verwaltungssystem und der Ausplünderung durch Steuern un-

terworfen. Sie eigneten sich große Teile des Landes an und ließen es als Großgrundbesitzer von philippinischen Landarbeitern bebauen. Es gab somit bereits früh Formen der ländlichen — z.T. saisonalen — Lohnarbeit, und für eine Intensivierung kapitalistischer Produktionsweisen standen genügend einheimische „freie" Arbeitskräfte zur Verfügung. Daher ist auch die Zahl der Chinesischstämmigen unter der städtischen Bevölkerung in den Philippinen heute nicht so groß.

Wiederum anders verhält es sich mit Thailand. Das Königreich Siam wurde zu keinem Zeitpunkt kolonialisiert; jedoch beeinflußte der Handel mit den Kolonialmächten auch die Entwicklung der Wirtschaft und führte zur Einführung kapitalistischer Produktionsweisen in den 30er Jahren, die allerdings nicht durch ausländisches Kapital, sondern vor allem durch den Staat vorangetrieben wurde. Aber die sehr traditionsgebundene und feudale Gesellschaftsstruktur stellte kein ausreichendes, für Lohnarbeit freies Arbeitskräftepotential, so daß auch hier in den Städten vor allem „Gastarbeiter" aus China diese Rolle übernahmen.

Gewerkschaften — antikoloniale Organisationen

In allen Ländern Südostasiens, bis auf Thailand, wurde die kapitalistische Produktionsweise durch die Kolonialherren eingeführt und vornehmlich von ihnen oder anderen Ausländern — später auch Chinesen — angewandt. Gewerkschaftliche Aktivitäten, die sich zum Schutz der Arbeitskraft gegenüber der Willkür der Unternehmer entwickelten, waren somit auch immer ein Kampf gegen den Kolonialherren oder andere Ausländer. Diese Erfahrungen machte gewerkschaftliche Aktivisten und Organisierte auch besonders empfänglich für nationalistische und antikoloniale Ideen, die sich unter den Intellektuellen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten. Durch die Organisation der Produktion in größeren Betrieben (erzwungenermaßen) geschult, waren Gewerkschaftsorganisationen in den Handelszentren der Kolonialmächte — soweit sie nicht verboten waren und im Untergrund arbeiteten — die „schlagkräftigsten" Verbände in den antikolonialen Bewegungen der Völker Südostasiens, wenn sie auch bei weitem nicht die Mehrheit der Bevölkerung repräsentierten. Die „traditionellen" und sozusagen erfolgreichen Gewerkschaften während der Kolonialzeit bis zur gewährten oder erkämpften Unabhängigkeit hatten somit auch immer eine starke politische, nämlich antikoloniale Komponente in ihrem Kampf.

Nach der Unabhängigkeit

Mit der sich abzeichnenden Unabhängigkeit und der Bildung der Nationalstaaten meist nach europäischem Vorbild wurde auch das Bündnis mit den Nationalisten brüchig, sofern sie es waren, die die Rolle der Unternehmer z.B. im Rahmen staatlicher Verwaltung oder Versorgungseinrichtungen wie Post, Eisenbahn usw. übernahmen, oder sogar selbst jetzt die Chance hatten, private Unternehmer zu werden bzw. als solche weiter zu expandieren. Selbst dort, wo nach wie vor die Ausländer — meist die ehemaligen Kolonialherren, später die USA und Japan — die größten Unternehmer waren, waren nach und nach die neuen Herren mehr am Wachstum ihrer Wirtschaft, von der sie schließlich profitierten, als an dem Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor der Willkür kapitalistischer Ausbeutung interessiert. Sie waren es schließlich, die den gewerkschaftlichen Spielraum zum „Wohle der nationalen Interessen" zunehmend einschränkten, sei es durch die Einführung oder Verschärfung von restriktiven Gesetzen, wenn diese nicht bereits vorher von den ehemaligen Kolonialherren gemacht worden waren, durch die direkte Parteinahme für die Unternehmer bei Arbeitskämpfen bis hin zum Einsatz von Militär oder durch ein Verbot schlagkräftiger Gewerkschaftsorganisationen. Gleichzeitig versuchten sie mit Hilfe einiger europäisch/amerikanischer Gewerkschaftsorganisationen den Gedanken der „Partnerschaft" von Kapital und Arbeit einzuführen, und einstmals militante Gewerkschaftsführer zu kooptieren. In den „sozialistischen" Ländern wie Nord-Vietnam und später auch Süd-Vietnam, Laos und Kambodscha war die Bedeutung der Gewerkschaften zum Schutz der Arbeitskraft ja per definitionem nicht mehr nötig, da schließlich die Partei der Arbeiter und Bauern an die Macht gekommen war, die nicht wie die Kapitalisten die Arbeiter ausbeutet.

Gerade nach dem 2. Weltkrieg waren die Gewerkschaften besonders stark. Die Japaner waren abgezogen und die alten europäischen Kolonialherren, noch mit den Folgen des Krieges in den „Mutterländern" beschäftigt, nicht richtig zurückgekehrt. In den Großstädten und z.T. auch auf dem Land, wo die Gewerkschaften aktiv waren, waren sie die einflußreichsten Massenorganisationen, wie z.B. in Malaya und Singapur, zusammen mit den anti-japanischen Befreiungsbewegungen. Sie mußten erleben, wie ihnen Stück für Stück, erst von den Kolonialherren und dann auch den neuen, „unabhängigen" Regierungen die Rechte genommen wurden.

Erneute Entwicklung spontaner gewerkschaftlicher Kämpfe

Heute sind praktisch in allen Ländern Südostasiens die Grundrechte Versammlungsfreiheit und Streikrecht, wenn nicht aufgehoben, so doch erheblich eingeschränkt. Die Ausrichtung der ASEAN-Staaten auf exportorientierte Produktion und Industrialisierung vorwiegend durch ausländisches, vor allem japanisches und US-amerikanisches Kapital erfordert billige und gefügige Arbeitskräfte. Jegliche störende Aktivitäten von Gewerkschaften müssen entweder durch die absolute Kontrolle der Gewerkschaft durch den Staat, wie z.B. in Singapur oder Indonesien, oder restriktive Gesetze und Verbote, wie in Malaysia, den Philippinen und z.T. in Thailand, verhindert werden. Aber mit der zunehmenden modernen, industriellen Güterproduktion, vor allem in der arbeitsintensiven Textil- und Elektronikindustrie, wird eine immer größere Anzahl von Menschen, insbesondere auch Frauen, in die Massen-Lohnarbeit aufgesogen. Wenn auch diese meist nicht gewerkschaftlich organisiert werden dürfen oder können, so entwickeln sich doch immer wieder spontan gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, denn um die Unternehmerwillkür bei der Auspressung der Arbeitskraft zu überleben, bleibt den Lohnabhängigen keine andere Wahl. Hierauf haben häufig weder die traditionellen, vor allem auf männliche Lohnarbeit ausgerichteten, noch die staats- bzw. unternehmertreuen Gewerkschaften einen Einfluß. Anders als in Westeuropa, wo aufgrund des z.Zt. relativ hohen Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung die Gewerkschaften um Anteile des gesellschaftlichen Wohlstandes kämpfen, geht es bei der zunehmenden Industrialisierung in Südostasien den Lohnabhängigen in den meisten Arbeitskämpfen um die reine Absicherung der täglichen Existenz. Dies wird auch in der nächsten Zukunft noch Motor für spontane Arbeitskämpfe und die Bildung von gewerkschaftlichen Organisationen sein, die mit Sicherheit einen maßgeblichen Einfluß auf die sozialen Veränderungen der Länder haben werden.



Die meisten Beschäftigten in der Textilbranche sind Frauen

Peter Franke

Nachdruck aus: Südostasien-Informationen 2/88

Kein Zuckerschlecken für die philippinischen Gewerkschaften

Interview mit zwei VertreterInnen der Zuckergewerkschaft NFSW

Die National Federation of Sugarworkers (NFSW) organisiert seit 1971 die ArbeiterInnen auf den Zuckerrohrfeldern sowie in den Zuckerfabriken der philippinischen Insel Negros. Einst mitgegründet von katholischen Priestern war die NFSW stets eine der politisch flexibelsten wie auch aktivsten Gruppen innerhalb des fortschrittlichen Gewerkschaftsdachverbandes KMU.

Elma Alcala (48), seit 12 Jahren Graswurzelaktivistin für die NFSW und aktiv in einer Christlichen Basisgemeinde, und Auke Idzenga (26), holländischer Staatsbürger, der seit drei Jahren in der Projektabteilung der NFSW auf Negros arbeitet, besuchten im November/Dezember 1988 auf Einladung der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations & Aktionsnetzwerk) die Bundesrepublik. Im folgenden einige Auszüge aus einem Gespräch, das Frank Braßel mit den beiden NFSW-Repräsentanten führte.

Noch vor wenigen Jahren war Negros angesichts der akuten Hungerkrise in allen Zeitungen. Derzeit erfährt man nur wenig über die Situation auf der Insel. Hat sich die Lage also durch die leicht gestiegenen Weltmarktpreise für Zucker und die erhöhten US-Importquoten für philippinischen Rohrzucker verbessert?

Auke Idzenga: In der Tat entspricht der Weltmarktpreis zur Zeit in etwa den Herstellungskosten, das wird aber nur vorübergehender Natur sein. Auch haben die USA ihre Importe von nicht ganz 100 000 auf knapp 140 000 Tonnen erhöht. Ausschlaggebend waren dafür neben der dortigen Dürre sicher auch politische Gründe, um die angespannte wirtschaftliche Lage bei uns zu stabilisieren. Durch die plötzliche Erhöhung der US-Importquoten wurde nun sämtlicher Zucker exportiert, und der inländische Bedarf mußte durch Importe aus Südkorea gedeckt werden. All das zeigt nur, wie abhängig die philippinische Zuckerwirtschaft (und nicht nur die) von den Bedürfnissen der USA, von den neokolonialen Strukturen ist. Für mehr als 100 Jahre war Zucker das wichtigste Exportgut der Philippinen, solange die USA ihn brauchten. Seit Beginn der 80er Jahre sind aber die großen Softdrinkhersteller wie Pepsi und Coca Cola auf einen Kunstzucker aus Mais, auf Isoglycose, umgestiegen. Der ist billiger, zumal die US-Farmer riesige Maisüberschüsse produzieren. So fielen die philippinischen US-Importe von über 1,2 Mio. Tonnen im Jahre 1977 gen Null. Alternative Exportländer gibt es für philippinischen Rohrzucker kaum, da der „freie“ Weltzukkermarkt relativ klein ist und die Philippinen gerade mit dem indirekt subventionierten Preis für den Rübenzucker der EG nicht mithalten können. Bekanntlich hat sich die EG ja in den 70er Jahren mit einer aggressiven Strategie zum größten Zuckerexporteur mit einem Weltmarktanteil von über 25 % entwickelt.

Elma Alcala: Um auf die Frage zurückzukommen: Für uns, die wir auf den Haciendas, den Zuckerrohrplantagen der Großgrundbesitzer, arbeiten müssen, hat sich nichts verbessert. Das war aber schon immer so. Als der Zuckerpreis hoch war, waren wir arm und haben gehungert. Als die Preise fielen, wurden wir nur noch ärmer und hatten noch weniger zu essen. So ist es auch jetzt. Es gibt anscheinend einen kleinen Zuckerboom, und Frau Aquino hat Ende 1987 den gesetzlich festgeschriebenen Minimallohn für Plantagenarbeiter auf 48,50 Pesos (= 4,- DM) am Tag erhöht. Doch was müssen wir auf Negros feststellen? Nicht einmal 10 % der Großgrundbesitzer zahlen diesen Betrag. Die Mehrheit der Männer und Frauen, die auf den Haciendas arbeiten, verdienen gerade 20-30 Pesos am Tag, die Kinder, die mit 9 oder 10 Jahren anfangen mitzuarbeiten, bekommen nur die Hälfte.

Doch selbst für die, die 48,50 Pesos erhalten, bleibt pro Mahlzeit für jeden in der durchschnittlichen philippinischen Familie von sechs Personen nicht mehr als eine Tasse voll Reis. Das ist alles. Wir haben kein Geld für Fleisch oder Gemüse. Wer sein Kind zur Schule schicken will oder dringend Medizin braucht, der muß sich beim Großgrundbesitzer ein wenig Geld erbetteln. In meiner Jugend Anfang der 50er Jahre konnte mein Vater alle seine neun Kinder zur Schule schicken, obwohl er der einzige war, der gearbeitet hat. Ich habe drei Kinder, wir arbeiten alle, doch keines meiner Kinder kann zur Schule gehen. Obwohl sie ihr ganzes Leben so schwer arbeiten, verschlechtert sich die Situation der Zukkerarbeiter immer mehr.



Dies ist auch der Grund, warum die NFSW trotz aller Repressionen unter der Marcosdiktatur auf 85 000 Mitglieder anwachsen konnte.

Wie arbeitet denn die NFSW? Welche Möglichkeiten habt Ihr als Gewerkschafter, Euch für die Interessen der ZuckerarbeiterInnen einzusetzen?

Elma Alcala: Die NFSW hat vier unterschiedliche Abteilungen: Bildung, Rechtshilfe, Organisation sowie die Abteilung für

Gesundheit und sozioökonomische Entwicklung. Besonders wichtig ist unsere Bildungsarbeit. Wir klären die Zuckerarbeiter, die ja seit Generationen in völliger Abhängigkeit von ihrem Großgrundbesitzer gelebt haben, über ihre Rechte auf, wie sie im Arbeitsgesetzbuch und in der Verfassung niedergelegt sind. Daraufhin folgt ein Training, das die lokalen Gewerkschaftsvertreter befähigen soll, die Tarifverhandlungen mit den Großgrundbesitzern zu führen. Wenn auf dem Verhandlungsweg keine Einigung zu erzielen ist, treten die vier hauptamtlichen Rechtsanwälte der NFSW in Aktion, und die Gewerkschaft organisiert Demonstrationen oder Streiks. Darüber hinaus sprechen wir in unseren Bildungsprogrammen natürlich über die grundlegenden Tatsachen, warum wir Zukkerarbeiter so arm sind: die ungerechte Landaufteilung auf Negros, die feudalen Strukturen des Haciendasystems, die neokolonialen Abhängigkeiten unseres Landes usw. Wir sagen auch, daß grundlegende soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen, allen voran eine wirkliche Agrarreform, nötig sind.

Welche praktischen Erfolge kann die NFSW denn aufweisen? Wie Ihr selbst gesagt habt, hat sich die wirtschaftliche Situation der ZuckerarbeiterInnen von Negros ja nicht verbessert?

Auke Idzenga: Das stimmt leider. Doch es muß gesagt werden, daß dort, wo die NFSW die gewerkschaftlichen Wahlen auf einer Hacienda gewonnen hat, die folgenden Tarifverhandlungen zwar geringe, aber doch wichtige soziale Verbesserungen gebracht haben. Natürlich reicht das bei weitem nicht. Deshalb hat die NFSW das Farmlandprogramm, das wichtigste unserer sozioökonomischen Programme, entwickelt. Dabei zielen wir darauf ab, den Großgrundbesitzern Ländereien, die wegen der Zuckerkrise brach liegen, abzuhandeln, fürs erste leihweise. Auf diesen Farmländern können die Beschäftigten einer Hacienda gemeinsam Grundnahrungsmittel anbauen. Zwischen 1985 und 1987 gelang es uns, fast 2000 Hektar für das Farmlandprogramm zu bekommen.

Inzwischen ist jedoch angesichts der zunehmenden Militarisierung auf Negros den Mitgliedern der NFSW der Zugang zu annähernd der Hälfte ihrer Farmländer versperrt worden. Wie überhaupt gesagt werden muß, daß derzeit die Gewerkschaft auf Negros kaum mehr frei arbeiten kann. Viele unserer Aktiven sind verfolgt, verhaftet, gefoltert und ermordet worden.

In Sachen Gewerkschaftsfreiheit und Menschenrechte ist auf Negros also bereits wieder alles beim alten?

Elma Alcala: Es ist sogar noch schlimmer geworden. Während der letzten drei Jahre der Marcosdiktatur wurden 20 unserer Mitglieder ermordet, bereits während der ersten 1000 Tage der Aquinoregierung hatten wir mindestens 24 Opfer zu beklagen, vier weitere werden noch vermißt. Hunderte unserer Aktiven wurden illegalerweise verhaftet, die meisten gefoltert. In meiner Region in der Gegend von La Carlota ist keine offene Gewerkschaftsarbeit mehr möglich. Alle unsere Aktiven wurden verhaftet, dem letzten haben sie den Arm gebrochen.

Wie bewertet Ihr diese Menschenrechtsverletzungen? Geschehen sie in Verantwortung der Großgrundbesitzer und ihrer Privatarmeen und des von den zivilen Behörden nicht zu kontrollierenden Militärs, oder ist die Aquinoregierung selbst dafür verantwortlich zu machen?

Elma Alcala: Wir sind auf unserer Reise durch die Bundesrepublik oft nach der Rolle Frau Aquinos gefragt worden, über die hier nicht zuletzt wegen der entsprechenden Medienberichterstattung viele Illusionen bestehen. Zwar können wir nicht sagen, was Aquino persönlich denkt und will, aber mit ihrem Amt als Präsidentin ist der Oberbefehl über die philippinischen Streitkräfte verbunden. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, daß Frau Aquino aus der Familie Cojuangco kommt, eine der reichsten Familien des Landes, die auf Negros zahlreiche Haciendas und auf der Insel Luzon mit der Hacienda Luisita die mit 6000 Hektar größte Zuckerplantage besitzt. Nach dem Mendiolamassaker im Januar 1987, bei dem während einer friedlichen Demonstration für die Durchführung einer Landreform 19 Bauern vom Militär erschossen worden waren, brachen die Waffenstillstandsgespräche zwischen Regierung und Rebellen ergebnislos ab und Frau Aquino erklärte persönlich den „totalen Krieg". Offiziell gegen die Kommunisten, gegen die bewaffnete Untergrundbewegung der Philippinen. Doch wir können nun feststellen, daß sich dieser „totale Krieg" auch voll und ganz gegen alle legalen Volksorganisationen, von den Gewerkschaften über Studentenvereinigungen bis zu christlichen Basisgemeinden, richtet.

Auke Idzenga: Wir erleben derzeit auf Negros eine umfassende Strategie gegen sämtliche Volksorganisationen. Eine Strategie des „Low Intensity Conflicts" (LIC = Konflikt niedriger Intensität), die von den USA auch in Mittelamerika angewandt wird. Hauptangriffspunkt dieser Strategie ist unsere Gewerkschaft, da sie die stärkste Volksorganisation auf Negros ist. Das Militär geht offenbar davon aus, daß es, wenn es die NFSW zerschlagen hat, die kleineren Organisationen leichter zerstören kann. Offenbar verfügt jede Polizeistation und jeder Militärposten auf Negros über ein genaues Programm, wie er gegen die NFSW vorgehen soll. Höhepunkt der Kampagne gegen die NFSW ist bislang, daß der Polizeichef von Bacolod – der Hauptstadt von Negros – im Oktober gegen 11 unserer 14 Vorstandsmitglieder eine Anklage wegen „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung" erhoben hat, was immer das sein mag. Kennzeichnend für die derzeitige Situation auf Negros ist, daß die Regierung nicht etwa gegen die Großgrundbesitzer vorgeht, die den gesetzlich festgeschriebenen Mindestlohn nicht zahlen, sondern die Gewerkschafter verfolgt, die nur die verbrieften Rechte der Zuckerarbeiter durchsetzen wollen.



Könnt Ihr vielleicht noch einige konkrete Merkmale der LIC-Strategie auf Negros beschreiben?

Auke Idzenga: Ein zentraler Aspekt dieser Strategie ist der Versuch, die Gesellschaft zu spalten, so daß Filipinos gegen Filipinos vorgehen, die USA aber direkt nicht eingreifen müssen. So konnten wir in den vergangenen Jahren das sprunghafte Anwachsen der „Vigilante"-Gruppen, eine Art Todesschwadrone, auf Negros beobachten. Die „Vigilantes", die oft direkt mit dem Militär zusammenagieren, sind für die meisten der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.

Konkret findet darüber hinaus die Politik der Spaltung auf das Farmlandprogramm der Gewerkschaft Anwendung. Die Großgrundbesitzer, die sich nie um ihre Arbeiter gekümmert haben, richten auf einmal gut ausgerüstete Farmländer ein. Sie versuchen dann, die NFSW-Mitglieder zu überzeugen, die von der Gewerkschaft betreuten Farmländer aufzugeben. Machen die Arbeiter das nicht mit, wird offener Druck angewendet. Das reicht bis zur Ermordung der Leiter unserer Farmlandprojekte auf einzelnen Haciendas.

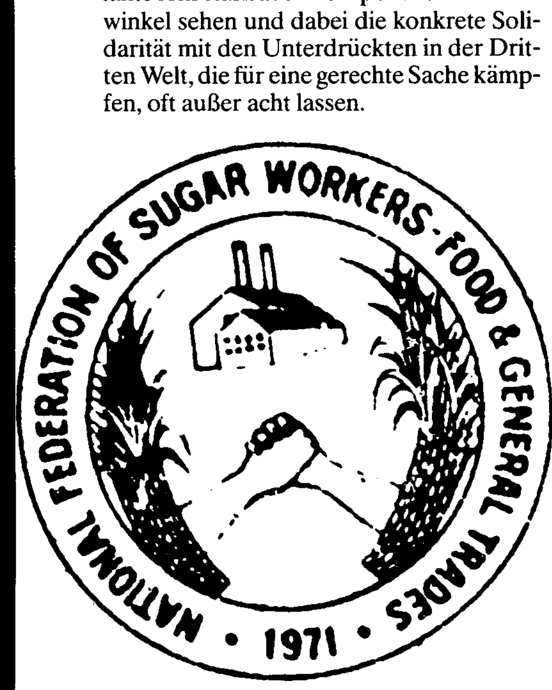
Wie erklärt Ihr Euch, daß angesichts dieser massiven Menschenrechtsverletzungen nur noch wenige dieser Berichte in unsere Medien gelangen?

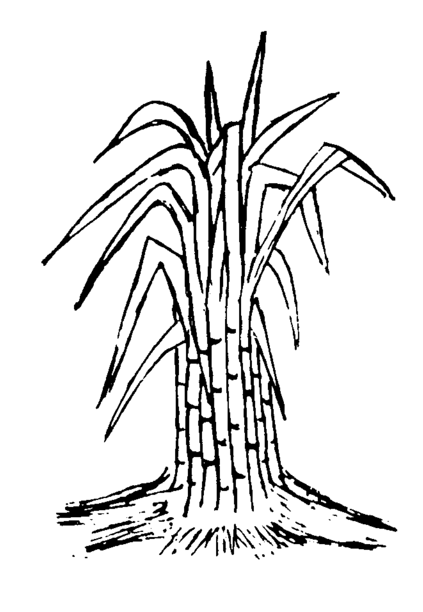
Auke Idzenga: Ich denke, das ist auch ein Teil der LIC-Strategie. Sämtliche Volksorganisationen auf den Philippinen selbst

werden von den Medien praktisch boykottiert. Man wird also schon in Manila in den Zeitungen nur äußerst selten Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Provinz, z.B. in Negros, finden. Ins Ausland dringt dann natürlich noch weniger. Stattdessen kursieren dort zahlreiche Geheimdienstberichte, z.B. über das europäische Netzwerk von Unterstützergruppen für die philippinischen Kommunisten. Bei letzteren werden dann alle legalen Volksorganisationen aufgezählt, von Gewerkschaften über Menschenrechtsorganisationen bis hin zu kirchlichen Einrichtungen. Als Unterstützer gelten dann folglich auch alle großen Hilfswerke und praktisch alle Gruppen, die jemals mit Basisorganisationen auf den Philippinen Kontakt hatten. Die philippinische Regierung bezeichnet inzwischen wirklich den Untergrund gleichermaßen wie alle Volksorganisationen, die Aquino kritisieren, als Kommunisten. Und gegen „Kommunisten" sind auf den Philippinen alle Maßnahmen erlaubt, während andererseits diese massive Propaganda im Ausland auf manchen fruchtbaren Boden antikommunistischer Vorurteile fällt.

Willst Du damit sagen, daß Ihr inzwischen auch weniger internationale Solidarität, z.B. aus der Bundesrepublik erfahrt?

Auke Idzenga: Nein, generell läßt sich das so nicht sagen. Wir hatten auf unserer Rundreise immer sehr offene und hilfsbereite Gesprächspartner. Aber im Bereich der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat es deutlich Rückschläge gegeben. So ist es in diesem Sommer zu einem Bruch innerhalb der Internationalen Nahrungsmittelgewerkschaft gekommen. Die NFSW ist dort kein Mitglied mehr, woraufhin in der Bundesrepublik die zuständige DGB-Gewerkschaft, die NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten) jeden Kontakt mit uns ablehnte. Aber mir scheint, es ist ein Problem vieler europäischer Gewerkschaften, daß sie internationale Kontakte sehr stark aus ihrem politischen Blickwinkel sehen und dabei die konkrete Solidarität mit den Unterdrückten in der Dritten Welt, die für eine gerechte Sache kämpfen, oft außer acht lassen.





Zum Abschluß die Frage nach den Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeit auf Negros heute. Welche Handlungsmöglichkeiten sieht die NFSW für die nächste Zukunft? Und macht es angesichts der gesteigerten Repressionen gegen die Gewerkschaft und alle anderen Volksorganisationen überhaupt noch Sinn, sich für den legalen Kampf einzusetzen?

Elma Alcala: Natürlich muß man sich das manchmal fragen. Und es gibt Zuckerarbeiter, die in die Berge zur Guerilla gegangen sind, da sie keine Hoffnung mehr in den legalen Kampf setzten. Ob man das verstehen kann oder nicht, in jedem Fall gibt es bei uns eine klare Trennung zwischen legaler und Untergrundbewegung. Wer in die Berge geht, ist nicht mehr länger Mitglied der NFSW.

Unsere Möglichkeiten, weiterhin legal zu arbeiten, sind schwer vorauszusagen. Druck und Protest von außen können eine wichtige Hilfe für uns sein. Das ist vermutlich auch das Wichtigste, was Ihr hier in der Bundesrepublik machen könnt.

Ein aktueller Schwerpunkt der Arbeit der NFSW auf Negros ist es, bei den Banken verschuldete Ländereien für die Arbeiter zu übernehmen. Das ist im übrigen auch in der ersten Phase der Landreform der Aquinoregierung vorgesehen, woran die NFSW teilnimmt.

Ich dachte, alle philippinischen Volksorganisationen würden das Landreformgesetz der Regierung rundweg ablehnen.

Auke Idzenga: Das stimmt. Auch wir sind prinzipiell gegen diese sog. Landreform. Sie wird grundsätzlich nichts an den sozial ungerechten Strukturen auf den Philippinen ändern. Aber trotzdem hat sich die NFSW entschlossen — was im übrigen viele Gruppen nur schwer verstanden haben — an der ersten Phase der Landreform teilzunehmen. Darin wird ja ausgeführt, daß u.a. an die Banken verpfändetes Land an die Arbeiter übergeben werden soll — ein Programm, das es auf Negros schon vor dem Landreformgesetz gegeben hat. Die NFSW hat auch bereits sieben kleinere Haciendas mit zusammen 700 Hektar übernommen. Angesichts der akuten Hungerkrise auf Negros meinten wir, diese Flexibilität auch gegenüber dem Landreformgesetz der Regierung aufbringen zu müssen. So planen wir gerade die Übernahme von vier zusammenliegenden Haciendas mit etwa 1.000 Hektar in der Nähe von Bacolod. Die ehemaligen Zuckerarbeiter und ihre Familien erhalten für diese Ländereien auch ganz offiziell die Landtitel.

Und was passiert dann auf diesen Haciendas? Baut Ihr dort weiterhin Zuckerrohr an?

Elma Alcala: Natürlich nicht. Die Plantagen werden in richtige Bauernhöfe umgewandelt. Die Familien pflanzen die wichtigsten Grundnahrungsmittel und legen kleinere Tierzüchtungen an. Dies hat sich als erfolgreich erwiesen und widerlegt die Propaganda der Großgrundbesitzer, wir wären zu dumm und unerfahren, eigenständig Landwirtschaft zu betreiben.

Die übernommenen Haciendas werden als Genossenschaften gemeinsam geführt, was im übrigen für uns üblich ist, waren wir doch im Haciendasystem seit Generationen aufeinander angewiesen, hatten gemeinsam gearbeitet und gemeinsam gelebt. Nur daß wir jetzt die Produkte unserer Arbeit selbst behalten können. Die Gewerkschaft gibt den Arbeitern finanziell und technisch Hilfen, um über die Anfangsschwierigkeiten hinwegzukommen. Denn von der Regierung haben die Arbeiter nach der Landübergabe keinerlei Hilfe zu erwarten.

Ich denke, diese übernommenen Haciendas sind ganz wichtig. Zum einen für die NFSW, die hiervon natürlich Unterstützung erfährt. Zum anderen können wir demonstrieren, daß wir mit eigenem Land besser leben können als auf den Haciendas der Großgrundbesitzer. Denn eigenes Land ist es, was wir brauchen, um uns selbst ernähren und unseren Kindern eine Zukunft schaffen zu können.

Das Interview führte Frank Braßel

Materialien zum „Fall Negros"

Die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN hat zu dem „Fall Negros" ein kostenloses Faltblatt, eine Grußkarte (1,50 DM) sowie ein Informationsdossier in deutscher und englischer Sprache (4,- DM) erarbeitet. Die Essener Gruppe, die den „Fall Negros" seit zwei Jahren betreut, hat darüber hinaus eine kleine Ausstellung hergestellt und bereitet derzeit eine kommentierte Diaserie zur Situation der ZuckerarbeiterInnen von Negros vor.

Bestellungen und weitere Auskünfte gibt es beim FIAN-Versand, Overwegstr. 31, 4690 Herne 1, Tel. 02323/496970.

Zwischen Weltbank-Mythen und Verschuldung

Regenwaldzerstörung und globale Lösungsansätze

Fast vier Jahre ist es nun her, seit die „blätter" zum letzten Mal ausführlich über die Zerstörung der tropischen Regenwälder berichtet haben. Seither hat sich an der Situation nichts geändert. Im Gegenteil: Die Zerstörung hat sogar noch zugenommen. Prognosen zufolge wird der Regenwald bei gleichbleibenden Zerstörungsraten spätestens in 50 Jahren vollständig verschwunden sein. Für einige Staaten, so z.B. für die Elfenbeinküste, sind solche Katastrophenszenarien schon sehr nahe an der Realität. Die sich zuspitzende Situation hat internationale Finanzorganisationen wie z.B. die Weltbank sowie Umweltschutzgruppen dazu veranlaßt, sich Gedanken über eine mögliche Rettung der Regenwälder zu machen. Es wurden hierzu eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die im folgenden genauer betrachtet werden sollen.

Der Aktionsplan

1985 wurde der Tropical Forestry Action Plan (TFAP) unter dem Titel „Tropical Forests: A call for action." vom World Resources Institute der Öffentlichkeit vorgestellt. In Auftrag gegeben worden war dieser Plan durch die Welternährungsorganisation FAO, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und die Weltbank. Vor allem die Beteiligung der Weltbank brachte diesem Plan große Aufmerksamkeit und politisches Gewicht ein. Der Plan beinhaltet ein acht Mrd. Dollar Programm zur Rettung der tropischen und subtropischen Wälder. Neben umfangreichen Forschungsprojekten wurde vom World Resources Institute auch ein Fünf-Jahres-Investitionsprogramm von über fünf Mrd. Dollar erarbeitet. Am TFAP sollen 56 Staaten beteiligt werden. Die Finanzierung soll zu 50% von Entwicklungsbehörden und internationalen Finanzorganisationen und zu weiteren 50% von den nationalen Regierungen erfolgen. Woher die Staaten, unter denen sich einige der ärmsten Länder der Welt befinden, das Geld nehmen sollen, bleibt allerdings unerwähnt.

Weltbank-Mythen

Der TFAP wurde schon kurz nach seiner Veröffentlichung vor allen Dingen von Umweltschutzorganisationen angegriffen. Insbesondere die Beteiligung der Weltbank wurde heftig kritisiert, war es doch in der Vergangenheit gerade diese Organisation gewesen, die durch die Förderung des kommerziellen Holzeinschlags und die Durchsetzung ökologisch katastrophaler Projekte nicht unwesentlich zur Zerstörung der tropischen Regenwälder beigetragen hatte.

Besonders ärgerlich am TFAP ist die Tatsache, daß auch hier wieder einmal versucht wird, in der Ursachenanalyse die Schuld bei den betroffenen Menschen zu suchen. Die Profitgier internationaler Konzerne, ökonomische Abhängigkeiten wie der Zwang zur Erwirtschaftung dringend benötigter Devisen, aber auch die ökologische Blindheit der politischen Verantwortlichen in den Entwicklungsländern und vor allem die Unterstützung, die sie in diesem Denken von internationalen Entwicklungsorganisationen erhielten, bleiben brav ausgeklammert.

Die indische Wissenschaftlerin Vandana Shiva nennt die „Mythen", die durch eine solche Darstellung aufrechterhalten werden.

„Die vier Mythen sind:
a) daß Menschen, nicht Profite, die Hauptursache der Waldzerstörung sind,
b) daß die „entwickelte" Welt der Dritten Welt beizubringen hat, wie sie ihre Wälder schützen soll,
c) daß kommerzielle, auf Privateigentum basierende Waldwirtschaft die Brennholzkrise der Armen lösen kann, und
d) daß kommerzielle Wiederaufforstung eine ökologische Wiederherstellung garantieren kann."[1]

Kommerz im Vordergrund

Tatsächlich liegt das Schwergewicht auch des TFAP eindeutig bei einer weiteren wirtschaftlichen Nutzung des Regenwaldes. Gerade 10% des Mitteleinsatzes sind für Maßnahmen zur Erhaltung der Regenwälder vorgesehen. In Brasilien sollen 400 Mio. Dollar für die agroforstliche Nutzung und 325 Mio. Dollar für forstwirtschaftliche Entwicklungsvorhaben zur industriellen Nutzung der Wälder ausgegeben werden. Für Maßnahmen zur Erhaltung der Regenwälder bleiben gerade 50 Mio. Dollar.[2]

Bezeichnenderweise wird im TFAP für Indien in den nächsten fünf Jahren ein Mitteleinsatz von rund 1,2 Mrd. Dollar angesetzt. Dies ist mehr, als der gesamte afrikanische Kontinent für denselben Zeitraum erhalten soll.[3] Hier wird noch einmal deutlich, wie sehr der TFAP ein Schwergewicht auf die ökonomische Verwertbarkeit der Wälder legt. Der Markt Indien verspricht offensichtlich mehr als der schon weitgehend zerstörte oder noch kaum erschlossene Markt Afrikas.

Der TFAP, wie geplant durchgesetzt, wird „ganz unvermeidlich weitere Schrumpfungen der Regenwaldflächen und damit wiederum unersetzliche Verluste der Artenvielfalt" zur Folge haben.[4]

Daran ändert sich auch nichts, wenn im TFAP die Projekte des sogenannten *social forestry* als beispielgebend verkauft werden. Mehr als 90% der bisherigen Baumpflanzungen im Rahmen der *social forestry*-Programme bestanden aus schnell wachsenden, hochmechanisierten Eukalyptus-Monokulturen, deren bekannt schädliche Auswirkungen für den Wasserhaushalt und die Qualität der Böden wohlweislich verschwiegen werden. Viele dieser Projekte wurden auf fruchtbarem Ackerland errichtet und mit dem Aufbau einer Papierindustrie verknüpft, was oft katastrophale ökologische Folgen nach sich zog. Für eine wirklich ökologische Nutzung der Regenwälder wären langwierige Forschungsvorhaben notwendig. Hierzu fehlt angesichts der fortschreitenden Zerstörung aber die Zeit.

Eine fortgesetzte Kommerzialisierung

der tropischen Regenwälder kann keine Lösung sein. Bei gleichbleibenden Machtstrukturen wäre es auch weiterhin die lokale Bevölkerung, die am meisten unter der Ausbeutung der Wälder zu leiden hätte. Es wäre verhängnisvoll, würden auch weiterhin kurzfristige ökonomische Interessen das entscheidende Kriterium bleiben.

Das internationale Tropenholzabkommen

Nach mehr als zehnjährigen Verhandlungen wurde im März 1987 die internationale Tropenholzorganisation (ITTO) mit Sitz in Yokohama gegründet. Sie soll das internationale Tropenholzabkommen (ITTA) ausführen und verwalten. Diesem Abkommen sind bislang 22 Verbraucherstaaten und 18 Produzentenländer beigetreten. Somit sind 90% des Welthandels mit tropischen Hölzern durch die Signatarstaaten vertreten. Allein Zaire, das über ca. 10% der gesamten Tropenwaldbestände verfügt, hat den Vertrag noch nicht ratifiziert.

Die jeweiligen Stimmenanteile der Länder bemessen sich nach Einfuhr- bzw. Ausfuhrzahlen sowie nach der vorhandenen Waldfläche. Die Finanzierung erfolgt durch vertraglich festgelegte Beiträge der Signatarstaaten.

Das ITTA legt seinen Schwerpunkt eindeutig auf den Bereich „Forschung und Entwicklung“. Die Schwerpunktbereiche sind hierbei:

- Verbesserung des Waldmanagements und der Holznutzungsmethoden
- Verbesserung der Marktverhältnisse für tropische Rohhölzer, Halb- und Fertigprodukte durch mehr Markttransparenz
- Aufbau holzverarbeitender Industrien und von Holzplantagenwirtschaft in den Produzentenländern
- Aufbau nationaler Forstwirtschaften und -verwaltungen
- Diversifizierung des Tropenholzhandels.

Wichtige handelspolitische Maßnahmen, wie etwa die Festlegung von Exportquoten, Preisregulierungen und Kompensationszahlungen, wurden im Rahmen dieses Abkommens nicht ausgearbeitet. Von verschiedenen Umweltschutzorganisationen wurde in dieses Abkommen große Hoffnungen gesetzt.[5]

Diese Hoffnungen wurden nicht erfüllt, da die ITTO keinerlei handelspolitische Kompetenzen hat und bestenfalls eine Koordinierungs- und Beratungsfunktion für die Mitgliedsstaaten ausüben kann. Weitergehende Kompetenzen würden sich angesichts der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen der verschiedenen Produzentenländer auch nur schwer durchsetzen lassen.

Im vorangegangenen Abschnitt wurde der TFAP kritisiert, da er die Bedeutung der Erhaltung der Regenwälder vernachlässige. Diese Kritik trifft erst recht auf das ITTA zu, klammert es doch die zentrale Problematik des mangelnden Schutzes der noch intakten Primärwälder völlig aus.

Beschlüsse über einen eventuellen Stopp der Ausbeutung der tropischen Regenwälder oder etwa die wichtige Diskussion über ein internationales Abkommen zum Verbot des Importes tropischer Edelhölzer sind im Rahmen des ITTA nicht zu erwarten.

Der malayische ITTO-Direktor Bin Che Yeom Freezailah plädierte kürzlich gar für eine Ausweitung des Tropenholzhandels. Je wertvoller der Wald werde, so seine bestechende Logik, um so schonender würden die Länder im eigenen Interesse mit diesem Rohstoff umgehen.

Debt for Nature

Die Eliten der Industrieländer entdeckten das Thema Regenwaldzerstörung sehr spät. Jahrelang war aus diesen Kreisen nichts zu hören gewesen. Man war zu sehr damit beschäftigt, die Schulden aus der Dritten Welt einzutreiben, indem man die Schuldner durch ausgeklügelte Folterwerkzeuge (IWF-Auflagen u.ä.) dazu zwang, Devisen für die Bezahlung der Schulden zu erwirtschaften.

Daß dieser Zwang zur Devisenerwirtschaftung für die betroffenen Staaten nichts anderes als eine vermehrte Ausbeutung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen bedeuten konnte, lag auf der Hand, wurde aber in Kauf genommen.

Erst als sich mit den zunehmend dramatischeren Berichten über die möglichen Auswirkungen der Regenwaldzerstörung auf das Weltklima auch der Himmel über den Industrieländern zu verfinstern drohte, gab es erste Reaktionen.

Die Weltbank entdeckte plötzlich die Ökologie, die sie jahrzehntelang mit Füßen getreten hatte, Politiker hielten salbungsvolle Reden über „unsere“ grüne Lunge, die zu retten sie verpflichtet und befugt seien und machten sich auf die Suche nach Lösungen.

Das Allheilmittel zur Lösung der ökologischen Probleme der Dritten Welt schien auch bald gefunden: Der Schuldentausch gegen Umweltschutz (*debt for nature swap*).

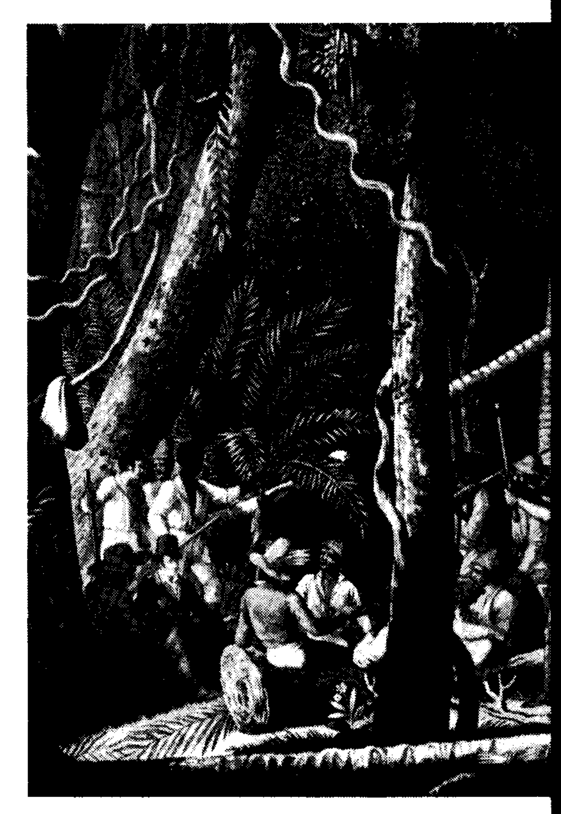
Die Kette der Befürworter der *debt for nature swaps* reicht von internationalen Umweltschutzorganisationen wie dem World Wildlife Fund bis hin zu Politikern wie Bundeskanzler Helmut Kohl.

Seit 1984 wurden von privaten Umweltschutzorganisationen und Umweltexperten zahlreiche Modelle des Schuldentausches gegen Umweltschutzmaßnahmen entwickelt. In ihrem Kern sind sie sich alle ähnlich.

Die Banken sollen auf dem freien Markt Schuldtitel von Entwicklungsländern gegen hohe Rabatte anbieten. Diese Schuldtitel können dann z.B. von Umweltschutzorganisationen aufgekauft und aufgrund von Vereinbarungen mit den Zentralbanken der Schuldnerländer gegen Abschläge in einheimische Währung umgewandelt und für Umweltschutzmaßnahmen in dem betreffenden Land verwendet werden. Für die Schuldnerländer versprechen sich die Initiatoren solcher *debt for nature swaps* einen doppelten Vorteil: Zum einen hätten sie einen Teil der Schulden aus Hartwährung in die eigene Währung umgewandelt und wären somit nicht mehr in gleichem Maße abhängig vom Dollarkurs, zum anderen würde sich durch die Gewährung von Rabatten die gesamte Schuldenlast verringern.

Der Schuldentausch gegen Umweltschutzmaßnahmen existiert nicht nur in der Theorie, er wurde auch schon in der Praxis erprobt:

- Die Umweltschutzorganisation Conservation International kaufte bei einer Schweizer Bank Schuldtitel Boliviens in Höhe von 650.000 Dollar für 100.000 Dollar und vereinbarte mit der bolivianischen Regierung, das Geld in ein Biosphärenreservat im Amazonasgebiet zu investieren.



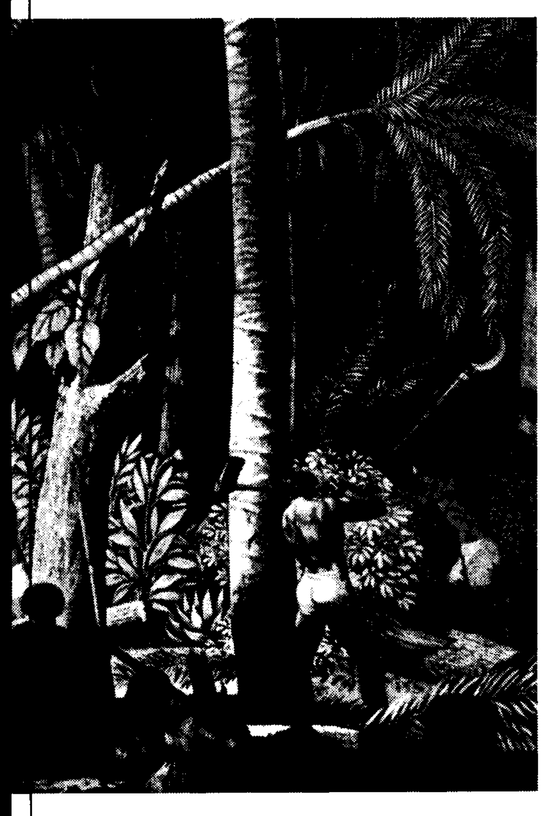
- In Ecuador kaufte der World Wildlife Fund eine Mio. Dollar Schuldtitel für 350.000 Dollar. Das Geld soll einer örtlichen Umweltschutzorganisation zugute kommen.
- Ebenfalls der WWF kaufte Ende 1988 für zwei Mio. Dollar Schuldtitel der Philippinen mit einem Abschlag von 50%.

Kein Allheilmittel

Nun wird es schwierig sein, mit solch eher kleinen Projekten einen spürbaren Beitrag zur Erhaltung der Regenwälder zu leisten. Hierzu wäre aus der Sicht der Befürworter eine wesentliche Ausweitung der *debt for nature* Programme erforderlich. Spätestens hier fangen die Probleme der *debt for nature swaps* an.

Zunächst einmal ist der Schuldentausch gegen Umweltschutz eine amerikanische Erfindung und demnach auf die Steuergesetzgebung der USA zugeschnitten. Dort können Banken, die ihre Verluste aus dem Verkauf von Schuldtiteln abschreiben und das Geld zusätzlich für Umweltschutzmaßnahmen investieren, steuerliche Abschreibungen bis zum vollen Nennwert der Schuldtitel geltend machen.[6]

Dies gilt für die wenigsten Industriestaaten. Global angewandt stieße der Schuldentausch gegen Umweltschutz also schnell an seine Grenzen. Hinzu kommt, daß eine Abschreibung auf Kosten des Steuerzahlers nichts anderes als eine Sozialisierung der Bankenverluste wäre. Schulden von Entwicklungsländern im bilateralen Bereich und gegenüber Finanzierungsinstitutionen wie z.B. der Weltbank können nicht auf dem Finanzmarkt gehandelt werden, da sie vertraglich festgelegt sind. Gerade bei ärmeren Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, ist der Anteil gerade dieser Schulden aber besonders hoch. Auch für diese Länder hätte also der Schuldentausch gegen Umweltschutz nur begrenzte Wirkungsmöglichkeiten. Eine Ausweitung des *debt for nature* Programmes würde den Kurs von Schuldtiteln in die Höhe treiben. Viele hochverschuldete Staaten sind aber schon heute nicht mehr in der Lage, die Schuldtitel aus eigenen Mitteln aufzukaufen. Die nationalen Haushalte würden künftig noch stärker belastet, und die Gefahr würde sich vergrößern, daß Mittel, die eigentlich für den Aufbau einer effektiveren Wirtschaft oder für die Bekämpfung der Armut vorgesehen waren, aus den Haushalten abgezogen würden.



Völlig diffus erscheinen die Vorstellungen vieler Befürworter der *debt for nature swaps* hinsichtlich der Kontrolle über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel zu sein.

Wer soll über das Geld verfügen können? Welche Programme sollen wo damit finanziert werden? Wer kontrolliert die Durchführung?

Ein Beispiel: Im Rahmen des *debt for nature swap* zwischen Conservation International und der bolivianischen Regierung liegt das Reservat, das mit den Mitteln des swaps gefördert werden sollte, in einem entlegenen Gebiet, „das als Zentrum der illegalen Kokainproduktion von den bolivianischen Behörden bisher nicht kontrolliert werden konnte.“[7]

In keines der bisher durchgeführten *debt for nature* Programme wurde die einheimische Bevölkerung miteinbezogen. Es wurde nicht einmal der Versuch unternommen, an den herrschenden Machtstrukturen etwas zu ändern, was angesichts der nationalen Souveränität der einzelnen Staaten auch kaum realistisch wäre. Es sind aber vor allem lokale Machtstrukturen als auch weltwirtschaftliche Abhängigkeiten, die als Hauptursachenfaktoren der Tropenwaldzerstörung gelten können. Die *debt for nature swaps* kurieren also bestenfalls an Symptomen, lassen die eigentlichen Ursachen aber unberührt.

Medikament Geld

„Die Erhaltung der noch verbliebenen intakten Primärwälder, die ebenso wie eine ressourcenschonende Nutzung für die Entwicklungsländer mit hohen wirtschaftlichen und politischen Kosten verbunden ist, hat nur bei massiven wirtschaftlichen Kompensationen durch das Ausland eine Chance.“[8]

Wenn die Erhaltung der tropischen Regenwälder tatsächlich nur eine Frage des Geldes ist, warum dann der Umweg über die *debt for nature swaps*?

Wenn die tropischen Regenwälder zu ihrer Rettung tatsächlich nur Geld benötigten, könnte dies auch ohne Abschlag und Eigenanteil der Entwicklungsländer als „Katastrophenhilfe“ zur Rettung der Regenwälder in die betroffenen Staaten geschickt werden. Warum diese zwanghafte Verbindung von Verschuldung und Ökologie?

Die *debt for nature swaps* können weder die Verschuldungskrise lösen, noch sind sie in der Lage, die ökologischen Probleme der Dritten Welt aus der Welt zu schaffen. Die Verschuldungskrise wird sich trotz *debt for nature swaps* weiter zuspitzen. Sie wird auf die Frage hinauslaufen, entweder die verschuldeten Länder bis zum letzten Tropfen auszubluten oder aber sich endlich Gedanken darüber zu machen, wie diese Schulden, für die heute Menschen die Zeche bezahlen, die auch nicht einen Pfennig davon zu Gesicht bekommen haben, beseitigt werden können.

Die ausbeuterischen weltwirtschaftlichen Strukturen sowie die daraus resultierende Verschuldungskrise sind die wesentlichen Hindernisse jeglicher Entwicklung in der Dritten Welt. Ohne eine Beseitigung dieser Hindernisse wird jede Verbesserung der Situation der Menschen in der Dritten Welt, auch im ökologischen Bereich, eine Utopie bleiben.

In der Hand der Industrieländer liegt es, die Verschuldungskrise zu lösen. Die Schulden müssen erlassen werden, um dadurch einen enormen Druck von der Dritten Welt zu nehmen. Die Befreiung von diesem Druck würde es den betroffenen Ländern auch ermöglichen, mehr für die Erhaltung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen zu tun.

Dies wäre allerdings nur dann zu erreichen, wenn sich das Bewußtsein der Politiker in diesen Ländern in diese Richtung verändern würde. Das Beispiel Thailand zeigt, daß diese Forderung keine Utopie sein muß. Dort beschloß die Regierung nach verheerenden Überschwemmungen im vergangenen November, die auf die verstärkte Abholzung der Regenwälder zurückgeführt wurden, 301 erteilte Holzkonzessionen für ungültig zu erklären und die Abholzung des Regenwaldes vollständig zu verbieten.[9]

Unerläßlich wäre auch eine Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Gigantomanische Erschließungsprojekte, ökologisch unverantwortbare Entwicklungsprojekte wie z.B. das Staudammprojekt der Weltbank in Brasilien, die Vernichtung von wertvollem Agrarland für den Aufbau von Exportmonokulturen sowie Besiedlungsprojekte als „Ersatz“ für Landreformen müssen für die Zukunft ausgeschlossen werden.

Michael Knüfer

Anmerkungen:

1 Vandana Shiva: Forestry Myths and the World Bank, in: The Ecologist 4/5, 1987, S. 142
2 epd-Entwicklungspolitik 4/1988, S. 16
3 Vandana Shiva: a.a.O., S. 148
4 Dieter Oberndörfer: Schutz der tropischen Regenwälder durch Entschuldung, S. 14
5 ... vor allem hinsichtlich einer Einbeziehung tropischer Holzprodukte in den STABEX-Fonds der Lomé-Verträge. Hiervon wurde eine volumenmäßige Beschränkung der Roh- und Schnittholzexporte in die EG, eine Erhöhung der Quoten für die zollfreie Einfuhr von Holzfertigprodukten und eine Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse erhofft.
6 Dieter Oberndörfer: a.a.O., S. 22
7 Ebd., S. 25
8 Ebd., S. 34
9 taz, 16.1.89



Wider den entwicklungstheoretischen Taylorismus

Dependenztheorie am Ende? Das Fragezeichen ist eine Konzession an den Zweifel, der, weil bei keiner Frage tatsächlich behoben, im praktischen Umgang mit der Materie meistens unbeachtet bleibt. So geschehen auch in den Blättern des iz3w. Während noch das — vermeintliche — Scheitern globaler theoretischer Erklärungsansätze seziert wird, hat sich ein neuer Pragmatismus der entwicklungspolitischen Diskussion bemächtigt. Jeder Fall für sich, Case to Case, lautet der Haupttenor, der neuerdings auch die Debatte im iz3w bestimmt. Der IWF kann sich in seiner Politik geradezu bestätigt fühlen.

Die Bäume

Die Analyse von Einzelbeispielen, heißt es, sei angesichts der realen Differenzierungsprozesse in den Ländern der „Dritten Welt" der einzige Weg zur Erkenntnis; globale Modelle, seien sie dependenz- oder modernisierungstheoretischer Provenienz, hätten ausgedient. Südkorea und Mosambik, Iran und Argentinien, das leuchtet jedem ein, können doch wirklich nicht mehr über einen Kamm geschoren werden.

Wir behaupten demgegenüber: Die These von der angeblichen Verkomplizierung der Verhältnisse simplifiziert die Vergangenheit, ist ahistorisch, platt. Die Forderung nach differenzierter Betrachtungs- und historischer Herangehensweise, nach Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und der Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Raum endogenen und exogenen Faktoren kann doch nicht erst seit heute ein Gebot der Stunde sein. All dies ist eine Selbstverständlichkeit. Nicht die Forderung nach Differenzierung ist also zu kritisieren, sondern der — vermeintlich — verspätete Erkenntnisschub in der aktuellen Debatte.

Tatsächlich geht es jedoch, wie so manche überzogene Verallgemeinerung zu erkennen gibt, gar nicht um präzise Unterscheidungen. Was zur Disposition steht, ist der globale Erklärungsanspruch altgedienter Theorien, der leichtfertig durch deskriptiven Empirismus ersetzt wird und durch den Primat des Einzelfalls, dessen additive Untersuchung in der Summe zu neuen allgemeingültigen Aussagen führen soll. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Fallstudien keine allgemeinen Schlußfolgerungen zulassen: man glaubt sich wenigstens nicht zu irren.

Drei (keineswegs neue) Herangehensweisen charakterisieren den neuen Forschungspragmatismus:

1) Die isolierte „Länderanalyse" fragt zunächst nach den lokalen Entwicklungsvoraussetzungen und den Auswirkungen der „Eingriffe" in den Ländern der „Dritten Welt". In der Folge werden oft nur mehr deren Unterschiedlichkeit, nicht jedoch deren Ursachen diskutiert. Daß diese im Ergebnis lokalen Ausprägungen nicht ohne Rückgriff auf den globalen Wirkungsmechanismus, die Ungleichzeitigkeit der Produktionsverhältnisse in verschiedenen Regionen, Ländern und Sektoren im Kapitalismus, verständlich ist, gerät derart aus den Augen.

2) Der Blick durch die nationalstaatliche Brille verstellt die Sicht auf die Gesamtheit der Bestimmungsfaktoren räumlich-konkreter Entwicklung: die Wechselwirkung zwischen dem politischen Eingriff in die Kapitalverwertungsbedingungen auf lokaler Ebene und der Akkumulationslogik des Kapitals, aus der weltweiten Unterschiedlichkeit lokaler Standortvoraussetzungen gespeist. Der taylorisierte Forscherblick auf das Einzelglied vermag die Funktionsweise der globalen Akkumulation daher nicht einmal im lokalen Rahmen zu begreifen.

3) Empirie statt Politik, tönt es fleißig und bescheiden aus Forscherkehlen, und dennoch: fragt jemand nach den Schlüssen aus den Fallstudien, wird die Empirie kurzerhand ideologisiert. Aus der Einzelfallbeobachtung werden Modelle, die die „Realität" mechanistisch nachzubilden suchen, abgeleitet; diskutiert wird allenfalls über den Grad der Verallgemeinerbarkeit solch phänomenologisch orientierter Modelle oder über die Anzahl von Variationen oder Varianten von Entwicklungswegen. Theoretisch fällt dieser Anspruch damit erst wieder auf das Niveau der kritisierten Dependenz- und Modernisierungstheoretiker zurück, die (weniger komplexe) mechanistische Kriterienkataloge aufstellten, wie ein Land den „take-off" schaffen kann. Bei den neuen Debatten fällt eines auf: Politisch hat die Forschung nach Modellen erfolgreicher (nachholender) Entwicklung nur ein Kriterium für den Erfolg eines nationalen Entwicklungsweges im Auge: die Erlangung internationaler wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit. Die Frage nach der Wünschbarkeit und den Kosten einer solchen Entwicklung wird dabei ebenso wenig erhoben wie die nach ihren tatsächlichen Realisierungschancen.

Die Einkehr positivistischer Methoden und modernisierungstheoretischer Wertvorstellungen in die kritische sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit der „Dritten Welt" liegt durchaus im Zeitgeist. Dies bedarf einer **politischen** Kritik. Nicht weil globale Theorien heute weniger Erklärungs-



wert besitzen (das Problem, daß Theorien der Komplexität der Wirklichkeit nicht gerecht werden und deshalb einer ständigen Weiterentwicklung bedürfen, bestand schon immer), sondern weil es in einer Phase politischer Restauration opportun erscheint, sich auf die Beschreibung empirischer Tatbestände zurückzuziehen, liegen Fallstudien hoch im Kurs. Die Verlagerung der DFG (Deutsche Forschungsgesellschaft) - Förderungsgelder von Forschungen über internationale Entwicklungen hin zu Länderuntersuchungen bestimmt die Auftragsvergabe für Forschungsarbeiten ebenso wie ihre Ergebnisse. In einer Zeit, in der die Nationalstaaten der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit „ihrer" Kapitale politisch die höchste Priorität einräumen, eigentlich kein Wunder. Wie die Fragestellungen, so paßt sich auch der entwicklungspolitische Diskurs dem modernisierungstheoretischen Paradigma an. Schulung in marxistischer Modernisierungstheorie, ein Schuß Opportunismus sowie Einsicht in den Vormarsch der allumfassenden „Differenzierung", die keinerlei Kritik an der Kapitalexpansion zuläßt, stellen da oft die besten Qualifikationen für den Forscher neuen Typs dar. Sein Ergebnis kann nie falsch sein: denn in alter positivistischer Tradition bestätigt er nur, was ist. Zu sehr scheint auch die Linke dem Konzept des „developmentalism", einer zentralen Mythologie des Kapitalismus verhaftet zu sein, um dessen grundlegende Kategorien wie Fortschritt und Entwicklung in Frage stellen zu können. Die Erkenntnis, daß die inzwischen fünfhundertjährige Geschichte des Kapitalismus weltweit nur in dem Sinne „Fortschritt" gebracht hat, daß heute mehr Menschen unter elenderen Bedingungen leben müssen als vor fünfhundert oder tausend Jahren, soll ausgeblendet werden. Die Linke muß hier wegschauen, weil sie in bester Erlösungsperspektive auf die Umwandlung der industriell-kapitalistischen Verhältnisse in industriell-sozialistische hofft. Eine Auseinandersetzung mit dieser Illusion wäre die eigentlich notwendige Debatte.

Der Wald

Wie jeder Positivismus sieht auch der neue entwicklungstheoretische Positivismus davon ab, unter die Oberfläche zu den Bedingungsfaktoren vorzudringen.

So wie „freie Lohnarbeit" in positivistisch-empirischer Betrachtungsweise als freie Übereinkunft freier Vertragspartner, (statt als Ausbeutungsverhältnis auf der Basis eines „stummen Zwanges der Verhältnisse") gefaßt und dargestellt werden kann, so „vergißt" die Untersuchung von Faktoren, die in einer und auf eine Volkswirtschaft wirken, die Frage nach dem Warum und dem Wie des Zusammenwirkens dieser Faktoren. Statt dessen versucht sie aus dem Zusammenwirken solcher Faktoren an sich und aus den von ihr angehäuften Beispielen eine allgemeine, abstrakte, eben gerade ahistorische Logik abzuleiten:

So gelangt sie zu einer Art modernisierter Betrachtung der „Faktorausstattung" der Nationalökonomien. Modernisiert ist diese Betrachtung deshalb, weil man ja heute z.B. um das Wirken von „externen" und „internen" Faktoren oder das Wirken von Profit- und Akkumulationslogik weiß. Man thematisiert allerdings nicht diese Akkumulationslogik selbst, sondern interessiert sich nur für lokale Entwicklungen, eben für Entwicklungen in ihr, innerhalb der durch sie vorgegebenen „Rahmenbedingungen".

Eine Theorie, die eben die Frage nach der weltweit wirkenden Akkumulationslogik in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt (etwa die Arbeiten von Wallerstein, Frank u.a.) kann in einer Debatte wie der beschriebenen gar nicht adäquat erfaßt und dargestellt und viel weniger kritisiert werden. So werden in der laufenden Debatte Arbeiten aus dem Umkreis der Weltsystemtheorie oberflächlich-lapidar durch Herausgreifen von Einzelaspekten, die dort in die historischen Analysen integriert sind (z.B. „Zirkulationismus") abgekanzelt, oder man bezeichnet sie, weil sie die Ungleichheit und Ungleichmäßigkeit des Akkumulationsprozesses im Weltmaßstab betonen, als „überspitzt dependenztheoretisch".

Nun verhindert aber gerade das Ausblenden des „stummen Zwanges der weltweiten Akkumulationsdynamik", daß Einsichten über das gewonnen werden, was gemeinhin als Entwicklung oder Unterentwicklung im Rahmen von Nationalstaaten untersucht wird.

Es wird „vergessen", daß Nationalstaaten Teile eines übergeordneten Ganzen sind, die die Entwicklung dieses Ganzen re-

flektieren, und die in diesem Ganzen im historischen Verlauf unterschiedliche Rollen und Positionen innehaben können. Erkennt man nationalstaatliche Einheiten als verbundene nicht-autonome Teile einer Totalität, wird jeder sinnvolle Vergleich, jede Ableitung von möglichen (gleichzeitigen oder zeitverschobenen) Entwicklungsverläufen solcher Einheiten aus anderen Entwicklungsverläufen anderer Einheiten und schließlich auch die Ableitung einer allgemeinen „Entwicklungstheorie" aus einer noch so großen Unzahl von Beispielen von Entwicklungen solcher Einheiten unmöglich.

Damit sind beide einander undialektisch gegenüberstehende Stoßrichtungen oder Zielvorgaben der aktuellen Debatte als Produkt der falschen Herangehensweise an sich erkennbar: Ziel kann weder eine generalisierende Modellbildung sein noch die Anhäufung zahlloser partikularistischer Länderstudien. Statt auf die beschriebene Weise vom „Konkreten" zum „Abstrakten" zu gehen (übrigens die Kehrseite konventioneller entwicklungspolitischer Praxis, die vom abstrakten Modell zum konkreten Fall ging), kan man nur danach trachten, aus der Untersuchung von miteinander verflochtenen Prozessen (Teilen) zu Erkenntnissen über das Ganze zu gelangen (das ein je historisch spezifisches Ganzes ist und weder außerhalb der Zeit noch außerhalb der Teilräume eines spezifischen Gesamtraumes existiert).

Die Sicherheit einer abstrakten, unmittelbar forschungsleitenden Theorie ist eine Fiktion. Ebensowenig gibt es eine festschreibbare Struktur der Entwicklung von Teilen der Weltwirtschaft oder der einen Weltwirtschaft als ganzer, sondern diese und ihr je räumlich und zeitlich feststellbares Gesicht konstruieren und rekonstruieren sich durch ihre Prozesse fortwährend selbst.

Und gerade auf dieser Grundlage werden erst sinnvolle Länderstudien möglich, in denen die weltweite Akkumulations- und Profitdynamik nicht an der Peripherie, sondern im Zentrum der Analyse steht. Das „Schwellenländerphänomen", das die abstrakten Globaltheorien so verunsichern mußte, weil sich weniger als je zuvor auch nur der Schein der Möglichkeit für eine allumfassende modellhafte Entwicklungstheorie aufrechterhalten läßt, stellt für diese Herangehensweise kein Problem dar.

Wiener Institut zur Erforschung unbekannter Phänomene,
(Franz Delapina,
Hannes Hofbauer,
Andrea Komlosy,
Gerhard Melinz,
Susa Zimmermann)

„Vom Begriff der Kapitalakkumulation ausgehen..."

Da ich keiner der „Schulen" angehöre, zwischen denen bisher die Diskussion zur Dependenztheorie in den „blättern" geführt wurde, will ich auch nicht an dieser doch etwas persönlich gefärbten Auseinandersetzung anknüpfen, vor allem deshalb nicht, weil ich meine, daß in den anfänglichen Beiträgen von Thomas Hurtienne und Dirk Messner interessante und wichtige Fragen angeschnitten wurden, die genauer diskutiert werden sollten, als geschehen:

Hurtienne und Messner kritisieren die in der BRD bekannte Version der Dependenztheorie sicher zurecht. Ich kann Messner auch nur zustimmen, wenn er fordert: „Es gilt die Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft und die damit korrespondierenden Formveränderungen in den Beziehungen zwischen den hochindustrialisierten Nationen und den Entwicklungsländern aufzuspüren." (blätter 154/S. 40). Aber da, wo die Autoren konkret dagegenhalten, sehe ich den wesentlichen Unterschied zu den von ihnen kritisierten Ansätzen überhaupt nicht. Ich habe im Gegenteil den Verdacht, daß die Unzulänglichkeiten hier wie da dieselben sind:

Auch in Hurtiennes und Messners Beiträgen in den „blättern" (und nur auf die kann ich mich hier beziehen) kommt die Frage der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung nicht vor. Da, wo Hurtienne Cardoso zitiert und den Begriff „Klassenverhältnisse" einbringt, geht es nicht um die Beendigung des Ausbeutungsverhältnisses, sondern um die Frage der „Entwicklungsmöglichkeiten" im Rahmen des Bestehenden. Man kann aber nicht über Entwicklung an und für sich diskutieren, weil es wesentlich ist, *was wer wie* und in *wessen* Interesse entwickeln soll. Wenn schon von Klassen gesprochen wird, darf der Interessengegensatz zwischen diesen Klassen nicht unterschlagen werden, aus dem resultiert, daß es keine Entwicklung im Allgemeininteresse geben kann, weil es eben kein Allgemeininteresse gibt.

Genau deshalb stünde in der Dritten Welt auch keine Entwicklung in Form abstrakter gesamtwirtschaftlicher und industrieller Wachstumsraten an, sondern ganz im Gegenteil, die Beendigung dieser Entwicklung, die es dort ja durchaus gibt. Damit werden aber Ziele wie die Änderung von Eigentumsverhältnissen, die Änderung der Einkommensverteilung, Landreform und Produktion für die Bedürfnisse wesentlich.

Die Diskussion über nachholende Entwicklung krankt aber nicht nur daran, daß man eine kapitalistische Entwicklung, die zu Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Hochrüstung und zu zunehmender geistiger Perspektivlosigkeit führt, besser nicht nachholen sollte, vor allem da Alternativen ja sehr wohl denkbar sind. Sie krankt auch daran, daß sie der kapitalistischen Weltwirtschaft Fähigkeit zuschreibt, die diese meiner Ansicht nach nicht besitzt. Denn natürlich ist die Diskussion über nachholende Entwicklung nicht damit beendet, daß jemand den Kapitalismus nicht mag. Für Millionen in der Dritten Welt erscheint es durchaus als erstrebenswertes Ziel, so zu leben, wie der Durchschnitt das in den Metropolen kann. Wenn also eine nachholende Entwicklung möglich wäre, wäre sie zumindest *eine* Option im Kampf gegen das Massenelend. Aber hält der Kapitalismus denn überhaupt diese Möglichkeit bereit, geht er in Richtung „Entwicklung" oder geht er nicht vielmehr in Richtung „Verelendung"? Die Frage der nachholenden Entwicklung ist also nicht nur eine normative, sondern auch eine Frage der Analyse des Systems und dessen allgemeiner Bewegungsgesetze.

Damit komme ich wieder zu Messner und Hurtienne und zu meiner Behauptung daß sie sich von dem, was sie kritisieren, nicht wesentlich unterschieden: Sie versuchen, die Frage nach der Entwicklung des weltweiten Kapitalverwertungsprozesses mit Einzelbeispielen und mit „Strukturbastelei" zu beantworten. Wenn Hurtienne Cardoso/Faletto darstellt, die es ablehnen, eine eigenständige Theorie der Abhängigkeit zu entwickeln, weil es keine zwischen Peripherie und Metropolen unterscheidbaren Gesetze der Kapitalakkumulation gibt, leuchtet mir das ein. Der logische nächste Schritt müßte dann aber die Analyse der Gesetzmäßigkeiten der weltweiten Kapitalakkumulation, der daraus resultie-

renden „Arbeitsteilung" und deren Folgen sein.

Stattdessen wird aber ganz im Gegenteil wieder an Einzelbeispielen, historischen Strukturen, „sich überlagernden Funktionsräumen" gearbeitet, die aber, soweit ersichtlich, nicht als Material zur theoretischen Verallgemeinerung dienen, sondern empiristisch gehandhabt werden. Und so kennt man ja auch die „Standardversion" der Dependenztheorie: Sie beschreibt einzelne Elemente der Wirklichkeit, versieht diese Beschreibung allzuoft mit eklektischen, nicht abgeleiteten Theorieelementen und operiert ausführlich mit dem Begriff „Struktur" und „strukturell". Da sich damit aber wenig erklären läßt, wird jede Entwicklung, die die beschriebene Struktur durcheinanderbringt — und solche Entwicklungen gibt es ständig — einerseits als theoretische Pleite (zurecht), andererseits als Hinweis auf die Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus (zu Unrecht) wahrgenommen.

Auch wenn beispielsweise Messner zu Südkorea vieles schreibt, was unzweifelhaft richtig ist, steht und fällt die Analyse, was das für die Dritte Welt ingesamt bedeutet, damit, ob man eine einigermaßen richtige Theorie darüber hat, wie sich und aufgrund welcher Gesetzmäßigkeiten sich die Akkumulation insgesamt entwickelt. (Womit ich nicht unterstellen will, daß Messner so eine Theorie nicht haben könnte; aber in den „blättern" schreibt er jedenfalls nichts dazu.)

Um aber nicht nur bei der Kritik stehenzubleiben, will ich in diesem Zusammenhang im folgenden einen Ansatz skizzieren, der vom Begriff der Kapitalakkumulation ausgeht (wirklich nichts Neues), und der meiner Ansicht nach geeignet ist zu zeigen:

— daß die ständige Diskussion im „innere" und „äußere" Faktoren der Entwicklung, mit der ganze Bücher gefüllt werden, sinnlos ist, weil es keine unterschiedlichen inneren oder äußeren Gesetze der Kapitalverwertung gibt.
— daß die kapitalistische Ökonomie sich selbstverständlich immer entwickelt — auch in der Dritten Welt — und daß gerade diese Entwicklung eine Steigerung der weltweiten Verarmung und eine Reproduktion der relativen Unterentwicklung der Dritten Welt mit sich bringt.

Vorneweg noch eine Erläuterung zum Begriff der Unterentwicklung: Sie ist gekennzeichnet, erstens durch einen Rückstand in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, das heißt durch eine signifikant niedrigere Durchschnittsproduktivität als sie Industrieländer aufweisen und zweitens durch Massenarmut aufgrund eines erheblich größeren Arbeitslosenheeres als in den Metropolen.

1. Historisch vorausgesetzt ist die Periode des früheren Kolonialismus, der als Periode der Ausplünderung die Entstehung des Industriekapitalismus in Europa fördert und den Kapitalismus von vorneherein als weltumspannendes ökonomisches System entstehen läßt.

2. Die durch den Kolonialismus gewaltsam geschaffenen Unterschiede in der Entwicklung der Produktivkräfte werden im folgenden auch nach der Entstehung formell souveräner Staaten aus den ehemaligen Kolonien reproduziert. Diese Reproduktion vollzieht sich im Rahmen einer „internationalen Arbeitsteilung", die keine geplante, modellhafte Strategie darstellt, sondern eine Folge der Profitmaximierung ist.

Für Länder mit vorgefunden hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen, mit niedrigem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und geringer Anhäufung von Kapital ergibt sich daraus, daß da investiert wird, wo

— sich relativ viel menschliche Arbeitskraft anwenden läßt
— wo der Kapitalbedarf relativ gering ist
— wo wenig technisches Wissen erforderlich ist
— wo das Kapital sich schnell umschlägt.

Historisch waren diese Bedingungen am ehesten im Bereich der einfachen industriellen Konsumgüterproduktion gegeben, weswegen in unterentwickelten Ländern überwiegend in diesem Bereich teilindustrialisiert wurde. Auch die Direktinvestitionen aus den Industrieländern folgen diesem Muster. Es werden Fertigungen aus den Metropolen ausgelagert, die bei niedriger organischer Zusammensetzung des Kapitals eine Kombination billiger Arbeit mit einfacher Technik ermöglichen, ohne daß dabei die Vorteile der niedrigen Löhne durch niedrige Produktivitäten kompensiert werden dürfen.

Zusammenfassend bedeutet das aber, daß in unterentwickelten Ländern alte Produktionen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätsgraden entstehen, während neue Produktionen, high-tech etc. in den Industrieländern konzentriert bleiben.

Dadurch wird die relative Unterentwicklung der Dritten Welt reproduziert. Andererseits ist diese Investitionsstruktur aber nicht statisch. Im Laufe der allgemeinen Entwicklung der Produktivkräfte werden in bestimmten Ländern der Peripherie Industrien angesiedelt oder den Aufbau durch einheimische Kapitalgruppen akzeptiert und gefördert, die lange Zeit den Industrieländern vorbehalten waren. In diesem Sinne ist auch Südkorea mit seiner Automobil-, Computer- oder Werftindustrie keineswegs ein Gegenbeispiel, vor allem wenn es richtig ist, daß südkoreanisches Kapital einerseits stark mit japanischen und amerikanischen Lizenzen und Beteiligungen produziert, andererseits nach wie vor von Investitionsgüterimporten abhängig ist.

Neben dieser Form der „Arbeitsteilung" spielen rohstoffbezogene Investitionen und Investitionen von Auslandskonzernen, die zur Marktbeherrschung dienen, eine Rolle.

3. Die Versuche einheimischer Kapitalgruppen oder der Staaten unterentwickelter Länder, mit den Konzernen der Industrieländer zu konkurrieren, sind in der Regel erfolglos und bleiben in Auslandsverschuldung stecken. Kapitalakkumulation wird damit im Rahmen eines internationalen Konzentrations- und Zentralisationsprozesses immer mehr zur Angelegenheit weltweit operierender Großkonzerne.

4. Diese multinational betriebene Kapitalverwertung kann sowohl in der 3. Welt als auch bei uns hohe Wachstumsraten schaffen und *gleichzeitig* die Arbeitslosigkeit und damit das Massenelend steigern.

Zu dieser Betrachtung sei auf eine Überlegung hingewiesen, die Marx im ersten Band des Kapitals anstellt, wo er zu dem Ergebnis kommt, daß die Kapitalakkumulation die Lage der Arbeiter verschlechtern und vor allem die Reservearmee vergrößern wird.

Das diese Überlegung sehr aktuell ist, zeigt die derzeitige Diskussion der bürgerlichen Volkswirte über die „Scherentheorie", wobei es um die alte Frage geht, ob Investitionen Arbeitsplätze schaffen oder vernichten. (Zu den Fakten bezüglich der Entwicklung in der BRD siehe z.B. den Aufsatz von Prof. W. Glastetter, ehemals Mitglied im Sachverständigenrat, in HWWA-Wirtschaftsdienst 11/88)

Die Diskussion über das „Allgemeine Gesetz der Akkumulation" (Marx), halte ich für die eigentlich lohnende Diskussion.

Die heute über 20 Mio. Arbeitslosen in den Industrieländern, die über 300 Mio. starke Reservearmee in der Dritten Welt zeigen empirisch, daß Akkumulation unter den Kriterien der Profitmaximierung Reichtum am einen Pol und Verarmung am anderen produziert.

Gerade in unterentwickelten Ländern wird die Einführung neuer Techniken und Industrien selbst dann, wenn sie unter dem Produktivitätsstand der Industrieländer liegen, schnell zu einer Ausdehnung der Reservearmee führen, da hier noch oft umfangreiches Handwerk und althergebrachte Klein- und Mittelbetriebe existieren, deren Ablösung durch moderne Industrie erhebliche „Freisetzungseffekte" hat.

Daß in bestimmten Konjunkturphasen und in bestimmten Ländern (auch hier kann man wieder Korea nennen) Investitionen und Produktionsausdehnung zu mehr Beschäftigung führen können, ist kein Gegenbeweis. Die Wirkung der Akkumulation muß durch Konjunkturzyklen hindurch und über einzelne Länder hinausgehend in Bezug auf die gesamte kapitalistische Welt beobachtet werden.

Wenn die hier nur bruchstückhaft wiedergegebene Analyse stimmt, daß die kapitalistische Weltwirtschaft Unterentwicklung erstens durch Aufrechterhaltung der Produktionsrückstände reproduziert und zweitens durch zunehmende Verelendung im Gefolge der Kapitalverwertung verstärkt, bedeutet das aber auch, daß sich eine politische Strategie gegen Unterentwicklung in erster Linie auf die Aufhebung des Kapitalverhältnisses zu beziehen hat.

Charles Pauli

Perestroika der linken Entwicklungstheorie

In seiner sogenannten „Antwort an Menzel und Brosch" erweist sich Hauck von neuem als marxistischer Großinquisitor, dessen entwicklungstheoretisches Interesse sich auf die Marx-Exegese zu beschränken scheint: Sein einziges neues Argument — die These, Marx sehe den Kapitalismus nicht als notwendiges Durchgangsstadium zum Sozialismus an — untermauert er mit dessen „Entwürfen für den Brief an V. Sassulitch" (Blätter des IZ3W, Nr. 156, März/April 1989: S. 48). Mir scheint die Fortsetzung der Debatte in dieser Art von allenfalls scholastischer Relevanz.

Andererseits hat mir Menzels professorale Arroganz, obwohl ich seine Argumente teile, ebenso mißfallen wie der IZ3W-Redaktion. Bei aller gebotenen polemischen Schärfe sollte das gemeinsame Interesse an einem Paradigmenwechsel in der linken Dritte-Welt-Diskussion doch schwerer wiegen als verletzte Eitelkeit. Der IZ3W-Redaktion ist daher beizupflichten, wenn sie es für wenig konstruktiv hält, „auf die bisherigen Polemiken noch weitere folgen zu lassen" (ebd.).

Für wichtig halte ich es jedoch zu vermeiden, daß die „Dritte-Welt-Szene" aus der Kritik an der Dependenztheorie — wie Hauck — in einen sektiererischen Antiimperialismus zurückfällt. Was vielmehr ansteht, ist eine Perestroika der linken Entwicklungstheorie.

Die Perestroika bricht mit der schlechten marxistischen Tradition, die Errungenschaften der „civil society", die bürgerlichen Freiheiten als „schönen Schein der Modernität" abzutun. Sie bricht mit der Dichotomie von Marktwirtschaft und Sozialismus.

Marx meinte noch, die reale Möglichkeit einer „Assoziation freier Produzenten" wissenschaftlich — und nicht nur als normative Utopie — erwiesen zu haben. Daher bezieht seine revolutionäre Kapitalismuskritik ihre Legitimation. Nachdem immer neue wissenschaftliche Erklärungen dafür nachgeschoben werden mußten, weshalb die Revolution in den kapitalistischen Zentren ausgeblieben war, exportierte die Linke ihre Sehnsüchte in die Dritte Welt: „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams". Solche Parolen wirken heute bestenfalls naiv, schlimmstenfalls blutrünstig. Der real existierende Sozialismus hat sich, wie Enzensberger zynisch konstatiert, als das „höchste Stadium der Unterentwicklung" entpuppt.

Diese Ernüchterung hat weitreichende Folgen für die Dritte-Welt-Bewegung: Sie zwingt zu einer differenzierten Weltsicht, warnt vor einer allzu voreiligen Solidarisierung mit sogenannten Befreiungsbewegungen und sozialistischen Regimes, sieht in der Förderung „profitträchtiger Unternehmensführung" namibischer Kleinindustrieller nicht gleich neokoloniale Verführer am Werk (wie Heike Becker in ihrem Artikel im letzten IZ3W-Heft: S. 10).

Für die (von Hauck erneut bestrittene) These, daß soziale Gleichheit eine Voraussetzung für kapitalistische Entwicklung sein kann, spricht folgende Überlegung: Die Nachfragestruktur der unteren Einkommensschichten ist relativ homogen und auf einfache, mit „angepaßter Technologie" produzierbare Güter ausgerichtet. Die Armen der Dritten Welt stellen also einen potentiellen Markt für die einheimische Kleindindustrie dar. Die kaufkräftige Nachfrage konzentriert sich dagegen bei den Eliten; sie orientiert sich an Luxusgütern und westlichen Prestigeobjekten und löst daher Multiplikatoreffekte allenfalls bei multinationalen Konzernen oder bei ineffzienten staatlichen Großbetrieben aus. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer Strukturanpassung, bei der von staatlicher Seite Einkommen und Produktionsfaktoren umverteilt, Kleinindustrie und angepaßte Technologie gefördert und dadurch Marktkräfte mobilisiert werden. Statt die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank pauschal zu verdammen, sollte die Dritte-Welt-Szene vielmehr deren soziale Umorientierung fordern — nicht als Sozialkosmetik zur poltischen Akzeptanzschaffung, sondern als Kernelement einer neuen Entwicklungsstrategie.

Mich würde interessieren — und dies ist nicht nur als rhetorische Frage gemeint — wie denn die autochthonen, nicht-kapitalistischen, real-utopischen Entwicklungswege aussehen sollen, von denen Armbrust und Hauck im letzten IZ3W-Heft orakeln. Eine gandhianische Dorfgesellschaft von Baumwoll-SpinnerInnen? Oder eine alternative Selbstverwaltungs- und Selbstausbeutungswirtschaft? Ich erwarte keinen ausformulierten Fünf-Jahres-Plan, wäre jedoch enttäuscht über ein Bilderverbot. Alternativstrategien für die fünfte Entwicklungsdekade — wäre das nicht die Fortsetzung dieser Theoriedebatte wert?

Achim Brosch

Wer Shell tankt, tankt Apartheid

Vom 8.-18. Juni 1989 findet unter dem Motto „Stoppt die Verbündeten der Apartheid" eine Aktionsdekade zu Südafrika statt. Sie wurde vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West (aej) initiiert und wird von vielen bundesweiten und regionalen Organisationen unterstützt. Die im Mittelpunkt dieser Aktionstage stehenden Bereiche sind: Geld/Bankenboykott, Erdöl und Politik. Shell trägt entscheidend zur Ölversorgung Südafrikas bei - ohne diese wäre der Apartheidstaat nicht in der Lage, seinen Repressionsapparat aufrechtzuerhalten. Bereits seit vier Jahren läuft eine internationale Kampagne gegen Shell. In diesem Jahr erfährt der Shell-Boykott durch die genannte Aktionsdekade zumindest hier in der Bundesrepublik neuen Aufschwung. Wir hoffen, daß auch Anregungen von den groß angelegten internationalen Protesttagen gegen Shell in den Niederlanden, die vom 19./20./21. April 1989 in Amsterdam stattgefunden haben, aufgenommen werden. Im folgenden drucken wir einen Aufruf zum Boykott der Firma Shell ab.

Südafrika, Rohöl und Shell

Südafrika besitzt keine Erdölvorkommen. Es muß mehr als 70% des Verbrauchs über Großtanker einführen, mindestens 14 Mio. t jährlich. Höchstens 25-30% werden durch kostspielige Kohleverflüssigung der staatlichen SASOL-Werke gewonnen. Der Transportsektor sowie Militär und Polizei sind auf Treibstoffe und Schmieröle besonders angewiesen, anders könnten sie weder schwarze Wohnsiedlungen terrorisieren noch die Nachbarländer von Angola bis Mosambik destabilisieren. Die in stillgelegten Bergwerken gelagerten Öl-Reserven von 7 bis 8 Mio. t reichen höchstens 250 Tage.[1] Ein wirksamer Boykott könnte das Regime an den Verhandlungstisch zwingen.

Der niederländisch-britische Royal Dutch/Shell-Konzern war 1987 vom Umsatz her zweitstärkstes Unternehmen der Welt - nach General Motors, USA (Gesamtumsatz Shell: 140,5 Milliarden DM, davon weniger als 2% in Südafrika). Sein US-Konkurrent Exxon (dritter unter den Weltkonzernen, 0,2 % des Umsatzes in Südafrika), verließ den Apartheidstaat schon Mitte der '80er Jahre.

Shell liefert ca. 14 bis 16 % des südafrikanischen Rohölbedarfs und betreibt zusammen mit BP, Mobil Oil und SASOL die vor Durban liegende größte südafrikanische Tankerabfüllanlage. Shell und BP besitzen auch die größte Raffinerie, SAPREF (ca. 200.000 Barrel täglich, 1300 Beschäftigte, darunter 500 Weiße). SAPREF produziert Benzin, Gasolin, Paraffin, Dieselöl, Treibstoffe für Flugzeug- und Schiffsmotoren, Reinigungsmittel und Bitumen zum Straßenbau. Zusammen mit der Regierung unterhält der Konzern eine Inland-Pipeline.

Auch in anderen Bereichen ist Shell aktiv: Shell besitzt »strategisch« wichtige Anteile an der Chemieindustrie, ebenso Zukkerrohr- und Waldplantagen. Der Konzern hält Anteile am Kohlebergbau und ist einer der größten südafrikanischen Kohleexporteure. Ausländische Konzerne dürfen gegen die Garantie ausreichender Öllieferung Kohle exportieren. Shell ist des weiteren einer der größten Saatgutproduzenten weltweit und plant (wie andere Chemiefirmen) Leistungspakete mit »genmanipuliertem Saatgut . . . und genau darauf abgestimmten Schädlingsbekämpfungsmitteln und Pflanzenschutzpräparaten« auf den Markt zu bringen (stern v. 25.8.1988). Auch die in Namibia tätige »Shell Öl Südwestafrika« gehört zu 100% Shell.

Das seit acht Jahrzehnten in Südafrika ansässige Unternehmen hat nur wenige schwarze Manager ausgebildet. Es darf aufgrund südafrikanischer Gesetzgebung den Umfang seiner Lieferungen nicht öffentlich bekanntmachen und muß werkseigene Sicherheitskräfte halten, die verpflichtet sind, mit dem Militär zu kooperieren. Die Regierung kann bei Erklärung des Notstandes alle Shell-Betriebe in eigene Regie nehmen.

„Shell muß Südafrika verlassen"

Shell „produziert, raffiniert, lagert, transportiert, liefert, verteilt und verkauft Benzin und andere Öle und Produkte" an den Apartheidstaat. Der Konzern hilft „Gesetz und Ordnung" zu erhalten, die der brutalen Unterdrückung dienen. „Wir versuchten, mit Shell zu verhandeln, doch sie weigerten sich... Shell ist nicht an Demokratie in Südafrika interessiert. Es liefert Öl an eine Regierung, die unschuldige Frauen und Kinder in den schwarzen Townships tötet... Sie haben keinen Respekt vor menschlicher Würde... Shell muß Südafrika verlassen, das ist der einzige Schritt in die richtige Richtung" (James Motlatsi, Präsident der Südafrikanischen Minenarbeitergewerkschaft, vor der Shell-Aktionärsversammlung in Den Haag, Mai 1988).

Der Südafrikanische Kirchenrat fordert seit Mai 1985 alle Kirchen der Welt auf, für „wirksamen und wirtschaftlichen Druck" zu sorgen, um noch mehr Gewalt und Blutvergießen zu verhindern. „Shell zum Verlassen Südafrikas und zum Aufgeben aller wirtschaftlichen Verbindungen zu zwingen, ist die logische Konsequenz dieses Beschlusses" (Beyers/Naudé, burischer Theologe, bis 1987 Generalsekretär des Kirchenrates). Sein Nachfolger, Frank Chikane, erklärte im November 1987: „Es ist besonders wichtig, daß die Apartheidgegner in aller Welt Unternehmen wie Royal Dutch/Shell und Mobil Oil auffordern, alle Verbindungen mit Südafrika zu zerschneiden, um die weiße Minderheit zu drängen, friedlichen Veränderungen zuzustimmen.".

Erzbischof Tutu: „Verbraucheraktionen wie der Shell-Boykott könnten das letzte Mittel der internationalen Gesellschaft sein, Pretoria zur Vernunft und unser Land zur Gerechtigkeit zu bringen" (Mai 1988).

Die Katholische Bischofskonferenz erklärte im Mai 1986, „daß weiterhin Druck ausgeübt und wenn nötig verstärkt werden sollte..." (Erklärung „Wirtschaftlicher Druck und Gerechtigkeit" vom 2.5.1986, zitiert nach „Weltkirche" 3/1986).

Internationaler Shell-Boykott

Die **OPEC-Staaten** (erdölexportierende Länder) beschlossen bereits 1979 einen freiwilligen Boykott. Doch einige, wie das Ölscheichtum Brunei (das mit Shell die Brunei-Shell-Erdölförderungsgesellschaft betreibt) durchbrachen den Beschluß gegen höhere Zahlungen. Brunei-Shell liefert an das japanische Unternehmen Marubeni, das an die Schweizer Firma Marc Rich weiterverkauft, die Südafrika direkt beliefert. Auch die bundesdeutsche Firma Marimpex/Wilhelmshaven lieferte von 1980 bis 1984 mindestens 10% des südafrikanischen Rohöls. Das von Südafrika von 1979 bis 1987 bezogene Rohöl kostete schätzungsweise 25,6 Milliarden US-Dollar. Dazu kam ein Aufpreis von 20 Milliarden zur Umgehung des Ölembargos.



Die **UN-Generalversammlung** forderte wiederholt den Öl-Boykott, zuletzt im November 1987 mit 137 Stimmen (Gegenstimmen: USA, Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik). Ein entsprechender, alle UN-Mitgliedsstaaten bindender Beschluß des UN-Sicherheitsrates wurde von den USA, Frankreich und Großbritannien verhindert (zuletzt im März 1988).

Weltweit waren Mitte 1988 ca. 200 internationale Gewerkschaften, Kirchen und Anti-Apartheidbewegungen am Shell-Boykott beteiligt (allein in den USA 75 Organisationen).

Boykott-Aktionen haben in den **USA** besondere Bedeutung, da Shell in diesem Land ca. 30% seines Weltumsatzes erzielt. 55 protestantische Kirchen, katholische Diözesen und Ordensgemeinschaften begannen 1985 in den USA eine Kampagne gegen 12 US-Unternehmen (General Motors, Mobil Oil, Texaco, Chevron und andere), damit diese sich aus Südafrika zurückziehen. Sie schlossen sich 1986 dem von der Vereinigten US-Minenarbeitergewerkschaft und der großen US-Bewegung „Befreit Südafrika" begonnenen Shell-Boykott an. Entsprechende Beschlüsse faßten 1988 der Hauptvorstand der US-Baptisten-Kirche, die Barmherzigen Schwestern von Brooklyn, die Vereinigte Methodistenkirche, die Episkopalkirche sowie alle schwarzen US-Kirchen.

Das US-Repräsentantenhaus stimmte im August 1988 mit 240 zu 132 Stimmen für die Verschärfung des Sanktionsgesetzes von 1986. Die Zustimmung des Senats und des Präsidenten stehen noch aus. Wird die Vorlage Gesetz, müßten u.a. in Südafrika tätige US-Ölgesellschaften ihre Geschäftsverbindungen binnen 12 Monaten aufgeben. Neuabschlüsse über Rohöl-, Erdgas- oder Kohlelieferungen mit in den USA niedergelassenen ausländischen Unternehmen, die Rohöl an Südafrika liefern oder Investitionsgeschäfte tätigen, werden verboten.

Der Ökumenische Rat der Kirchen bittet seine mehr als 300 Mitgliedskirchen, „die weltweite Kampagne für den Boykott gegen die Shell-Öl-Cooperation zu unterstützen" (Zentralausschuß, August 1988 in Hannover).

Das **Europa Parlament** forderte im Juli 1988 seine 12 Mitgliedsstaaten auf, den Export von Ölprodukten nach Südafrika zu verbieten.

In **Großbritannien** (insgesamt ca. 3000 Shell-Tankstellen) unterstützen u.a. der Nationale Kirchenrat und die Methodistenkirche den Boykott und fordern „Shell-frei" zu fahren. Die britische Anti-Apartheid-Bewegung erklärte 1987 zum „Jahr gegen Shell" und organisierte eine Protestkette vor Shell-Tankstellen von London bis Glasgow.

In den **Niederlanden** unterstützen der Nationale Kirchenrat, seine Mitgliedskirchen, Gewerkschaften, die Anti-Apartheid-Bewegung, Städte und andere den Boykott, unter anderem durch eine Telefonkampagne gegen die ca. 950 Shell-Tankstellen.

Schweden und Dänemark verhängten 1986/87 ein absolutes Handelsverbot mit Südafrika. Die dänische Tageszeitung „Politiken" stellte die Shell-Anzeigenwerbung ein, ebenso die Städte Arhus und Odense in ihren öffentlichen Verkehrsmitteln. **Norwegen** verbietet den Rohöltransport seit 1987.

Städte, wie Sheffield/England, Hilversum/Niederlande, Trondheim/Norwegen u.a. stellen ihre Lieferverträge ein. Der Bürgermeister Enschedes/Niederlande forderte namens 92 westlicher Städte die Shell-Aktionärsversammlung 1988 auf, alle Verbindungen zum Apartheidstaat zu lösen.

Shell gab 1987/88 sinkende Umsätze in Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Dänemark (1987 minus 7%) und Großbritannien (minus 6,6%) bekannt, ebenso Beschädigungen von über 120 Tankstellen in Westeuropa.

Der Konzern will in Südafrika bleiben, um „zur demokratischen Entwicklung beizutragen", erklärte Vorstandssprecher J. Wilson im April 1988. Wird aber die vom US-Repräsentantenhaus beschlossene Verschärfung der Sanktionen Gesetz, müßte er erwägen, das Land zu verlassen.

Shell startete mit Hilfe der US-Firma Pagan Internationale/Washington eine Gegenkampagne unter dem Code „Neptun-Strategie" mit dem Versuch, vor allem kirchliche Gruppen von der Unterstützung des Apartheidregimes durch Shell abzulenken und in Fragen des künftigen Südafrikas zu verwickeln.

Der niederländische Shell-Chef, van Wachem, schrieb dem Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Pfarrer Emilio Castro, in Südafrika seien weitere Ölkonzerne und Hunderte von ausländischen Firmen tätig. Unter diesen stehe Shell an der Spitze der Opposition gegen Apartheid. Der ÖRK sei der christlichen Moral verpflichtet, Boykott sei „unethisch

und intolerant". Der Generalsekretär antwortete, andere Ölkonzerne seien keineswegs unschuldig. „Wir fangen lediglich bei Shell an, dessen geschäftliches Engagement in Südafrika derzeit mit am offensichtlichsten ist."

Shell-Boykott in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es bisher nur vereinzelt Aktivitäten gegen den Shell-Konzern. Aktionen zur Aufklärung und Bewußtseinsbildung sind dringend erforderlich, um die Basis für weiteren Druck auf das Unternehmen zu erhöhen.

Einige Handlungsanregungen für Einzelne und Gruppen:

- Tanken Sie nicht bei Shell-Tankstellen und kaufen Sie keine Shell-Produkte (Öle, Lösungs- und Reinigungsmittel, Stoffe zur Luftverbesserung). Ermuntern Sie Ihre Bekannten, dies ebenfalls zu tun.
- Machen Sie Ihren Boykott zum Beispiel dadurch öffentlich, indem Sie den Aufkleber (erhältlich bei den Trägern der Aktionsdekade) auf Ihrem PKW verwenden!
- Teilen Sie Ihrer Shell-Tankstelle bzw. dem Shell Konzern (Anschrift: Royal Dutch Petroleum Co., Präsident van Wachem, Carel van Bylandthaan 30, NL-2596 HR Den Haag) Ihren Boykott mit und fordern Sie Shell auf, jedwede Unterstützung des Apartheidsystems einzustellen.
- Organisieren Sie öffentlichkeitswirksamen Protest: zum Beispiel durch Mahnwachen vor Tankstellen und Shell-Agenturen, Straßentheaterszenen, Plakatwandgestaltung zum Shell-Boykott, Zeitungsannoncen, Infostände in Fußgängerzonen etc.
- Fordern Sie mit entsprechender Begründung Kommunen, Kirchengemeinden, weitere Organisationen und Institutionen auf, evtl. bestehende Verträge mit Shell (z.B. über Heizöllieferungen) auslaufen zu lassen.

Die Träger der Aktionsdekade „Stoppt die Verbündeten der Apartheid" weisen ausdrücklich darauf hin, daß sie gewalttätige Aktionen (z.B. Beschädigung von Shell-Eigentum) grundsätzlich ablehnen.

Ähnlich wie bei der Kampagne zur Kündigung der Konten bei Banken, die dem Apartheidstaat Kredite beschaffen, gibt es auch in diesem Bereich keine „saubere" Tankstelle oder Liefergesellschaft. Wir haben jedoch für unseren Boykott bewußt eines der bedeutendsten Unternehmen für die Aufrechterhaltung des Systems in Südafrika ausgewählt. Der Boykott richtet sich nicht gegen Shell als Unternehmen, sondern gegen seine Unterstützung des Apartheidstaates. Damit diese Unterstützung beendet wird, muß der nationale und internationale Druck auf den Shell-Konzern noch erheblich erhöht werden!

BDKJ/aej

Quellen:

1) Diese und alle weiteren Angaben basieren auf Informationen von
- „Shipping Research Bureau/Amsterdam („Newsletters on the Oil Embargo on South Africa", P.O. Box 11898, 1001 GW, Amsterdam, Niederlande; Telefon 00 31/20-251-300)
- „U.S. Churches denounce Shell Oil's South Africa ties" South Africa Issue Group, Interfaith Center on Cooperate Responsibility 475 Riverside Drive New York, New York 10115, USA

Der Ökumenische Rat der Kirchen bietet des weiteren eine englische Information (22 Seiten) an; Bezug: P.O. Box 66, CH-1211 Genf 20; Telefon 00 41/22-916-111.

Dieser Beitrag wurde dem vom BDKJ und aej herausgegebenen Materialheft „Stoppt die Verbündeten der Apartheid" entnommen.
Der Bezug des 24-seitigen Materialheftes ist möglich über:
BDKJ, Postfach 320 520, 4000 Düsseldorf,
oder
aej, Porschestr. 3, 7000 Stuttgart 40
Kostenpunkt: Einzelheft DM 2,-, ab 10 Ex. DM 1,50

Materialien zu den internationalen Aktionstagen in den Niederlanden gibt es bei:
„Shell uit Zuid-Afrika", Postbus 6452, 1005 EL Amsterdam







Philippinische Prostituierte brauchen unsere Unterstützung

Auf den Philippinen existiert seit drei Jahren eine sogenannte demokratische Regierung unter der Präsidentin Cory Aquino. Ihr Kabinett besteht inzwischen überwiegend aus führenden Militärs — eine Militärregierung also mit dem Anschein eines demokratischen Staates. Nach wie vor gilt der Begriff „Kommunist" als pauschale Diffamierung politisch Andersdenkender.

Prostitution ist auf den Philippinen gesetzlich verboten, stellt jedoch eine der Haupteinnahmequellen der philippinischen Wirtschaft dar. Absurd genug, daß die Existenz von Prostitution seitens der philippinischen Regierung und Lokalverwaltungen schlichtweg negiert wird. Es gäbe allenfalls „Unterhalterinnen" (hospitality women) als Ausdruck der großen Gastfreundschaft des philippinischen Volkes gegenüber Ausländern.

In Olongapo, einem philippinischen Kleinstädtchen an der US-amerikanischen Militärbasis Subic — dem größten US-Militärstützpunkt außerhalb der USA —, leben 10.000 — 20.000 Prostituierte, die die Reproduktionsarbeit an den dort stationierten 5.000 — 10.000 US-Servicemen leisten.

BUKLOD ist philippinisch und heißt übersetzt „Treffpunkt". BUKLOD ist eine seit drei Jahren existierende Selbsthilfeorganisation von Prostituierten in Olongapo. Das Zentrum bietet für die Frauen Gesundheitsberatungen, Körperarbeits-Seminare, einkommenschaffende Projektarbeit, Englisch- und Weiterbildungskurse und einen Nachtkindergarten an.

BUKLOD ist für die Frauen auch eine Art Familienersatz. Im Alter von 12-14 Jahren verlassen die Frauen ihre Heimatprovinzen, um in Olongapo Geld zu verdienen — meist finanzieren sie durch ihre Arbeit Geschwistern und Eltern eine teure Ausbildung und ein menschenwürdiges Dasein ohne Hunger. In Olongapo angekommen, realisieren sie erst den Preis, den sie für die Dollars der US-Servicemen bezahlen müssen: halbnackt als GoGo-Girls, als Bedienungen oder Gesellschafterinnen in den Hunderten von Bars und Clubs, immer jedoch auch als Prostituierte. Zu ihren Familien können sie niemals wieder zurück.

Das Zentrum BUKLOD ist seit dem 13. Januar 1989 Ziel von massiven Hetzkampagnen seitens des philippinischen Militärs und des Bürgermeistes Mayor R. Gordon, Diffamierungskampagnen über den lokalen Radiosender (Kommunismus-Vorwurf), brutale Verhöre durch Geheimpolizisten unter Waffengewalt etc. stehen auf der Tagesordnung.

Es wird behauptet, die Frauen würden mit Kommunisten zusammenarbeiten und den Rebellen Unterschlupf in den Räumen des Zentrums gewähren.

Unklar ist noch, inwieweit die Angriffe nur dazu dienen sollen, die Frauen daran zu hindern, weiterhin das Zentrum aufzusuchen und die Mitarbeiterinnen einzuschüchtern, oder ob es zu tatsächlichen Razzien, Verhaftungen, Ermordungen etc. kommen wird.

Die Kampagne war insofern schon erfolgreich, als daß tatsächlich einige Frauen nicht mehr kommen, und auch einige Mütter ihre Kinder nicht mehr in die Nachtbetreuung bringen, aus Angst, den Kindern könnte bei einer Razzia etwas zustoßen.

Die Mitarbeiterinnen vermuten als Gründe für das massive Vorgehen gegen BUKLOD, daß sich ihre Arbeit zwar nicht in erster Linie, aber auf den zweiten Blick als zwangsläufig gegen die Militärbasis gerichtet darstellt. Die politische Arbeit von BUKLOD beschränkt sich erst einmal darauf, Mißstände aufzudecken, die zu Lasten der Prostituierten gehen, und diese zu bekämpfen.

So z.B. haben sie durchgesetzt, daß Schauboxkämpfe zwischen den Frauen auf der Bühne nicht mehr stattfinden. Diese Kämpfe dienten zur perversen Belustigung der männlichen Zuschauer, während die Frauen sich auf der Bühne brutal zusammenschlagen mußten. Je mehr Blut floß, desto mehr Gage bekamen die Frauen.

BUKLOD deckte auch auf, daß Medikamente zur Behandlung der Prostituierten, die von der US-Basis großzügig an das örtliche Gesundheitsamt gespendet wurden, größtenteils abgelaufene Verfallsdaten aufwiesen oder gar auf dem europäischen und US-amerikanischen Markt aufgrund ihrer gesundheitlichen Bedenklichkeit aus dem Handel gezogen und verboten sind.

Daß diese Arbeit für die herrschenden Männer — nochmal mehr für die US-Militärs, die auf die Reproduktionsarbeit der Prostituierten für die Soldaten besonders angewiesen sind — eine Gefahr darstellt, ist offensichtlich.

Die Frauen rufen uns nun zur internationalen Unterstützung ihres Projektes auf. Sie bitten um Solidaritätsschreiben für BUKLOD an den Bürgermeister Mayor Gordon, um diesem das internationale Interesse an BUKLOD zu verdeutlichen. Ein derartiger internationaler Druck würde für die Frauen einen gewissen Schutz vor willkürlicher Gewalt seitens der Lokalverwaltung, des philippinischen Militärs und den rechtsextremistischen Bürgerwehren bedeuten.

SCHREIBT MASSENHAFT AN:
Mayor Richard Gordon, City Hall, Olongapo City 2200, Philippines.

Hier ein Vorschlag für einen Brief:
Sir! We heard about the recent harassements and threats of your local government and the philippine military against the center BUKLOD. We know BUKLOD as a self-help-organisation of hospitality-women in New Banicain, Olongapo. We inform you that the recent events at BUKLOD were published at newspapers, by radio broadcasts and public presentations in West-Germany. BUKLOD and the BUKLOD staff receives our total solidarity and we protest herewith against the recent harassements and threats against the women at BUKLOD. Hoping that this will not continue

Falls Ihr schreibt oder andere Aktionen macht, informiert bitte auch: Brenda Stoltzfus, Greenhills P.O.Box 336, 1502 Metro Manila, Philippines.
Brenda ist Mitarbeiterin von BUKLOD.

Klischees über Indien

Im ZDF wurde bis Anfang dieses Jahres die Fernsehreihe „Terra-X" ausgestrahlt, die sich mit „Rätseln alter Weltkulturen" beschäftigte.

Befremdliche und vor allem religiöse Phänomene zu verrätseln und sie zu einem von „Abenteuer und Forschung" (so der Untertitel der Reihe) aufzudeckenden Geheimnis zu machen, ist symptomatisch für den Umgang mit fremden Kulturen in den Medien. Die Kombination aus Exotik und Gewalt, die die Dramaturgie des Filmes ausmacht, dient der Reproduktion und Affirmation eingängiger Klischees. Diese Klischees haben, gerade was Indien betrifft, eine lange Tradition und dienen wohl hauptsächlich dazu, den Zugriff anstelle von Fragen zu setzen.

Erlösung vom Schmerz im „ewigen" Indien.

Die Nahaufnahmen von „heiligen Männern", die als Asketen die Erlösung suchen, lassen den Film in der für ihn charakteristischen Distanzlosigkeit beginnen. Die Erlösung, für den Westen seit langem Hauptmerkmal indischer Religion, wird als ein langwieriges und nur mit Kasteiungen zu erlangendes Ziel dargestellt. Am Schluß belehren die Autoren über den Grund dieser Suche nach Erlösung: „Nur in einem Land, in dem Tausende in Armut und Elend existieren müssen, kann der Glaube an die Erlösung in diesem Maße faszinieren." Seit 4000 Jahren werde in diesem Sinne den Göttern geopfert, Yoga betrieben und Buße getan — Religion und Armut zeitlos ineinander beschlossen.

So ist es eben, das ewige Indien und das indische Schicksal. Man kann sich beruhigt im Sessel zurücklehnen, genügt doch das Klischee der Geschichtslosigkeit dieses Landes selbst höchsten intellektuellen Ansprüchen (kann man sich doch zur Not auf Hegel berufen). Nun verstellt der Schicksalsgedanke zuweilen den Blick auf die Geschichte, um in diesem Fall wohl vornehmlich auf die eigene europäische. Der Zusammenhang von Kolonialismus und Armut in Indien braucht dann nicht mehr reflektiert zu werden, und man braucht sich auch nicht mehr darauf zu besinnen, in welcher geistigen Tradition man mit diesem Vorurteil steht. Ein Vorurteil, das dazu dient, sich von der Frage nach einer fremden Geschichte zu suspendieren, indem man sie als „Nicht-Geschichte" klassifiziert, zumal Geschichte (wenn es sie denn seit der Kolonisierung durch die Europäer dort doch geben sollte) in Ländern der sogenannten Dritten Welt sowieso nur in „Unruhen" besteht.

Doch was soll Geschichte, da es um die Erlösung, die heiligen Männer und das Mysterium des Shiva geht? Shiva, so heißt es, ist der Gott der Asketen und überhaupt der „oberste Gott", der allein Erlösung gewährt. Shiva, so lautet der Kommentar, wird zwar im Tempel mit Blumen und anderen Gaben verehrt, doch sind dies nicht die einzigen Formen der Verehrung: Es gibt noch ein „anderes Gesicht". Und dieses Gesicht wird nun nicht nur ausführlich gezeigt, sondern auch zum eigentlichen Kennzeichen der Heiligkeit und des Mysteriösen erhoben. Man sieht südindische Männer und Frauen in „wilden rituellen Tänzen" und mit Spießen, die sie sich in ihren Körper bohren, da die „Ekstase" sie schmerzunempfindlich mache. Diese Unempfindlichkeit gegen den Schmerz soll nun das „Rätsel", das „Mysterium des Shiva" sein, das als Zielpunkt aller religiösen Regungen unterstellt wird. Die illegitime Gleichsetzung von Hinduismus und Shivaismus erlaubt eine kurze Beantwortung der Frage, warum man sich für die Erlösung so peinigen muß: Weil das Leben durch die jeweilige Wiedergeburt in einer bestimmten Kaste vorbestimmt ist, und weil es schwer ist, dieser Vorbestimmung zu entkommen. Auch hier also: das Schicksal.

Außerdem kann man mit jener einfachen Gleichung von Hinduismus und Shivaismus auch alles, was sich sonst noch in Indien findet, zum Filmmaterial erheben: andere Götter wie Krishna, Surya (der Sonnengott) und Kali, oder den „Guru" Sai Baba und den aus dem Islam stammenden Sufismus. Das kann nicht nur ein Trick sein, um das Rätselhafte noch rätselhafter erscheinen zu lassen, ganz monolithisch und ohne Zusammenhang. Ist es Ignoranz oder die platte Intention, die Klischees in Europa zu bestätigen? Hört man der sanften Stimme zu, die den Film erläutert, so liegt letzteres nahe. Zwar wird ein Inder präsentiert, der meint, daß solche Körperbeherrschung für Erlösung ungeeignet sei, doch kann dieses nicht interessieren: denn, so lautet die Begründung, schließlich ist „Indien in Europa für seine Fakire bekannt, jedes Kind weiß...".

Heiligkeit in Zeitlupe

Damit ist das Rätsel endgültig als „Schmerzbewältigung" definiert. Jetzt kann es nur noch um dessen Wahrheitsgehalt gehen, und zu diesem Zweck gilt es genau zu klassifizieren: die „wirklichen" heiligen Männer sind diejenigen, die den Schmerz bewältigen können, die Yogis, die ihren Körper beherrschen, für die Erlösung natürlich. Dieses Ziel unterscheidet sie zum einen von den Zauberkünstlern, die eine „ehrliche Schau" bieten, und zum anderen vom „Scharlatan", der zwar seinen Körper beherrscht, aber vom Filmteam 50,- DM dafür verlangt, daß er sich vor der Kamera auf sein Dornenbett legt. In diesem Fall zeigen sich die Autoren an keiner Aufklärung interessiert, obwohl — wie bei den „echten Heiligen" — auch hier kein Blut fließt; hier trennen sich plötzlich die Wege von Ökonomie und Religion. Nur der Inder, der kostenlos seine Körperbeherrschung abfilmen läßt, scheint ein „heiliger" Inder zu sein. Eine typisch touristische Haltung, die immer bereit ist, sich über die Preise im fremden Land zu empören.

Den Wahrheitsgehalt liefert die moderne Technologie: Während sich beim Artisten die rostigen Nägel, die er verschluckt, tatsächlich im Röntgenschirm abbilden, findet man bei seiner Heiligkeit, der Krishna-Inkarnation Sai Baba, keinen Nachweis des doppelten Bodens: die Kieselsäure, die Sai Baba aus dem Nichts „materialisiert", kann er nicht in seinem Körper haben. So lautet der Befund des — natürlich deutschen — Chemielabors.

Der Blick aufs Volk, der sich als Sequenz über ein Fest zu Ehren der Göttin Kali darbietet, kehrt zurück zum Schmerz. Auch hier interessiert nur, daß früher junge Männer an durch die Haut gezogenen Haken am Tempelwagen aufgehängt wurden. Man versteht: auch das Volk sucht den Anblick der durchbohrten Haut (der Anblick: ein Standphoto dieser aufgehängten Haut). Man weiß inzwischen: das gehört zur Religion in Indien einfach dazu. Beweis: Man muß erst per Gesetz veranlassen, daß statt der Haken jetzt Seile verwendet werden. Immerhin: Ansätze zur Zivilisation auch in Indien...

Nach solcher Einstimmung folgt der Höhepunkt, bei dem es für längere Zeit unter die Haut gehen soll. Letzter Szenenwechsel

für das Mysterium des Shiva: Kein Film über Indien ohne das Taj Mahal. Doch hier nur von Ferne, diesmal nicht das Symbol für das indische Märchen, sondern nur Kulisse für heilige Akte. Diesmal besonders heilige Akte — denn sie waren gratis abzulichten. Sufis betreten den staubigen Boden; selbst der Islam hat trotz 500 Jahren Herrschaft in Indien der Ansteckung durch solche „Magie" nicht wiederstehen können, auch Moslems sind zu Fakiren geworden. So einfach ist sie also: die fünfhundertjährige Geschichte zwischen Hindus und Moslems.

Das Durchbohren von Körperteilen, die „Schmerzbewältigung", wird nun ausgiebig gefilmt. Um zu verstehen, was das schmerzfreie Durchstoßen des Zungenbodens ist, wird Tübinger Schmerzforschung präsentiert: Der heilige Mann (inzwischen nicht mehr als ein „Schmerzkünstler") im EEG. Wir erfahren: sein Gehirn schläft partiell.

Doch dies ist nur eine kurze Beruhigung vor der nächsten Sequenz: Der Schauder beim Anblick der nächsten „Leistung" muß einen schließlich erreichen oder die Übelkeit oder die Faszination. Höhepunkt: Der Sufi-Meister schneidet sich ein Stück der Zunge ab und setzt es wieder an, ohne daß Blut fließt. Schnitt: Mediziner sagen, es sei unmöglich. Schnitt: Zeitlupenaufnahme des Abschneidens der Zunge, die von der Präsentation von vier „zu beachtenden" Fakten begleitet wird, die der Aufklärung des „Rätsels" dienen sollen. Unerklärlich zwar, doch das Rätsel existiert wirklich, nicht nur in den Köpfen, sondern in der Kamera.

Der Kreis der Behauptungen über das Ziel indischer Religion schließt sich: „Nach solcher Vollendung streben auch die Hindus."

Das Bedürfnis nach dem Geheimnis

Vielfältigen Bedürfnissen in Europa mögen Filme dieser Art genügen; der Untertitel der Serie: „Abenteuer und Forschung" faßt sie vielleicht zusammen. Die Haltung jedoch, die sich dabei zeigt, ist stereotyp. Eine Haltung, die sich im bedenkenlosen Zugriff auf eine fremde Kultur äußert und diese so der Verfügbarkeit für die eigenen Zwecke unterwirft. Eine Haltung, die sich mit unangemessenen Kriterien einem erstaunlichen Phänomen nähert. Kriterien, die sich nicht nur in Scheinalternativen wie „Ist es ein Wunder oder ein Trick?", „Ist es religiöser Wahn oder Gottesverehrung?" zeigen, sondern auch im Urteil („Indien — das Land mit dem Hang zur Magie..."). Kriterien, die Religion zu einem physiologischen oder übernatürlichen Phänomen machen, damit man sich nicht mehr mit der Welt zu befassen braucht, in der das, was man Religion nennt, gelebt wird. Oder man liefert als „Begründung" das Dritte-Welt-Argument von der Armut, die die Inder so erlösungshungrig macht. Berichtet der Film denn über heilige Männer, Indien und den Shivaismus oder vielmehr von den Bedürfnissen in Europa?

Die Durchführung bestimmter „Schmerzbewältigungspraktiken", die ihrerseits das Maß der für die Erlösung notwendigen Körperbeherrschung angibt, ist für die Autoren das Kriterium der „Heiligkeit". Hinzukommen muß, daß für die Filmerlaubnis von den „Heiligen" kein Geld verlangt wird. Die „Heiligkeit" ist somit anscheinend etwas gänzlich Außerweltliches, von allen sozialen Bezügen Gereinigtes. Damit wird jedoch von vornherein ausgeblendet, daß den „heiligen Männern" in Indien ein gesellschaftlicher und ganz alltäglicher Ort zukommt, und sie sich so in einem vielschichtigen Kontext bewegen. Unterschlagen wird auch, daß extreme asketische Praktiken nur in bestimmten religiösen und rituellen Zusammenhängen vorkommen und nicht die Essenz des Shivaismus ausmachen. Diese Zusammenhänge zu erforschen war anscheinend nicht das Abenteuer, das die Autoren suchten. So wird in dem ganzen Film keiner der „Schmerzkünstler" dazu befragt, was diese Praktiken für ihn bedeuten. Statt dessen nimmt man das Phänomen mit nach Europa, um dort Gerätemedizin oder experimentelle Psychologie an ihm zu betreiben. Die naturwissenschaftliche Methode scheint somit der einzige Rahmen für das Verständnis des Phänomens zu sein; und Verständnis heißt hier: die Beantwortung der Frage, ob das Phänomen ein Trick ist oder wirklich existiert. Doch die Untersuchungen machen das Phänomen weder „wirklicher" noch „möglicher" — vielleicht spricht man deshalb weiter von Heiligkeit und Religion?

Vielleicht bringt aber auch die Entscheidung, sich mit einem Mysterium zu befassen, die Autoren dazu, sich auch über Religion zu äußern. Indien und der Hinduismus werden als eine zeitlose Einheit dargestellt, um sie sodann dem Gott Shiva zu unterstellen. Dieser Gott wird seinerseits zum „Gott der Asketen" erhoben. Damit wird allerdings nicht nur das Spektrum indischer Religiosität auf einen einzigen Aspekt reduziert, sondern auch der Shivaismus selber. So wird vom Hinduismus alles weggelassen, was nicht zum Interesse des Filmes paßt, was jedoch einzig solche Begrifflichkeit legitimieren könnte: so etwa die *bhakti* als eine Form des Bezuges zur Gottheit aus persönlicher Zuneigung. Anscheinend war man nicht in der Lage, die Vielfalt als Vielfalt wahrzunehmen und konzentrierte sich auf eine angebliche „Essenz", der dann noch etwas Lokalkolorit beigegeben wurde. Das erklärt das Sammelsurium aus Namen und Bildern, das sich um die zentrale Schmerzsequenz herum zum Ornament bildet.

Die Verschiedenheit von Shivaismus und Yoga

Weder der Shivaismus, noch der diesem zugeordnete Yoga sind homogene Systeme. Wie beides zu dem steht, was Hinduismus genannt wird, ist ein komplexer Sachverhalt, der durch die im Film aufgestellten Behauptungen verstellt wird.

Die Mythologie und Theologie des Shivaismus haben nicht nur eine eigene Geschichte, sondern sie stehen auch in enger Wechselwirkung mit anderen Religionen und den jeweiligen lokalen Gegebenheiten in Indien selber. Den Shivaismus und damit den Hinduismus insgesamt als eine jenseitsorientierte, ekstatische Erlösungsperspektive darzustellen, wird wohl nur dem Interesse des Fernsehens gerecht. Das zeigt sich vor allem daran, daß alle sozialen Zusammenhänge, in denen sich Religion auch abspielt, ausgeblendet werden. Der einzige soziale Zusammenhang, der genannt wird,





ist das Kastensystem, dessen Zusammenhang mit der Religion nur über die Erlösung von ihm bestimmt wird.

Die spezifische Position des Shivaismus in der Geschichte indischer Religion ist durchaus nicht so zeitlos, wie es die Bilder der Symbole von „Fruchtbarkeit und Zerstörung" suggerieren, die dem Gott Shiva zugewiesen werden, ohne daß man auf den inneren Zusammenhang von z.B. Sexualität und Askese in der Mythologie Shivas hinweist. Diese Geschichte ist nicht allein eine der Förderung des Shivaismus durch verschiedene Dynastien oder die von zeitweiligen Rivalitäten z.B. mit dem Vishnuismus, sondern auch die Geschichte regionaler Traditionen, die Geschichte, bei der man dann gerne auf das namenlose „Volk" verweist. Man kommt eigentlich nicht umhin, nach dem „Wann" und dem „Wo" zu fragen, wenn man den Anspruch erhebt, von Indien sprechen zu wollen.

Im Film wurde der Yoga als eine spezifisch shivaitische Praxis angesprochen. Er hat jedoch für die Geschichte indischer Religion insgesamt eine große Bedeutung. Der Yoga als eine Technik der Meditation und Selbstbeherrschung ist auch eine von vielen Möglichkeiten der Zuwendung zur Gottheit. Er kann auch eine Lebensform innerhalb der Gesellschaft sein und dabei eine politische Dimension annehmen. Das erlaubt jedoch nicht, den Yoga (im Film definiert als: „Körperbeherrschung, Vorstufe zur Meditation") zum Zentrum der Religion zu erheben. Auch hier ist zu fragen, um welche Form des Yoga es sich handelt. Die „Körperbeherrschung" ist z.B. in den Yoga-Lehren des Patanjali, dessen Darstellung einen autoritativen Rang hat, nur ein Teil des Yoga, und meint da die Fähigkeit, eine bequeme und stabile Körperhaltung über lange Zeit einnehmen zu können. Zwar entstehen aus dem Yoga besondere Fähigkeiten (*siddhi* oder *vibhuti* genannt), wie z.B. die Erinnerung an frühere Leben, aber weder sind das „Schmerzkunststücke" noch dienen sie direkt der Erlösung. Der Hatha-Yoga, in dem man sich auf die Übung, die Reinigung und nicht zuletzt die Gesundheit des Körpers konzentriert, zielt auch nicht auf „Schmerzbewältigung". Dieser Yoga setzt zudem eine andere Ebene körperlicher Erfahrung und ein Wissen um die „feinstofflichen" Dimensionen des Körpers voraus und lehrt Übungen, die auf eine Transformation des „Grobstofflichen" in die Bahnen des „feinstofflichen" Körpers abzielen.

Dem Hatha-Yoga liegt also ein ganz anderer Begriff von „Körper" zugrunde als etwa der westlichen Medizin. Für das Verständnis dieser Feinstofflichkeit ist Gerätemedizin fragwürdig.

Gewiß gibt es bei bestimmten shivaitischen Gruppen Praktiken, die man als „extrem" bezeichnen könnte, die sich jedoch innerhalb eines bestimmten Gottesbezuges bewegen und auch in einem ablehnenden Verhältnis zu den gesellschaftlich dominanten Regeln stehen. Die Aghoris und Kapalikas beziehen sich z.B. mit ihrem Aufenthalt an Leichenverbrennungsplätzen auf die Mythologie Shivas und sehen das als reinigend an, was im sozialen Umfeld als unrein gilt. Das zeigt, daß der in manchen shivaitischen Gruppen geforderte Lebenswandel auch in einer Wechselwirkung mit den Strukturen der indischen Gesellschaft steht, und die angebliche „Jenseitsorientierung" von daher zu relativieren ist.

Zu diesem sozialen Kontext gehört auch die fast klösterlich zu nennende Organisation der Asketen, die keinesfalls in beliebiger Weise nach dem „every man for himself"-Prinzip ihre Ziele verfolgen. In diesen asketischen Gruppen finden sich übrigens auch Frauen, die aber zum Teil ihre eigenen Institutionen haben. Schmerzerprobungen gibt es bei Asketenorganisationen, die einen militanten Charakter haben und ihre Waffen nicht zur Zierde tragen. Diese Gruppen verkörpern jedoch keinesfalls die Essenz der shivaitischen Religion, und ihre Praktiken machen nicht die Form ritueller und religiöser Bezüge der Mehrheit der indischen Bevölkerung aus oder wären die Erfüllung solcher Bezüge.

Erlösung vom Denken?

Die vielfältigen Praktiken und Lehren innerhalb der indischen Religionen unter Erlösung und Körperbeherrschung zu subsumieren, die zudem aus der schlechten ökonomischen Situation motiviert seien, ist eine irreführende und falsche Darstellung, die jedoch den westlichen Bildern von indischen Fakiren und dem erlösungshungrigen Volk (d.h. geduldig durch die Erlösungsperspektive und unberechenbar wegen des Hungers) entgegenkommt.

Es ist 150 Jahre her, daß Hegel den Yoga zum Zentrum indischer Religion erhob: „das indische Vereinsamen der Seele in die Leerheit ist eine Verstumpfung, die vielleicht selbst den Namen Mystizismus gar nicht verdient, und auf keine Entdeckung von Wahrheiten führen kann, weil sie ohne Inhalt ist."

Es gibt Fehlurteile über Fremdes, die auf die eigene Situation zurückfallen oder sie diagnostizieren. Für die filmtechnische Verdumpfung der Sinne und des Denkens durch den stereotypen Wechsel von Schock und entspannender Bilderflut, aus der jeder fremde Laut entfernt wird, ist dieser Film nur ein Beispiel von vielen. Auch deshalb nur ein Beispiel, weil er die bekannten Meinungen über das Unbekannte reproduziert, und so auf „keine Entdeckung von Wahrheiten führen kann". Diagnose der eigenen Zeit ist es auch, daß Religion entweder auf ein physiologisches Phänomen reduziert wird oder eben auf ein „Wunder", das sich irgendwo zwischen dem „Wahn" und dem „Übernatürlichen" ansiedeln soll.

Kaum ein Zufall ist es wohl, daß indische Religion diesem medienfinanzierten Ritual unterworfen wurde. Je ferner etwas ist, desto direkter scheint der Zugriff zu werden. Das Kamera-Objektiv kann sich alles heranholen; in der Blende gibt es kein Befremden mehr. Der Zugriff auf eine Kultur geschieht hier nicht mehr mit Waffen, sondern durch den touristischen Blick, der raffgierig und voyeuristisch durch beliebige Reize angezogen wird, wenn sie nur stark genug sind.

Längst gibt es die Rede von der „Photo-Safari" — eine Jagd auf fremdem Gebiet. Es geht um Trophäen. Doch die Trophäen, die man mit nach Hause bringt, leben nicht mehr.

Angelika Heckel

Leben im namibischen Township

Katutura — ein Township am Rand von Windhoek. Pünktlich zu Beginn des Unabhängigkeitsprozesses erschien bei ISSA dieser Sammelband über Geschichte und Leben in dieser größten Siedlung Namibias, die noch heute auf fast keiner Landkarte verzeichnet ist. Katutura — das ist auch Symbol des Freiheitskampfes in Namibia. Der Kampf gegen die Zwangsumsiedlung dorthin bezeichnet eine der ersten Eruptionen des Widerstandes gegen Apartheid in Namibia.

Mit der deutschen Kolonisierung Ende des letzten Jahrhunderts entstanden um den Verwaltungssitz Windhoek herum mehrere afrikanische Wohnviertel; teils durch zwangsweise Ansiedlung zur Dekkung des Arbeitskräftebedarfs der Weißen, teils freiwillig. In den '50er Jahren stand die größte dieser Siedlungen, die sogenannte „Alte Werft", der Ausdehnung der weißen Wohngebiete im Wege, bzw. wurde von den Weißen, die in der Nähe wohnten, als untragbar empfunden. Dies und die zunehmende Errichtung der Apartheidstrukturen führte zu den Plänen der Verwaltung, die „Alte Werft" zu räumen und die Bewohner in ein außerhalb des Stadtgebiets gelegenes, leicht kontrollierbares Quartier umzusiedeln. Die Bewohner der „Alten Werft" widersetzten sich. Auch wenn die Wohnverhältnisse dort mehr als ärmlich waren, und die Regierung die „modernen Häuser" des neuen Wohngebietes anpries, war ihnen doch der soziale Zusammenhang, die relative Abwesenheit staatlicher Kontrolle und Einmischung, das Eigentum an den ärmlichen Hütten lieber, als die Integration in das Herrschaftssystem der Apartheid. Die „Alte Werft" war sozusagen das letzte Rückzugsgebiet, das den Schwarzen von Windhoek ein gewisses Maß an kultureller und sozialer Identität und Autonomie bot, wo außerhalb nur Fremdbestimmung und Unterdrückung herrschte.

Eine Widerstandskampagne erreichte 1959 im Massenboykott städtischer Dienste und Einrichtungen ihren Höhepunkt. Das tragische Ende dieses Protests: Die Polizei feuerte in eine Versammlung, tötete elf und verletzte 40 Menschen. Dies nahm prägenden Einfluß auf den Widerstand. Trotz der Proteste fand in den folgenden Jahren die Zwangsumsiedlung statt. Die Afrikaner nennen die neue Siedlung „Katutura", das heißt sinngemäß: „Hier haben wir keine Bleibe".

Der vorliegende Band basiert auf einer Veröffentlichung der römisch-katholischen Kirche in Winkhoek. „Katutura-Revisted" ist der Originaltitel. In dieser Bestandsaufnahme der Verhältnisse in Katutura werden die verschiedenen Lebensbereiche dokumentiert: Gesundheitsprobleme, Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Kirchen, um nur einige zu nennen. Durch die authentischen Berichte von Betroffenen und durch zahlreiche Fotos unterstützt, entwickelt sich beim Leser ein konkretes, differenziertes Bild vom Leben im namibischen Township. Die Blaskapelle gehört ebenso dazu wie die unzähligen Fußballvereine, Gewerkschaften, die selbstorganisierte Grundschule, die Frauenorganisation. Die unglaublich ärmlichen Verhältnisse der Bewohner kommen zum Ausdruck, aber auch deren Widerstandsgeist und Bemühen, die Verhältnisse im Konkreten zu verbessern.

Die Übersetzung der englischsprachigen Broschüre wurde durch drei längere Beiträge ergänzt. In einem Ausschnitt aus seiner Autobiographie erzählt John Ya-Otto, damals einer der Boykott-Anführer und heute noch exilierter SWAPO-Funktionär, seine teils lustigen, teils bedrückenden Erlebnisse als Lehrer in der „Alten Werft".

Die Ohnmacht gegenüber den täglichen Gemeinheiten der burischen Beamten, die geballten Fäuste in der Tasche; die kleinen Fluchten am Wochenende in Alkohol und Tanz, dort wo das „alte Afrika", die Macht der Musik und das Drama des Alkoholismus so eng beieinanderliegen — all das schildert Seith Eixab in einem Essay über seine Alltagserfahrungen in Katutura.

Der dritte Beitrag von D. Simon ist eher sachlicher Natur. Er bietet Information über die Geschichte und Hintergründe der Entstehung Katuturas, ihre Funktion als Schlafstadt für Windhoeks schwarze Beschäftige, Paßgesetze, ethnische Struktur und neue Entwicklungen.

Das Buch ist lesenswert. Wie schon in den letzten Monaten wird Namibia erst recht in Zukunft immer wieder Gegenstand internationaler Politik und Berichterstattung sein. Da ist die Absicht der Herausgeber, Betroffene zu Wort kommen zu lassen, sehr zu begrüßen. Die subjektive Perspektive weckt Interesse. Was das Literarische angeht, so können die meisten Texte als gelungen bezeichnet werden.

Detlev Vogel

Henning Melber (Hrsg.)
Katutura, Alltag im Ghetto
Bonn 1988
190 S., DM 17,80
zu beziehen im Buchhandel oder bei der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung war in der BRD bisher wenig beachtet. Um so erstaunlicher, daß innerhalb kurzer Zeit gleich zwei Bücher zum Thema erschienen sind.

Beide befassen sich mit der chilenischen Gewerkschaftsbewegung nach der Machtergreifung Pinochets im September 1973 und gleichen sich in ihren Hauptaussagen.

Jaime Ensignia: Paro. Chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur, Berlin 1987, 214 S., 19,80 DM, Verlag: FDCL

Jaime Ensignia beginnt sein Buch damit, Elemente einer neuen Gewerkschaftstheorie zu formulieren. Die neue Gewerkschaftsbewegung bricht mit alten Traditionen, löst sich aus Parteiabhängigkeiten; sie öffnet sich nach außen, zu anderen sozialen Bewegungen wie Kirche, Studenten und Elendsviertelbewohnern. Sie bildet sich undogmatisch neu. So bewertet Ensignia aus soziologischer Sicht neu, was bisher von traditionell marxistisch-leninistischen Gewerkschaftstheoretikern ideologisch-politisch betrachtet wurde. Er wirft den Marxisten-Leninisten einen fehlenden Bezug zur Realität vor.

Um die heutigen „Phänomene innerhalb der nationalen Gewerkschaftsbewegung" zu verstehen, wird die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung vor dem Putsch aufgerollt. Ausgangspunkt ist das Jahr 1953, als der chilenische Gewerkschaftsdachverband CUT (Central Unica de Trabajadores) gegründet wurde. Die politische und soziale Entwicklung der CUT wird ausführlich dargestellt, periodisiert nach den verschiedenen Regierungen. Im Hauptteil wird beschrieben, wie sich der Charakter des chilenischen Staates in der Diktatur veränderte. Unter autoritärer Herrschaft entwickelte sich ein neoliberales Staatsprogramm, dessen Grundlagen benannt werden. Ensignia hätte jedoch beim Stichwort „Chicago Boys" den Bezug zur USA und ihres Einflusses auf Chile deutlicher herausstellen sollen: das Modell Chile, mit der Marionette Pinochet als langer Arm des Chicagoer Wirtschaftstheoretikers Milton Friedman. Die Gewerkschaftsbewegung wurde fortan unterdrückt und verfolgt, die CUT aufgelöst, und neue Arbeitsgesetze wie der „Plan Laboral" (Arbeitsrecht) behinderten die Gewerkschaftsarbeit.

Wie sich die Gewerkschaftsbewegung unter der Diktatur entwickelt, gliedert Ensignia in drei Phasen. Es beginnt mit dem Niedergang und der Zersplitterung von 1973 bis 1976. Danach folgen zwei Jahre der Besinnung. Die Arbeiter werden wieder aktiv und organisieren sich neu (1977 bis 1979). Nach Bekanntgabe des Plan Laboral und dem Widerstand gegen diese erneute Repression stabilisiert sich die Gewerkschaftsbewegung (1979 bis 1983).

Diese Phase endete im Ausnahmezustand und war bis 1986 nicht abgeschlossen. Es formte sich eine breite politische, besonders gewerkschaftliche Opposition.

Allerdings nennt Ensignia auch Schwächen der Bewegung, die die Zersplitterung beschleunigten. Anschließend werden die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen vorgestellt. Doch dieses Kapitel vermittelt den Schein eines Anhängsels an den Hauptteil. Die aufgeführten Gewerkschaften werden zuvor gar nicht oder wenig genannt; in seiner Kürze und Ungeordnetheit wirkt es zunächst verwirrend, aus dem Zusammenhang gerissen. Dennoch ist es als Überblicksartikel über die einzelnen Bewegungen geeignet. Ensignia zeigt das Verhältnis zu anderen sozialen und politischen Bewegungen auf, die Chancen und Probleme, die bei der Suche nach möglichen oder notwendigen Partnern zur Gestaltung einer künftigen Gesellschaft nach Pinochet wichtig sein können. Diese Partner sind Parteien, die Katholische Kirche, Arbeitslose oder die Arbeiter im Agrarsektor. Trotz starker Repressionen zieht Ensignia eine positive Bilanz. Die Gewerkschaftsbewegung hat nach Unterdrückung und Zerschlagung wieder an Format gewonnen und ihre Position als Oppositionsführerin zurückerobert.

Die vom Autor gegebene Perspektive im nationalen Rahmen für die chilenische Gewerkschaftspolitik unter der Militärdiktatur fällt jedoch mager aus. So begnügt er sich damit, Allgemeinplätze aneinanderzureihen, die generellen Aufgaben einer Gewerkschaftsbewegung zu benennen. An den systemtragenden Pfeilern des neoliberalen Programms in der Diktatur Pinochet wird nicht gerührt. Der konkrete Ansatzpunkt fehlt. Ensignias Ziel war, die praktischen, nicht die ideologischen Voraussetzungen zu untersuchen, die über lange Zeit hin die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung bestimmt haben. Sein Gegenstand war die Gewerkschaftsbewegung, nicht die Arbeiterklasse oder -bewegung. Daß es jedoch nicht ohne die Theorie funktioniert, zeigt er gleich im ersten Kapitel, in dem er sich auf die „Problematik der Gewerkschaftstheorie" einläßt. Die Einseitigkeit, die er bei den Marxisten-Leninisten kritisiert, vollzieht er selbst nicht nach. Auch Ensignia behandelt die oppositionellen Bauern, Studenten und Elendsviertelbewohner als Randgruppen. Dies wird besonders deutlich, wenn er die Gewerkschaftsbewegung als die „stärkste organisierte Kraft des Landes" bezeichnet, ohne die anderen Gruppen auch nur zu erwähnen.

Zu fragen ist, ob es zulässig ist, die Ge-

werkschaftsbewegung autonom, ohne besonderen Bezug auf die Arbeiterklasse und -bewegung, zu analysieren und zu bewerten.

Schließlich findet sie dort ihren Kern, den Ensignia scheinbar nicht zu suchen bereit ist. Er zeichnet eine „Gewerkschaftsbewegung ohne Arbeiterbewegung". Ein revisionistischer Schritt in dieser undogmatischen Betrachtungsweise? Eine weitere Schwäche offenbart sich im Gebrauch von Begriffen. Ohne erläuternde Ausführungen werden 'syndikalistische und mutualistische Gewerkschaftsbewegung' benutzt. Zur Erklärung: Mutualisten waren Gewerkschaftsorganisationen zum Zwecke gegenseitiger Hilfe. Sie basierten auf dem System des utopischen Sozialismus nach Proudhon. 'Autoritarismus' wird nur unscharf definiert, andere Begriffe erst später umrissen, wie der 'Staat des sozialen Kompromisses'. Hat der Autor sein Buch nur an einen informierten Leserkreis gerichtet? Weiter erschwert wird die Handhabe des Buches durch das Fehlen des Namens- und Stichwortregisters. Das Abkürzungsverzeichnis befindet sich zwischen Text und Anmerkungsapparat.

Dennoch weist das Buch zwei Stärken auf. Einerseits führte Ensignia zahlreiche Interviews mit Betroffenen, systematisierte und verwertete viele nicht veröffentlichte und veröffentlichte Quellen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Er analysierte und verglich offizielle und inoffizielle Statistiken, verarbeitete die gesamte (J.E.) Literatur Chiles und Europas, viele Zeitungen und Zeitschriften innerhalb und außerhalb Chiles. Andererseits ist der detail- und kenntnisreiche Hauptteil lesenswert.

Ensignia schreibt, daß er seine Ergebnisse vielfach diskutiert habe. Eine dieser DiskussionspartnerInnen war mit Sicherheit auch Jorge Rojas Hernandez.

Jorge Rojas Hernandez: Die chilenische Gewerkschaftsbewegung von 1973-1984, Frankfurt 1986, 337 S., 65,- DM, Verlag: Campus

Hernandez' Buch erschien 1986 und ist eine gründlichere Analyse als die Ensignias. Dies betrifft alle Bereiche, ob Wirtschaft, Geschichte oder Theorie. Er zeigt umfassend, wie sich der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft seit den sechziger Jahren entwickelte. Nach dem Putsch veränderte sich die Klassenstruktur der chilenischen Gesellschaft durch den Zerfall des primären und sekundären Sektors zugunsten des tertiären. Anwachsende Arbeitslosigkeit, Lohnverfall und sich verstärkende Umverteilung von unten nach oben schwächten den Binnenkonsum.

Nach 1973 öffnet sich Chile dem Weltmarkt. Die neue Freihandelspolitik wird mit den IWF-Strategien in Einklang gebracht. Export heißt jetzt das magische Wort. Das neoliberale Verständnis der 'Chicago Boys' zum Gewerkschaftswesen und die 'geopolitische Strategie' der Regierung bestimmen das Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung. Getreu dieser Grundsätze „werden all diejenigen sofort zu Feinden der neuen Ordnung, die sich dagegen auflehnen. Oder man betrachtet sie als durch den 'äußeren Feind' infiltriert. 'Subversiv' ist ungleich 'national', daher ungleich 'chilenisch'."

Anders als Ensignia gliedert Hernandez die Gewerkschaftsbewegung unter der Diktatur in fünf Phasen. Er unterscheidet deutlich die Zerschlagung von der Institutionalisierung der Gewerkschaften zum Wohle des Regimes, und die Phase der erneuten Repression mit Hilfe der Arbeitsgesetze und des ersten neuen Widerstands von der wirtschaftlichen und politischen Krise seit 1981.

Hernandez blickt in die frühe Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung zurück und bietet auch hier einen besseren Einblick. Er versucht, die LeserInnen in die Theorie der Arbeiterbewegung einzuführen und ihnen die Widersprüche zu verdeutlichen. Die Kluft im Bewußtsein von 'Arbeitern' und 'Avantgarde' bringt der Bewegung Probleme. Diese bestehen auch zwischen Gewerkschaft und Partei, die zusammenarbeiten. Durch die Zerschlagung der Gewerkschaften tritt diese Kluft offen zutage. Den Neuanfang muß die Gewerkschaftsbewegung beginnen, indem sie mit alten Traditionen bricht. Nur so hat sie eine Chance.

Über die Zukunft der chilenischen Gewerkschaftsbewegung wagt Hernandez nur vorsichtig einen Ausblick zu geben. Dabei weist er auf wichtige Ansätze hin, die den Prozeß der Demokratisierung einleiten könnten. Zahlreiches Datenmaterial, Statistiken und Tabellen bilden die Grundlage der Analyse. Leider fehlt auch in diesem Buch das Namens- und Stichwortregister. Insgesamt bietet Hernandez' Buch mehr, als es im Titel ankündigt und dürfte als Standardwerk zählen. Ensignias Buch ist als wichtige Grundlektüre zu empfehlen.

Erik Weckel

Mitarbeiterin der Südostasien Informationsstelle Bochum in Haft

Am 16.3. 1989 wurde Gabi H., freie Mitarbeiterin der Südostasien Informationsstelle, in Beugehaft genommen. Sie weigerte sich, Aussagen gegenüber der Bundesanwaltschaft (BAW) über Personen zu machen, mit denen sie bekannt sein soll, und gegen die nach § 129 a StGB ermittelt wird.

Nach einer Hausdurchsuchung der Wohngemeinschaft, in der Gabi H. lebt, wurde gegen sie und drei weitere Frauen ein Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB eingeleitet. Anfänglich verweigerte Gabi H. ohne Begründung ihre Aussage. Nach der Einleitung des Ermittlungsverfahrens berief sie sich auf ihr Aussageverweigerungsrecht nach § 55 StPO wegen der Verwertbarkeit der Aussagen in ihrem eigenen Verfahren. Dies wurde jedoch nicht anerkannt, und die Aussage soll nun durch die Beugehaft erzwungen werden.

Dieses Ermittlungsverfahren steht im Zusammenhang mit der Strategie der BAW, das sog. terroristische Umfeld auszuhorchen. Zu diesem Umfeld gehören alle Personen und Gruppen, die entweder nach Meinung der BAW Kontakte zu mutmaßlichen Mitgliedern der Revolutionären Zellen/Rote Zora haben oder die zu sog. anschlagsrelevanten Themen (Sextourismus und Frauenhandel, Asyl- und Flüchtlingspolitik, Gentechnologie) arbeiten.

Die Südostasien Informationsstelle schreibt dazu: „Wir sind beunruhigt über die Vorgehensweise der BAW, ZeugInnenaussagen in einem laufenden Ermittlungsverfahren nach § 129 a StGB erzwingen zu wollen und über die Einführung des Begriffs „anschlagsrelevante Themen" bei Ermittlungsverfahren nach § 129 a StGB. Wir fühlen uns betroffen, da diese Themen Sextourismus und Frauenhandel zu Arbeitsschwerpunkten der Südostasien Informationsstelle gehören."

Sie fordern dazu auf, in Schreiben an den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes und an das Justizministerium über den geschilderten Fall

- Auskunft zu verlangen
- Besorgnis über die Vorgehensweise der Ermittlungsbehörden im Zusammenhang mit dem § 129 a StGB zum Ausdruck zu bringen
- und die sofortige Freilassung von Gabi H. zu verlangen.

Die Briefe sind zu richten an:

Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof, Dr. von Gerlach, Herrenstr. 45, 7500 Karlsruhe

Bundesjustizministerium, Heinemannstr. 6, 5300 Bonn 1

An

Betr.: Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand

Leserbrief:

Es nervt mich sehr, daß in vielen Zeitungen (so in Eurer) und auf vielen Veranstaltungen in letzter Zeit vom Hungerstreik die Rede ist, obwohl kein Zusammenhang zwischen Veranstaltung/Zeitung und dem Hungerstreik besteht. So z.B. auch auf der Kundgebung in Ehrenfeld (Köln) im Rahmen der Ostermärsche, wo also Reden zum Hungerstreik überwiegten, und die Leute damit nicht zufrieden waren. Auch in Eurer Zeitung finde ich jetzt einen Artikel zu diesem Thema. Ich weiß nicht, was die Friedensbewegung oder Dritte Welt Initiativen damit zu tun haben.

Ich habe nichts dagegen, wenn extra Veranstaltungen oder ähnliches zum Hungerstreik organisiert werden. Jedoch finde ich es sehr schlecht, wenn die Leser/innen einer Zeitung oder die Teilnehmer/innen an einer Veranstaltung so etwas vorgesetzt bekommen, obwohl sie sich eigentlich für etwas anderes engagieren wollen. Es werden hier andere Themen zum Vorwand genommen, um dieses den Leuten nahe zu bringen. Ich habe die „blätter" durchgesehen und keinen Bericht über Haftbedingungen von sogenannten „normalen" Gefangenen gefunden. Dieses besondere Interesse an RAF-Gefangenen bekräftigt sich in einer, wie ich finde, elitären Haltung, z.B. gegenüber anderen Inhaftierten.

Thilo Krämer

Lieber Thilo,
Du schreibst, daß vielerorts andere Themen zum Vorwand genommen werden, um den Menschen den Hungerstreik nahezubringen und bezweifelst den Zusammenhang zwischen der Arbeit einer Dritte Welt-Initiative/Zeitung und dem Hungerstreik.

Seit dem Bestehen der „blätter des iz3w" haben wir gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen in der BRD und weltweit protestiert. In diesem Zusammenhang halten wir es für selbstverständlich, eine Erklärung zu dokumentieren, in der die auf die Zerstörung der Persönlichkeit zielenden Haftbedingungen angeklagt werden. Dort wird begründet, warum das Mittel des Hungerstreiks gewählt wurde, um die Forderungen nach

- Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen
- freier medizinischer Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle
- freier politischer Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen

durchzusetzen. Der Hungerstreik dauert nunmehr zehn Wochen an und wurde inzwischen von zwei Gefangenen unterbrochen, um der drohenden Eskalation die Spitze zu nehmen.

Von herrschender Seite ist kein ernstzunehmender Lösungsvorschlag in Sicht. Justizminister Eyrich (Baden-Württemberg) beweist mit seiner Äußerung, daß er bereit sei, „der Bildung einer Großgruppe zuzustimmen, wenn von früheren Terroristen wie Brigitte Mohnhaupt oder Helmut Pohl ein deutliches Signal der Abkehr von der Gewalt kommt" (BZ vom 12.4.89), daß menschenwürdige Behandlung nur denen zuteil wird, die von ihren politischen Auffassungen Abstand nehmen. Auch der Vorschlag der SPD-regierten Bundesländer trägt nicht zu einer Lösung bei, da die von ihnen vorgeschlagene Zusammenlegung in kleinen Gruppen nur eine besondere Variante der bereits erforschten Kleingruppenisolation darstellt, die an den Isolationshaftbedingungen nichts ändert.

Von ihnen sind in zunehmendem Maße auch Gefangene aus anderen politischen Bewegungen betroffen, gegen die nach § 129 a ermittelt wird oder die nach § 129 a angeklagt sind, z.B. Ingrid Strobl. Der § 129 a zielt auf alle Gruppen und Personen, die sich mit sogenannten anschlagsrelevanten Themen beschäftigen (siehe nebenstehenden Beitrag.)

In diesem Sinne gehört die Veröffentlichung von Repression und Folter im eigenen Land zu den Selbstverständlichkeiten der Berichterstattung einer Zeitschrift wie den „blättern des iz3w".

die Redaktion

Betr.: Heft Nr. 155, Tagungskommentar zum Ratschlag des ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee)

In Eurer Februarnummer berichten Andreas Beil und Jürgen Wengler über den Ratschlag des ASK. Nachdem die ersten Abschnitte noch den Versuch machen, wenigstens einige Punkte der Diskussion aufzuzählen, ohne freilich zu einer sachlichen Darstellung des Diskussionsverlaufs und der ASK-Position zu kommen, gleitet der Artikel dann sehr schnell in die Klischees von der „bewährten DKP-Manier", den „Vorgaben aus Moskau" und plattes Schubladendenken, wie die Phrase vom Rechtsruck, ab.

Mit dem Ratschlag sollte ein Beitrag zur Diskussion über Grundfragen des Internationalismus geleistet werden, wie sie im Zusammenhang mit der IWF/Weltbank-Kampagne entstanden ist. Es dürfte auch von Beil und Wengler nicht bestritten werden, daß dabei noch eine ganze Menge ungelöster Fragen bestehen, auf die weder wir noch andere Strömungen in der Solidaritätsbewegung bereits eine Antwort haben. Wir denken, daß nur in einem offenen und sachlichen Diskussionsprozeß unter allen Teilen der Solidaritätsbewegung Lösungen für die offenen Fragen gefunden werden können.

Der Bericht im iz3w über den Ratschlag ist zu dieser Debatte kein produktiver Beitrag. Er mobilisiert Vorurteile, verteilt Etiketten und gefällt sich in der Attitüde von besserwisserischen Schulmeistern. Dabei klappern sie nur mit der Gebetsmühle eines furchtbar vulgarisierten Marxismus.

Wenn Ihr wirklich die Diskussion wollt, schlagen wir Euch vor: druckt doch in den nächsten Nummern der Blätter einmal Auszüge aus unseren Beiträgen ab (wenn's geht natürlich in Absprache mit uns). Wir sind auch gerne bereit, noch einmal speziell die offenen Fragen aus unserer Sicht für Euch zu formulieren. Die Leser der Blätter könnten sich so ein authentisches Bild machen, und vielleicht bekommen die LeserInnen dann Lust mitzudiskutieren.

Mit trotzdem noch einigermaßen solidarischen Grüßen

Peter Wahl (ASK)

Menschenrechtsverletzungen an Frauen

Ohne Unterscheidung nach Geschlecht sollen die Menschenrechte gelten, so die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Daß dem nicht so ist, daß Frauen in vielen Teilen der Welt nicht nur „normal" diskriminiert, sondern spezifisch als Frauen verfolgt werden und Opfer ganz besonderer Menschenrechtsverletzungen sind, darauf weisen amnesty international und Terre des Femmes in ihren Veröffentlichungen zum diesjährigen internationalen Frauentag hin. Beide Organisationen kritisieren die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Parlamentarierinnen von März '88 (Bundestagsdrucksache 11/3250 „Menschenrechtsverletzungen an Frauen"), in der sich die Regierung auf den Grundsatz der „Unteilbarkeit der Menschenrechte" zurückzieht und deshalb keinen Handlungsbedarf sieht. Dem halten die Organisationen entgegen, daß Frauen verfolgt werden, weil sie z.B. gegen kulturelle Normen und Sitten verstoßen, oder weil sie sich aktiv für die Rechte der Frau einsetzen. Ihre Verfolgung ist als eine Art „Strafe" und als ein Mittel anzusehen, ihr „unfrauliches" Handeln zu sanktionieren und sie in die Mauern ihrer gesellschaftlichen Stellung zurückzuweisen. Deutlich verschieden ist auch die Behandlung von männlichen und weiblichen Gefangenen in Verhör- und Haftsituationen. Auf ihr Geschlecht gerichtete Mißhandlung und Erniedrigung und das Ausnutzen ihrer gesellschaftlichen und kulturell vorgegebenen Schwäche müssen als doppelte Verfolgung angesehen werden.

Diese geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen wird weder in völkerrechtlichen Konventionen noch im Asylrecht berücksichtigt. Terre des Femmes und amnesty international fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich konkrete Schritte zugunsten politisch verfolgter Frauen einzuleiten.

rw

Weitere Informationen bei:
Terre des Femmes
Postfach 1145
7800 Freiburg

☆ ☆ ☆

Todesstrafe droht den „25 von Upington"

In Südafrika droht 25 Schwarzen jetzt die Todesstrafe. Ähnlich wie im Prozeß gegen die „Sechs von Sharpeville" wird den „25 aus Upington" im Alter zwischen 21 und 62 Jahren vorgeworfen, innerlich, wenn auch nicht tatkräftig, am Mord eines Polizisten beteiligt gewesen zu sein. Was war passiert? Im Schwarzen-Vorort Paballello waren zwei Tage vor dem Mord Mieterhöhungen angekündigt worden. Soziale Unruhen waren die Folge in dem von Armut, Arbeitslosigkeit und Überbevölkerung geprägten Ghetto. Im Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen den 25.000 Bewohnern des Ghettos und der Polizei erschoß diese vier Personen.

Am 13. November 1985, dem Tag des Mordes, versammelten sich 3000 Demonstranten auf einem Fußballfeld, um über weitere Schritte gegen die Mieterhöhungen zu beraten. Die Polizei trieb die Versammlung mit Hilfe von Tränengas auseinander, worauf eine kleinere Gruppe sich löste und zum Haus des Polizisten Lucas Sethwala rannte. Sethwala versuchte sich zu retten, schoß einige Male in die Menge und floh. Die aufgebrachte Menge holte ihn ein, erschlug ihn mit seinem Gewehr und verbrannte ihn darauf.

Südafrikanischen Presseberichten zufolge wird den 25 Angeklagten vorgeworfen, Teil dieser Gruppe gewesen zu sein. Auch wenn diese möglicherweise nicht direkt am Mord beteiligt gewesen seien, so befand ein Richter, reiche allein die innerliche Billigung der Tat, um ihnen diese selbst zur Last zu legen.

Damit gleicht der Fall dem der „Sechs von Sharpeville" bis aufs Haar. Auch den „Sechs von Sharpeville" konnte direkte Mitwirkung am Mord nicht nachgewiesen werden. Allein ihre Anwesenheit am Tatort reichte aus, um ihnen die gleiche Absicht wie die der Täter zu unterstellen und sie für schuldig zu erklären. Internationaler Druck hat bisher die Vollstreckung des Urteils verhindern können. Es wurde genau eine Woche vor dem Vollstreckungstermin im Juli 1988 auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Auch die „25 von Upington", die sich allesamt als unschuldig bezeichnen, wird nur internationaler Druck vor der Willkür des Apartheidstaates retten können.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, deren Recherchen diesem Bericht zugrunde liegen, hat zu Solidarität mit den vom Tode Bedrohten aufgerufen. **aw**

Frauen in der Dritten Welt

In der neuen „Schamlos", Münsters Frauenzeitung, kommen u.a. Frauen aus der Dritten Welt zu Wort: eine indische Journalistin schreibt zur Situation indischer Frauen. Gioconda Belli, Autorin und Revolutionärin aus Nicaragua, beschreibt in einem Interview ihren Werdegang als Schriftstellerin und die Lage der Frauen ihres Landes. Auch (erstmalig) übersetzte Gedichte mehrerer Chileninnen, die in ihrem Land teilweise schon jahrelang Gefängnis und Folter ausgeliefert sind, und deren Lyrik nur auf abenteuerlichste Weise aus den Knästen geschmuggelt werden konnte, befinden sich in diesem Heft.

Bezug: „Schamlos", Münsters Frauenzeitung, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster Zusendung gegen Voreinsendung von DM 10,- (für zwei Hefte) oder DM 20,- (für vier Hefte)

Raul Sendic gestorben

In einer Pariser Klinik erlag in der Nacht zum Freitag (28.4.1989) Raul Sendic, Gründer der Tupamaros, der Stadtguerilla Uruguays, "einer langen, schweren Krankheit", wie die Ärzte mitteilten. Nach Angaben seiner Angehörigen litt der 63jährige an neurologischen Störungen, die auf die Mißhandlungen in der Haft zurückzuführen sind. Sendic war während der Militärdiktatur (1973 bis 1985) schwer gefoltert worden. Zwölf Jahre verbrachte er in Isolationshaft. Erst nach dem Sturz der Diktatur kam er 1985 frei. Bis zu seinem Tod war er ZK-Mitglied der Tupamaros, die heute als legale politische Partei arbeiten.

Im vergangenen Jahr sprach Raul Sendic im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne in verschiedenen Städten der BRD über die Folgen der IWF-Politik in den lateinamerikanischen Staaten. Der Nachwelt hat er „Briefe aus dem Gefängnis" (1984), „Überlegungen zur Wirtschaftspolitik" (1985) und „Boden, Banken und Auslandsschuld" (1986) hinterlassen sowie zahlreiche Kolumnen im 'Mate Amargo' (Bitterer Kräutertee), dem zweiwöchentlich erscheinenden Organ der heutigen Tupamaros.

☆ ☆ ☆

Unilever seift die Inder ein

3800 Arbeiter seit neun Monaten ausgesperrt

„Wer kennt nicht das herrliche Gefühl einer erfrischenden Dusche nach körperlicher Anstrengung oder einfach einem langen Arbeitstag? Frische Wäsche anziehen, in das neu bezogene Bett schlüpfen — beginnt hier nicht der kleine, ganz persönliche Luxus?" So unerträglich sauber und bescheiden steht es im Jahresbericht der Unilever (Schweiz) 1986 zu lesen. Die Politik des Konzerns sieht dagegen eher schmuddelig aus. Seit dem 21. Juni 1988 sind im Industriegebiet Sewree bei Bombay 3800 Arbeiter ausgesperrt. Sie arbeite(te)n bei einer Firma des multinationalen Konzerns Unilever, der Hindustan Lever Ltd. in der Waschmittel- und Kosmetikproduktion.

Unilever ist in Indien dazu übergegangen, die Produktion aus Kostengründen in ländliche Gebiete auszulagern und die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter zu senken. Während die Löhne im Hindustan Lever-Betrieb bei ca. 300 US-Dollar pro Monat liegen, braucht Unilever in den ca. 40 kleinen Betrieben, die letztes Jahr im Umland aufgekauft wurden, nur ca. 60 US-Dollar Lohn zu bezahlen. Außerdem werden festangestellte Arbeiter zunehmend durch sogenannte Kontraktarbeiter ersetzt, die weder organisiert noch arbeitsrechtlich abgesichert sind.

Die bis jetzt andauernde Auseinandersetzung bei Hindustan Lever begann, als 200 nicht festangestellte Lagerarbeiter der Firma in einen Bummelstreik traten, um gegen eine Lohnkürzung zu protestieren. Am 26. Mai letzten Jahres sperrte das Unternehmen die Arbeiter kurzerhand aus und wies seine festangestellten Beschäftigten an, die Be- und Entladearbeiten vorzunehmen. Als diese sich weigerten, wurde die gesamte Belegschaft ausgesperrt.

Bis heute weigert sich Hindustan Lever, mit der Hindustan Lever Employee's Union zu verhandeln. Die Firma möchte von jedem Arbeiter eine schriftliche Verpflichtung, in welcher er auf Lohnforderungen verzichtet und keine Forderungen in Bezug auf Arbeitsbedingungen, medizinische Versorgung und auf den Pensionszeitpunkt stellt. Hindustan Lever verweigert der Gewerkschaft Mitspracherecht bei Einstellungen und Kündigungen und fordert gar die Auflösung der All-India-Federation of Hindustan Lever Unions, einem Belegschaftszusammenschluß der Werke von Bombay, Kalkutta und Dehli.

Die Gewerkschaft reagierte auf die Aussperrungen mit verschiedensten Solidaritätsaktionen, sogar mit Hungerstreiks und machte sich auf den langen Weg durch die gerichtlichen Instanzen Indiens. Zur Zeit lagern die Akten beim Obersten Gerichtshof. Unilever wird alles Konzern-mögliche daransetzen, die Prozeßdauer zu verlängern, um die Arbeiter zum Aufgeben zu bewegen.

Es gäbe nun gewisse Möglichkeiten, den Druck auf Unilever etwas zu verstärken.

Erstens: energische Briefe an die Unilever-BRD schreiben: Unilever, Dammtorwall 15, 2000 Hamburg 36.

Zweitens: englische Protestbriefe an Manager Mr. Gurdeep Singh (Hindustan Lever Ltd., Haji Bunder, Sewri, Bombay 400 015, India) abschicken.

Drittens: grundsätzlich auf Unilever-Produkte verzichten und das auch öffentlich machen. Unilever-Marken sind z.B., um nur die bekanntesten zu nennen: Lux, CD, Atlantik, Rexona, Sunlicht, Signal, Mentadent C, Pepsodent, Brisk for men, Denim, Axe, Elida, Timotei, Clear, Omo, Sunil, Korall, Kuschelweich, Sun, Vim, Viss, Langnese, Iglo, Norda, Livio, Unox, Biskin, Solo, Du darfst, Rama, SB-Margarine, Flora-Soft, Lätta, Sanella, Blauband, Becel, Biskin, Palmin, Milkana, Edelweiss, Bressot, Cortina, Ramee, Tri-Top, Contrex, Lipton's Tee, sowie Domestos.

uh

Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA (FG)

Das Finanzamt Köln-Mitte hat der FG BRD-KUBA die Gemeinnützigkeit aberkannt. In dem Bescheid heißt es zur Begründung: „Die tatsächliche Geschäftsführung des Vereins entspricht großteils nicht der satzungsmäßigen Zielsetzung; darüber hinaus wird der Verein zumindest auch politisch tätig und zwar im Bereich des eigentlichen Satzungszweckes."

Hinter dieser bürokratischen Sprache verbirgt sich der Vorwurf, daß sich die Freundschaftsgesellschaft neben ihren satzungsmäßigen Zielsetzungen (Förderung und Vertiefung der Freundschaft zwischen den Völkern der BRD und Kuba) kritisch mit der Kubapolitik der Bundesregierung auseinandergesetzt hat.

Ein derartiges Vorgehen gegen Solidaritätsgruppen und Vereine ist ein massiver Disziplinierungsversuch, denn viele von ihnen hängen finanziell von Spenden ab. Die Freundschaftsgesellschaft schreibt dazu: „Das gegen uns eingeleitete Verfahren kann lawinenartige Ausmaße annehmen, so daß allen ähnlichen Organisationen die finanzielle Grundlage entzogen wird. In Anbetracht der bekannten Dauer von Finanzgerichtsverfahren erreicht die Behörde auch dann ihr Ziel, wenn sie in drei oder vier Jahren vor Gericht unterliegen sollte, da bis dahin die Beiträge und Spenden nicht steuerlich abzugsfähig sind."

Die Freundschaftsgesellschaft bittet daher alle Mitglieder und Freunde um Spenden, auch wenn diese nicht von der Steuer abgesetzt werden können. **An**

Kirchentag unterhält weiterhin Konten bei Apartheidbanken — AAB boykottiert Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT)

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Diese Erfahrung mußte auch die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) machen. Nur durch Zufall erfuhr sie, daß die Kirchentagsleitung entgegen Beschluß vom März 1987 nicht alle Konten bei Apartheidbanken, sondern nur jenes bei der Deutschen Bank gekündigt hat.

In einem Spendenaufruf in der Zeitschrift „Kirche und Wirtschaft" vom September 1988 gab die Kirchentagsleitung u.a. Konten bei der Desdner Bank und der Commerzbank an. Beide Banken engagieren sich in Südafrika. Auf die Vorwürfe der AAB erwiderte Helmut Simon, Präsident des DEKT, daß es sich bei den angegebenen Konten nicht um allgemeine Geschäftskonten, sondern lediglich um an Wirtschaftsunternehmen gerichtete Spendenkonten handele. Diese sollen „den Spendern die Überweisung durch ihre Hausbanken erleichtern". „Eingehende Spenden würden alsbald von diesen abgezogen."

Ist die Kirche demnach stärker auf Geld als auf Verbündete im Kampf um Gerechtigkeit angewiesen? Die Auseinandersetzungen um das Kirchentagskonto bei der Deutschen Bank beim letzten Kirchentag vor zwei Jahren zeigten, daß nicht ökonomische (das Konto belief sich auf nur 20.000 DM), sondern politische Aspekte im Vordergrund stehen.

Man wollte ein Signal setzen, das der Finanzwirtschaft, Politikern und der Öffentlichkeit demonstrieren sollte: es geht auch ohne. Und nun doch nicht?

Moralische Ansprüche erfordern konsequentes Handeln. Dieses Verhalten dagegen „erinnert an die Politik der Bundesregierung, die rhetorisch für die Beendigung der Apartheid eintritt, faktisch aber Geschäfte mit dem Apartheidsystem fördert." (Protestbrief der Kampagne Kirchentag gegen Apartheid)

Die ent- bzw. getäuschten 1.100 Mitglieder der AAB haben den Boykott des diesjährigen Kirchentages, der vom 7.-11. Juni '89 in Berlin stattfindet, beschlossen. Dennoch will der DEKT das „Forum Südliches Afrika" wie geplant über die Bühne bringen.

Offen bleibt die Frage, ob die 20.000 Menschen, die vor zwei Jahren mit ihrer Demonstration die Auflösung des Deutsche-Bank-Kontos herbeiführten, bereit sein werden, dort über Apartheid und ihre Abschaffung zu diskutieren, wo die Kirchentagsleitung selber noch die Apartheid unterstützt.

aw

Schulpartnerschaft Laborschule — Las Praderas

Die Laborschule Bielefeld unterhält seit drei Jahren eine Schulpartnerschaft zu einer Primarschule im Norden Nicaraguas, im Ort Las Praderas im Pantasmatal. Vor kurzem hat die Schule eine Dokumentation darüber herausgegeben. Diese Dokumentation kann helfen, eine Schul- oder Klassenpatenschaft zu initiieren. Auch konkrete Anregungen für die Ausgestaltung von Einzelstunden und Unterrichtseinheiten für alle Klassenstufen werden gegeben.

Die 255-seitige Dokumentation kostet DM 20,- (darin sind DM 5,- Spende für ländliche Schulprojekte in Nicaragua enthalten) und ist zu beziehen über:

Nicaragua-Gruppe, Laborschule
z.Hd. Christine Biermann
Postfach 8640
4800 Bielefeld 1

Solidaritätsbrigade für Kuba

Auch dieses Jahr wird es eine internationale Arbeitsbrigade (vom 10.9.-10.10.1989) in Kuba geben, an der ca. 300 Personen aus verschiedenen europäischen Ländern teilnehmen können.

Die TeilnehmerInnen der Brigade, die nach dem kubanischen Nationalhelden José Marti benannt ist, werden in der Umgebung von Havanna auf Baustellen und Plantagen arbeiten. Neben der Arbeit gibt es ein umfassendes politisches und kulturelles Programm.

Die Teilnahmekosten betragen ca. 2.000 DM. Die Auswahl und die Vorbereitung der TeilnehmerInnen erfolgt durch die Kuba-Solidaritätsgesellschaften in den verschiedenen europäischen Ländern. InteressentInnen können sich an folgende Adressen wenden:

- Jürgen Breuer, Buscheyestr. 52a, 5800 Hagen 1
- Deutsch-Cubanische Gesellschaft für Solidarität mit Cuba, Postfach 800563, 6230 Frankfurt 80
- Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1

AIRPORT-ART

Airport-Art — Kunst und Kitsch aus den Ländern der Dritten Welt — lautet der Titel der Fotoausstellung, die vom 24. April bis zum 11. Mai 1989 in der Volkshochschule Freiburg im Eingangsbereich zu sehen sein wird. Veranstaltet wird die Ausstellung von der Aktion Dritte Welt e.V. in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Freiburger Museum für Völkerkunde. Die Malerin und Grafikerin Doris Cordes-Vollert fotografierte in Kenia und Tansania Makondeschnitzereien, Töpferwaren, Flechtarbeiten, Verarbeitung von Abfallmaterialien. Dabei beobachtete sie auch die unter dem Einfluß der Weißen stattfindenden Veränderungen. Die ursprünglich für die eigene Gesellschaft und zum Teil in einem religiösen Zusammenhang hergestellten Kunstwerke werden immer mehr zu einer Massenproduktion für den „weißen" Geschmack. Wo, um zu überleben, für Auftraggeber Billigwaren hergestellt werden müssen und fremde Entwürfe und Arbeitsweisen vorgegeben werden, wird die eigene Kunst zu einem Ausverkaufsartikel für Händler und Touristen.

Der Brady-Plan
Die Schuldenmanager haben dazugelernt

Der vom US-Finanzminister vorgestellte und von allen bejubelte Brady-Plan sieht ein neues Konzept zur „Bekämpfung der Schuldenkrise" vor. Doch schon diese Formulierung rückt das Problem bewußt in die Nähe einer Heuschreckenplage und verschleiert, daß die USA die Verschuldung der lateinamerikanischen Staaten durch Aufrüstung, Hochtreiben der Zinsen, Zahlung ungerechter Preise, Zwang in ökonomische Abhängigkeiten und Unterstützung autoritärer Regime oder korrupter Politiker hauptanteilig verursacht haben.

1986, als der US-Finanzminster noch Mr. Baker hieß, und die Lage am Schuldenmarkt für das Kapital immer bedrohlicher wurde, Brasilien kurzfristig die Zinszahlungen einstellte, und andere Länder vor dem Offenbarungseid standen, wurde in einer gemeinsamen Großaktion von US-Regierung und bürgerlicher Presse der „Baker-Plan" zur Erhaltung der Zahlungsmoral lateinamerikanischer Staaten vorgestellt. Daß dieser Plan allein wegen der mageren finanziellen Ausstattung, die an Brosamen erinnerte, scheitern mußte, war von vornherein abzusehen. Außerdem wurde den Ländern wie immer nur der „Lösungsweg" angeboten, bei Unterwerfung ihrer Märkte unter die kapitalistischen Weltmarktvorstellungen der Metropolen mit Neukrediten belohnt zu werden. Der Baker-Plan wurde lediglich in Mexiko angewendet, der Erfolg war bescheiden. Als die Öffentlichkeitswirkung verraucht war, verschwand der Plan schnell in der Schublade.

1988, als im Vorfeld der IWF-Tagung in Berlin massiver Protest anstand, beeilten sich die Politiker mit Zuckerbrotgeschenken an die ohnehin abgeschriebenen afrikanischen Staaten. Die Geschäftsbanken waren davon nicht betroffen, da der größte Teile der Schulden afrikanischer Länder bei öffentlichen Kreditgebern aufgenommen wurde.

Dieses Jahr machte offenbar die Furcht vor ein, zwei, vielen Venezuelas ein schnelles Handeln nötig. Der neue US-Finanzminister Brady witterte seine Chance, durch eine neue Initiative aus dem Schatten seines Vorgängers herauszutreten und von dem erneut steigenden Handelsbilanzdefizit der USA abzulenken. Dazu kam das Interesse der japanischen Regierung, die Stimmanteile im IWF zu erhöhen, die sie mit der Bereitschaft der vor Liquidität überfließenden japanischen Geschäftsbanken zu finanziellem Engagement erkaufen wollen. So entstand der Brady-Plan.

Brady hofft mit seinen Vorschlägen, die Altschulden von 39 Entwicklungsländern in drei Jahren um 20% abbauen zu können. Dies soll durch drei Maßnahmen geschehen:

Erstens sollen die Länder ihre Schuldtitel am Markt für Schulden selbst zurückkaufen. Im Gegensatz zum Baker-Plan, nach dem vorwiegend die Geschäftsbanken den Ländern finanzielle Mittel für neue Investitionen und wirtschaftliche Anpassungsprogramme zur Verfügung stellen sollten, hofft Brady auf eine verstärkte Kreditvergabe aus Quellen des IWF und der Weltbank. Die verschuldeten Länder sollen damit ihre eigenen Schuldscheine am internationalen Markt für Kredite zum jeweiligen „Marktwert" zurückkaufen, der zwischen fünf Prozent (Peru) und etwa 60 Prozent (Kolumbien) des Nominalwertes liegt. Laut ersten Ankündigungen sollten IWF und Weltbank hierbei Beträge in Höhe von 20-25 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stellen. Dies bedeutet letztendlich eine Sozialisierung der Verluste, die sonst bei den Geschäftsbanken anfallen würden.

Diese Form des Schuldenrückkaufs wurde bisher nur in Bolivien und Mexiko angewendet. Mexiko hatte 1988 3,7 Mrd. US-Dollar seiner Auslandsschulden mit einem Diskont von 30 % in Wertpapiere umgetauscht, die von der US-Regierung garantiert werden. Dadurch verringerte sich die Auslandsverschuldung des Landes, die weit über 100 Mrd. US-Dollar liegt, um ca. eine Mrd. US-Dollar.

Zweitens soll die Umwandlung von Schuldtiteln in Direktinvestitionen (sogenannte Swap-Geschäfte) erhöht werden. Die Umwandlung von Auslandsschulden in Investitionen wurde in Brasilien am umfangreichsten getestet. Im letzten Jahr erwarben internationale Konzerne auf regelrechten „Versteigerungen" Schuldtitel, um nach deren Umwandlung in einheimische Währung im Land Investitionen durchzuführen. Bei der ersten Versteigerung im Mai 1988 wurden Schulden im Nennwert von 186,5 Mio. US-Dollar für Investitionen im Wert von 150 Mio. US-Dollar vergeben, also mit einem Diskont von ca. 20%. Bei dieser Aktion kauften sich unter anderem Pepsi-Cola, Union Carbide, Hoechst, Ciba-Geigy, die Dräger-Werke sowie die internationale Tourismusbranche in Brasilien ein. Dieses Instrument im größeren Rahmen einzusetzen käme einem schrittweisen Ausverkauf des Landes gleich.

Drittens sollen Teile von (privaten) Schuldtiteln in regierungsverbürgte Papiere umgewandelt werden, um die Sicherheit gegenüber den Gläubigern zu erhöhen. Diese Papiere sollen dann bei längerer Laufzeit entsprechend niedriger verzinst werden. Derartige Maßnahmen sind bereits bei vorangegangenen Umschuldungsverhandlungen vereinbart worden.

Der Brady-Plan sieht näher betrachtet nur eine verfeinerte Fortführung der herrschenden Praxis vor. Die verstärkte Anwendung von Einzelmaßnahmen aus der Trickkiste des Schuldenmanagements, die sich in Probeläufen als durchführbar erwiesen haben, wird natürlich keine durchgreifende Verringerung der Schuldenlasten bringen können. Aber die ist ja auch nicht gewollt, oder nur insoweit, wie die Zahlungsfähigkeit der Länder erhalten werden kann. Das Bestehen auf Fall-zu-Fall-Lösungen soll ein globales Herangehen an das Problem und damit die gefürchtete Solidarisierung verschiedener Staaten verhindern.

Entscheidend ist aber, daß der gesamte Plan wieder an strukturelle Anpassungsmaßnahmen nach den Interessen und Vorstellungen der Banken und Konzerne der Industriestaaten geknüpft ist. Die Illusion einer möglichen „Lösung" der Schuldenkrise durch industrielles Wachstum bei gleichzeitiger Durchkapitalisierung der lateinamerikanischen Staaten wird weiterhin genährt, die zunehmende Verelendung großer Teile der Bevölkerung bewußt einkalkuliert.

Kleine Pannen wie in Venezuela, wo die Sparmaßnahmen etwas zu drastisch ausgefallen sind, hofft Brady schnell wieder ausbügeln zu können. Die US-Regierung beeilte sich denn auch, Venezuela eine Beruhigungstablette in Form eines 450 Mio. Dollar-Überbrückungskredites zu verabreichen. Schnelles Handeln war nötig, weil im Hintergrund bereits die im Sommer anstehenden IWF-Verhandlungen mit Mexiko drohen, und ähnliche Reaktionen der Bevölkerung nicht auszuschließen sind.

Der Brady-Plan ist aber gleichzeitig das bittere Eingeständnis der Politiker, die Geschäftsbanken nicht zu weiteren Forderungsverzichten bewegen zu können. Diese haben ihre unsicheren Kredite bereits weitgehend bereinigt und klargemacht, daß eine Verringerung der Verschuldung im großen Maßstab nur über die Sozialisierung der Forderungen laufen wird - in dem internationale Organisationen wie IWF oder Weltbank oder Regierungen für die Ausfälle eintreten.

Die öffentlichkeitswirksam aufgepustete Seifenblase „Brady-Plan" steht im Gegensatz zu der im Stillen weitergehenden ökonomischen Ausblutung Lateinamerikas. Im Jahr 1988 betrug der Nettokapitaltransfer der lateinamerikanischen Staaten, die insgesamt mit 400 Mrd. US-Dollar verschuldet sind, über 30 Mrd. US-Dollar und damit ca. ein Drittel der gesamten Exporterlöse.

Auf der Frühjahrstagung des IWF wurden die großen Ankündigungen von Finanzminister Brady wieder relativiert. Über eine Quotenerhöhung im IWF konnten sich die Minister noch nicht einigen. Die Finanzierung der Maßnahmen blieb ebenfalls unklar. Überhaupt konnten die Vorschläge von Brady, die vorerst im Fall Mexiko angewendet werden sollen, bisher nicht konkretisiert werden.

Dies ist offenbar auch nicht beabsichtigt. Brady hat sich hervorragend profilieren können, das Schuldenmanagement geht weiter. Die Bevölkerung in Venezuela und Mexiko kann sicher sein: Die Lebensbedingungen werden sich weiter verschlechtern.

uh

Pakistan. Destabilisierung durch Kontinuität? Eine Dokumentation des Südasienbüros (Hrsg.). 91 S., 9,50 DM (einschl. Versand). Zu beziehen bei: Südasienbüro e.V., Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal.

Gemeinschaft zur Förderung Menschen- und Umweltfreundliche Technologie GeMUT (Hrsg.): **Ein Jahr Ökobank - Zwischen Müsli und High Tech.** 144 S., 8,80 DM. Zu beziehen bei: GeMUT e.V., Uferstr. 4, 3550 Marburg.

Theodor Bergmann/Dieter Eitel: **Promotion of the Poorer Sections of the Indian Rural Population,** Sozialökonomische Schriften zur Agrarentwicklung, Verlag der ssip-Schriften Saarbrücken 1976. 107 S., 9,- DM. Zu bezeihen bei: Verlag der ssip-Schriften Breitenbach, Memeler Str. 50, 6600 Saarbrücken 3.

Peter Birle: **Parteien, Parteiensystem und Demokratie in Argentinien:** Die neuere Entwicklung der Union Civica Radical und ihre Stellung innerhalb des argentinischen Parteiensystems, Dokumente und Materialien Nr. 11, 1989. 99 S. Zu beziehen bei: Institut für Politikwissenschaft - Abt. Politische Auslandsstudien und Entwicklungspolitik, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Colonel Kleinmann Weg 2, 6500 Mainz, Tel. 06131/392728 o. 393389.

Elsa Barbara Blanckmeister: **„Di:n wa dawla“. Islam, Politik und Ethnizität im Hausaland und in Adamawa,** Reihe Ethnologie & Islam Bd. 2, Emsdetten: Verlag Andreas Gehling 1989. 168 S., 32,- DM. Zu beziehen bei: Verlag Andreas Gehling, Rheinerstr. 26 a, 4407 Emsdetten.

Christoph Weischer: **Kritische Gewerkschaftstheorie.** Ansätze einer Neuorientierung, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 1988, 278 S., 35,- DM

Jorge Rojas Hernandez: **Die chilenische Gewerkschaftsbewegung 1973-84,** Frankfurt/M.: Campus Verlag 1986. 337 S., 65,- DM

Peter Rütters: **Chancen internationaler Gewerkschaftspoltik,** Bund-Verlag 1985. 289 S., 39.80 DM

DGB-Kreis Frankfurt, Abt. Jugend (Hrsg.): **La Cartonera. Ein Solidaritätsprojekt in Nicaragua,** 1989. 42 S., 6,- DM. Zu beziehen bei: DGB-Kreis Frankfurt, Abt. Jugend, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 6000 Frankfurt/M.

Julia Rajkovivič: **Zur Konstruktion von Weiblichkeit,** Mainz: PÖAPÖ-Presse. 126 S.

Martha Mamozai: **Schwarze Frau, weiße Herrin. Frauenleben in den deutschen Kolonien,** rororo aktuell, Reinbek b. Hamburg. ca. 300 S., 10,80 DM.

Andrea Komlosy: **An den Rand gedrängt. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des oberen Waldviertels,** Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1988. ca. 300 S., 280 Ös.

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (Hrsg.): **Verzeichnis der alternativen Medien,** Verlag Diederich Hoffmann. 217 S., 25,- DM.

Klaus Seitz/Michael Windfuhr: **Landwirtschaft und Welthandelsordnung.** Handbuch zu den Agrarverhandlungen der Uruguay-Runde im GATT, Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst 45, Hamburg 1989. 200 S., 19,80 DM.

Gerd Spittler: **Handeln in einer Hungerkrise.** Tuareg Nomaden und die große Dürre von 1984, Westdeutscher Verlag. 209 S.

Ruth Weiss: **Menschen werfen Schatten,** Wuppertal: Peter Hammer Verlag 1989. 102 S.

terre des hommes (Hrsg.): **Kinder und Krieg in Lateinamerika,** Göttingen 1989. Lamuv. 270 S., 16,80 DM.

Rüdiger Blumöv: **'Education with production' in Zimbabwe,** Verlag für Interkulturelle Kommunikation. 110 S., 15,- DM.

Kuno Füssel/Franz Hinkelammert/Markus Mugglin/Raul Vidales: **„... in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen“. Ökonomisch-theologische Beiträge zur Verschuldungskrise,** Fribourg/Brig: Edition Exodus 1989. ca. 225 S.

Die Polizei und die Presse. Dokumentation zum IWF-Kongreß in Berlin 1988 von der dju und der RFFU. 32 S., 2,50 DM.

Rainer Falk: **„Das Projekt Befreiungshilfe“ - Ansatzpunkte und Umrisse einer alternativen Nord-Süd-Politik.** Sonderdruck aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. 16 S. Zu beziehen gegen 3,- DM in Briefmarken bei: Rainer Falk, Hoheluftchaussee 167, 2000 Hamburg 20.

Noam Chomsky: **„Die 5. Freiheit“ - Über Macht und Ideologie,** Hamburg: Argument-Verlag 1988. 150 S., 24,- DM

Review of 1988: **Repression and Resistance in South Africa & Namibia,** Fact Paper on Southern Africa No. 16, London: IDAF Publication Ltd. 1989. 40 S., 1,- DM. Zu beziehen bei: IDAF Publication Ltd., 64 Essex Road, London, N 1 8 LR.

10 Jahre Revolution in Nicaragua

10 Jahre Solidaritätsbewegung

Kongreß vom 16.-18. Juni 1989 in Wuppertal

Themen u.a.:

- Das Verhältnis von nationaler und sozialer Befreiung in der sandinistischen Revolution und die Bedeutung des politischen Pluralismus für den weiteren revolutionären Prozeß
- 10 Jahre gemischte Wirtschaft in Nicaragua - Möglichkeit einer unabhängigen Wirtschaftsentwicklung
- Die Entwicklung der Solidaritätsbewegung zwischen Internationalismusarbeit und alternativer Entwicklungshilfe

Programm und Anmeldung beim Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

Markt ohne Grenzen, Europa auf dem Weg zum EG-Binnenmarkt. Tagung der EV Akademie Tutzing, 24.-25.5.89 in Tutzing, Info u. Anm.: EV Akademie, Frau M. Schmidt-Weinert, Postfach 227, 8132 Tutzing, Tel. 08158/251-126.

Freiheit wie Sand am Meer. Malaysia/Singapur. Wessen Freiheit? Seminar der Südostasien Informationsstelle vom 9.-11.6.89 im Familienferienheim Teutoburg, Detmolderstr. 738, 4800 Bielefeld 18. Info u. Anm.: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1, Tel. 0234/502748.

EUROPA 1992: Chance oder Risiko? Internationales EG-Binnenmarkt-Diskussionsforum am 27.5.89 in Köln. Info u. Anm.: Dialog Europa, Büro Karl-Heinz Hansen, Bertha-von-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/633440.

Patriarchat und Kapital - Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Seminar vom 29.9.-1.10.89 in Niederstadtfeld/Eifel. Info u. Anm.: Lernwerkstatt, Bildungs- und Begegnungshaus, Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. 06596/551 u. 1031.

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Seminar über Bevölkerungspolitik und die Auswirkungen von Gen- und neuen Reproduktionstechniken in der „Dritten Welt“ vom 9.-11.6.89 in Ammersbek/Hoisbüttel bei Hamburg. Info u. Anm.: Diakonisches Werk in Hamburg, Bugenhagenstr. 21, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/3342221.

Klimakatastrophe und Nord-Süd-Politik. Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 22.-24.5.89 in Freudenberg. Info u. Anm.: Alfred-Nau-Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung, z. Hd. Frau Wilimzik, Friedrich-Ebert-Str. 1, 5275 Bergneustadt 1.

Kultur und psychosoziale Situation in Lateinamerika, Symposium vom 9.-10.6.89 in Hamburg. Info u. Anm.: Dr. H. Riquelme, Tel. 040/468-4237 oder 2201.

Seminare des Studienbegleitprogramms für StudentInnen aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg (Stube): **Tourismus - Segen oder Fluch?** 19.-21.5. 1989 am Kniebis/Schwarzwald.
Gesundheit in der Dritten Welt - Traditionelle Heilsysteme und westliches Gesundheitswesen. 2.-4.6.89 in Darmstadt.
Am Rande der Entwicklung, Frauen und Entwicklungsarbeit. 9.-11.6.89 in Esslingen.
Der Islam - Das Christentum. Ihr Engagement in der Dritten Welt. 27.-29.10.89 in Weil der Stadt.
Ökologie und Technik. 10.-12.11.89 in Esslingen. Info u. Anm. zu allen Seminaren: Studienbegleitprogramm für StudentInnen aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg, c/o EAid, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/265853.

Stellenausschreibung

Die **Pharma-Kampagne** des **BUKO** (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) in Bielefeld sucht zum **1.6.** oder **1.7.1989** eine **Mitarbeiterin** für die Geschäftsstelle der Kampagne.

Voraussetzungen: Erfahrung in der Arbeit entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Sprachkenntnisse (Englisch, mögl. Spanisch oder Französisch). Bezahlung nach Aktionsgruppentarif; Arbeitszeit 30 Wochenstunden.

Bewerbungen bis 18.5.89 an:
BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1
Telefon: 0521/60550